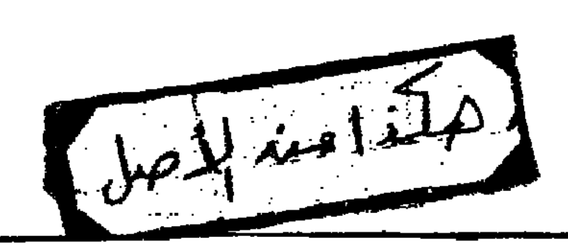


DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 22. Juli 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 168 - 29.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Wörner: Der Bundesverteidigungsminister stellte „nahtlose Übereinstimmung" mit seinem amerikanischen Kollegen Weinberger in der Nachrüstungsfrage fest. Am „Waffenmix" von Pershing 2 und Cruise Missiles soll festgehalten werden. Nach Flexibilität der USA sei nun Moskau am Zuge, sich bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen zu bewegen.

MX-Raketen: Das US-Repräsentantenhaus hat mit knapper Mehrheit 2,56 Milliarden Dollar für den Bau der ersten 27 von geplanten 100 MX-Raketen freigegeben. Reagan über diesen parlamentarischen Sieg gegen Demokraten-Mehrheit „sehr erfreut".

Polen: Staatschef Jablonski kündigt vor dem Parlament Aufhebung des Kriegsrechts für heute an. Es galt seit 13. Dezember 1981 und wurde Ende 1982 nur suspendiert. – Justizminister Skora sichert „Solidarnosc"-Anhängern im Untergrund Straffreiheit zu, wenn sie sich stellen.

Israel: Außenminister Shamir warnt Bonn in der Knesseth vor Panzerverkauf an Saudi-Arabien. Damit würde die historische Schuld am Tod von sechs Millionen Juden ignoriert.

Nahost: Bei einem Bombenanschlag auf das Luxushotel „Summerland" wurden sechs Menschen getötet. – In einem Lager gefangener Palästinenser wurde bei einer Meuterei ein Mann erschossen.

Libanon: Präsident Gemayel kritisiert in Washington Israels Teilrückzug, weil sein Land dadurch „faktisch geteilt" würde.

Kriegsverbrechen: Die USA verhandeln mit Israel über Auslieferung von heute in Amerika lebenden Nazi-Kriegsverbrechern.

Strauß: Nach Aussprache mit dem polnischen Außenminister Olszowski bezeichnet Strauß die erwartete Kriegsrecht-Aufhebung als Schritt in die richtige Richtung. Hinweise auf ein Treffen mit „DDR"-Politikern auf der Rückreise des CSU-Chefs über Dresden verdichten sich.

CSU: Der wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochene CSU-Parteitag wird nicht wiederholt.

Seegefecht: Patrouillenboote Nicaraguas und Honduras beschossen sich im Golf von Fonseca. – Im Golf von Panama üben US-Kriegsschiffe „Blokkade-Manöver". – US-Außenminister Shultz stellt Verbesserung der Menschenrechtssituation in El Salvador fest.

Ungarn: Parteichef Kadar aus Moskau zurück. Kreml vereinbart Übernahme der ungarischen Maisanbau-Methode nach US-Modell. Offenbar Zustimmung Andropows zum ungarischen Reformkurs.

Heute: Sondersitzung des österreichischen Parlaments über Haushalts-Erblast der Ära Kreisky. – Britischer Außenminister Howe in Paris. – In Rom wird Auftrag zur Regierungsbildung an Craxi erwartet. – Präsident Kirchschläger eröffnet Bregenzer Festspiele.

ZITAT DES TAGES



„In der Frage bleifreien Benzins ist es unerläßlich, miteinander zu reden, statt wortgewaltig aufeinander einzuschlagen. Technische Lösungen werden nicht in der Arena gefunden, sondern im Konstruktionsbüro und am Gesprächstisch."

Daniel Goeudevert, Vorstandsvorsitzender der Ford-Werke AG, Köln
FOTO: DIE WELT

WIRTSCHAFT

Selbständige: DIHT berät 1982 knapp 37 000 geplante Existenzgründungen, ein Drittel mehr als 1981.

Arbeitszeit: Nur jeder achte will bei Einkommenskürzung weniger arbeiten, ermittelt Bundesanstalt für Arbeit.

Wüstenrot: Im ersten Halbjahr 145 000 Bausparverträge mit 4,74 Milliarden DM, fünf Prozent mehr als Vorjahresniveau.

Bayern-Hypo: Teilbetriebsergebnis steigt im ersten Halbjahr auf 395 Millionen DM, 28 Prozent über Vorjahresniveau.

Tchibo: 1982 Umsatz erstmals über zwei Milliarden, Jahresüberschuß 21,6 Millionen DM.

Wayss & Freytag: Dank Auslandsaufträgen Bauleistung 1982 um 28 Prozent auf 1,14 Milliarden DM gestiegen.

Ford: „Beachtlicher" Jahresüberschuß von 324 Millionen DM, Umsatzsteigerung um elf Prozent, Investitionen in vier Jahren 4,4 Milliarden DM.

Frankreich: Streik bei Peugeot-Tabot, dennoch Entlassung von 2861 und 3231 Frühpensionierungen.

Börse: Die feste Tendenz an der Wall Street nach dem Auftritt Volckers vor dem Kongreß löste auch an der deutschen Börse neue Käufe aus. WELT-Aktienindex 144,1 (142,5). Am Rentenmarkt notierten öffentliche Emissionen fester. Dollar-Mittelkurs 2,5669 (2,5808) Mark. Goldpreis je Feinunze 429,75 Dollar.

KULTUR

München: Eine umjubelte Aufführung der „Carmina burana" von Orff beendet den ersten „festlichen Sommer" der Münchner Philharmoniker.

Frankreich: Jean-Pierre Vincent, bisher Leiter des Straßburger Nationaltheaters, wird neue Direktor der Comédie française in Paris.

SPORT

Tennis: Federation-Cup-Team der Damen erreichte in Zürich durch Sieg über England das Halbfinale. Claudia Kohde besiegte Virginia Wade 6:3, 6:0, Bettina Bunge schlug Jo Durie 6:3, 6:4.

Boxen: Der holländische Box-Europameister Rudi Koopmans steht unter Doping-Verdacht. Er hatte am 9. Juli den deutschen Halbschwergewichtsmeister Manfred Jassmann (Korbach) geschlagen.

AUS ALLER WELT

Orly-Attentat: Siebentes Opfer gestorben. Tätergruppe droht weiteren Anschlag an. Türkei fordert Auslieferung der Hauptverdächtigen Garbidjan und Semerci.

Wandertag: Bundespräsident Carstens gibt beim Deutschen Wandertag in Fulda die Stiftung einer „Eichendorff-Plakette" für Gebirgs- und Wandervereine bekannt.

Tabletten: Gefälschte Beruhigungstabletten „Captagon" im Wert von drei Millionen Mark in Baden und bei Köln von der Polizei gefunden.

Wetter: Heiter bis wolkig mit Temperaturen bis 26 Grad, am Samstag schwül-warm, im Südwesten Gewitter. Stau-Prognose für Baden-Württemberg wegen Ferienanfangs.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Weinberger und Wörner: Es bleibt beim „Waffenmix"

Genschers „Waldspaziergang"-Tip kein Gesprächsthema

R. MONIAC/SAD, Washington

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat nach einem Treffen mit seinem amerikanischen Amtskollegen Caspar Weinberger die „nahtlose Übereinstimmung" in den Grundsatzpositionen für die Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen in Europa (INF) unterstrichen. Er betonte nach diesem Meinungsaustausch, der den Auftakt seines zweitägigen Washington-Aufenthalts bildete, daß die öffentliche Empfehlung von Bundesaußenminister Genscher, in den Genfer Verhandlungen auf den Nitze/Kwizinski-Vorschlag vom Sommer 1982 („Waldspaziergang") zurückzukommen, im Gespräch zwischen ihm und Weinberger „keine Rolle gespielt" habe. Er sei sich mit Weinberger darüber einig gewesen, daß sie beide als Vertreter ihrer jeweiligen Regierungen sprächen.

Nach Wörners Eindruck besteht Einvernehmen darüber, daß alle Verhandlungsmöglichkeiten bei den Genfer INF-Gesprächen ausgeschöpft werden sollten, um zu einem Ergebnis zu kommen. Grundlage dafür sei der NATO-Doppelbeschluß. Die amerikanische Seite habe nicht den geringsten Zweifel an der Standfestigkeit der deutschen Position. Wörner unterstrich, auch er habe keinen Zweifel daran gelassen, daß für die Bundesregierung zum NATO-Doppelbeschluß im Fall der Nachrüstung das Festhalten an dem vereinbarten „Waffenmix" gehöre, also an der Stationierung von Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles.

Beide Seiten seien sich darin einig, jetzt sei es an der Sowjetunion, sich in den Genfer Verhandlungen zu bewegen. Moskaus Kompromißbereitschaft und wirklicher Verhandlungswille stünden „auf dem Prüfstand". Bundeskanzler Kohl habe sich wegen seines Auftretens in der sowjetischen Hauptstadt „Respekt und Anerkennung nicht nur der Amerikaner gesichert". Zwischen Bonn und Washington seien „engste Konsultationen" und ein „engster Schulterschluß" garantiert.

Neben dem INF-Thema spielte bei Wörners Begegnung mit Weinberger die künftige Ausstattung der NATO-Luftverteidigung in Europa eine wichtige Rolle. Wie der Minister mitteilte, ist man zu einer „grundsätzlichen Verständigung" gekommen, die zu einer endgültigen Einigung über Verbesserungen führen könne. Die „politischen Impulse" seien gegeben, um die „Schwächen und Unzulänglichkeiten" der Luftverteidigung in Mitteleuropa zu korrigieren. Niemand könne allerdings bisher sagen, wie sich die Parlamente in beiden Ländern zu den kostenträchtigen Vorschlägen stellen würden.

Nach Wörners Worten scheint sichergestellt zu sein, daß die amerikanische Seite eine Art Gegengeschäft akzeptieren wird, dessen Verwirklichung in den vergangenen Monaten am hartnäckigen Widerstand des US-Heeres zu scheitern drohte. Es geht um die Ablösung der veralteten „Nike/Hercules"-Raketen durch das moderne Luftverteidigungssystem „Patriot"

■ Fortsetzung Seite 8

Reagan gewinnt MX-Abstimmung

Repräsentantenhaus gibt 2,6 Mrd. Dollar für Rakete frei / US-Position in Genf gestärkt

AP/rtr, Washington

Im Kampf um den Bau der Interkontinentalrakete MX hat US-Präsident Reagan einen wichtigen Sieg im Parlament errungen. Mit 220 gegen 207 Stimmen votierte das Repräsentantenhaus, in dem die oppositionelle Demokratische Partei über die Mehrheit verfügt, für den Bau und die Stationierung der Rakete.

Die Abgeordneten gaben 2,6 Milliarden Dollar (6,5 Milliarden Mark) für den Bau der ersten 27 von insgesamt 100 MX-Raketen frei. Auch vom Senat in dem die Republikaner die Mehrheit haben, wird Zustimmung erwartet.

Die mit je zehn Atomsprengköpfen bestückten Langstreckenraketen sollen ab 1986 in unterirdischen Silos von Minuteman-Raketen älterer Bauart in den Staaten Wyoming und Nebraska aufgestellt werden. In den 90er Jahren soll die MX durch kleinere mobile Raketen mit je einem Atomsprengkopf vom Typ Midgetman ersetzt werden.

Die Freigabe der Mittel stellt einen wichtigen politischen Faktor für die Stärkung der amerikanischen Verhandlungsposition bei den Genfer START-Gesprächen mit der Sowjetunion über eine Reduzierung der strategischen Atomwaffen dar. Reagan und seine Mitarbeiter hatten sich bis kurz vor der Abstimmung in persönlichen Kontakten energisch darum bemüht, unentschlossene Abgeordnete für das Projekt zu gewinnen, das das Hauptelement der Rüstungspolitik der Administration darstellt.

Reagan hatte in Briefen an Kongreßabgeordnete argumentiert, daß die Inangriffnahme des MX-Programms bereits Bewegung in die START-Verhandlungen gebracht habe. „Die Sowjets haben schon damit begonnen, ihre Verhandlungsposition in einigen Punkten zu verändern. Wir befinden uns als Nation an einem kritischen Punkt. Wir haben die Chance, auf dem Weg der Rüstungskontrolle voranzukommen und durch nukleares Gleichgewicht eine dauerhafte Stabilität zu erreichen."

Außenminister Shultz schrieb an die Abgeordneten, daß die Unterstützung für Reagans Rüstungspläne die USA in den Stand versetze, „in glaubwürdiger und wirkungsvoller Weise mit Moskau zu verhandeln".

Um die äußerst zielgenauen MX-Raketen wird in den USA seit mehr als zehn Jahren gerungen. Der Streit um den Stationierungsmodus – insgesamt sind etwa 30 verschiedene Pläne debattiert worden – hatte eine Entscheidung immer wieder verhindert. Im vergangenen Mai schließlich gab der Kongreß 625 Millionen Dollar für erste Testflüge frei. Im Verteidigungsetat sind zwei Milliarden Dollar für Entwicklung eingeplant.

Die Gegner der MX hatten vor allem argumentiert, daß die Raketen vor einem sowjetischen Überraschungsangriff nicht ausreichend geschützt seien und dazu beitrügen, das nukleare Wettrüsten anzuheizen und damit das Risiko eines Atomkrieges vergrößerten. Außerdem würden Geldmittel gebunden, die dringend für konventionelle Waffen gebraucht würden.

Strauß spricht in Polen von Krediten

Zuvor hatte er in Prag „Revanchismus"-Befürchtungen entkräftet

BERNT CONRAD, Bonn

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen als einen Schritt in die richtige Richtung bezeichnet. Nach einem Gespräch mit dem polnischen Außenminister Stefan Olszowski und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Mieczyslaw Rakowski in Warschau sagte Strauß nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuter, dem ersten Schritt müßten aber noch weitere folgen. Die Haltung westlicher Handelspartner und Gläubigerstaaten gegenüber Polen werde auch weiterhin von der innenpolitischen Entwicklung des Landes abhängig sein.

Strauß erklärte weiter, neue Kredite an Polen könnten allerdings unabhängig von der innenpolitischen Situation vergeben werden. Gestern war in Warschau noch ein Treffen des CSU-Chefs mit dem für internationale Fragen zuständigen Politbüromitglied Jozef Cyrek vorgesehen. Dann reiste Strauß, der sich zu einem Privatbesuch in Polen aufhält, nach Ostpreußen weiter.

Zuvor hatte der bayerische Regierungschef in Prag bei einem Essen mit dem Vizepräsidenten des CSSR-Parlaments, Kucera, in Gegenwart eines stellvertretenden Außenministers, Fragen der Verteidigungs- und Ostpolitik erörtert. Das Gespräch verlief nach Informationen aus Prag in einer ausgesprochen angenehmen Atmosphäre.

Der CSU-Chef betonte in Prag den reinen Verteidigungscharakter der Pershing-2-Raketen, die im Fall eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen in der Bundesrepublik stationiert werden sollen. Weder in Westeuropa noch in Amerika denke jemand an Krieg, betonte Strauß. Er glaube auch, daß die Sowjetunion keinen Krieg wolle. Den deutschen Geprächspartnern fiel auf, daß die CSSR-Politiker die westdeutsche „Friedensbewegung" nicht überschätzten.

Parlamentsvizepräsident Kucera äußerte Besorgnis über einen wachsenden „Revanchismus" in der Bundesrepublik. Dazu bemerkte Strauß, man müsse zwischen der Rechtslage, wie sie sich durch den ausstehenden Friedensvertrag mit Deutschland ergebe, und der praktischen Realität unterscheiden. Die vitalen Interessen der Vertriebenen lägen heute in der Bundesrepublik. Auch die Vertriebenen hätten nicht den Wunsch, die bestehende Lage zu ändern. Das verhindere praktisch jeden Revanchismus.

Der CSU-Chef bat jedoch um Verständnis für die verfassungsrechtliche Situation der Bundesrepublik. Dabei erläuterte er das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag und zu den Ostverträgen. Keiner dieser Texte berühre die Grenze der CSSR.

Prager Beobachtern fiel auf, daß Strauß sich bemühte, seinen Konsens mit Bonn hervorzuheben und jede Anti-Genscher-Tendenz zu vermeiden. Er lud den Ministerpräsidenten der Tschechischen Teilrepublik, Koroak, zu einem Besuch in München ein.

Seite 4: Treffen am Sonntag?

Künftig nur bleifreies Normalbenzin?

Für eine Übergangsfrist weiterhin auch Normal und Super mit Bleigehalt

HEINZ HECK, Bonn

Vom 1. Januar 1986 an soll es in der Bundesrepublik Deutschland nur noch eine Sorte bleifreies Benzin geben. Das ist zumindest die politische Zielsetzung, die dem Kabinettsbeschluß vom Mittwoch zugrundeliegt, wie ein Sprecher des Innenministeriums auf Anfrage der WELT bestätigte.

Daneben wird es weiterhin „verbleites" Normal- und Superbenzin für den deutschen Kfz-Bestand von mehr als 20 Millionen sowie durchreisende ausländische Fahrzeuge geben. Eine Entscheidung über die Dauer der Übergangsfrist ist noch nicht gefallen. Offen ist ferner, ob vor dem 1. Januar 1986 zugelassene Fahrzeuge nachgerüstet werden müssen, und wenn ja in welcher Frist.

Mit der beabsichtigten Einführung nur einer bleifreien Sorte folgt Bonn der amerikanischen Strategie, auch wenn die Marktverhältnisse hier deutlich anders liegen. Rund die Hälfte des deutschen Kraftstoffverbrauchs entfällt auf Superbenzin mit einer Oktanzahl von 98 bis 100 ROZ, während Normalbenzin 91 bis 94 ROZ hat. Die Oktanzahl des deutschen Normalbenzins entspricht in etwa der des amerikanischen Super.

Sowohl die Kraftfahrzeug-, wie die Mineralölindustrie wurden von der Bonner Absichtserklärung der Vorwoche, mit bleifreiem Benzin ab 1. Januar 1986 zu starten und eine „Pilotfunktion" (Kohl) zu übernehmen, überrascht. Noch am 27. April hatten Vertreter beider Industriezweige im Gespräch mit Innenminister Zimmermann ihre grundsätzliche Unterstützung der Bemühungen um Verminderung der Kraftfahrzeugabgase zugesagt. Beide Verbände hatten für den Herbst gemeinsame Lösungsvorschläge angekündigt.

Daraus wird gefolgert, daß sich Zimmermann kurzfristig zu seinem Sinneswandel entschlossen hat. Zumindest die großen Mineralölfirmen können auch schon vor 1986 unverbleiten Kraftstoff etwa mit der Oktanzahl von Normalbenzin herstellen. Da sich auch Raffinerien in Rotterdam auf die neue Lage einstellen werden, dürfte es auch für die freien Tankstellen keine Probleme geben. Die Mehrkosten werden auf einen bis zwei Pfennig je Liter veranschlagt. Die Herstellung des bleifreien Kraftstoffes ist teurer und energieaufwendiger.

Die Automobilindustrie steht offenbar vor größeren Problemen. Sie begrüßt zwar die Bonner Absicht, hofft jedoch noch auf europaweite Durchsetzung der neuen Standards, womit vor allem in Frankreich und Italien kaum zu rechnen ist. Hier drohen bei ohnehin schwieriger Absatzlage der dortigen Kfz-Industrie protektionistische Tendenzen.

Da die Oktanzahl des bleifreien Benzins für die Motoren mit hoher Verdichtung nicht ausreicht, müssen die Motoren angepaßt werden. Ob sich in der kurzen Zeitspanne bis 1986 andere technische Entwicklungen abzeichnen, ist offen, eher unwahrscheinlich. So wie bei den Exportmodellen für USA oder Japan würden die Leistungen herunter- und der Verbrauch nach oben gehen. Gegenüber den mit Superbenzin fahrenden Motoren ist ein Mehrvebrauch von rund zehn Prozent zu erwarten.

Große Unsicherheit herrscht in der Industrie hinsichtlich des Kaufverhaltens: Niemand wagt zu prophezeien, ob die Käufer sich bis 1986 möglichst zurückhalten, um dann ein Fahrzeug nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen zu kaufen, oder ob sie jetzt ein neues Fahrzeug kaufen, um eine möglichst lange Übergangszeit zu nutzen. Denkbar erscheint, daß die Kfz-Hersteller auch schon früher auf den Markt kommen, wenn die Zapfsäulen auch schon vorher bleifreies Benzin hergeben.

DER KOMMENTAR

Der Meister-Lobbyist

HEINZ BARTH

Ob Ronald Reagan als ein großer Präsident in die Geschichte eingehen wird, bleibt abzuwarten. Sicher aber wird er in sie eingehen als der Präsident mit der durchschlagendsten Lobby des Jahrhunderts. Weder das Lamento der Medien-Strategen noch die Einwände, auf die seine stramme Einstellung zur Genfer Verhandlungsrunde über die strategischen Waffen (START) gelegentlich bei vier früheren Rüstungsberatern des Weißen Hauses stieß, konnten verhindern, daß er den Widerstand gegen die neue Interkontinental-Rakete MX mit unerwarteter Leichtigkeit umdrehte.

Obwohl die Republikaner im Repräsentantenhaus weitaus die Schwächeren sind, brachte der Meister-Lobbyist wieder einmal so viele Vertreter der Opposition auf seine Seite, daß eine auskömmliche Mehrheit für die Produktion der ersten 27 von 100 projektierten MX-Raketen zutande kam. Sie sind mit ihren auf hundert Meter zielgenauen Mehrfach-Sprengköpfen das Kernstück des künftigen Abschreckungspotentials, aber doch nur eine Überbrückungswaffe, bis Anfang der 90er Jahre die bösen Zwerge der Midgetmänner ihre Rolle übernehmen.

Es gehört einiges dazu, ein Raketen-Projekt, das den Stempel des Provisoriums an der unheilvollen Stirn trägt, gegen einen Kongreß durchzusetzen, der im Wahljahr 1984 Reagans soziale Sparmaßnahmen vor den Wählern vertreten muß. Um den Senat, wo die Republikaner ohnehin in der Mehrheit sind, braucht sich der Präsident keine Sorgen mehr zu machen, nachdem er das Repräsentantenhaus zu gewinnen vermochte.

Drei Argumente mögen seine Kritiker überzeugt haben. Erstens stand Amerikas Raketenfenster halb offen, seit die Sowjets mit ihren SS-18-/SS-19-Raketen die Genauigkeit des bis zu 20 Jahre alten Minuteman-Systems der USA erreicht, wenn nicht übertroffen hatten. Zweitens blieb es nicht ohne Eindruck auf dem Kapitol, daß sich durch die Härtung der Minuteman-Silos die Stationierung der MX verbilligen läßt. Und drittens konnte Reagan nachweisen, daß die Sowjets bei den START-Gesprächen beweglicher geworden sind, seit sie erkannten, daß die USA mit der Modernisierung ihrer Fernwaffen keinesfalls bis 1990 warten werden.

Wie geht es nun weiter? Wetten, daß wir sehr bald von östlich inspirierten Quellen einiges über die Vorteile hören werden, die es hätte, über START und die Mittelstrecken-Raketen im Paket zu verhandeln? Wetten daß?

Kriegsrecht in Polen ab heute aufgehoben

dpa/rtr/AP, Warschau

Der polnische Staatspräsident Henryk Jablonski hat gestern vor dem Parlament in Warschau die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen verkündet. Das Kriegsrecht tritt heute, am polnischen Nationalfeiertag, außer Kraft. Der Sejm billigte außerdem einstimmig ein Amnestiegesetz. Diese Teilamnestie gilt für rund 800 Bürger, die nach dem Kriegsrecht unter Anklage gestellt oder schon verurteilt wurden. Am Mittwoch hatte das polnische Parlament bereits die Verfassung um einen Notstandsparagraphen erweitert.

Vize-Justizminister Tadeusz Skora hatte am Vortage erklärt, die Amnestie könnte auch für Spitzenvertreter der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" wie Zbigniew Bujak und Bogdan Lis gelten, falls sie bis zum 31. Oktober aus dem Untergrund auftauchten.

In Zürich erklärten „Solidarität"-Vertreter, die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen sei ein „Scheinmanöver, um die westliche Öffentlichkeit zu täuschen". Dadurch werde nicht etwa die Einhaltung der Menschenrechte verbessert, sondern sie würden im Gegenteil „annulliert". „Solidarität" bleibe ihren Idealen vom August 1980 weiterhin treu und gebe den Kampf für ihre Verwirklichung nicht auf. Die nun von General Jaruzelski im polnischen Parlament eingebrachten Gesetzesvorlagen beraubten die Polen jeglicher Bürgerrechte. Statt dessen gäben sie dem Regierungs- und Sicherheitsapparat beinahe unbegrenzte Mittel in die Hand, „Terror und Repression" auszuüben.

Seite 2: Zum Auftakt Trickbetrug
Seite 6: Sondergesetze

Teilrückzug der Israelis stößt auf Kritik

AFP/dpa, Washington/Beirut

Der libanesische Staatspräsident Amin Gemayel und das US-Außenministerium haben den angekündigten israelischen Teilrückzug nach Südlibanon kritisiert. Gemayel erklärte während seines USA-Besuchs, ein Teilrückzug laufe „zwangsläufig auf eine faktische Teilung Libanons" hinaus. Seine Regierung könne nur einem „vollständigen Rückzug aller ausländischen Streitkräfte aus Libanon" zustimmen.

Ein Sprecher des State Departement betonte, die USA seien gegen jede Maßnahme, die ihrem „Hauptziel, dem Rückzug aller ausländischen Truppen aus Libanon", zuwiderlaufe und es der libanesischen Regierung noch weiter erschwere, ihre Souveränität auf dem gesamten Staatsgebiet auszuüben.

Israels Verteidigungsminister Moshe Arens erklärte in einem Fernsehinterview, ein weiterer Rückzug der israelischen Truppen komme in Frage, wenn es der libanesischen Armee gelinge, die von Israel geräumten Gebiete Libanons unter Kontrolle zu halten „und eine Rückkehr der palästinensischen Terroristenorganisationen zu verhindern". Israel habe vorläufig nicht die Absicht, die Gebiete in Ostlibanon sowie den strategisch wichtigen Baruk-Gipfel zu räumen, solange Syrien nicht zum Abzug seiner Truppen aus Libanon bereit sei.

Bei einem Sprengstoffanschlag auf ein Beiruter Hotel, der einen Großbrand verursachte, sind sechs Menschen ums Leben gekommen und 15 verletzt worden. Die Täter schossen zwei Hotelwächter nieder und zündeten eine Auto-Bombe.

Seite 2: „Wenn" und „hätte"

USA: Verpflichtung für Mittelamerika unterstrichen

Shultz legt Bericht vor / Flottenverband übt Blockade

AP/AFP/rtr, Washington/Managua

Der amerikanische Außenminister George Shultz hat dem Kongreß einen Bericht zugeleitet, in dem eine Besserung der Menschenrechtslage in El Savador verbürgt wird. Die Versicherung ist Voraussetzung für eine Fortsetzung der militärischen Hilfsprogramme für das Land. Im laufenden Finanzjahr hat der Kongreß für derartige Unterstützungen 56,3 Millionen Dollar (145 Millionen Mark) bewilligt. Erwogen wird eine zusätzliche Hilfe in Höhe von 80 Millionen Dollar (206 Millionen Mark). Shultz gab seine Versicherung ab, obwohl die amerikanische Botschaft in San Salvador berichtet hat, daß in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 1054 Zivilisten bei politischen Gewalttaten ermordet wurden, während es in den letzten sechs Monaten des Vorjahres 961 Menschen waren. Menschenrechtsgruppen, die der katholischen Kirche in El Salvador nahestehen, nennen für das erste Halbjahr 1983 sogar eine Zahl von 2527 Opfern der Gewalt.

Die wie bereits gemeldet von den USA nach Mittelamerika entsandten acht Kriegsschiffe sollen nach einem Plan des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte vor der mittelamerikanischen Küste Blockade-Übungen abhalten. Die USA haben zwar wiederholt erklärt, keine Kampftruppen nach El Salvador schicken zu wollen, aber die Möglichkeit einer Seeblockade zur Unterbrechung von Waffenlieferungen aus dem Ostblock nicht ausgeschlossen. Das amerikanische Verteidigungsministerium hatte zur Entsendung des Flottenverbandes mitgeteilt, sie sei ein Zeichen der Unterstützung für befreundete Länder in diesem Gebiet, mit dem die amerikanischen Interessen in der Region demonstriert werden sollten. Für Anfang August planen die USA zusätzlich Großmanöver in Honduras und der Karibik, an denen bis zu 5000 US-Soldaten teilnehmen sollen.

Wie das nicaraguanische Außenministerium gestern mitteilte, haben sich Kriegsschiffe aus Nicaragua und Honduras im Golf von Fonseca ein anderthalbstündiges Gefecht geliefert. Der Golf von Fonseca liegt zwischen El Salvador und Nicaragua. Angaben über Verluste enthielt das Kommuniqué des Außenministeriums nicht.

Seite 2: Heißer Sommer

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Libanon: „Wenn" und „hätte"

Von Peter M. Ranke

In seiner klaren Sprache hat es der libanesische Ex-Präsident Camille Chamoun im Beiruter Fernsehen unter allgemeinem Beifall gesagt: Wenn die Amerikaner im vorigen Sommer den Israelis nicht in den Arm gefallen wären und den Waffenstillstand vom 11. Juni erzwungen hätten, gäbe es heute keine Syrer und Palästinenser mehr in Libanon. Denn die israelische Armee hätte nur noch 24 Stunden gebraucht, um Ostlibanon völlig freizukämpfen.

Das „Wenn" und „Hätte" belastet heute wieder die amerikanisch-israelischen Beziehungen, zumal nach dem Beschluß Jerusalems, die Truppe auf den Awali-Fluß zurückzunehmen. In Beirut und Washington wird eine endgültige Teilung Libanons befürchtet, und von großen politischen Avancen an die gar nicht an Abzug denkenden Syrer ist daher die Rede. Vor einem Jahr hieß es: Israelis raus! Doch nun, da sie sich wenigstens teilweise zurückziehen, herrscht Ratlosigkeit.

Wer heute von einer Teilung Libanons spricht, hat die letzten sieben Jahre versäumt. Es waren die syrischen Truppen, die im Juni 1976 ungerufen nach Libanon kamen und sich erst später ein Mandat der Araber-Liga verschafften. Sie und die PLO teilten das Land, nicht die Israelis 1982. Seitdem haben die Syrer nicht einen Meter libanesischen Bodens freiwillig aufgegeben.

Zeitungen in Damaskus bezeichnen Libanon und „Palästina" bereits als Provinzen Groß-Syriens. Nie hat Damaskus die Unabhängigkeit Libanons verbindlich anerkannt. Und bei diesem „Erbanspruch" der Syrer wird es bleiben, was auch Washington oder Beirut den Syrern an faulen Kompromissen anbieten mögen. Ein Rückzug der Israelis nach Südlibanon hat damit nur am Rande zu tun.

Gürtel enger in Portugal

Von Rolf Görtz

In den nächsten Tagen wird die portugiesische Koalition der Sozialisten und liberalen Sozialdemokraten unter Mario Soares mit einer Serie von Dekreten beginnen, die für die zehn Millionen Portugiesen Austerity bedeuten. Ein Sparprogramm, das die Menschen um Jahre in ihren Ansprüchen zurückwerfen wird. „Wir haben jahrelang um zwanzig Prozent über unsere Verhältnisse gelebt", kommentierte trocken Staatsminister Almeida Santos.

Zu den Austerity-Gesetzen der nächsten Wochen gehört die Umgehung des strikten Verbotes von Massenentlassungen, wenn ein Betrieb anders nicht weiter existieren kann. Außerdem werden private Banken und Versicherungsgesellschaften zugelassen, um über den Wettbewerb die Rentabilität der nach der Revolution verstaatlichten Wirtschaftszweige zu heben. Damit hofft man, jene Verhandlungen zum Erfolg zu bringen, die zu einem Rettungskredit des Internationalen Währungsfonds führen sollen.

Vom Streik befreit lief inzwischen der griechische Riesentanker Doris aus dem Dock der Reparaturwerft Lisnave, wo ihn kommunistische Gewerkschafter festgehalten hatten. Die Regierung Soares schickte ungerührt fünfhundert Mann Polizei in das Werftgelände, um einen Gerichtsbeschluß durchzusetzen, der die Freilassung des Schiffes verlangte. Zum ersten Mal zeigten sich die Kommunisten ob dieser unerwarteten Entschlossenheit des sozialistischen Regierungschefs beeindruckt: Sie gaben ihren Streik auf und schlossen mit der für Portugals Volkswirtschaft so wichtigen Werft ein Übereinkommen. Überhaupt sackte die von der kommunistischen CGTP-Gewerkschaft inszenierte Streikwelle, die Mario Soares aus dem Sattel spülen sollte, in sich zusammen. Taktik des KP-Chefs Cunhal? Oder Einsicht?

Mais drüber

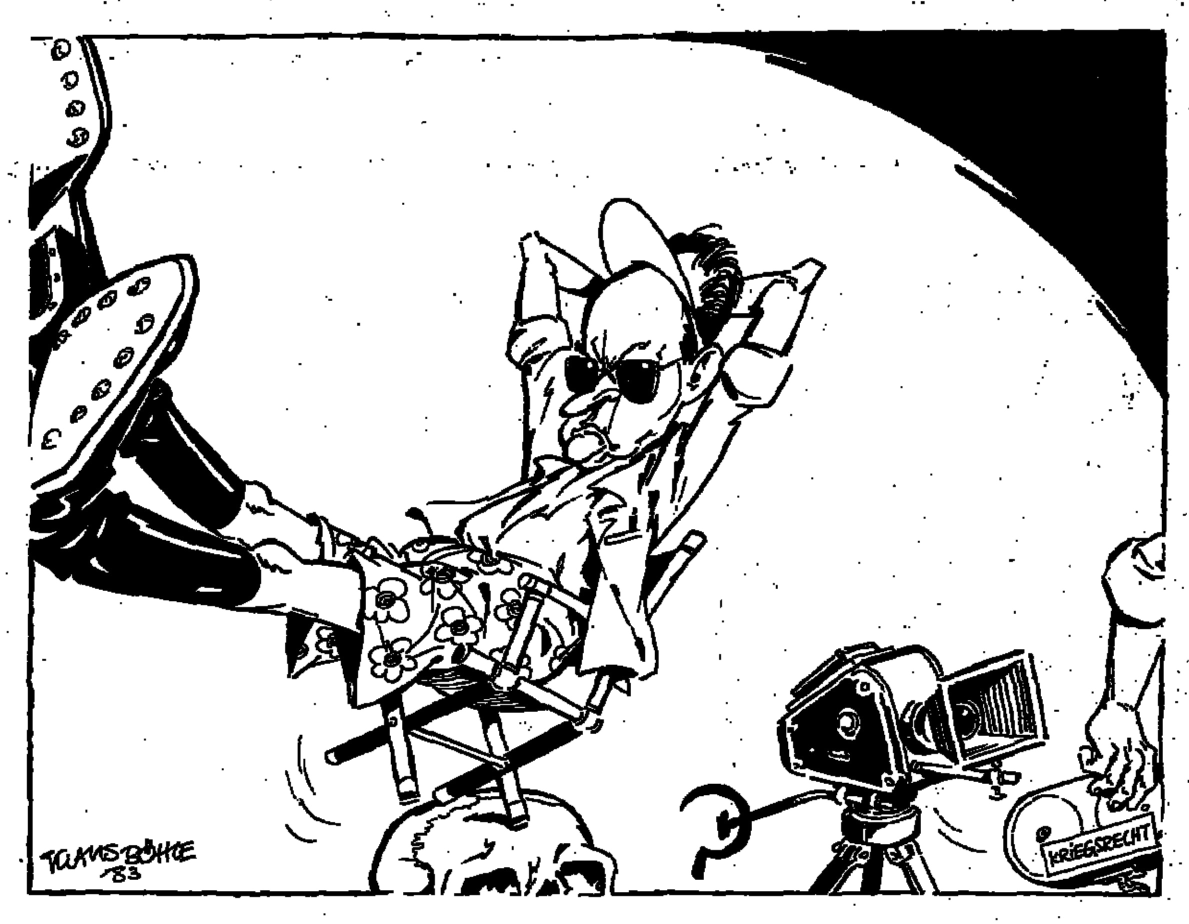
Von Astaf Domberg

Daß die Zeiten sich ebenso ändern wie manchmal Menschen und deren Meinungen, mag eine Binsenwahrheit sein. Doch da eine Binsenwahrheit oft einiges über Personen zu erhellen vermag, deren Ruf „in die Binsen ging", erinnert sich der Chronist anläßlich des neuen sowjetisch-ungarischen Abkommens über landwirtschaftliche Zusammenarbeit an einen gewissen Trofim Denisowitsch Lyssenko, der erst 1976 gestorben ist.

Die heutige sowjetische Führung hat nichts dagegen, von den Ungarn eine Methode des Mais-Anbaus zu übernehmen, die die Ungarn wiederum weitgehend von den Amerikanern gelernt haben. Unter Stalin und zeitweise noch unter Chruschtschow wurden den sowjetischen Kolchosen und Staatsgütern sowie auch den osteuropäischen Satelliten, darunter auch den Ungarn, Lyssenkos Lehren über Getreide- und Maisanbau aufgezwungen.

Sie erwiesen sich bald genug als falsch. Aber Lyssenko, Direktor des Instituts für Genetik und Präsidiumsmitglied der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der UdSSR, war trotz der katastrophalen Fehlschläge seiner „Lehre über die Genetik" lange Zeit unantastbar, denn er war der Linientreueste der Getreuen – seine Lehre verwirklichte den „wissenschaftlichen Marxismus", jenen dialektischen Materialismus, der Mendels Vererbungslehre zu widerlegen behauptete.

Jetzt müssen die sowjetischen Agrarwissenschaftler von den pragmatischen Ungarn lernen, wie man Mais anpflanzt und wie man vor allem gute Ernten erzielt. Die besten Ernten erzielen erstaunlicherweise immer noch die kapitalistischen Amerikaner. Im Grunde genommen bedeutet der Babolna-Mais-Vertrag das feierliche Staatsbegräbnis der angeblichen Wissenschaft vom Materialismus. Stellvertretend für ihr Grab sollte man auf dem Grabe Lyssenkos Babolna-Mais anpflanzen.



Rollen-Wechsel und Drehpause

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Zum Auftakt ein Trickbetrug

Von Carl Gustaf Ströhm

Der Kriegszustand ist tot – es lebe der Ausnahmezustand! Mit dieser Parole läßt sich umschreiben, was in Polen dieser Tage beschlossen wurde und was am heutigen 22. Juli, dem Jahrestag der Gründung der kommunistischen Volksrepublik, in Kraft treten soll: eine „Normalisierung", die weit davon entfernt ist, normale Zustände zu schaffen. Das Kriegsrecht wird durch Ausnahme- und Notstandsparagraphen in der polnischen Verfassung abgelöst sowie durch Sondergesetze, die den staatlichen Instanzen ermöglichen, jede Form von Opposition ohne viel Umstände zu verfolgen. Darin wird sich der polnische Notstandsparagraph von formell ähnlichen Bestimmungen westlich-demokratischer Verfassungen unterscheiden: In Polen wird es auch weiterhin keine Vereins- und Koalitionsfreiheit geben; die Mitgliedschaft in Vereinigungen, die nicht vom Staat genehmigt sind –, seien es die suspendierte Gewerkschaft „Solidarität", der aufgelöste Journalistenverband oder der verbotene unabhängige Studentenverband – ist bereits eine strafbare Handlung und kann zu mehrjährigen Gefängnisstrafen führen.

Ebenso verhält es sich mit der Amnestie. Von ihr sind mehrere Gewerkschaftsführer, die sich seit Verhängung des Kriegsrechts in Haft befinden, ebenso ausgeschlossen wie die prominenten Mitglieder des „Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung" (KOR), Jacek Kuron und Adam Michnik, oder wie die Gründer der „Konföderation für ein unabhängiges Polen". Das Regime kann diese Personen nicht freilassen, weil sonst die Legende zusammenbrechen müßte, auf der die Rechtfertigung von Jaruzelskis Militärstreich vom 13. Dezember 1981 beruht, daß nämlich ein „konterrevolutionärer Umsturz" bevorstand. Deshalb müssen Männer wie Michnik und Kuron, die nur durch das Wort und die Idee, niemals aber durch Gewalt und Konspiration wirkten, jetzt als finstere Geheimagenten und Gewalttäter dargestellt und wahrscheinlich in einem Schauprozeß abgeurteilt werden.

Ebenso unklar ist, was das Warschauer Regime mit den zahlreichen im Untergrund lebenden Anhängern und Funktionären der unabhängigen Gewerkschaft vorhat. Zwar wurde den Untergetauchten Straffreiheit zugesichert, wenn sie sich bis 31. Oktober bei den Behörden melden. Aber „Strafe" – das ist ja heutzutage nicht nur Gefängnis oder Internierung. Es gibt so viele andere Möglichkeiten, etwa Verweigerung eines Arbeitsplatzes, Entzug des Wohnrechtes in gewissen Städten, Beschattung durch die Geheimpolizei. Lech Walesa hat nicht unrecht, wenn er behauptet, das polnische Volk könne mit dieser Schein-Normalisierung vom Regen in die Traufe geraten.

Immerhin hat es einst ein vom Staat unterzeichnetes und sanktioniertes Abkommen über Gewerkschaftsfreiheit gegeben – und die Gewerkschaft „Solidarität" hatte zehn Millionen Mitglieder. Immerhin hatte General Jaruzelski am 13. Dezember 1981 erklärt und erklären lassen, die „Solidarität" sei keineswegs aufgelöst, sondern nur „suspendiert". Jetzt ist von alldem nicht mehr die Rede. Die polnische Führung ist also wortbrüchig geworden. Auch wenn man an die polnischen Entwicklungen und Zustände mit dem größten Zynismus herangehen sollte: Dies alles erscheint nicht als vielversprechender Ausgangspunkt für eine nationale Versöhnung, sondern als fast unvermeidlicher Zündstoff für künftige schwere Konflikte.



Kriegsrecht in ziviler Verkleidung: Jaruzelski im Sejm

FOTO: AP

Bei Lichte besehen hat das polnische Regime zwei Motive für die „Normalisierung". Erstens wirkt es für die Länder des realen Sozialismus nicht sehr überzeugend, wenn sie gegen Militärdiktaturen in Lateinamerika Sturm laufen, während sie gleichzeitig selber ein Militärregime in ihrer Mitte haben. Zweitens hofft Warschau, durch kosmetische Operationen im Westen wieder kreditwürdig zu werden und vor allem eine Aufhebung der Sanktionen zu erwirken. Diese Wirtschaftssanktionen – vor allem jene, welche Reagan in Kraft setzte – waren nämlich keineswegs ein Schlag ins Wasser, wie manche westliche „Entspannungs"-Freunde behaupten.

„Business as usual" allerdings wäre vom westlichen Geschäfts- und Handelsinteresse – um von der Politik gar nicht erst zu reden – so töricht wie seinerzeit der Optimismus der Regierung Schmidt–Genscher gegenüber dem jetzt als Bankrotteur und Hasardeur entlarvten Gierek. Es kann gewiß nicht Aufgabe des Westens sein, den Polen vorzuschreiben, welches Regime und welche innere Ordnung sie haben sollen. Aber ein Regime zu legitimieren oder gar moralisch zu stützen, das keinen nationalen Mindestkonsens verwirklichen kann, ist politisch wie ökonomisch höchst riskant – von der moralischen Seite ganz abgesehen.

Die Machthaber in Warschau haben die „Normalisierung" mit einer Fälschung begonnen. Ein offenbar vom Regime zu Provokationszwecken installierter angeblicher Untergrundsender der „Solidarität" forderte alle untergetauchten Gewerkschaftler auf, sich sofort bei der Polizei zu melden. Wer mit solchen Tricks arbeitet, zeigt von vornherein, wieviel Vertrauen er verdient.

IM GESPRÄCH Majid Arslan

Der, dem die Bombe galt

Von Paul Chardon

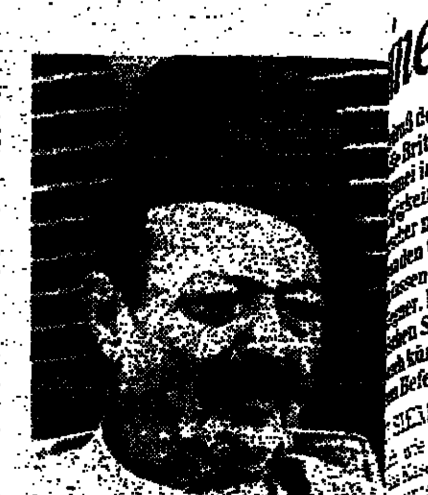
Mit seinem gezwirbelten Schnurrbart und dem roten Tarbusch ist Emir Majid Arslan (68) eine gewichtige Erscheinung der libanesischen Innenpolitik. Daß er als einziger Parlamentarier und früherer Kriegsminister noch die Kopfbedeckung aus der Türkenzeit trägt, soll seine konservative Haltung unterstreichen. Der Emir oder Prinz eines großen Drusengeschlechts hat es nicht nötig, Zugeständnisse an den Zeitgeist zu machen.

Majid Arslan und sein Sohn Feisal sind mit ihrem Drusenclan aus der Gegend um Aley Stützen des christlichen Präsidenten Amin Gemayel und seiner Politik. Sie haben im Parlament auch das Abzugsabkommen mit Israel gebilligt und treten dafür ein, daß die libanesische Armee die geräumten Gebiete übernimmt.

Zu den Drusen in Israel unterhalten die Arslans gute Beziehungen, einen eigenen Drusenstaat lehnt Emir Majid als nationalbewußter Libanese ab. Schließlich hat er als junger Mann mit seinen kämpferischen Drusen im November 1943 mit dafür gesorgt, daß die damalige französische Kolonialmacht Libanon endgültig die Unabhängigkeit zugestehen mußte. Denn die Drusen fühlen sich ebenso wie die christlichen Maroniten als die wahren Libanesen, da sie seit dem 11. Jahrhundert die Herren in den Bergen des Schufs sind, im südlichen Teil des *Mont* Liban.

Wegen seiner Staatstreue und seiner Zusammenarbeit mit Präsident Gemayel steht Emir Majid Arslan wieder einmal im Gegensatz zu dem anderen Drusen-Chef, zu Walid Jumblatt (34). Die Arslans gehören zum großen Clan der Yasbeki, während die Jumblatts ihre eigene Gefolgschaft haben. Seit rund zweihundert Jahren sind Yasbekis und Jumblatis tödlich verfeindet.

Im „Bürgerkrieg" 1975/76 hielt sich Majid Arslan neutral zurück, während erst Kamal Jumblatt und dann sein Sohn Walid an der Spitze einer linksgerichteten Volksfront im Bunde mit den Palästinensern gegen die Christen standen. Walid setzt diese Politik gegen den eigenen Staat Libanon heute mit der



Gegenspieler am Mont Liban: Drusenführer Arslan

FOTO: A

Hilfe Syriens fort. Er fordert ein größere Beteiligung „seiner" Drusen an der politischen Macht i Beirut, eher will er der libanesischen Armee den Weg in das Drusen-Gebiet des Schufs nicht freigeben. Das ist ganz im Sinne vo Damaskus. Jumblatts Milizen de „Progressiven Sozialistischen Partei" (PSP) kämpfen auch seit einem Jahr in ihren Dörfern gege die Christenmilizen. Das ist ei blutiger Kampf, von dem Emir Majid fürchtet, er werde bald wiede alle Christen und Drusen der Berg gegeneinander mobilisieren.

Seitdem die Jumblatt-Druse die Stadt Aley an der Straße nach Damaskus erobert haben, leb Emir Majid im Beiruter Luxus-Hotel „Summerland", wo bis vorige Sommer die Führungscliquen de PLO kein schlechtes Dasein führten. Die Autobombe, die Mittwoch vor dem Eingang detonierte, nachdem zwei Aufpasser ermordet worden wären, galt also keinem anderen als Majid Arslan. Sie wurde vor einem Terroristen der prosyrischen Miliz PSNS (Parti Syrien National Social) gezündet, nachdem man schon am Sonntag einen dieser Terroristen bei einer Armeekontrolle abgefangen hatte. Denn wer ist an der Ausschaltung de Yasbeki-Chefs interessiert? Di Jumblatis und der ihnen verbundene syrische Geheimdienst.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zu den Feiern zum 20. Juli heißt es in dem Blatt:

Lehren aus der Geschichte zu ziehen, fällt jeder Generation schwer, die nicht aus eigenem Erleben urteilen kann. Um so dringlicher war es, daß fast alle Redner in den Gedenkfeiern am 39. Jahrestag des Attentats auf Hitler aktuelle Bezüge herstellten und das Recht auf Widerstand in einer funktionierenden Demokratie kategorisch ablehnten. Daß es überhaupt der Klarstellung bedurfte, ist beklagenswert.

WESTFALEN-BLATT

Die Zimmermann-Reise kommentiert die Bielefelder Zeitung:

Wichtig ist: Der deutsch-türkische Dialog bricht gerade jetzt nicht ab. Nach wie vor gilt: Die traditionelle deutsch-türkische Freundschaft ist intakt. Aber in Ankara wird man sich der Einsicht nicht verschließen können, daß ein Land wie die Bundesrepublik keineswegs zur Insel der Seligen für die türkischen Arbeitslosen werden kann. Die Wirtschaftsprobleme der Türkei lassen sich nicht via Völkerwanderung lösen.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Zum „heißen Herbst" bemerkt das Stuttgarter Blatt:

Wer die Ankündigungen und Planspiele innerhalb der Friedensbewegung für einen „heiße Herbst" verfolgt, der muß befürchten, daß es so friedlich und „gewaltfrei" wie vorgesehen wohl nicht werden wird: Vorgestern waren es Mitglieder der saarländischen Friedensbewegung, die ankündigten, während des Flugtages in Ramstein eine Rakete zerstören zu wollen. Nun erfahren wir, daß es bereits Dutzende von „Komitees gegen Bombentransporte" gibt, die Schiffe mit entsprechender Ladung nicht nur stoppen, sondern auch zum Kentern bringen wollen. Schon werden die Töne auch auf der anderen Seite schärfer und wir hören Warnungen des Verfassungsschutzes (wie auch vom amerikanischen Botschafter in Bonn), daß Soldaten bei Blockaden nervös werden und zur Waffe greifen könnten. Es ist deprimierend, zu beobachten, daß manchen in der Friedensbewegung offenbar jegliches Gefühl dafür abhandengekommen ist, was Gewalt auch gegen Sachen und was Nötigung bedeuten.

Rhein-Zeitung

Zum bleifreien Benzin empfiehlt das Koblenzer Blatt:

Das Auto, dem man nachsagt, des Deutschen liebstes Kind zu sein, darf nicht zum Totengräber seiner Zukunft werden. Deshalb muß auch jeder Benzin-Endverbraucher hinter dem Bonner Beschluß stehen. Argumente der Automobilindustrie, man könne die Sache nicht „auf die Schnelle" bewältigen, sind verstummt. Bleifreies Benzin und Katalysatoren machen das Autofahren aber auch teurer. Der Staat hat die Möglichkeit, über Senkung der Mineralölsteuer einen Teilausgleich zu schaffen. Die Mehrbelastung des Autofahrers sollte jedoch akzeptiert werden.

Kalte Füße im heißen Sommer von Nicaragua

Die Comandantes finden ruhigere Töne gegenüber Reagan / Von Werner Thomas

Vor zwölf Monaten, als die Sandinisten den dritten Jahrestag ihrer Machtübernahme feierten, hat Junta-Chef Daniel Ortega eine Brandrede gegen die Amerikaner gehalten. US-Botschafter Anthony Quainton sah sich veranlaßt, vorzeitig zu gehen.

Diesmal konnte der Diplomat bis zum Ende ausharren. Ortega, der auch beim vierten Revolutionsjubiläum das Wort ergriff, behandelte die Reagan-Regierung ungewöhnlich milde. Mehr noch: Der Comandante signalisierte zum ersten Mal die Bereitschaft Nicaraguas zu einer multilateralen oder globalen Lösung des Mittelamerika-Konfliktes. Er verlas ferner ein Sechs-Punkte-Programm, das einen Nichtangriffspakt mit Honduras und ein Ende aller Waffenlieferungen an El Salvador einschließt.

Was ist geschehen? Viele Beobachter in Managua beantworten diese Frage mit einem Namen: „Reagan." Tatsächlich scheint die harte Politik des amerikanischen Präsidenten zumindest taktische Kurskorrekturen bewirkt zu haben. Reagans Warnungen werden plötzlich ernst genommen. Die Meinung ist weit verbreitet, daß er die Krise der Region militärisch lösen kann, wenn er das will, trotz erheblichen Widerstandes in der Öffentlichkeit und auf dem Kapitol. Ein Oppositionspolitiker in der nicaraguanischen Hauptstadt sagte: „Man glaubt heute nicht mehr, daß Reagan nur blufft."

Die Reagan-Regierung hat in den letzten Wochen wiederholt ihren Standpunkt nach Managua übermitteln lassen: Sie wird kein sozialistisches Salvador dulden und notfalls auch den Druck auf Nicaragua verschärfen. Wie es heißt, soll Reagan den spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez bei dessen Washington-Besuch dementsprechend informiert haben. Nicht zufällig versammelte sich dann die Spitze der Sozialistischen Internationale in Madrid.

Es kann auch kein Zufall gewesen sein, daß Carlos Rafael Rodriguez und Manuel Pineiro Lozada bei der diesjährigen Revolutionsfeier anwesend waren, der kubanische Vizepräsident und der Lateinamerika-Stratege der kubanischen KP. Beide wissen aus langer Erfahrung, wie weit sich die Amerikaner reizen lassen. Rodriguez versicherte einem westlichen Delegierten, Kuba stehe voll und ganz hinter der gemäßigten Ortega-Rede.

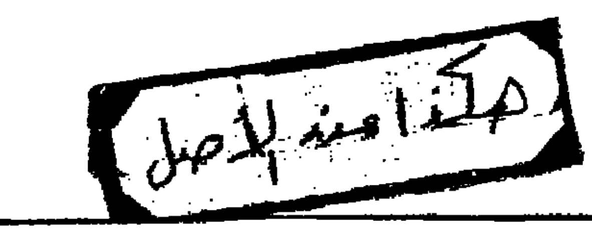
Es hat in der fast fünfundzwanzigjährigen Geschichte der kubanischen Revolution jedoch oft taktische Rückzüge gegeben, so Ende der sechziger Jahre nach dem Tod Che Guevaras in Bolivien und dem Scheitern des System-Exports nach Südamerika. Ob das nur Taktik war, was Daniel Ortega am Dienstag sagte, wird die Zeit zeigen.

Der Ton der Ansprache war bemerkenswerter als der Inhalt. Daß die Comandantes die Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe (Venezuela, Mexiko, Kolumbien, Panama) unterstützen, ist nicht neu. Der Vorschlag, alle Seiten sollten die Waffenlieferungen nach El Salvador stoppen, läßt sich leichter verstehen, wenn an die Erklärungen der Guerrilla-Führer erinnert wird, sie hätten vorerst genug militärisches Material.

Bleibt die Bereitschaft zu einer globalen Lösung. Diese wurde allerdings recht vage formuliert: „Die Regierung des nationalen Wiederaufbaus erkennt an, daß der Beginn des von der Contadora-Gruppe vorgeschlagenen Verhandlungsprozesses multilateralen Charakter haben soll." Aber immerhin: Bisher wollten die Comandantes ihre Verhandlungsbereitschaft lediglich auf das bilaterale Problem mit Honduras begrenzen.

Neutrale Beobachter vor Ort und viele regelmäßigen Besucher haben den Eindruck, daß die sandinistische Revolution expansionistische Ambitionen aufgegeben hat, vorerst zumindest, und sich um das eigene Überleben kümmern muß. So wird der Unterschied zwischen der kämpferischen dritten und der konzilianten vierten Revolutionsfeier interpretiert.

Selbst Sympathisanten der Sandinisten räumen ein, wenn auch widerwillig, daß sich Reagan eigentlich bestärkt fühlen kann: Mit wachsendem Druck habe er die Comandantes milder gestimmt und ihnen Konzessionen abgerungen. Die Frage ist nun, ob der amerikanische Präsident erst einmal die neue Verhandlungsbereitschaft der Männer in Managua testen läßt oder die Schraube weiter anzieht. Er entscheidet über die nächsten Schritte – und am Ende wahrscheinlich auch über das Schicksal Mittelamerikas.



Die Gurkhas der Queen wünschen keinen neuen Herrn

Zum Verdruß des Sultans werden die Briten Ende des Jahres Brunei in die volle Unabhängigkeit entlassen. Der Herrscher möchte sich weiter von den Gurkhas schützen lassen – auch gegen innere Gegner. Doch die nepalesischen Soldaten wollen auch künftig britischem Befehl gehorchen.

Von U. SIEMON-NETTO

Friedlich wie ein Ferienlager ruht das Kasernengelände der Gurkhas unter der Tropensonne. Es ist ein Camp mit Blumenbeeten und einer Schweineherde, der zwei Hirten vorstehen, ein Camp mit einem Hindu-Tempel unter Palmen, vor dessen Altar der Militärgeistliche gemächlich Backwerk und Obst arrangiert, Opfer für die Götter.

Doch in einer Baracke der Garnison ist die Atmosphäre keineswegs so mild. Dort wiederholt sich in einem verdunkelten Raum der Krieg in Vietnam. Junge britische Offiziere, deren Väter, Großväter und womöglich schon Urgroßväter Gurkhas befehligt hatten, studieren anhand eines Films, der aus Teilen vieler Dokumentarsendungen zusammengestellt ist, kommunistische Guerrilla-Taktiken und die Antworten der Amerikaner.

Der Krieg liegt nun schon acht Jahre zurück, doch sein katastrophaler Ausgang beschäftigt heute mehr denn je die Politiker in den Anrainerstaaten des nunmehr roten Indochina, auch im Öl-Sultanat Brunei, in dem die „6th Queen Elizabeth's own Gurkha Rifles" stationiert sind. Das kleine Seria, wo zwischen ihrem Lager und den Unterkünften der Soldatenfamilien eine große grüne Pumpe wippend die kostbare Flüssigkeit aus dem Boden saugt, ist nur 1100 Kilometer Luftlinie von Saigon entfernt, das heute den Namen Ho Chi Minh trägt.

Das aggressive Gehabe Hanois ist der Grund für Nervosität in den Asean-Staaten Thailand, Malaysia, Indonesien, Singapur und Philippinen. Am 1. Januar 1984 wird ihr Bündnis voraussichtlich ein neues, kleines, aber sehr reiches Mitglied erhalten: Das Fürstentum Brunei, das nur 193 000 Einwohner hat, wird an diesem Tage widerwillig die totale Unabhängigkeit von Großbritannien erlangen, das zur Zeit noch für seine auswärtigen Angelegenheiten und seine äußere Sicherheit zuständig ist. Die Briten waren es überdrüssig, deswegen ständig vor dem Entkolonialisierungs-Ausschuß der UNO angegriffen zu werden.

Was aber, so fragt man sich in Brunei, soll aus den knapp 1000 Gurkhas werden, die nach Ansicht ihrer Offiziere die besten Soldaten der Welt sind und jetzt noch die Ölvorkommen des Sultanats schützen? Ihr Garnisongelände ist Eigentum der „Brunei Shell Petroleum Company" (BSP), die es an den Sultan verpachtet hat, der es wiederum seinen auf die Queen vereidigten Beschützern nicht nur kostenlos überläßt, sondern auch noch mehr als eine Million Pfund Sterling im Jahr drauflegt, so daß diese Truppe den britischen Steuerzahler nichts kostet, obwohl London sie jederzeit anderweitig einsetzen kann.

Die Frage nach der Zukunft der Gurkhas trübt zur Zeit das bislang traute Einvernehmen zwischen Großbritannien und dem erst 37 Jahre alten Sultan Sir Hassanal Bolkiah, dessen Vater und Chefberater so anglophil ist, daß er in der Hauptstadt Bandar Seri Begawan das einzige Churchill-Museum der Welt bauen und dem zigarrenrauchenden Staatsmann ein Denkmal setzen ließ.

Der Sultan wünscht, daß die kleinen, bronzefarbenen Legionäre aus dem Himalaya-Gebirge Nepals bleiben, und London wünscht das offensichtlich auch. Aber der Fürst will sie notfalls auch gegen Widersacher im eigenen Lande einsetzen können, denn er fühlt sich nicht sicher, obwohl seine Untertanen den höchsten Lebensstandard Ostasiens genießen: Sie müssen weder Steuern noch Schulgeld zahlen, erhalten üppige Stipendien, wenn sie im Ausland studieren oder zinsfreie Darlehen, wenn sie sich ein Auto kaufen. Der Staat subventioniert den Benzinpreis, der bei 40 Pfennig pro Liter Super liegt; er zahlt für Krankenhausaufenthalte, Arzt- und Zahnarztbehandlung und gibt den Invaliden und Alten stattliche Pensionen.

Dennoch wittert der Souverän dieses 5765 Quadratkilometer großen Schlaraffenlandes an der Nordostküste der Insel Borneo Gefahr, und zwar nicht nur aus aktuellen weltpolitischen Gründen, sondern auch aus historischer Erfahrung. Am 8. Dezember 1962 hatte die linke „Volkspartei von Brunei" nach einem überwältigenden Wahlsieg einen bewaffneten Aufstand angezettelt, weil sie – zu Recht – annahm, daß sie daran gehindert würde, die Macht zu übernehmen.

Anhänger der Partei überfielen Polizeiwachen und besetzten die Förderungsanlagen und Raffinerien in Seria. Die Schutzmacht Großbritannien flog prompt ein Gurkha-Bataillon aus Singapur ein; es schlug die Rebellion innerhalb einer Woche nieder. Der Vater des heutigen Sultans ließ die Anführer, so weit sie nicht ins Ausland flohen, in das bemerkenswert luxuriöse Gefängnis direkt neben dem Golfplatz stecken. Dort sitzen einige von ihnen heute noch. Ein Notstandsdekret, das nach wie vor gilt, verbot jegliche politische Betätigung, und die Gurkhas wurden in Brunei zur Stütze des Sultanats.

Nur ihnen traut der junge Fürst, nicht jedoch dem von britischen Leihoffizieren befehligten „Royal Brunei Regiment", dessen Waffensysteme vom besten sind, was die internationale Rüstungsindustrie kleinen, aber wohlhabenden Mächten zu bieten hat: britische „Scorpion"-Panzer und Flugabwehrraketen vom Typ Rapier, französische Exorcet-Geschosse auf sechs Schnellbooten und Gunships Marke MB-105.

All dieses exzellente Kriegsgerät nützt freilich wenig, wenn die Soldaten nicht gerne nachts durch den Urwald steigen, die Nähe von Friedhöfen meiden und womöglich auch politisch unzuverlässig sind. Deshalb lassen sich Seine Hoheit plus Familien von der „Gurkha Rerserve Unit" beschützen, einer Prätorianer-Garde, die sich aus 1000 Ruheständlern der nepalesischen Elitegruppe Großbritanniens zusammensetzt.

Was diesen Pensionären recht sein mag, ist den Aktiven von den „6th Queen Elizabeth's own Gurkha Rifles" noch keineswegs billig. Ebenso wie ihre rund 8000 Kameraden in Hongkong und dem südenglischen Church Crookham betrachten sie sich als Untergebene Ihrer britannischen Majestät und als traditionelle Verbündete jenes europäischen Inselreichs, unter dessen Fahne ihr Regiment seit 1817 gegen indische Aufständische, Türken, Deutsche, Japaner und diverse andere Gegner gekämpft und manche mit dem Kukri, dem Krummdolch, geköpft hat.

Aber Söldner, die einfach einen von London nicht mehr abhängigen orientalischen Potentaten die hausgemächten Widersacher vom Hals halten sollen, nein, das wollen sie nicht sein! Das würde auch ihr Heimatstaat Nepal nicht gerne sehen, für den die Gurkhas nach dem Tourismus die zweithöchste Devisenquelle sind. Ein in Brunei dienender Korporal verdient so viel wie der Stabschef der nepalesischen Armee, 100 Pfund im Monat.

Das Himalaya-Fürstentum hatte eh schon allergisch reagiert, als es wegen des Gurkha-Einsatzes auf den Falkland-Inseln von Argentinien beschuldigt wurde, es bereichere sich an den „Söldnerdiensten" seiner Staatsbürger – ein falscher Vorwurf, denn die Gurkhas sind nach der UNO-Definition dieses Begriffes keine Söldner, sondern ein integraler Bestandteil der britischen Armee.

Bei dem Gerangel zwischen London und Bandar Seri Begawan geht es nun darum, daß den in Seria stationierten Gurkhas dieser Status erhalten bleibt, will heißen: Daß sie auch nach dem 31. Dezember 1983 ausschließlich britischen Befehlen gehorchen werden.



Waffendienst für die Briten, Devisen für Nepal: die Gurkhas

FOTO: DPA

BRUNEI
MALAYSIA
Bandar
SABAH
Kuala Lumpur
SARAWAK
Singapur
BORNEO (KALIMANTAN)
SUMATRA
Palembang
Bandjarmasin
INDONESIEN
CELEBES (SULAWESI)
Djakarta
JAVA
Surabaya
BALI
FLORES
SUMBA
Indischer Ozean
DIE WELT

Das Sultanat Brunei, seit 1971 von der Schutzmacht Großbritannien weitgehend unabhängig, steht außen- und verteidigungspolitisch bis Ende 1983 unter britischer Verantwortung. In dem Ölreichen, nur 5765 Quadratkilometer großen Land leben 193 000 Menschen unter der Herrschaft von Sultan Sir Hassan Bolkiah.

Wenn Zensuren Kummer machen, ist guter Rat billig

Schlechte Zeugnisse werfen Probleme auf – Probleme, für die es in einigen Städten telefonische Notdienste gibt. In Bonn macht man dabei die Erfahrung: Es sind kaum seelische Konflikte der Kinder, sondern Sorgen der Eltern, die den Notdienst beschäftigen.

Von WALTER H. RUEB

Mein Sohn hat den Realschulabschluß geschafft und möchte jetzt auf die gymnasiale Oberstufe übergehen, hat die Qualifikation aber durch zwei schlechte Noten knapp verfehlt. Was sollen wir tun, daß er nach den Ferien doch noch zum Gymnasium überwechseln kann?", erkundigte sich ein besorgter Vater unter der Telefonnummer 77 45 62 in Bonn. Eine Mutter wählte 77 45 63 und klagte: „Unsere Tochter hat in Französisch eine Fünf bekommen. Jetzt ist die Versetzung gefährdet. Muß nun die ganze Familie auf die Urlaubsreise verzichten, weil Karin während der Ferien Nachhilfeunterricht nehmen muß? Wissen Sie Rat?"

Beim Bonner Zeugnis-Notdienst wußte und weiß man meistens Rat. Immerhin ist die Einrichtung schon einige Jahre alt. Dreißig Anrufe gingen in den letzten Wochen täglich ein; beim schulpsychologischen Dienst der Stadt waren es weitere 15. „Ein Beweis dafür, daß die Einrichtung des Zeugnis-Notdienstes vor allem in den Wochen unmittelbar vor und nach Schuljahres-Schluß und der Aushändigung der Zeugnisse richtig war", sagt der Bonner Schul- und Jugend-Dezernent Klaus Rauen. „Bildungsberater, Psychologen und Sozialarbeiter stehen stets bereit, um zu helfen."

„Nur ganz selten rufen Schüler an"

Nach den Erfahrungen der städtischen Angestellten und Beamten vom Zeugnis-Notdienst wählen vor allem Eltern die in der Lokalpresse bekanntgemachten Telefonnummern. Stadtamtsrat Gerhard Bungert vom städtischen Schulamt kennt die Sorgen und Probleme der Anrufenden genau: Er nimmt viele der Anrufe persönlich entgegen, überwacht die Aktivitäten seiner Mitarbeiter, entscheidet bei Problemfällen, gibt Ratschläge, interveniert bei Schulbehörden, vermittelt zwischen Eltern und Schulen, zwischen Schülern und Lehrern.

„Nur ganz selten rufen Schüler an", verrät Bungert. „Am Notdienst-Telefon geht es zumeist um Dinge, die die Eltern selbst in die Hand nehmen wollen. Oft erkundigen sich beispielsweise erboste Mütter oder Väter nach juristischen Möglichkeiten gegen ihrer Meinung nach ungerechte Noten. Da kommt viel Unzufriedenheit zum Ausdruck, doch meist kann auf dem Weg von Aussprache und Beratung alles geregelt werden."

Jedenfalls ist dem städtischen Schulamt kein einziger Fall bekannt, der beim Gericht landete. „Die Zahl von Widerspruchsverfahren war allerdings groß", gibt Bungert zu. „Doch durch Vermittlung der Stadt wurde zum Beispiel bei strittigen Noten fast immer eine Lösung erreicht. Schule und Lehrer überprüften kritisierte Noten, meist kam es zu einer Einigung."

Die städtische Einrichtung des Zeugnis-Notdienstes ist jedoch kein Tummelplatz für protestierende Väter oder Mütter. Zahlreich sind die Anrufe, bei denen die Mitarbeiter des Schulamtes um Hilfe und Beratung angegangen werden: Wie können schlechte Noten im Hinblick auf bevorstehende Nachprüfungen verbessert werden? Welche Wege stehen Hänschen zur Verfügung, um Schwächen auszumerzen?

„Viele Anrufer erbitten auch nur Auskünfte über mögliche Schulabschlüsse angesichts ungenügender Noten", verrät Amtsrat Bungert. „Sogar Eltern von Sitzenbleibern geben nicht auf und verlangen Hinweise auf Möglichkeiten, die Schule zu wechseln oder einen anderen Schulabschluß anzustreben ..."

Manche Anrufe beim Zeugnis-Notdienst widerspiegeln besser als Aussagen von Soziologen und Politikern die vielfach beschworene Leistungsunlust. Da kam beispielsweise der Anruf eines vierzehnjährigen Jungen, der wissen wollte, wie er mit möglichst geringem Aufwand das Abitur bauen könne. „Er erkundigte sich nach den Mindestnoten, die er unbedingt schaffen müsse, um nicht durchzufallen", erzählt Bungert. „Mit möglichst wenig Aufwand wolle er ein Maximum an Erfolg buchen, verriet er ganz offen."

Im Schulamt verstehen die Gesprächspartner der Anrufer ihre Rolle weder als Ideologen noch als Seelentröster. „Wenn wir etwas zur Entspannung zwischen Schulen und Elternhäusern beitragen können, haben wir schon viel erreicht", sagt Klaus Rauen. „Beratung und sachdienliche Hilfen sind uns wichtiger als Rechthaberei ... Glücklicherweise hat es bisher bei uns keinerlei Notfälle gegeben. Und dramatisch geht es am Notdienst-Telefon höchst selten zu."

Dies sind auch die Erfahrungen beim Bonner Sorgentelefon für Kinder und Jugendliche: Unter der Nummer 1 11 03 ging in den zurückliegenden Wochen kein einziger Anruf wegen Schulproblemen ein. Rauen glaubt den Grund zu kennen: „Die Probleme um Schüler und Schule werden vielfach stark aufgebauscht. Wir haben in Bonn 50 000 Schüler und annähernd 6000 Lehrer ... Doch über das Notdienst-Telefon mußten sich die städtischen Mitarbeiter mit nur 600 Fällen befassen. Das bedeutet, daß sich lediglich bei 1,25 Prozent der Schüler ein Problem ergab. Dabei gibt es jährlich zweimal Zeugnisse."

Nun entspricht die Bevölkerung von Bonn angesichts seiner Heere von Verwaltungsbeamten, Diplomaten und Politikern sicherlich nicht der deutschen Durchschnittsbevölkerung, doch Rauen verweist nicht ohne Genugtuung auf unwiderlegbare Tatsachen: „In diesem Jahr haben wir keinen einzigen dramatischen Fall gehabt. Kein Schüler drohte, sich wegen schlechter Noten, Nichtversetzung oder anderem umzubringen... Klar, den einen oder anderen Fall großer Verzweiflung gab es. Aber genau dafür ist der Zeugnis-Notdienst da. Natürlich gibt es auch anrufende Eltern, die ihren Fall dramatisieren, um diesen sofortiger Lösung zuzuführen."

Das Stichwort Schulstreß nötigt den Mitarbeitern im Bonner Schulamt nicht mehr als ein mildes Lächeln ab. Rauen aber gibt es Gelegenheit, sich über sein Lieblingsthema zu verbreiten: „Drucksituationen in der Schule sind normal. Wenn Leistung gefordert wird, ist Druck unvermeidbar. Doch hat Druck von Schule auf Schüler höchst selten lebensbedrohliche Situationen zur Folge gehabt. Meines Wissens gibt es bisher keine empirischen Feststellungen über Schüler-Selbstmorde im Zusammenhang mit Schulzeugnissen. In Wirklichkeit sind wohl meist familiäre und menschliche Probleme die Ursache."

Schulstreß stammt oft aus der Familie

Wenn nicht versetzte Schüler die Sorgentelefone belagerten, Suizidversuche von Kindern die Zeitungsspalten füllten und die derart emotionalisierte Öffentlichkeit den Schuldigen in der Schule als Institution gefunden zu haben glaube, dann müsse kühles Blut bewahrt werden, fordert der Bonner Schuldezernent.

„Bei Schulstreß denken wir in erster Linie an Symptome wie die weitverbreitete Schulunlust unserer Kinder, an Schulmüdigkeit und vielzitierte Schulangst, die bis zur Schulverweigerung gehen kann, an Notendruck, Angst vor Klassenarbeiten, Zeugnisnot und Versetzungen, an Hausaufgaben, die nur unter Einspannung der Eltern erledigt werden können, an die Überfrachtung des Lernstoffes", sagt Rauen.

Man müsse streng unterscheiden, so meinen sowohl Rauen als auch Bungert, zwischen „dem Streß, der angeblich in der Schule gewissermaßen originär als systemimmanentes Phänomen üblich ist, und demjenigen Streß, der außerhalb der Schule in der Umwelt der Kinder erzeugt wird, sich aber in der Schule auswirken kann".

Klavierstunde, Ballettunterricht, Sport, Reisen und vieles andere mehr belaste heute beispielsweise manchen Schüler mehr, als ihm und seinen schulischen Leistungen guttue, stellte Rauen fest. „Ich kann nicht verstehen, warum es früheren Schülergenerationen möglich war, unter Herzklopfen und Erhöhung des Pulsschlages Klassenarbeiten zu schreiben, und warum dieselbe Belastung den Jugendlichen heute aus lauter Rücksicht nicht mehr zugemutet werden darf."

Was Rauen nicht sagte, was aber aus dem Anzeigenteil der Bonner Lokalzeitungen eindeutig hervorgeht: Trotz Zeugnis-Notdienst und intensiver Hilfe durch sachverständige Berater ist das Heer jener Bonner Schülerinnen und Schüler groß, die Studienzentren und Nachhilfe-Lehrer mit Stundengebühren von 25 Mark und mehr belagern, weil sie für die Verbesserung ihrer schulischen Leistungen, für den Sprung über die nächste Hürde und für entscheidende Nachprüfungen in Mathematik, Deutsch, Latein, Geschichte oder Physik büffeln.

Und nicht gering ist die Zahl der arbeitslosen Lehrer, die von Nachhilfe-Schülern als Wissensvermittler in Anspruch genommen werden. Michael Rose vom Bonner Studien-Center: „Kinder aus Mittelstand und gehobenen Schichten sind dabei besonders zahlreich. Ihre Eltern haben zwar keine Zeit, sich um ihre schulischen Leistungen zu kümmern, dafür aber das Geld, um Nachhilfestunden zu bezahlen."

„Schaden durch Verkürzung der Arbeitszeit"

dpa, Düsseldorf

Eine von den Gewerkschaften geforderte Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich würde nach Meinung der Arbeitgeber nicht die Probleme der bestehenden Arbeitslosigkeit mildern. „Arbeitszeitverkürzungen schaden mehr als sie nutzen", ist die Kernaussage eines Faltblattes, mit dem der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände gestern eine großangelegte Aufklärungsaktion über die Folgen solcher Maßnahmen gestartet hat. Sie würden die Massenarbeitslosigkeit noch beträchtlich vergrößern und einen neuen Inflationsschub bewirken, sagte der Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände in Nordrhein-Westfalen, Hans Helmut Krause, in Düsseldorf.

Schon eine einstündige Verkürzung würde nach Berechnungen der Arbeitgeber die Arbeit um 2,6 Prozent teurer machen und der Wirtschaft eine Kostenbelastung von jährlich 23 Milliarden aufbürden. Hinzu kämen noch die beträchtlich ansteigenden Sachkosten. Eine Verkürzung auf 35 Wochenstunden würde die Personal- und Kapitalkosten in den Betrieben um 16,5 bis 20 Prozent steigen lassen.

Krause regte für die „besonders schwierige" Tarifrunde 1984 an, nicht über eine „kollektive Verkürzung der Arbeitszeit", sondern über „größere Flexibilisierung der individuellen und der betrieblichen Arbeitszeit" zu verhandeln. Eine Million Arbeitsplätze im Bundesgebiet könnten geteilt und mit zwei Kräften besetzt werden. Durch längere Laufzeiten der Maschinen in Betrieben ließen sich Produktionskosten senken. Hier gelte es Hemmnisse bei Betriebsräten und Gewerkschaften zu überwinden, um bestehende Arbeitszeitvereinbarungen zu verändern.

Der Druck auf den Arbeitsmarkt werde weiter anhalten, sagte Krause. Denn zunächst werde sich das Potential der erwerbsfähigen Menschen noch um 60 000 pro Jahr vergrößern. Erst Ende der 80er Jahre werde eine Rückentwicklung beginnen.

Rektoren loben Gesamthochschulen

dpa, Düsseldorf

An den fünf Gesamthochschulen und der Fernuniversität des Landes Nordrhein-Westfalen ist es nach Ansicht der sechs Gründungsrektoren wie bei kaum einer anderen Hochschulneugründung gelungen, Wissenschaft und berufliche Praxis in Forschung, Lehre und Studium zu verbinden. „Ohne Leistungsrabatt" werde in den integrierten Studiengängen neben den Abiturienten auch jungen Menschen ohne klassische Hochschulzugangsberechtigung ein wissenschaftliches Studium ermöglicht. Es habe sich gezeigt, daß diese Studenten aus dem Berufsleben „besonders motiviert sind".

Mit dieser gestern veröffentlichten Erklärung wenden sich die Gründungsrektoren der Hochschulen in Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen, Wuppertal und Hagen gegen Forderungen, Status und Charakter der Gesamthochschulen bei einer möglichen Novellierung des Hochschulrahmen-Gesetzes des Bundes (HRG) zu verändern. Die Gesamthochschulen hätten sich heute in der bundesdeutschen Hochschullandschaft „als ein Regelhochschultyp neben anderen profiliert" und dabei einen „anerkannten Platz im Wettbewerb der wissenschaftlichen Hochschulen" erworben.

Kohl wird Begin zweimal treffen

dpa, Jerusalem

Bundeskanzler Helmut Kohl und sein israelischer Gastgeber, Ministerpräsident Menachem Begin, wollen sich während des fünftägigen offiziellen Besuchs des Kanzlers vom 31. August bis zum 4. September zweimal, am 31. August und am 1. September, zu politischen Gesprächen in Jerusalem treffen.

Es ist der erste offizielle Besuch eines deutschen Regierungschefs, seit Willy Brandt im Juli 1973 in Israel war. Aus israelischen Kreisen verlautete, das Treffen werde von dem Wunsch nach einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen geleitet und „zweifellos ein Erfolg" werden.

„DDR" – Richtlinie zur Wehrerziehung

AP, Berlin

Die „DDR"-Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ) will ihre Bemühungen um die Wehrerziehung der Jugend weiter verstärken. Wie das Informationsbüro West (IWE) gestern mitteilte, hat die FDJ-Führung in einer „Richtlinie zur politisch-ideologischen Arbeit" bekräftigt, der wichtigste Beitrag der Jugendorganisation zur sozialistischen Wehrerziehung besteht darin, „kontinuierlich klassenmäßige Wehrmotive auszuprägen". Es sei erforderlich, alle jungen „DDR"-Bürger von der Notwendigkeit des Schutzes unseres sozialistischen Vaterlandes zu überzeugen und ihre Fähigkeit zur Verteidigung durch zielstrebig organisierte vormilitärische Ausbildung zu vervollkommnen", heißt es.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Liberalen arbeiten wieder konstruktiv

Von HERBERT SCHÜTTE

Fünf Jahre Zwangsabstinenz – die Hamburger FDP ist dienstälteste außerparlamentarische Opposition unter den aus den Landtagen verbannten Landesverbänden der Liberalen. Nach drei verlorenen Wahlen und zweimaligem Führungswechsel sind bei den Hamburger Freidemokraten nach Jahren der Zerstrittenheit jetzt Ansätze für ein „Wir-Gefühl" erkennbar. Die Liberalen in der Hansestadt machen nicht mehr Schlagzeilen durch neue Positionskämpfe, sondern üben sich in Geschlossenheit. Dabei haben sie in ihrem neuen Landesvorsitzenden, Peter Heinz Müller-Link, einen Mann an der Spitze, der heute – gerade hundert Tage im Amt – versichert: „Ich

Landesbericht Hamburg

würde ein Königreich dafür geben, wenn ich in zwei Jahren nicht wieder zum Landesvorsitzenden gewählt werde."

Der 62jährige Rechtsanwalt hat noch nie etwas vom „fishing for compliments" gehalten. Denn der Politiker, der über ein Jahrzehnt lang als Senator und Fraktionschef als „Mister FDP" galt, wurde schon seit langem gedrängt, sich um den Landesvorsitz zu bewerben – aus politischen, beruflichen und privaten Gründen hat er immer abgelehnt. Nach der Bonner Wende jedoch, nach einem kräftigen Aderlaß auch in Hamburg mit den Austritten der ehemaligen Landesvorsitzenden Helga Schuchardt und der früheren Fraktionschefin Maja Stadler-Buler blieb Müller-Link nach eigenen Worten nur die Alternative, „entweder die Partei zu verlassen oder für den Vorsitz zu kandidieren".

Bei den Vorstandsneuwahlen im April gaben ihm 77 der 98 Delegierten ihr Vertrauen. Seitdem wird im Landesvorstand wieder konstruktiv gearbeitet. Die Ära Brunnstein – in der der Informatik-Professor ein halbes Dutzend Mal im Führungsgremium überstimmt wurde und jede Schlappe durch gezielte Indiskretion sofort an die große Glocke gehängt wurde – scheint vergessen. „Bisher gab es", so stellt Müller-Link befriedigt fest – „keine politischen Differenzen in wichtigen Fragen."

Dabei haben die Hamburger Liberalen darauf geachtet, daß auch im neuen Landesvorstand Anhänger der früheren sozial-liberalen Koalition Sitz und Stimme behielten. So gehören drei Vorstandsmitglieder gleichzeitig den „Liberalen Demokraten" an. Ihr prominentester Repräsentant, Martin Kirchner – von 1974 bis 1982 stellvertretender Landesvorsitzender –, sieht in der FDP „das einzige Gefäß für den organisierten Liberalismus mit Zukunftsperspektive". Auch Kirchner, der immer zu den Paladinen Helga Schuchardts zählte, bestätigt: „Die Zusammenarbeit im neuen Landesvorstand ist sehr gut." Für die Bürgerschaftswahlen 1986 erkennt er durchaus eine Chance zur Rückkehr ins Landesparlament.

Der Landesvorsitzende ohne Ehrgeiz auf Amtsverlängerung fühlt die Partei im Aufwind: Die hanseatischen Blau-Gelben verloren durch die Wende zwar rund 400 Mitglieder, doch diesem Exodus – dem sich überraschenderweise der frühere Zweite Bürgermeister, Dieter Biallas, nicht angeschlossen hatte – steht ein Zugang von 250 neuen Mitgliedern gegenüber. Müller-Link will bis zum nächsten Jahr eine Mannschaft für die Bürgerschaftswahl aufbieten, die von einem breiten innerparteilichen Konsens getragen werden soll. Bis zur Entscheidung über die Koalitionsfrage – im Juni 1982 war sie pro SPD, im Dezember zugunsten der CDU ausgefallen – wird nach seinen Worten zwar „noch viel Wasser die Elbe herunterfließen". Doch bisher gibt vornehmlich die regierende SPD zahlreiche Ansatzpunkte, liberale Gegenpositionen zu artikulieren.

Zum Beispiel die immense Staatsverschuldung. Müller-Link hält sich etwas darauf zugute, daß er schon Anfang der siebziger Jahre als damaliger Fraktionschef der SPD mangelnde Sparsamkeit vorgehalten hatte. Heute ist er sich mit dem Hamburger CDU-Fraktionschef einig, daß nur ein energischer Stellenabbau im öffentlichen Dienst wesentliche Einsparungen auslösen kann.

Einen Vorschlag für einen ganz bescheidenen, aber äußerst bürgerfreundlichen Spareffekt hat die FDP vor wenigen Tagen Senat und Bürgerschaft zugeleitet: Hamburg soll alle Parkuhren abschaffen. Parkscheiben könnten an neuralgischen Punkten der City den gleichen Zweck erfüllen.

Strauß am Sonntag bei Honecker?

Noch keine Bestätigung für Treffen / Ständige Vertretung hält sich bereit

hrk. Berlin

Wenn Franz Josef Strauß am kommenden Sonntag über den Grenzübergang Pomellen südlich von Stettin in die „DDR" reist, steht eine Begegnung mit Erich Honecker offenbar unmittelbar bevor. Denn der Staatsratsvorsitzende eröffnet am kommenden Montag das einwöchige „Deutsche Turn- und Sportfest" in Leipzig, die zentrale „DDR"-Sportschau, so daß andere Gesprächstermine als der Sonntag kaum zur Verfügung stehen.

Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin sah sich auch gestern nicht in der Lage, ein Treffen zu bestätigen: „Wir wissen wirklich nichts. Dies ist eine private Reise", erklärte der persönliche Referent von Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, der sich in Urlaub befindet. Die Vertretung werde am Wochenende jedoch „auf alle Fälle" besetzt sein. Allerdings ist nicht zu vermuten, daß Strauß der Behörde in Ost-Berlin einen Besuch abstattet.

Vermutlich verläßt Strauß nach seiner Einreise am Sonntag auf dem Weg nach Dresden in Höhe des Werbellinsees die Autobahn Stettin–Berlin und wird in einem der Gästehäuser der „DDR"-Regierung um den Großen Dölln-See in der Schorfheide von Honecker empfangen. Anschließend reist Strauß dann nach Dresden weiter, wo er den Zwinger, das „Grüne Gewölbe" und andere Sehenswürdigkeiten der Stadt besichtigen will. Da die Autobahn um Ost-Berlin herumführt, braucht Strauß auf dem Weg nach Sachsen die Stadt nicht zu berühren.

Seine Route ähnelt insofern der von SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, der Ende Mai vor einem Privatbesuch in Dresden ebenfalls zuvor ins ehemalige Jagdschloß Hubertusstock am Werbellinsee gefahren und vier Stunden lang mit Honecker konferiert hatte. Vogel benutzte dabei ebenfalls seinen Privatwagen.

Der CSU-Chef kann mit ausgesuchter Höflichkeit seines Gastgebers rechnen, der für derartige mehrstündige Konferenzen jeweils Zimmer im Gästetrakt von Hubertusstock zur Verfügung zu stellen pflegt. Strauß braucht dabei auch nicht auf Zeitungslektüre zu verzichten: In den Zimmern liegen auch am Wochenende sämtliche große Presseorgane der Bundesrepublik einschließlich der Blätter des Springer-Verlages vom Tage aus.

Zum bekanntgewordenen Gesprächsritual gehört, daß Honekker in der Regel zunächst seinen Gast reden läßt und sich währenddessen handschriftliche Notizen macht. Auf das Eingangs-Statement des westlichen Politikers antwortet er dann im Zusammenhang. Je nach dem Grad der „Erwärmung" eines derartigen Treffens zweier Politiker, die sich bisher nicht begegneten, ergibt sich erst ein regelrechter Dialog mit der eigentlichen Substanz einer derart ungewöhnlichen Begegnung, deren „Vermittlung" vor allem den offiziellen Staatsmedien Probleme bereiten dürfte.

Glotz: Mangelnde Solidarität

SPD erörterte in einem Werkstattgespräch „Initiativen von und mit Arbeitslosen"

GISELA REINERS, Bonn

Bei einem Werkstattgespräch unter dem Titel „Initiativen von und mit Arbeitslosen", das gestern in der Bonner SPD-Parteizentrale stattfand, wurden schwere Angriffe gegen Arbeitgeber und Regierung gerichtet.

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz sagte, es bilde sich eine neue, monetaristisch argumentierende, angebotsorientierte „Entsolidarisierungs-Rechte" von Wirtschaftsminister Lambsdorff über den CDU-Abgeordneten Haino George, von CSU-Chef Strauß bis zum Metallarbeitgeberfunktionär Dieter Kirchner.

Glotz protestierte „schärfstens" gegen die Vorschläge von Gesamtmetall, in Arbeitsamtsbezirken mit hoher Zahl von Erwerbslosen Lohnabschläge zuzulassen. Angesichts der Gefahr von drei Millionen Arbeitlosen im Winter sei es dringend notwendig, daß sich nicht nur die Kirchen und die freien Träger der Sozialarbeit, sondern auch Parteien, Gewerkschaften und Verbände mit Arbeitsloseninitiativen an einen Tisch setzten.

Glotz warnte, daß die rasche Verschlechterung der sozialen Basis von Arbeitslosen und der Jugendlichen ohne Anstellung zu „einer Belastungsprobe für das parlamentarische System" führen könne. Die Selbsthilfeansätze der Arbeitslosen seien nicht nur Protest, sondern vielleicht der letzte Versuch, „konstruktiv an der Krise unserer Gesellschaft teilzunehmen".

Ebenso wie Glotz kritisierte die Arbeitsmarktexpertin des DGB, Ursula Engelen-Kefer, die Untätigkeit der Regierung und Arbeitgeber bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Der DGB habe schon 1977 Maßnahmen durch Beschäftigungsprogramme gefordert. Sie attackierte ebenfalls Strauß, der das Arbeitsvermittlungsmonopol der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit heftig angegriffen hatte. Er sei „sich nicht zu schade", durch falsche Darstellungen die Arbeitsämter in Mißkredit zu bringen.

Angesichts einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen, die ein oder sogar schon zwei Jahre erwerbslos seien, sei es „verantwortungslos", daß gezielte beschäftigungspolitische Bemühungen der Regierung kaum, und arbeitsplatzschaffende Investitionen der Arbeitgeber überhaupt nicht zu erkennen seien. Wer darüber hinaus wie der CDU-Abgeordnete George ein Patentrezept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Abbau von Löhnen sehe, setze weit mehr aufs Spiel als nur die Sozialpolitik.

Frau Engelen-Kefer zeigte Verständnis für Kritiker der Gewerkschaften, doch seien die nicht die richtige Adresse. Gerade für Arbeitslose sei die gewerkschaftliche Informations-, Beratungs-, Bildungs- und Rechtsschutztätigkeit von Bedeutung. Wie sie berichtete, plant die IG Metall eine Initiative zur Öffnung der Gewerkschaft für Erwerbslose, die eine beitragslose Mitgliedsanwartschaft erwerben können sollen, die sie dazu berechtigt, an den Bildungs- und Informationsveranstaltungen teilzunehmen. Nach Aufnahme einer Arbeit sollen sie Vollmitglieder werden können. Im Herbst werde der Gewerkschaftstag der IG Metall darüber beraten.

Unita will friedliche Angola-Lösung

v. K. Paris

Der Chef der angolanischen Widerstandsbewegung Unita, Jonas Sawimbi, ist nach der Übernahme eines Drittels des nationalen Territoriums jetzt militärisch in der Lage, auch den Rest des Landes in Besitz zu nehmen, zieht es aber vor, den Abzug der ausländischen Truppen aus Angola mit der Regierung in Luanda friedlich auszuhandeln. Zu diesem Urteil kamen vier Abgeordnete des Europa-Parlaments nach einem Besuch in den von der Unita kontrollierten Gebieten. Die militärischen Erfolge der Unita, ihre Unterstützung durch die Bevölkerung und die sichtbare Demoralisierung der Regierungstruppen lassen ein solches Ziel als „in Kürze möglich" erscheinen, urteilte der französische Abgeordnete Olivier d'Ormesson vor der Presse in Paris. Er gab die Zahl der in Angola stehenden Fremdtruppen mit 30 000 Kubanern, 3500 Beratern aus der „DDR", 1500 Sowjet-Beratern und 3500 portugiesischen Kommunisten als Hilfspolizisten an.

Shamir warnt vor Panzer-Geschäft

rtr, Jerusalem

Die Bundesrepublik Deutschland würde nach den Worten des israelischen Außenministers Yitzhak Shamir die historische Schuld der Deutschen am Tod von sechs Millionen Juden ignorieren, wenn sie tatsächlich den Verkauf von Leopard-Panzern an Saudi-Arabien zuläßt. Angesichts der geschichtlichen Erfahrungen sei es ein schrecklicher Gedanke, daß Israels Feinde deutsche Waffen benutzen könnten, sagte Shamir in der Knesset (Parlament). Diese Auffassung der israelischen Regierung solle Bundeskanzler Helmut Kohl bei dessen geplantem Besuch im August dargelegt werden.

Attacke aus Prag gegen den Papst

dpa, Prag

Vier Wochen nach der Polen-Reise des Papstes ist der Besuch von der Tschechoslowakei erneut heftig kritisiert worden. Das kulturpolitische Wochenblatt der KP, „Tribuna", schrieb, es gebe „keinen Unterschied zwischen Ronald Reagan und Papst Johannes Paul II. Beide verbindet der Kampf gegen den Kommunismus." Die Papst-Reise habe „nichts mit einer religiösen Sendung gemein gehabt". Der Papst selbst habe in dieser Hinsicht „niemanden im Zweifel gelassen".

„Tribuna" beschuldigte Johannes Paul II., „die Schlußakte von Helsinki revidieren" zu wollen. Als Staatsoberhaupt eines der Signatare der Schlußakte habe er diese „mißachtet" und sich in die inneren Angelegenheiten Polens eingemischt.

Wie ein Sprecher der Erzdiözese Winnipeg bekanntgab, wird der Papst im September 1984 zum ersten Besuch eines Oberhauptes der katholischen Kirche in Kanada erwartet.

Weitere Öffnung Chinas für Ausländer

rtr, Peking

China hat zwei seiner entlegendsten Provinzen jetzt auch Ausländern zugänglich gemacht. Bei ihnen handelt es sich nach einem Bericht der „Volkszeitung" um Qinghai in Zentralasien und das überwiegend moslemische Ningxia im Nordwesten des Landes. Darüber hinaus seien elf weitere Regionen für Ausländer geöffnet worden, unter ihnen die Industriezentren Huzhou in der Provinz Nantong und Jiaxing nahe Shanghai.

Namensschilder für deutsche Gräber

dpa, Kassel

Die Sowjetunion wird möglicherweise weitere Friedhöfe mit Gräbern deutscher Kriegsgefangener für Besuche freigeben. Außerdem sollen auf den Gräbern der drei jetzt schon zugänglichen Friedhöfe Namensschilder mit den Geburts- und Sterbedaten der dort beerdigten Deutschen angebracht werden. Das ist das Ergebnis von Gesprächen einer Delegation des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge aus Kassel mit dem Sowjetischen Roten Kreuz. Anlaß war die erste Angehörigen-Reise zu den Gräbern deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion.

Neue sowjetische Handfeuerwaffen

gko. München

Die Sowjetarmee rüstet seit einiger Zeit ihre Truppen mit neuen Handfeuerwaffen aus. Es handelt sich dabei um die Sturmgewehre AK-74, AKS-74 (eine verbesserte Version des Sturmgewehrs AKM) und das leichte Maschinengewehr RPK-74. Auffallend bei dem AK-74 ist, daß es über eine kombinierte Mündungsbremse/Mündungsfeuerbremse verfügt, die bisher bei den sowjetischen Handfeuerwaffen nicht üblich war. Außerdem ist das Magazin bei dem AK-74 aus glasfaserverstärktem Kunststoff hergestellt. Das Sturmgewehr AKS-74 wurde zusätzlich mit einer seitlich anklappbaren Schulterstütze ausgerüstet. Das RPK-74 unterscheidet sich von früheren Versionen durch ein längeres Rohr mit einem Zweibein.

Für alle drei neuen Waffen wurde bei der Munition ein neues Kaliber eingeführt. Sie haben 5,45-Millimeter-Patronen gegenüber bisher 7,62-Millimeter-Patronen.

Noch Zögern in Europa

Umfrage über bleifreies Benzin in den Nachbarländern

dpa, Bonn

Die Einführung von bleifreiem Benzin, wie vom Kabinett beschlossen, hat nach Expertenmeinung nur dann Sinn, wenn alle westeuropäischen Länder nachziehen. Die Deutsche Presseagentur hat in einer Umfrage die Situation in den Nachbarländern und in Japan ermittelt.

Großbritannien: Nach dem Willen der Regierung soll es spätestens 1989 nur noch bleifreies Benzin geben. London entschied sich nach langem Zögern im April 1983 für die schrittweise Reduzierung des Bleigehaltes, nachdem sich die Königliche Kommission für Umweltverschmutzung eindeutig dafür ausgesprochen hatte.

Frankreich: Hier gibt es bisher keine eigenen Gesetzgebungsbestrebungen in dieser Richtung. Paris unterstützt jedoch, wie Staatssekretär Carl-Dieter Spranger bei Gesprächen ausdrücklich bestätigt fand, die Bonner Initiative und will sich in Brüssel für eine einheitliche und verbindliche EG-Regelung einsetzen. Dasselbe gilt für **Dänemark** und **Belgien.**

Niederlande: Am 1. Oktober tritt eine Verordnung in Kraft, nach der nur noch Benzin mit einem Bleigehalt von 0,15 Prozent (bisher 0,4 Prozent) verkauft werden darf. Über die Zulassung entsprechender Autotypen ist noch nicht entschieden.

Schweiz: Sie hat im Januar 1982 einen „Alleingang" unternommen und die zugelassenen Bleimengen im Treibstoff auf 0,15 Milligramm pro Liter gesenkt. Bis 1987 soll es in der Schweiz nur noch bleifreies Benzin geben.

Österreich: Landwirtschaftsminister Günter Haiden hat den Bonner Beschluß begrüßt und zugesagt, Österreich werde bei der Einführung bleifreien Benzins mit der Bundesrepublik Deutschland mithalten. Auch laufen in Österreich schon Gespräche mit der Industrie über die Herstellung der notwendigen Katalysatoren.

Italien: Nach Auskunft des italienischen Automobilklubs ist eine Umstellung auf bleifreies Benzin „auf absehbare Zeit nicht möglich". Eine entsprechende Umstellung der Motoren und der Ölraffinerien lassen die derzeitige Lage der italienischen Wirtschaft nicht zu. Der Bleigehalt im Benzin beträgt zur Zeit in Italien 0,4 Prozent.

Japan: Hier gilt die Vorschrift, daß alle neuen Fahrzeuge zur Verwendung von bleifreiem Bezin mit Katalysatoren ausgerüstet sein müssen, bereits seit 1975. Die Verordnung wurde im September 1974 von der Regierung zusammen mit anderen Bestimmungen zur Verminderung der Luftverschmutzung durch Kfz erlassen, die inzwischen zu den strengsten in der Welt gehören. Seit Einführung dieser Maßnahme hat sich der Bleigehalt in der Luft nach Angaben der Umweltbehörde zwischen 1973 und 1979 von 1,3 Mikrogramm/Kubikmeter auf 0,2 Mikrogramm/Kubikmeter verringert.

Flughafen Schönefeld gerät ins Tief

In einem Monat 26 Prozent weniger West-Fluggäste

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Immer mehr Berliner durchschauen offenbar, trotz Fernweh und Geldebbe, das Ostberliner Fluggeschäft mit Dumpingpreisen als billigen Polit-Trick. Sie „fliegen" längst nicht mehr so sehr wie noch in der Sommersaison 1982 auf den „DDR"-Airport Schönefeld vor den Stadttoren. „Ick flieje uff Tegel", gab der Senat in einer Gegenkampagne als Aufkleber-Motto aus, und alle alliierten Airlines zogen mit – Tegel hebt in der Passagiergunst gegenüber Schönefeld wieder ab. Allein im April 1983 verlor der Ost-Hafen 26 Prozent West-Gäste gegenüber 1982.

Die jüngsten verfügbaren Zahlen belegen, daß Bundesverkehrsminister Werner Dollinger mit seinem in Berlin just geforderten Schönefeld-Boykott die rechte Luftströmung traf: Tass und die „DDR"-Presse gerieten in propagandistische Turbulenzen und sprachen von „grober Einmischung in die Angelegenheiten der DDR".

Denn die Zahlen im Westgeschäft bereiten den „Interflug"-Managern in der Ostberliner Zentrale einige Sorgen: Im ersten Quartal 1983 nahm die Zahl der West-Reisenden um 8,6 Prozent auf „nur" 93 404 ab.

1982 schloß hingegen noch mit einem Rekordjahr aus Ostberliner Devisensicht ab – 366 923 Mitglieder mit westlichen Ausweispapieren oder zwölf Prozent mehr als 1981 gingen von „DDR"-Boden aus in die Lüfte. Tegel verzeichnete im selben Zeitraum rund vier Millionen Fluggäste – Schönefeld näherte sich bedrohlich einem Zehn-Prozent-Anteil am Westberliner Flugverkehrsaufkommen.

Im April 1983 setzte sich nach Senatsangaben der Tiefflug Schönefelds im Kampf um Westdevisen fort. Nur noch 26 599 (1982: 35 995) Fernostflieger oder die sogenannten „Turnschuh"-Passagiere in Richtung Sonnen schritten durch Drehkreuze, Sperren und Kontrollen – ein Minus von 26,1 Prozent.

Unter ihnen befanden sich mehr Westdeutsche (8696) als West-Berliner (7946). Viele Bundesbürger machten nämlich in der Vergangenheit das „Preisloch" Schönefeld aus und begaben sich beispielsweise mit staatlich subventionierten Tickets bis Tegel. „Hier fahren sie dann weiter nach Schönefeld, weil beispielsweise der Moskau-Flug von dort einige hundert Mark billiger als von Frankfurt am Main aus ist", schildert Tegel-Direktor Wolfgang Laudien. „Wir stehen voll hinter Dollingers Boykott-Aufruf, und allmählich wirken sich unsere PR-Kampagnen für Tegel auch aus", konstatiert der Manager. Dollingers klare Sprache ist schon deshalb verständlich, weil Bonn als 48-Prozent-Anteilseigner der „Berliner Flughafengesellschaft" jährlich auch rund die Hälfte des 25-Millionen-Defizits tragen muß.

Wie sein Ostberliner Kollege, Ex-Reichsbahner Otto Arndt (SED), über Schönefeld und seine West-Passagiere denkt, bekam Dollinger im November 1982 beim Treffen der beiden an der neuen Hamburg-Berlin-Autobahn von ihm selbst zu hören: „Wir nehmen alles, was kommt", sagte Arndt und wies jeden Gedanken an ein etwaiges Aufteilungs-Abkommen von sich.

Ein Flug-Boykott à la S-Bahn-Fahrboykott wie nach der Total-Abschnürung Ost-Berlins am 13. August 1961 wäre illusionär: Nach dem Motto „Ein Loch in der Mauer ist ein Loch in der Mauer" lassen weder die allein zuständigen Alliierten noch der Berliner Senat ein abruptes Durchlaßverbot zum Flughafen Schönefeld zu.

So bleiben, vorerst, auch alle Flankenschutz-Pläne für Dollingers Boykott-Bitte in den Senats-Panzerschränken. Erwogen war eine Sondersteuer auf „Interflug"-Tickets, die in 39 (!) Westberliner Verkaufsstellen angeboten werden. „Wir tun alles, um Tegels Attraktivität zu steigern, und wir sehen dabei Erfolge", sagt Flughafen-Aufsichtsratschef Stronk. So bleibt der Kampf um den ertragreichen Berliner Passagier-Markt nur in den Annoncen nachvollziehbar. „Mach 'ne Fliege", werben Sponti-Blätter für Sparflüge via Schönefeld, bei denen Übernachtungen auf dem Hin- und Rückflug oft den angeblichen Preisvorteil aufzehren. „Fliegen ist schöner. Go West. Raus aus der Stadt. Und 'rein in den Westen", rät indessen die seriöse britische Linie und offeriert „Schotten-Tarife".

Ein wenig Freundlichkeit, aber keine Erleichterungen

D. A./W. Z./K. T. Bonn

Im Zusammenhang mit dem Milliardenkredit sprach Franz Josef Strauß unlängst davon, spürbare Erleichterungen an den Grenzübergängen festgestellt zu haben. WELT-Mitarbeiter befragten Reisende und Grenzbeamte an der deutsch-deutschen Grenze und machten Tests auf den Transitstrecken. Fazit: Außer ein wenig mehr Freundlichkeit bei den „DDR"-Beamten registrierten sie nahezu keine Verbesserungen.

Am neuen Abfertigungsschalter der Transitautobahn Hamburg–Berlin geht alles seinen im Transitabkommen festgezurrten Weg. Berichte von Reisenden, so Grenzschutzdienststellenleiter Egon Schwintowsky, hätten allerdings den Eindruck hinterlassen, daß es eine Anweisung geben muß, bei Vernehmungen von Transit-Reisenden höflich und sachlich zu sein. Dies führt er jedoch auf die Zwischenfälle bei der Vernehmung von Transit-Reisenden durch „DDR"-Beamte zurück. Auch seitens der Reisenden sei jedoch seit diesen Vorfällen, insbesondere des Todesfalls am Grenzübergang Drewitz, das Bewußtsein dafür geschärft worden, daß man zum Beispiel an den Raststätten niemand treffen und keine Geschenke übergeben darf. Beides habe zu einer Entschärfung der Situation und damit indirekt zu einer Verbesserung geführt.

Zollinspektorin Oeser berichtet, es habe während der vergangenen Wochen keine Beschwerden von Reisenden gegeben, jedoch seien höchstens zwei Beschwerden in der Woche auch bisher die Regel gewesen. Die Wartezeit auf der „DDR"-Seite hat sich auf ungefähr 30 Minuten eingependelt. Ein Berliner, der oft hin- und herfährt, klagt sogar, daß er häufig auf westdeutscher Seite länger warten müsse.

Auf die Einnahmequelle durch Bußgelder für Verkehrsvergehen will die „DDR" trotz Milliardenkredits offenbar nicht verzichten. „Auf der Fahrt standen zwei Radarwagen, manchmal zähle ich auch drei", meinte ein Motorradfahrer, der es „nett findet", daß „DDR"-Beamte Zweiradfahrer häufig an den Anfang der Schlange winken. Doch daß beispielsweise auch einmal der Personalausweis statt des Passes als Reisedokument im deutsch-deutschen Grenzverkehr anerkannt wird, bleibt auch weiterhin undenkbar.

Eher noch als beim Transitverkehr, so Dienststellenleiter Schwintowsky, böten sich doch vor allem bei der Ein- und Ausreise in die „DDR" Erleichterungen an. Er erinnerte daran, daß praktisch alle Bediensteten der Ost-Post und -Bahn, auch einfache Schalterbeamte, als Geheimnisträger entweder gar nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten ausreisen dürften. Außerdem könnte Ost-Berlin die harte Regelung beseitigen, nach der Geschenke für Gastgeber im Osten beim Verzollen nach den in der „DDR" zu zahlenden höheren Preisen taxiert würden.

Eine leichte „Wende" an der innerdeutschen Grenze stellt im Gegensatz zu den norddeutschen Kollegen das bayerische Grenzpolizeipräsidium fest. Bei Touristen- und Verwandtenbesuchen in die „DDR" komme es nicht mehr, wie in der Vergangenheit, ohne jeden Verdacht zu schikanösen Kontrollen bis hin zur teilweisen Zerlegung des Fahrzeugs, sagte ein Sprecher. Die Grenzabfertigung ginge schneller, auch hätten Reisende berichtet, daß die Grenzbeamten ihnen gegenüber höflicher und freundlicher seien und gelegentlich sogar lächelten.

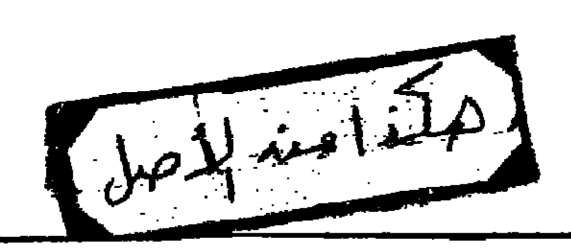
Beim Transitverkehr dagegen hat sich am Grenzübergang Rudolphstein/Hirschberg, so wurde gemeldet, nichts geändert. Die Reisenden werden in der Regel, wie schon vorher, nur dann gefilzt, „wenn die „DDR"-Grenzer einen begründeten Verdacht auf einen Verstoß gegen das Transitabkommen haben", erklärte ein Sprecher am Grenzübergang. Zu diesen Verstößen gehören neben Fluchthilfeversuchen geheime Treffen mit „DDR"-Bürgern in Raststätten oder entlang der Transitstrecken, was durch Zeitkontrollen auffallen könne oder auch von den überall postierten Spitzeln gemeldet werde, oder auch nur das Wegwerfen oder Liegenlassen von westlichen Druck-Erzeugnissen. Dagegen entsprechen Meldungen, nach denen die „DDR"-Grenzer sogar auf die Kontrolle der Fahrzeugunterseiten mit Spiegeln verzichteten, „wohl kaum den Tatsachen". Denn hierbei handele es sich um normale Kontrollen, „die auch bei uns bei Verdacht von Rauschgiftschmuggel und dergleichen angewendet werden".

Daß auch die neue Freundlichkeit Grenzen hat, erfuhr ein WELT-Mitarbeiter, der vor wenigen Tagen über Helmstedt nach Berlin reiste:

Das äußere Zeremoniell bleibt abweisend wie eh und je. Die gewaltige betonierte Grenzanlage behält ihren Festungscharakter. Die zahlreichen Kassenhäuschen sind wie im Supermarkt zu publikumsarmen Zeiten überwiegend geschlossen. Ein zweiter Schalter wird nicht geöffnet, obwohl in den stehenden Fahrzeugen fast tropische Temperaturen herrschen. Beim ersten Posten winkt nur eine Hand durch den Spalt im Schilderhäuschen. In diese Hand legen wir im Vorbeifahren vorerst nur die Papiere und den Reisepaß. Wozu also einen Blick in sein Gesicht werfen können? Beim nächsten Posten 1000 Meter weiter, wo wir mit unseren Paßbildern verglichen werden, muß der Grenzer uns frei ins Auge blicken können.

Als ich nicht sofort den Kopf nach rechts dem Paßbeamten zuwende, sagt er gereizt: „Sehen Sie mich gefälligst an." Dann folgt mein Name ohne die ortsübliche Anrede mit „Herr". Meine Arroganz könne ich drüben anwenden, fährt er fort. Und ich könne sofort umdrehen, wenn es mir hier nicht passe.

Ähnlich ergeht es einem anderen Reisenden beim Übergang nach Ost-Berlin. Er wird eisig abgefertigt, als er sich in dem Gewirr von Gängen und Schildern nicht sogleich zurechtfindet. Ob er nicht wisse, welcher Bürger er sei. Es stände schließlich alles da. Richtig: Auf einem der Schilder heißt es lapidar: „Bürger: Transit, andere Länder, BRD." Dann ein Pfeil nach links. Deutsch-deutsche Realität auch nach dem Milliardenkredit.



Für Sie als Geschäftsmann macht AVIS das Automieten leicht. Um Ihre Zeit zu sparen.
Schnell. Durch die AVIS-Express-Karte. An allen großen Flughäfen läuft Ihre Karte blitzschnell durch unsere Computer. Noch eine Unterschrift – fertig ist der Vertrag. Und Sie können starten.

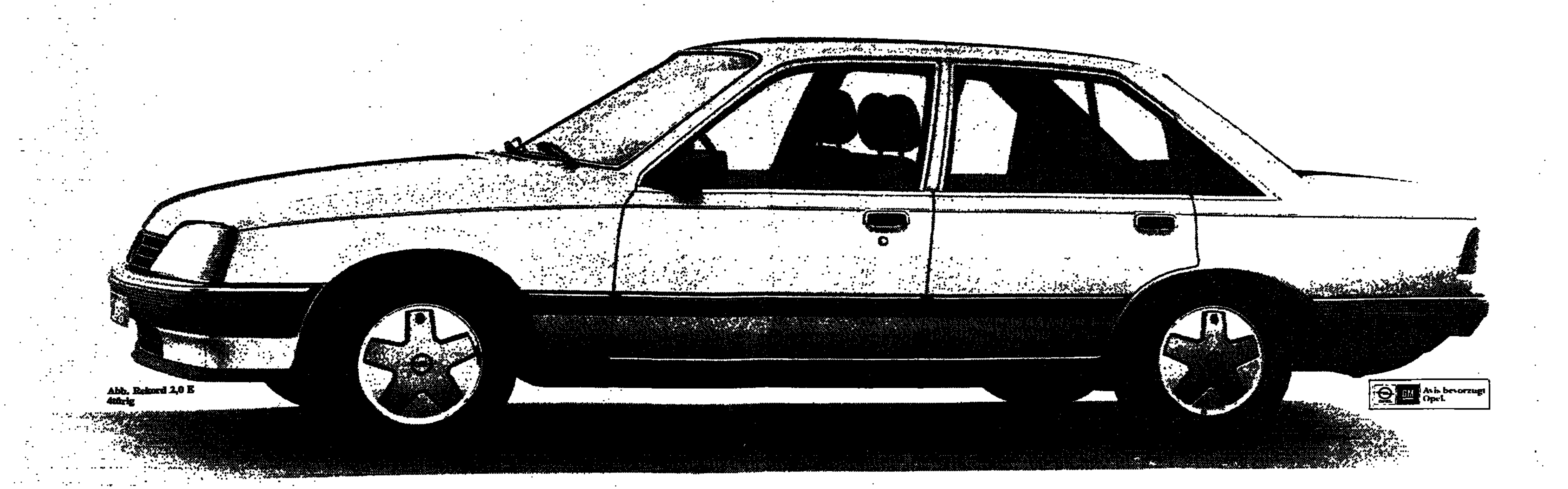
Einfach. Durch leicht verständliche Tarife. Ein Beispiel: Der Business-Reise-Plan. Er bedeutet feste Preise. Unabhängig von Kilometern und Steuern. Sie zahlen nur noch für's Benzin extra. **Weltweit.** Egal, wann und wo Sie einen Wagen brauchen, er steht für Sie bereit. Weltweit. Ein Anruf beim nächsten AVIS-Büro genügt.

AVIS AVIS EXPRESS
DIRECT BILLING
AWD NUMBER AA123Z
972 046906 015 FS
JENS PUTZE
DROSSELWEG 4
D 6237 LIEDERBACH
GERMANY 03/84

Wir verlieren keine Zeit, damit Sie kein Geld verlieren.



Automieten im Handumdrehen.



Sondergesetze schreiben Kriegsrecht fort

Glemp erhob Einwände gegen Verschärfung von Strafrecht und Zensur / Amnestie gilt nicht für alle Verurteilten

dpa/AP/rtr, **Warschau**

Die an die Stelle des Kriegsrechts tretenden neuen Sondergesetze, die gestern dem polnischen Parlament zur Abstimmung vorlagen, tragen den Titel „Gesetz über besondere juristische Regelungen im Zeitraum der Überwindung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Krise sowie über die Änderung verschiedener Gesetze". Diese Regierungsvorlage schreibt besonders im Hochschulbereich und im Wirtschaftssektor manche Einschränkungen des Kriegsrechts fort. Die meisten Bestimmungen sind bis Ende 1985 befristet, können aber unter Umständen schon Ende 1984 vom Staatsrat außer Kraft gesetzt werden.

Im Verlauf der Sejm-Debatte gab der katholische Abgeordnete Janusz Zablocki gestern bekannt, daß der Primas von Polen, Jozef Kardinal Glemp, brieflich erhebliche Bedenken gegen die Sonderregelungen geltend gemacht hat. Aufgrund seiner Intervention sei auch die Beratung einiger besonders umstrittener Teile des Gesetzes wie die Verschärfung des Strafrechts und der Zensur auf nächste Woche verschoben worden, um in der Zwischenzeit noch mögliche Änderungen vornehmen zu können. Zablocki forderte in seinem Beitrag außerdem, den unter Kriegsrecht relegierten Studenten die Rückkehr an die Universität zu erlauben.

Nach dem ebenfalls gestern verabschiedeten Amnestiegesetz können die meisten politischen Häftlinge in Polen aus den Strafanstalten entlassen werden. Freigelassen werden alle politischen Straftäter, die bis zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurden, sowie alle Frauen und Jugendlichen, die zur Tatzeit weniger als 21 Jahre alt waren. Insgesamt betrifft die Amnestie rund 800 Personen. Ausgenommen sind diejenigen, die des Versuchs beschuldigt werden, das Regime gewaltsam zu stürzen, sagte Vizejustizminister Tadeusz Skora. Er meinte offenbar Oppositionelle wie die Führer des „Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung" (KOR) und die sieben verhafteten Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität".

Besonders im Bereich der Betriebe . . .

Skora erklärte vor der Presse, versteckt lebende Mitglieder der „Solidarität" könnten unbehelligt aus dem Untergrund auftauchen, wenn sie sich vor dem 31. Oktober den Behörden stellen. Diese Verfügung sei in dem Amnestiegesetz enthalten.

Ein Rundfunksender, der sich selbst als „Radio Solidarität" bezeichnete, behauptete am Mittwochabend ebenfalls, wer sich jetzt der Polizei stelle, um die Amnestie in Anspruch zu nehmen, werde nicht als Kollaborateur angesehen werden. Viele Hörer äußerten die Ansicht, diese Sendung sei eine Fälschung der Behörden.

Die wichtigsten bis Ende 1985 geltenden Sonderbestimmungen sind:

● In Betrieben von besonderer Bedeutung kann die Betriebsleitung die wöchentliche Arbeitszeit auf 46 Stunden erhöhen, wobei die über die gesetzliche Arbeitszeit hinausgehenden Stunden als Überstunden bezahlt werden.

● In diesen Betrieben kann die Betriebsleitung die Kündigungsfrist auf sechs Monate verlängern.

● Die Regierung kann obligatorische Arbeitsvermittlung für bestimmte Berufsgruppen einführen.

● Die Arbeiterselbstverwaltung in einem staatlichen Betrieb kann suspendiert oder aufgelöst werden, wenn ihre Tätigkeit die Rechtsordnung oder die „gesellschaftlichen Grundinteressen" verletzt.

● In gesellschaftlich besonders begründeten Fällen kann der Ministerrat einen Preisstopp oder Höchstpreise festsetzen.

● Die Bezirksräte können eine Arbeitspflicht einführen, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung und die Funktion kommunaler Betriebe zu sichern.

● Der zuständige Minister kann die kollegialen Organe der Hochschulen (etwa den Senat) suspendieren, die Rektoren, Prorektoren, Dekane oder Institutsleiter abberufen und neue einsetzen, „wenn die Organe der Hochschule in einer Form tätig werden, die dem geltenden Recht oder dem gesellschaftlichen Interesse zuwiderläuft". Das gleiche gilt, wenn sie durch Untätigkeit den wissenschaftlichen oder erzieherischen Aufgaben der Hochschule schaden.

. . . und der Hochschulen Sonderbestimmungen geplant

● Studenten können vom Studium suspendiert oder ausgeschlossen werden, wenn sie sich einer gesellschaftlich besonders schädlichen Tätigkeit schuldig gemacht haben oder wenn sie wegen Störung der öffentlichen Ordnung strafrechtlich verfolgt werden.

● Studenten können sich nur in Organisationen zusammenschließen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes registriert waren.

● Lehrer können suspendiert, versetzt oder entlassen werden, wenn sie in einer Weise tätig sind, die kraß dem Recht oder den pädagogisch-erzieherischen Grundsätzen der Schule widerspricht.

● Der Vorstand von Verbänden kann suspendiert oder aufgelöst werden, wenn er dem Recht oder den Satzungen des Verbandes zuwiderhandelt (dies gilt vor allem für die Künstlerverbände).

● Die Beschränkungen für polnische Bürger, über das Geld auf ihren Devisenkonten zu verfügen, bleiben in Kraft.

Doppelstrategie der KPF verunsichert Sozialisten

Treibt das „Experiment" auf einen Bruch zu?

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Frankreichs Sozialisten sind sich ihrer selbst unsicher geworden. Sie gehen mit der bohrenden Frage in die Ferien, ob der Weg in den Sozialismus, den sie vor 25 Monaten so frohgemut beschritten hatten, der richtige war. War es richtig, sich einen kommunistischen Partner zu wählen, der inzwischen alles tut, was die Koalition an den Rand eines Bruches treibt? Sollen sie die Flucht nach vorne zum „wahren Marxismus" fortsetzen oder sich wieder auf ihren alten Mutterboden, den linken Liberalismus und Radikalsozialismus, zurückbesinnen, der ihnen in der 4. Republik so reiche Früchte brachte? Es sind dies Fragen, die mit Sicherheit auf dem Parteikongreß im Oktober gestellt werden und die die Partei bis zur Grenze ihrer Belastbarkeit treiben könnten.

Zunächst einmal muß die Frage beantwortet werden, wie lange man es noch mit den Kommunisten halten kann. Offenbar treibt die KPF ihre unerforschliche Doppelstrategie von Regierungsloyalität und Unterminierung der Politik dieser Regierung jetzt auf die Spitze. Hatte KPF-Generalsekretär Marchais es bisher bei sorgfältig dosierter Kritik der Austerity-Politik des Wirtschaftsministers Delors bewenden lassen, so attackiert er seit einer Woche die Außen- und Sicherheitspolitik des Staatschefs. Seine Haltung zu der auf eine unabhängige Atomstreitmacht gestützten nationalen Unabhängigkeit steht in krassem Widerspruch zu der des Präsidenten.

Marchais gibt Rätsel auf

Was Marchais damit bezweckt, ist rätselhaft. Bietet er Mitterrand ein Tauschgeschäft an – Ruhe auf den Straßen im Herbst gegen ein gewisses Eingehen auf Moskauer Wünsche in der globalen Raketendiskussion? Auf einen derartigen Zynismus könnte der Staatschef, so heißt es in der Parteizentrale der Sozialisten, nur mit einem biblischen „Weiche, Satan!" antworten. Aber zielt Marchais, dem der sowjetische Staatsschef Andropow in Moskau Zugehörigkeit zu einem „bourgeoisen", noch dazu atlantisch orientierten Kabinett vorgeworfen hatte, nicht gerade auf den Hinauswurf ab, nachdem er bei jeder Gelegenheit feierlich versichert, selbst nicht gehen zu wollen und loyal zum Regierungsbündnis vom 23. Juni 1981 zu stehen?

Dieses Katz-und-Maus-Spiel der Kommunisten hat jedenfalls den rechten Flügel der Sozialisten vollends auf die Palme gebracht. Ihre Geduld scheint am Ende, wenn auch der eilends aus dem Urlaub zurückgekehrte Erste Sekretär Lionel Jospin nach einer extra einberufenen Vorstandssitzung am Mittwochabend noch einmal Öl auf die Wogen goß. Man werde sich nicht wegen außenpolitischer Divergenzen zerstreiten, meint der plötzlich alt gewordene Parteiführer. Jeder beharre zwar auf seinen Positionen, das ändere aber nichts an der vom Präsidenten der Republik festgesetzten Außenpolitik. Für die Sozialisten gebe es, meinte Jospin, in Europa augenblicklich ein Rüstungsungleichgewicht, das ausgeglichen werden müsse. Für die Kommunisten dagegen liege die Betonung auf Abrüstung, und das könne man akzeptieren.

Kritik der Linken wächst

Jospin wußte zu diesem Zeitpunkt bereits, daß der linke (Ceres) Flügel seiner Partei unter dem ausgebooteten früheren Industrieminister Chevénement sich den kommunistischen Standpunkt zu eigen gemacht hatte. Chevénements Stellvertreter, Didier Motchane, einer der Abrüstungsexperten der Partei, hatte in der Gazette des „Ceres" dem Staatschef vorgeworfen, sich in seinen Reaktionen auf die sowjetische Bedrohung durch SS-20-Raketen „einseitig die Argumente der Amerikaner zu eigen gemacht" und „nicht alle westlichen Waffensysteme, welche die Sowjetunion bedrohen, berücksichtigt zu haben".

Für Georges Marchais ist die immer offenkundiger werdende Dissidenz der Linkssozialisten, die sich auch gegen die Wirtschafts- und Medienpolitik sowie ganz allgemein gegen die „Instinktlosigkeit" der sozialistischen Politik artikuliert, Wasser auf seine Mühlen. Für die Sozialisten aber heißt dies, sich spätestens auf ihrem Kongreß im Herbst über die weitere Linie der Partei und damit des ganzen „Experiments" klarzuwerden.

„Italiens Streitkräften droht Drittklassigkeit"

Generalstabschef weist auf Mängel der Verteidigung hin

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Mit einem Alarmruf verabschiedete sich der italienische Generalstabschef Vittorio Santini aus seinem Amt. Der Viersternegeneral, der noch in diesem Jahr in Pension geht, ließ an alle Parlamentarier des neugewählten Parlaments eine Mappe mit den Texten von vier seiner Reden verteilen, die auf schwere Mängel im italienischen Veteidigungspotential hinweisen.

In der schärfsten dieser Reden, die der General im November vorigen Jahres zur Eröffnung der Sitzungsperiode des Zentrums für Verteidigungsstudien vorbereitet hatte, dann aber nicht halten konnte, weist der Generalstabschef auf die alljährlichen Kürzungen des Verteidigungsbudgets hin und warnt: „Die bedingungslose Verteidigung der nationalen Grenzen, die im institutionellen Auftrag der Streitkräfte festgelegt ist, und die auf Grund der NATO-Verpflichtungen verlangte Vorwärtsverteidigung werden von einer problematischen Aufgabe zum fraglichen Unterfangen."

Heer, Marine und Luftwaffe, so heißt es in dem Redemanuskript weiter, drohe der Abstieg von der Zweit- in die Drittklassigkeit. Der italienische Verteidigungshaushalt sei der relativ niedrigste der westlichen Länder.

Irritation durch Politiker

Den Grund dafür sieht der General weniger in der italienischen Wirtschaftskrise als vielmehr in der bei den Politikern vorherrschenden Tendenz, die Verteidigungsprobleme beiseite zu schieben – „aus Angst, negative Reaktionen in denjenigen Kreisen herauszufordern, in denen der Antimilitarismus am tiefsten verwurzelt ist". Die Streitkräfte seien eingekreist von einer Kultur, die gegenüber dem Soldaten nur Mißtrauen und sogar Verachtung und Feindschaft aufbringe.

Dabei kämen auf die Streitkräfte seit einigen Jahren immer größere Aufgaben zu. Die strategische Bedeutung des Mittelmeerraumes wachse ständig, und angesichts der massiven Präsenz der Sowjets in diesem Raum sei die italienische Südflanke verwundbarer geworden. Begrenzte Konflikte außerhalb des Bündnisrahmens könnten italienische Interessen bedrohen und das Land zwingen, diese Interessen zu verteidigen, wobei es vielleicht zumindest anfangs auf sich allein gestellt wäre. Innerhalb der NATO verstärke sich außerdem die Tendenz zur Aufwertung der konventionellen Streitkräfte.

Unter diesen Umständen wäre es nach Ansicht Santinis geboten, die italienische Verteidigungsmacht materiell und moralisch zu stärken. Das Gegenteil sei jedoch der Fall. Der Verteidigungsetat werde immer mehr zusammengestrichen, und der Soldat werde immer weniger geachtet. „Die Streitkräfte verlangen eine Position und ein Gewicht, die es ihnen ermöglichen, dem alarmierenden, weit verbreiteten Gefühl der Frustration und des Mißtrauens zu entfliehen."

Konsum contra Sicherheit

Der General verweist auf den gefährlichen Eindruck, daß der Staat nicht gewillt oder – schlimmer noch – nicht in der Lage sei, diejenigen zu schützen, die ihm noch immer loyal und aufopfernd dienten. „Leider ist das unser Drama: Die Streitkräfte produzieren Sicherheit, bieten Sicherheit an, nicht eines der vielen Konsumgüter, die von der Wohlstandsgesellschaft oft erfunden und als unentbehrlich kreiert werden. Wir produzieren ein Gut, dessen Unentbehrlichkeit den Menschen erst dann bewußt wird, wenn sie es verloren haben."

In den zwei Jahren seiner Amtszeit als Generalstabschef der Streitkräfte hatte Santini immer wieder öffentlich auf Mängel im Veteidigungsbereich hingewiesen. Sein Verhältnis zum sozialistischen Verteidigungsminister Lagorio war zuletzt so gespannt, daß die beiden, wie ein enger Mitarbeiter des Generals der Turiner Zeitung „La Stampa" sagte, seit November vorigen Jahres nicht mehr miteinander sprachen. Die politischen Kritiker werfen Santini Mangel an diplomatischem Feingefühl, eine „militaristische" Einstellung und sogar eine „südamerikanische" Argumentationsweise vor. Lagorio tat einmal eine Äußerung des Generals mit der Bemerkung ab: „Santini denkt laut nach."

Der „schmutzige Krieg" entzweit die Nation

Von MANFRED NEUBER

Der „schmutzige Krieg" zwischen dem argentinischen Militärregime und den Guerrilla-Gruppen in den siebziger Jahren ist zum heißen Wahlkampfthema geworden. Er wird noch als schwere Hypothek auf der künftigen Zivilregierung in Buenos Aires lasten.

Bei der Terrorbekämpfung in Argentinien kamen Tausende ums Leben; mehr als Zentausend sind spurlos verschwunden. Alle Versuche, eine nationale Aussöhnung herbeizuführen, scheitern an der Frage nach dem Schicksal der Vermißten.

Hohe Offiziere der harten Linie verlangen, einen Schlußstrich unter das dunkle Kapitel zu ziehen. Die noch regierende Junta will gerichtliche Untersuchungen bei offenkundigen Übergriffen zulassen. Ohne einer Rachejustiz das Wort zu reden, drängen Politiker der verschiedenen Parteien auf eine völlige Aufklärung.

Auslöser für heftige Aueinandersetzungen über den „schmutzigen Krieg" wurde die Ehrenerklärung für drei Offiziere, die der Polizeichef der Provinz Buenos Aires, General Fernando Verplaetsen, abgab. Sie sollen zwei Verdächtige entführt, gefoltert und ermordet haben. Die Anklage lautet, ihre Opfer seien nicht bei einem Schußwechsel getötet worden.

Verplaetsen lobte seine „tapferen Untergebenen". Die beiden Toten seien Montonero-Guerrilleros gewesen, womit er offensichtlich meinte, damit erübrige sich jede weitere Frage nach den Umständen ihres Todes. Das Innenministerium soll vergeblich versucht haben, diese Stellungnahme abzuschwächen, doch der Juntachef, General Cristino Nicolaides, stellte sich demonstrativ hinter den General.

Darin sieht Raúl Alfonsín, aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat der bürgerlichen Radikalen

ARGENTINIEN

Union, „eine Kriegserklärung gegen die Demokratie". Er sagte, wer die Mehoden des „schmutzigen Krieges" rechtfertige, werfe das Land in die Lage zurück, „da der Teufel mit den eigenen Waffen bekämpft und Argentinien für alle unvermeidlich zur Hölle wurde".

Alfonsín differenziert zwischen jenen, „die eine politische Verantwortung" für den brutalen Kampf tragen, und jenen, „die dabei die ihnen erteilten Befehle überschritten". Er läßt den Befehlsnotstand unterer Chargen gelten, die bei der Terrorbekämpfung nicht überblicken konnten, ob ihre Einsatzbefehle legitim waren.

Mit dieser Unterscheidung sucht Alfonsín die geschlossene Front der Militärs aufzuweichen. Eine pauschale Verurteilung der Sicherheitskräfte könnte Putschversuche provozieren. Für die Zukunft schlägt er eine Sondertruppe zur Terrorbekämpfung, einen neuen Nachrichtendienst unter der Kontrolle des Innenministers sowie eine Bundespolizei vor, die Richtern unterstehen soll.

Politiker anderer Parteien unterstützen auch seine Forderung, der neue Kongreß solle gesetzliche Richtlinien für die Terrorbekämpfung verabschieden, um eine allzu häufige Proklamation des Ausnahmezustandes zu vermeiden. Allerdings halten sich die führenden Präsidentschaftsaspiranten der Peronisten mit öffentlichen Erklärungen zurück, um ihre Chancen nicht zu schmälern.

Staatschef Reynaldo Bignone räumte am ersten Jahrestag seines Regierungsantritts ein, der „Krieg gegen die Subversion" stelle noch das größte Hindernis auf dem Wege zur Demokratie in Argentinien dar. Unterdessen liefen Gerüchte in Buenos Aires um, nach denen Polizeikräfte vorhätten, in Untersuchungshaft einsitzende Angehörige der Sicherheitskräfte zu befreien.

In einem anonymen Kommuniqué das Polizei-Offiziere verfaßt haben sollen, heißt es: „Die Polizei hat stets auf direkten Befehl der Armee gehandelt. Wir wurden als eiserner Besen benutzt, um den schlimmsten Dreck zu beseitigen. Aber wir werden es nicht zulassen, daß man bei der Reinigung der Republik die schmutzigen Hände an uns abreibt."

Zu der Herausforderung General Verplaetsens an die Politiker der künftigen Zivilregierung, erklärte der unabhängige Konservative Pablo González Bergez: „Wenn er nicht unverzüglich unter Arrest gestellt wird, muß man es als ein bedenkliches Zeichen für die Zukunft ansehen." Als solches folgte die Entlassung von Oberst Gustavo Cáceres an der Obersten Militärakademie. Cáceres fungiert als Berater Alfonsíns und tritt für eine „unpolitische" Armee ein.

Mit einem Bekenntnis zu den Wahlen und der Rückkehr zur verfassungsmäßien Ordnung trat dieser Tage die Luftwaffe an die Öffentlichkeit. Sie war in den „schmutzigen Krieg" nur wenig verwickelt, erwarb sich die Anerkennung der Nation im Falkland-Krieg und steht nach den darauffolgenden Säuberungen geschlossener da als die anderen Waffengattungen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schulen für Techniker

Die Bildungsministerin Frau Dr. Wilms denkt darüber nach, die Fachhochschulen für Angehörige der mittleren Reife und anschließender erfolgreicher Lehre zu öffnen. Der Grundgedanke ist sicher sehr richtig, aber gehen wir doch in die 60er Jahre zurück, wo mit großem Aufwand und Getöse im Rahmen der Umwandlung der alten Ingenieurschulen in Fachhochschulen diese Verbindung zur Praxis sehr erfolgreich abgeschnitten wurde.

Die Wirtschaft braucht aber dringend Fachkräfte des mittleren Managements, die eine enge Verbindung zur Praxis besitzen. Wir meinen, daß man die Entwicklung in den Fachhochschulen nicht mehr zurückschrauben kann, denn mittlerweile hat sich ja aus den alten Technikerschulen die jetzt viersemestrige Fachschule „Technik" weiterentwickelt, die der Wirtschaft diese benötigte Führungsschicht zur Verfügung stellt. Wir meinen, die Bildungsministerin sollte vermehrt darüber nachdenken, wie man in der Bewertung der beruflichen Bildung diese Technikerausbildung einzuordnen hat.

In den Ländern Niedersachsen und Bayern wird die erforderlich abgeschlossene Meisterprüfung auch bei einem Hauptschüler der mittleren Reife gleichgesetzt. Wir haben vor zwei Jahren anläßlich einer Pressekonferenz der „didakta" die versammelten Kultusminister gefragt, wie sie jetzt dann ein erfolgreich abgeschlossenes Technikerstudium einordnen wollten? Bis heute erhielten wir keine konkrete Antwort. Wenn die Meisterprüfung richtig der mittleren Reife gleichgesetzt wird, können wir für die erfolgreiche Technikerprüfung erwarten, daß diese als fachbezogenes Abitur anerkannt wird.

Zwar ist an den Technikerschulen die Möglichkeit geschaffen, durch Zusatzkurse die Fachhochschulreife während des Studiums zu erreichen, und es gibt auch in Braunschweig seit zehn Jahren ein Versuchsmodell, wo die Lehrinhalte für die Fachhochschulreife erfolgreich in das normale Technikerstudium integriert ist. Hier liegt unseres Erachtens das richtige Gebiet, wo die Bildungsministerin weiter nachdenken sollte.

Es ist eine Tatsache, daß durch die negativen Auswirkungen der Fachhochschulreform der 60er Jahre – Verlust der Bindung zur Praxis – die Techniker eine erhebliche Aufwertung erfahren haben. Eine von uns während der letzten Hannover-Messe durcngeführte Umfrage bei staatlich geprüften Technikern brachte das interessante Ergebnis, daß 4,8 Prozent als Ausbilder oder Fachlehrer, 5,2 Prozent als selbständige Unternehmer, 26,1 Prozent als Abteilungsleiter, Bauleiter oder ähnliche selbständige Positionen, 22,2 Prozent als Sachbearbeiter in Konstruktion, Verkauf, Planung und Arbeitsvorbereitung und 8,7 Prozent als Gruppenleiter tätig waren. Dieses macht insgesamt 62 Prozent aus, die doch in irgendeiner Art ingenieurmäßige Funktionen in der Wirtschaft innehaben.

Wenn diese Umfrage außerdem noch die Information brachte, daß über 30 Prozent nicht mehr in dem Fachgebiet ihres Studiums tätig waren, so zeigt auch dieses, daß hier der Techniker die ihm zugefallenen Aufgaben vielseitig erfüllen kann.

Der Techniker ist in diesem letzten Jahrzehnt auf Grund seiner engen Verbindung zur Praxis in manche Funktionen der Wirtschaft vorgestoßen, die von dem damaligen Ing. (grad.) auf Grund der Fachhochschulreform freigemacht worden sind. Hier sollte man darüber nachdenken, siehe zum Beispiel „Braunschweiger Modell", wie man die Technikerausbildung weiter vervollkommnen und ausbauen kann, und vor allem ihre Durchlässigkeit so zu gestalten, daß hier dem guten Hauptschulabgänger der Weg zum Aufstieg nicht verbaut, sondern erleichtert wird.

Wir als Techniker (staatlich geprüft) möchten hier aber auf keinen Fall mißverstanden werden. Wir sind Techniker und sind stolz darauf und wollen auch Techniker bleiben. Wir streben in keiner Weise an, Ingenieure 2. oder 3. Klasse zu werden. Man könnte über ein fünftes (Vor-)Semester an den Technikerschulen nachdenken, welches lediglich zum Ausgleich der Eingangsvoraussetzungen dienen sollte. Wir meinen nicht, daß die Technikerausbildung eine Durchgangsstation für die Hochschulausbildung werden soll, aber eine vernünftige Durchlässigkeit wird dafür sorgen, daß auf diesem Weg ausreichender Nachwuchs in den Ingenieurbereich eintritt, der eine hervorragende Verbindung zur Praxis aufweist.

Georg von Raison,
Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft deutscher Techniker-Verbände, Vereine, Schulen
Lamspringe

Staat im Staat als Ziel?

„Leserbrief: Geschwundene Sympathien"; WELT vom 16. Juli

Herr Fuad Emircan trauert den geschwundenen Sympathien nach. Man fragt erstaunt: Wieso eigentlich?

Freundschaftsverträge zwischen Staaten besagen doch nichts über das Verhältnis zwischen den Völkern. Der wesentliche Punkt ist, daß die meisten Deutschen den echten Türken überhaupt nicht kannten, nun aber, seitdem es überall in Deutschland „kleine Türkeien" gibt, sehen, wen sie wirklich vor sich haben. Und das sind Fremde.

Da erklärte kürzlich der Imam von Ottensen (Hamburg), Rifeit Orhun, u. a., ein Moslem dürfe eine Christin heiraten. Über die umgekehrte Sachlage gab es keine Äußerung. Zum Zusammenleben sagte er: „Wir wollen uns nicht anpassen. Wir Moslems wollen euch verstehen." Zur Frage: „Sollen türkische Kinder zweisprachig aufwachsen?" zitierte der Imam den Propheten: „Wer eine Sprache spricht, ist ein Mensch, wer zwei Sprachen spricht ist zwei Menschen."

Eine letzte Zeitungsnotiz: Es gibt im Fußball rein türkische Vereine wie Türkgücü, Fatan Gücü, Fatihspor, Harburg Türkspor, AY Yildiz, Örnelspor. Dazu wurde festgestellt, daß die rund zwei Millionen Türken dabei sind, unter dem Dach des Deutschen Sportbundes ihren eigenen Staat aufzubauen, denn alle anderen Ausländer – Italiener, Jugoslawen, Griechen, Spanier und Portugiesen – schlössen sich einem normalen deutschen Verein an.

Das ist der zweite Punkt, Herr Emircan: Die Türken errichten einen moslemischen Staat in einem deutschen Staat mit anderer Grundordnung. Beide Punkte zusammen sorgen dafür, daß ein Zusammenleben auf Dauer ausgeschlossen werden muß. Die Frage des Aufenthaltes auf Zeit wird sicherlich von vielen Deutschen bejaht, wenn deutsche Interessen nicht zu stark in Mitleidenschaft gezogen werden.

Für uns Deutsche stehen nun mal die deutschen Interessen vor den türkischen. Ist das etwa nicht natürlich?

Reinhard Höhn,
Hamburg 70

Partnerstadt

„Köln-Report"; WELT vom 6. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,
zunächst möchte ich Ihnen zu Ihrem Köln-Artikel gratulieren.

Gestatten Sie aber, daß ich eine Berichtigung anbringe. Auf Seite 1 führen Sie die Partnerstädte der Stadt Köln auf. Zu den Partnerstädten gehört auch die Stadt Kerkrade in den Niederlanden. Diese Partnerschaft wird innerhalb der Stadt Köln vom Stadtbezirk Köln-Rodenkirchen betreut.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Potthast,
Bezirksvorsteher,
Köln-Rodenkirchen

Ein Fremdwort

„Schweizer Beharrlichkeit"; WELT vom 12. Juli

Sehr geehrter Herr Barth,
Sie haben recht: Zum Wohlstand der Schweiz und seiner Erhaltung tragen die im Gegensatz zu den deutschen Funktionären „realistischeren Gewerkschaftler" der Schweiz entscheidend bei. Sozialismus bleibt den Schweizern ein bedenkliches Fremdwort. Sie wissen, daß Sozialismus durch Funktionärsherrschaft jedes Sozialprodukt schmälert und daher unsozial wirkt.

Vor allem fehlen in der Schweiz drei gefährliche Arten: „Mediensozialisten", die nach linksunten reden und schreiben, „Scheinsozialisten", die durchs Parteibuch die Karriere – sogar als Richter – suchen, und „Partysozialisten", der Unterprivilegierten beim Cocktail gedenkend.

Sozialismus „gedeiht" nur zwischen zwei Zusammenbrüchen. Die Schweiz hatte noch nicht den ersten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. H. G. Hauffe,
Zuoz/Schweiz

Erst seit 1952

„Das Museum im Spessart pflegt nur eine Mär"; WELT vom 13. Juli

Das Land Baden-Württemberg entstand erst 1952. Zur Zeit Napoleons grenzte das Großherzogtum Baden an den Spessart. Es wurde durch die Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg in die Länder Baden (= Südbaden) und (zusammen mit dem nördlichen Teil von Württemberg) Württemberg-Baden aufgeteilt. Erst 1952 entstand nach einer Volksabstimmung aus dem Zusammenschluß der ehemaligen durch Besatzungsdekrete entstandenen Länder (Süd-)Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern der sogenannte Südweststaat, eben das Bundesland Baden-Württemberg.

Mit freundlichem Gruß
Franz Klarmeyer,
Denzlingen

Wort des Tages

„Es ist wahr, daß halbgelehrte Leute die unnützlichsten Leute auf Erden sind. Und es wäre ihnen besser, daß sie gar nichts könnten. Denn sie gehorchen niemand, können selbst alles besser als alle Welt, wissen alle Kunst und Schrift zu beurteilen und in Summa: Sie können niemand etwas Rechtschaffendes lehren und lassen sich auch von niemand belehren."

Martin Luther, dt. Reformator (1483–1546)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

ERNENNUNGEN

Dr. **Wolf-Hasso Freiherr von Maltzahn**, seit 1980 Generalkonsul in Vancouver, geht als Generalkonsul nach Curitiba, Brasilien. Von Maltzahn, 1922 in Rostock geboren, hatte Romanistik, Islamkunde und Völkerkunde studiert. In Bonn war er zunächst im Bundespresseamt tätig. Dem Auswärtigen Amt gehört er seit 1956 an. Auf Posten war er in Bolivien, Kolumbien und am Generalkonsulat in Houston, Texas. 1972 bis 1977 arbeitete er in der deutschen Botschaft in Brasilien. Bis 1980 war er Ständiger Vertreter des Botschafters in Ecuador, ehe er nach Vancouver ging.

*

Neuer deutscher Botschafter auf den Karibik-Inseln Trinidad und Tobago ist demnächst Dr. **Johannes Reitberger**, seit 1979 Botschafter in Togo. Dr. Reitberger, 1924 in Aichach geboren, hatte Philologie, Germanistik und Zeitungswissenschaft studiert. Dem Auswärtigen Amt gehört er seit 1955 an. Er war auf Posten in Australien, Senegal und der Türkei und leitete zeitweise das deutsche Generalkonsulat in Basel. 1975 bis 1979 war er Botschafter im afrikanischen Staat Niger, ehe er nach Togo versetzt wurde.

*

Das Personalkarussell im Bundesinnenministerium in Bonn wird noch für kurze Zeit in Schwung bleiben. Nach der Berufung von **Reinhold Baumann** zum neuen Datenschutzbeauftragten der Bundesregierung als Nachfolger von **Hans-Peter Bull** mußte die bisher von Baumann geleitete Unterabteilung Verwaltung Ausländer- und Asylangelegenheiten im Ministerium neu besetzt werden. Auf diesen Posten geht **Diethelm Banspach**, bisher Ministerialrat in der Verwaltung des Deutschen Bundestages. Im Innenministerium wird, wenn der am 1. August frisch bestellte Ministerialdirigent Diethelm Banspach seine Tätigkeit aufnimmt, auch eine Art „Familienzusammenführung" gefeiert werden können. Denn Ehefrau **Doris Banspach** ist langjährige Mitarbeiterin von Dr. **Friedrich Zimmermann**. Der Minister nahm bei seiner Ernennung seine Mitarbeiterin mit in das neue Haus. Die in der Bundestagsverwaltung entstandene Personallücke soll durch Ministerialrat **Volker Gleginatt**, bisher Leiter des Referats Grundsatzfragen beim Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, geschlossen werden.

*

Heinrich Sudmann (44), bisher Bundesgeschäftsführer des Familienbundes der Deutschen Katholiken, wird am 1. August Referent im Referat für Allgemeine und Grundsatzfragen der Familienpolitik im Bundesministerium für Jugend, Gesundheit und Familie.

*

Der Physiker **Bernd Höfflinger** ist zum Leiter des Duisburger Fraunhofer Instituts für Mikroelektronik berufen worden. Der 44jährige Wissenschaftler, der außerdem eine Professur für elektronische Schaltungen an der Gesamthochschule Duisburg erhält, soll das Institut aufbauen.

EHRUNGEN

Professor **Hans Walter Wolff**, in Heidelberg lehrender evangelischer Theologe, ist von der schottischen Universität Aberdeen für seine Arbeiten zur Prophetenforschung und zur Bedeutung des Alten Testaments für die christliche Verkündigung mit dem Doktorgrad der Theologie (Doctor of Divinity) ehrenhalber ausgezeichnet worden.

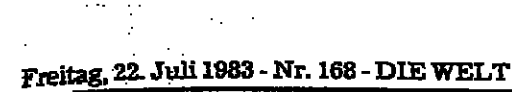
*

Dr. **Heinz-Ulrich Sahm**, früherer deutscher Botschafter in Moskau, wurde von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet. Der Diplomat, Sohn des späteren Danziger Senatspräsidenten Dr. **Heinrich Sahm**, der auch Oberbürgermeister von Berlin war und Gesandter in Oslo, gehört dem Auswärtigen Dienst seit 1951 an. Heinz-Ulrich Sahm hatte 1966 als Ministerialdirigent die Leitung der Unterabteilung Ost-West-Beziehungen im Auswärtigen Amt übernommen und war 1969 bei der Bildung der Regierung durch **Willy Brandt** als Leiter der außenpolitischen Abteilung in das Bundeskanzleramt berufen worden. 1972 bis 1977 war er Botschafter in Moskau. Anschließend ging er als Botschafter nach Ankara. Seinen letzten Diplomatenposten bezog er 1979 als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik bei den Internationalen Organisationen in Genf.

GESTORBEN

Der Hamburger Kaufmann und Bankier **Ricardo Frederico Sloman** ist im Alter von 98 Jahren im schweizerischen Altnau gestorben. Sloman war der letzte Sohn des Erbauers des berühmten Hamburger „Chile-Hauses", eines durch seine Architektur ausgefallenen Bürokomplexes. Sein Vater Henry Brarens Sloman, Mitglied einer angesehenen Reeder-Familie, galt vor dem Ersten Weltkrieg als „Salpeter-König".





OLYMPIA / Befürchtungen für Los Angeles:

Droht Boykott der UdSSR?

dpa, Los Angeles

Juan Antonio Samaranch, der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), hält einen Boykott der Olympischen Sommerspiele 1984 durch die Sowjetunion für möglich, wenn amerikanische Cruise Missiles und Pershing-2-Raketen in Westeuropa aufgestellt werden. Diese Befürchtungen des Spaniers gab Monique Berlioux, Exekutiv-Direktorin des IOC, am Mittwoch nach einem mehrtägigen Besuch der Olympiastadt Los Angeles an die Öffentlichkeit weiter.

Zwar gäbe es keine konkreten Aussagen sowjetischer Funktionäre aus der jüngsten Zeit, aus denen auf Boykott-Absichten geschlossen werden könne, sagte die französische IOC-Offizielle. Doch nach einer Reihe von Kontakten mit Ostblock-Vertretern habe sich der Eindruck verdichtet, daß Boykott-Gefahr drohe.

Diese Meinung bekräftigte auch Peter Ueberroth, der Vorsitzende des privaten Organisationskomitees der Olympischen Spiele (LAOOC): „Uns sind im Laufe der letzten 60 Tage mehrfach Warnungen zugespielt worden, in denen die Möglichkeit eines Boykotts angedeutet wurde."

Der deutsche NOK-Präsident Willi Daume hatte schon im Juni von Marat Gramow, dem neuen Vorsitzenden des Nationalen Olympischen Komitees der Sowjetunion, erfahren, daß über die Olympia-Teilnahme der UdSSR-Mannschaft erst im nächsten Jahr und auf höchster politischer Ebene entschieden wird. Ginge es allein nach Gramow, davon ist auch Monique Berlioux überzeugt, wäre Boykott kein Thema. „Aber das ist leider nicht seine Entscheidung", bedauert die Französin.

BOXEN / Neue Chance für Manfred Jassmann

Rudi Koopmans war gedopt

sid, München

Hollands Box-Europameister Rudi Koopmans (35) steht erneut unter schwerem Verdacht. Die vom Biochemischen Institut der Sporthochschule Köln analysierte Doping-Probe nach seinem K. o.-Sieg beim EM-Kampf am 9. Juli in Frankfurt über den deutschen Halbschwergewichts-Meister Manfred Jassmann (Korbach) fiel positiv aus. Wie das Institut von Professor Manfred Donike dem Vizepräsidenten des Bundes Deutscher Berufsboxer (BDB), Walter Wagner (Erlangen), schriftlich mitteilte, ist dem Boxprofi die Einnahme von Anabolika nachzuweisen.

„Wir werden einen offiziellen Protest bei der Europäischen Box-Union in Rom einlegen", kündigte Wagner an. Damit soll geklärt werden, ob Koopmans gegen die Dopingregeln der Europäischen Box-Union (EBU) verstoßen hat.

Koopmans stand bereits bei seiner achten Titelverteidigung am 2. Juni 1982 in Chianciano Terme (Italien) gegen den Italiener Christiano Cavina (K. o. in der ersten Runde) unter Doping-Verdacht. Der Europameister beanstandete Verfahrensfehler und kam mit einer „moralischen Rüge" davon.

Während Manfred Jassmann nach seinem K. o. derzeit in Italien Urlaub macht, ohne von der Affäre informiert zu sein, kündigte sein Manager Wilfried Sauerland in London ebenfalls entsprechende Schritte an. Der Industrielle wird dabei von Adrian Whiteson, dem verantwortlichen Mediziner des Britischen Box-Councils und Vertrauensarztes des Weltverbandes WBC, unterstützt. Ein internationaler Funktionär: „Die Deutschen müssen protestieren. Koopmans droht der Verlust des Titels und eine Sperre." Jassmann hätte die Chance, um den freien Titel zu boxen.

Er war viel mehr als nur „Kommissar Keller" – Zum Tod von Erik Ode

Segen und Fluch des Serienhelden

Er war wohl der erste deutsche Schauspieler, der Segen und Fluch des Seriendarstellerei durch das Medium Fernsehen am eigenen Leibe erleben und auch erleiden mußte. Er war der „Kommissar Keller". Den hat er an die 100 Folgen hindurch dargestellt, klein von Wuchs, mit eher gemütlichen, aber blitzklugen Augen, immer den Hut auf dem Kopf (damit einer alten Detektivtradition folgend, daß Polizeiverfolger ihr Haupt immer bedeckt zu halten haben), sicher in Auftritt und Gehabe, entschlußkräftig, aber sanft, streng, manchmal erbarmungslos, immer aber auch zu einem Späßchen aufgelegt.

Sein Kommissar Keller wurde für Millionen von Fernsehfamilien sozusagen ein naher Verwandter. Schließlich kannten und schätzten ihn die Leute fast mehr als ihre eigenen Verwandten. Erik Ode hat unter seiner immensen Popularität mehr gelitten als daß er sie genossen hätte. Er konnte unter Leute gar nicht mehr gehen. Er wurde, weil ihn die Leute mit seiner Standardrolle verwechselten, um Rat angegangen. Sie schrieben ihm. Sie drängten sich in seine Nähe. Sie belästigten ihn. Sein Privatleben war noch Jahre nach dieser Rolle so gut wie vergiftet oder doch beschädigt. Fernsehruhm kann auch grausam sein. Er hat es oft beklagt, aber hat es geduldet.

Er entstammte einer Schauspielerfamilie. Fritz Odemar, sein Vater, war ein sehr beliebter Bühnen- und Film-Bonvivant gewesen. Mit dem stand er nie auf einem besonders vertraulichen Fuße. Trotzdem ging er zur Bühne. Er hat noch in den frühen 30er Jahren, vor Hitler, seinen Durchbruch am Preußischen Staatstheater gehabt, als er in Siegmund Graffs „Endloser Straße" einen kleinen neurotischen Muschkoten spielte. Da fiel er auf.

Er hatte den leichten Ton. Er hatte die leichte Hand. Er spielte bald an allen Unterhaltungsbühnen der alten Reichshauptstadt. Er filmte schon gelegentlich, bis er gleich nach dem Kriege am Sender RIAS in Berlin seine besten Fähigkeiten erweisen konnte. Er war ein Plaudertalent. Er konnte so lustig und lässig sein wie satirisch streng und oft scharf.

Ode hat drei Dutzend Stücke in jenen Jahren vor den Berlinern inszeniert, immer mit einer leichten Gewichtigkeit, immer dezent, immer verläßlich und mit einer bei uns raren Lockerheit des Tons. Er war auch ein König in den Synchronateliers, hat vielen der großen Amerikaner seine adäquat fröhliche, immer etwas melancholisch gefärbte Stimme geliehen.

Er hat lange gekämpft, sich von dem schließlich unbehaglichen „Kommissar-Keller-Typ" zu lösen. Er war in einem Erfolg wie eingekerkert. Aber es gelang ihm. Er hat den „Hauptmann von Köpenick", er hat Millers „Handlungsreisenden" sehr ernsthaft verkörpert. Er war unzählige Male der Pickering in Shaws „Pygmalion", er ist auf viele Tourneen gegangen und hat sich seinem Publikum in verschiedenen Gangarten gezeigt und eingeprägt. Er war von einem bewundernswerten Fleiß. Er hatte ernsthaften Charme. Er war eine Potenz der angewandten Leichtigkeit. Er wollte noch in Zürich mit der Hatheyer das Ein-Personen-Stück „Langusten" inszenieren. Dazu sollte es nicht mehr kommen.

Er ist nun in seinem schönen Haus in Rottach-Egern gestorben. Die meisten von uns werden sich an seine Keller-Figur erinnern. Wer ihn kannte, wird viel mehr vermissen: einen meisterlichen Komödien-Regisseur, einen Darsteller der scheinbar mühelosen, aber intensiven Leichtigkeit und einen eher scheuen, guten Menschen und Freund.

FRIEDRICH LUFT

Litt unter seiner immensen Popularität: Erik Ode FOTO: DPA

GALOPP / Soviel Geld wurde noch nie bezahlt: 26,5 Millionen Mark für einen namenlosen Hengst

Erst überbot der Sohn des Scheichs den Reeder Niarchos, dann fuhr er in seiner Limousine davon

DANIEL DELIUS, Bonn

Als die Summe über den Fernschreiber nach England, ins Mutterland des Vollblutsports, gekabelt wurde, glaubte man dort an einen Druckfehler. 10,2 Millionen Dollar, so hieß es in den Meldungen der Agenturen, habe Sheikh Mohammed al-Maktoum (34) für einen gerade einjährigen Hengst auf der Keeneland-Auktion in Lexington im US-Bundesstaat Kentucky ausgegeben, also umgerechnet rund 26,5 Millionen Mark.

Doch die Nachricht über den größten Handel im internationalen Rennsportgeschäft war Tatsache. In einem heftigen Biete-Duell, bei dem der Sprung von einer bis zu zwei Millionen Dollar allein in zehn Sekunden bewältigt wurde, hatte sich der Scheich einen spindeldürren, noch namenlosen Vierbeiner gesichert. Es war mit Abstand die höchste Summe, die jemals auf einer öffentlichen Auktion für ein Pferd bezahlt wurde.

Bis zum Gebot von zehn Millionen Dollar steigerte eine Gruppe um den britischen Vollblutmagnaten Robert Sangster und den griechischen Reeder Stavros Niarchos noch um den Hengst mit, erst der letzte Fingerzeig des Beauftragten von Sheikh Mohammed entschied über den Besitz des Pferdes.

Der Käufer selbst, Sohn des Herrschers des arabischen Öl-Emirats Dubai, verließ nach dem Zuschlag die Verkaufshalle, bestieg seine komfortable Limousine und ließ sich zum naheliegenden Flughafen chauffieren. Es waren zwei teure Tage für Sheikh Mohammed, 21 Jährlinge hatte er zum Gesamtpreis von rund 28 Millionen Dollar (rund 62 Millionen Mark) erworben. Für ihn allerdings ein Taschengeld, bedenkt man, daß sein tägliches Einkommen aus den immer noch kräftig sprudelnden Ölquellen rund zehn Millionen Dollar (26 Millionen Mark) betragen soll.

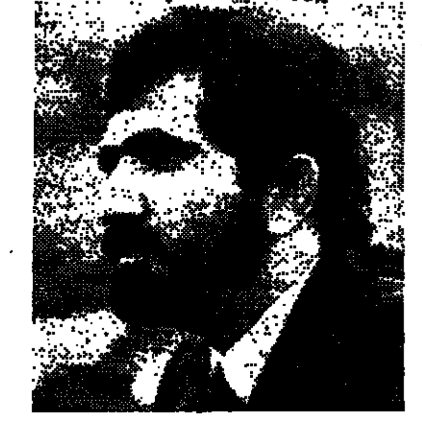
Dick Johnson, Besitzer der Crescent Farm in Lexington, wird sich die Hände gerieben haben. Der joviale Pferdezüchter hatte den Hengst auf der Auktion angeboten und das Geschäft seines Lebens gemacht. „Sicher hatten wir uns einen guten Preis ausgerechnet, aber diese Summe war doch utopisch", meinte Johnson. Der bisherige Rekordpreis für einen Jährling hatte 4,25 Millionen Dollar (10,6 Millionen Mark) betragen, bezahlt von der Sangster-Gruppe für einen Hengst im vergangenen Jahr an gleicher Stelle.

Vater dieser Pferde ist Northern Dancer, der momentan dominierende Vererber der internationalen Vollblutzucht. 1962 wollte bei der Keeneland-Auktion der kanadische Besitzer Eddie Taylor 25 000 Dollar für den einjährigen Hengst haben, Taylor lud ihn wieder in den Transporter ein. Vor zwei Jahren schlug der Kanadier ein Angebot von 40 Millionen Dollar für Northern Dancer aus, es war ihm zu wenig. Taylor rechnet sich in den letzten Lebensjahren des Hengstes noch einen Gewinn an Deckgebühren aus und hatte wie so oft recht. Für einen einzigen Sprung des Superpferdes werden heute 200 000 Dollar bezahlt, ohne Gewähr, ob die Stute tragend wird oder nicht.

Nur selten kann sich ein teurer Jährling später amortisieren, wie es bei dem jetzt dreijährigen Hengst Shareef Dancer der Fall ist. Maktoum-al-Maktoum, Bruder von Mohammed, zahlte vor zwei Jahren drei Millionen Dollar für das Pferd. Nach seinem Sieg im Irischen Derby vor drei Wochen ist er jetzt wohl das Vierfache wert. Aber das ist nur die Ausnahme – nicht die Regel.

Die Tatsache, aus der Hand von Queen Elizabeth einen wertvollen Ehrenpreis zu bekommen, wiegt für manche Besitzer stärker als der finanzielle Anreiz. Am kommenden Samstag, bei den King George VI and Queen Elizabeth Stakes im britischen Ascot, dürfte Robert Sangster die besten Karten haben. Sein Hengst Caerleon, Sieger in diesem Jahr im französischen Derby, wird als 5:2-Favorit bei den Buchmachern in der mit umgerechnet rund 800 000 Mark dotierten Prüfung notiert. Sheikh Mohammed bringt seine Hoffnung Awaasif nur als Außenseiter an den Start.





Ein reicher Scheich und sein teures Pferd

Einen Namen hat der einjährige Hengst (Foto oben) noch nicht, aber schon seinen Preis: Rund 26,5 Millionen Mark wurden jetzt auf einer öffentlichen Auktion in Lexington (Kentucky) für den Hengst geboten, das ist die mit Abstand höchste Summe, die je für ein Pferd gezahlt wurde. Sheikh Mohammed al-Maktoum, der durch seinen Sohn (Foto links) auf der Keeneland-Auktion steigern ließ, kann sich diesen teuren Spaß erlauben. FOTOS: AP

KRITIK

Beinahe dialektische List

Die Erstlingsarbeit der jungen Vivian Naefe hantelt sich mit einer – fast möcht' ich sagen: dialektischen – List ins Bewußtsein des Betrachters: Indem sie Anspruchslosigkeit vorgibt, stellt sie Ansprüche, indem sie Banalitäten erzählt, läßt sie erkennen, daß dahinter die eigentlichen Banalitäten stecken, ein vertrackter Film: **Zukkerhut** (ARD).

Es geht um drei junge Frauen, die zusammenleben wollen, aber durch sehr unterschiedliche Beziehungen zu Männern daran gehindert werden, kein Frauenfilm im modischen Sinne, wie man sieht. „Mitleid mit den Frauen" ist da mehr am Platz als der stolze Ansatz zu einer, wie man so sagt, Selbstverwirklichung.

Das Ganze ist eingetaucht in die süße Unschuld des Dilettantentums, mit der artifiziell ausgespielten Handfertigkeit einer Abschlußprüfung (es ist eine Examensarbeit der Münchener Akademie).

Man schaut dem Spiel zu und freut sich, ohne auf die Idee zu kommen, daß die allenthalben aufgesetzten Flicken stören könnten. Denn es ist ja nicht auszuschließen, daß das Kind so gucken soll und keineswegs so guckt, weil es schielt.

PS.: Es ist doch ein Frauenfilm. Beweis: Während alle Frauen in dem Stück, so oder so, Persönlichkeiten sind, mit Kontur und Profil, sind die Männer vor lauter Unscheinbarkeit fast gar nicht existent. Ihre Gesichter vergißt du drei Minuten nach dem Auftritt. Ein Frauenfilm, oder ein Kniff des Besetzungsbüros?

REGINA ROSTOW

Zu spät gekommen?

Wochenlang war ein Fernsehteam des Senders Freies Berlin (SFB) mit den afghanischen Freiheitskämpfern zwischen Khyber Paß und Kabul unterwegs. „**Der vergessene Krieg**" sollte zumindest für das deutsche Fernsehpublikum der Vergessenheit entrissen werden. Heiner Giersberg und sein Team nahmen dabei sicherlich große Risiken und harte Strapazen auf sich; was sie aus Afghanistan mitbrachten, war jedoch eher enttäuschend.

Wer wüßte nicht längst, daß Religion und Glaube die Stärke der Mudjahedin ausmachen, daß unter den brutalen Attacken der Ungläubigen aus der UdSSR vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hat, daß Zerstörungen und Verletzungen ein Mittel der psychologischen Kriegführung der sowjetischen Aggressoren sind, daß die Not der drei Millionen afghanischen Flüchtlinge in Pakistan groß ist und die Sowjets neuerdings auf Zerstörung der Lebensgrundlagen des unbeugsamen Volkes am Hindukusch und damit auf Entvölkerung des Landes setzen?

Was Heiner Giersberg aus Afghanistan mitbrachte, wurde in Filmen französischer, britischer und amerikanischer Fernsehteams längst gezeigt. Entweder hätte sich das SFB-Team früher nach Afghanistan aufmachen oder aber ein wenig mehr mitbringen sollen.

WALTER H. RUEB

LEICHTATHLETIK

Fast Rekord gelaufen

sid, Düsseldorf

Die WM-Staffel der Männer kratzte am Rekord, und die Mädchen werden auf ihrer Jagd nach der Helsinki-Norm immer langsamer. Dieser Eindruck drängt sich nach den ersten WM-Tests der deutschen Sprint-Staffeln auf. In 38,76 Sekunden erzielte die 4x100-m-Staffel der Männer in Backnang eine Zeit, die noch vor einem Jahr DLV-Rekord bedeutet hätte (nun 38,71). Die Frauen boten vier Tage zuvor beim Test in Koblenz in 44,04 eine klägliche Vorstellung.

„Irgend etwas stimmt bei den Frauen nicht", sagt Männer-Trainer Paul Wagner, der seinem Kollegen Wolfgang Thiele zwar nicht ins Handwerk pfuschen will, aber die schwachen Leistungen nach dem speziellen Staffel-Training in Berlin einfach nicht versteht. Wagner: „Statt 44 Sekunden müßten die Mädchen 43,20 oder 43,30 laufen. Das kann man sich nach den Einzelzeiten ja ausrechnen."

Wie schwach die Koblenzer Leistung ist, wird schnell klar, wenn man folgende Vergleichszahlen heranzieht: Vor elf Jahren gewann das DLV-Quartett in München in Weltrekordzeit von 42,81 Sekunden Gold. Der Weltrekord steht inzwischen jedoch bei 41,60.

Die Bereitschaft, dennoch eine Mädchen-Staffel nach Helsinki zu schicken, ist im Verband groß. „Im Hinblick auf den Europacup eine Woche später und Olympia 1984 wäre es schon wünschenswert", sagt DLV-Vizepräsidentin Ilse Bechthold.

Mit Startmann Jürgen Koffler (Kornwestheim), dem in großer Form befindlichen Haas, dem in der Kurve grandiosen Junioren-Rekordler Jürgen Evers und Schlußmann Andreas Rizzi scheint die Ideal-Formation gefunden, der Wagner vielleicht schon in München eine Zeit von 38,60 sowie Platz vier oder fünf bei der WM zutraut.

STAND●PUNKT

Einsicht

Der tödliche Unfall des sowjetischen Fechters Wladimir Smirnow im vorigen Jahr hat den internationalen Verband vor den ernsten Gefechten um die Weltmeisterschaft heute in Wien zu Sicherheitsmaßnahmen greifen lassen. Nachdem neue Kunststoffklingen offiziell für internationale Turniere noch nicht zugelassen sind, wurden die Kampfrichter angewiesen, rigoroser denn je durchzugreifen. Mit Verwarnungen soll das brutale Fechten (zum Beispiel ein unbeabsichtigter Faustschlag gegen die Fechtmaske) geahndet werden. Das gilt auch für den Körperkontakt. Denn es gibt Fechter, zum Beispiel den italienischen Florettspezialisten Stefano Cerioni, die ihre Gegner regelrecht umzurennen pflegen. Wenn beide Fechter künftig gleichzeitig zustechen, soll nur der Treffer des Angreifers und nicht der des verteidigenden Fechters registriert werden.

Erwin Wilk, der Sportdirektor des Deutschen Fechter-Bundes (DFeB), sagt dazu: „Diese Forderungen gab es schon auf vier Weltmeisterschaften. Aber bisher wurde nichts realisiert. Denn der Kampfrichter, der sich entsprechend der Anweisungen verhält, würde unweigerlich zum Buhmann der Weltmeisterschaften." In Wien will man dem vorbeugen, indem die besten Kampfrichter (A-Lizenz) bereits in den Vorkämpfen eingesetzt werden. Der Nachteil: Wenn es dann wirklich um Medaillen und Titel geht, werden jene Herren bereits müde sein.

Die Sicherheit im Fechtsport bleibt also auch bei den Titelkämpfen in Wien das Thema Nummer eins. Es wird erst dann von der Tagesordnung verschwinden, wenn die Brutalität der Sportlichkeit weicht.

DANIEL HAUSER

NACHRICHTEN

Maurer schlug Günthardt

Hilversum (sid) – Einen Tag nach seinem Erfolg über den Spanier Jose Higueras besiegte der Neusser Andreas Maurer bei den holländischen Meisterschaften in Hilversum den Schweizer Heinz Günthardt mit 6:4, 7:6 und erreichte damit das Halbfinale.

Hört Stevenson auf?

Los Angeles (dpa) – Die Gerüchte um den Rücktritt des dreimaligen Box-Olympiasiegers Teofilo Stevenson (Kuba) verstärken sich. Der 31 Jahre alte Superschwergewichtler soll 1984 bei den Olympischen Spielen in Los Angeles die Boxer aus Saudi-Arabien betreuen und dafür rund 2,6 Millionen Mark erhalten.

Porsche-Debüt in Holland

London (sid) – Der 600 PS starke Turbomotor von Porsche gibt sein Formel-1-Debüt mit dem englischen McLaren-Team am 28. August beim Großen Preis der Niederlande in Zandvoort. Ex-Weltmeister Niki Lauda hat seine Testfahrten in England abgeschlossen.

Vertrag für Cullmann

Köln (sid) – Der frühere Fußball-Nationalspieler Bernd Cullmann bleibt noch ein Jahr beim Bundesligaklub 1. FC Köln. Cullmann, der wegen einer Zehenoperation in der letzten Saison nur fünf Meisterschaftsspiele bestritt, unterschrieb einen leistungsbezogenen Vertrag.

Schach: Termine festgelegt

Luzern (dpa) – Florence Kampomanes, Präsident des Internationalen Schach-Verbandes (FIDE), hat den Beginn der beiden Halbfinal-Begegnungen im Kandidaten-Turnier zur Weltmeisterschaft um eine Woche auf den 6. August verlegt. In Pasadena spielen Viktor Kortschnoi (Schweiz) und Garri Kasparow (UdSSR), in Abu Dabi treffen Wassili Smyslow (UdSSR) und der Ungar Zoltan Ribli aufeinander.

ZAHLEN

FUSSBALL

Intercup, Gruppe 3: Bremen – St. Gallen 3:2 (3:1).

1. Stettin	4	2	1	1	7:9	5:3
2. Bremen	4	2	0	2	9:6	4:4
3. Malmö	4	2	0	2	6:6	4:4
4. St. Gallen	4	1	1	2	6:9	3:5

Freundschaftsspiele: Grassau – Bay. München 0:15, Stadtauswahl Wesel – Oberhausen 0:6, Vebandsauswahl Friesenheim – Düsseldorf 2:8, Kreisauswahl Fulda – Kassel 2:2, Lohr – Nürnberg 2:3, Erbach – Darmstadt 1:3, Lörrach – Mannheim 0:5, Auswahl Rogeland/Norwegen – Bielefeld 2:1, Straelen – Duisburg 1:4, Freiburg – Enschede 3:2, Grünberg – 1. FC Köln 2:8.

RADSPORT

Tour de France, 18. Etappe von Bourg d'Oisans-Morzine (247 km): 1. Michaud (Frankreich) 7:45:25 Std., 2. Arroyo (Spanien) 1:12 zur., 3. Corredor (Kolumbien) 2:16, 4. van Impe (Belgien) gleiche Zeit, 5. Alban (Frankreich) 2:18, 6. Roche (Irland) 2:48, 7. Millar (Schottland) gleiche Zeit, 8. Fignon (Frankreich) 3:43, 9. Winnen (Holland) gleiche Zeit. – **Gesamtwertung:** 1. Fignon 90:16:32, 2. Bernaudeau (Frankreich) 3:02 zur., 3. Winnen 3:31, 4. Alban 3:37.

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Luxemburg. Männer: 100 m: 1. Smith (USA) 10,20 Sek. – 400 m Hürden: 1. Moses (USA) 49,00 Sek. – Hochsprung: 1. Mögenburg 2,30, ... 4. Thränhardt 2,24, ... 6. Frommeyer (alle Deutschland) 2,18.

GOLF

Europäische Mannschaftsmeisterschaft der Jungen (bis 18 Jahre) in Helsinki mit 15 Nationen: Endspiel: Schweden – Wales 6:1 Punkte, 3.–4. Spanien – Deutschland 4,5:2,5 (Vierer 2:0/Einzel 2,5:2,5). Ferner: Deutschland – England 4:3 (1:1/3:2), Schweden – Deutschland 5:2 (2:0/3:2). – Löcher-Qualifikation: 1. Schottland 286 Schläge, 2. Schweden 289, 3. England 291, ... 6. Deutschland 294. Für Deutschland spielten: Schwarze (Ratingen) 68 Schläge bei Par 71 (beste Runde aller Teilnehmer), Kappmeier (Ahrensburg) 74, Hausmann (Ratingen) 75, Kötter (Hubbelrath) 77 und Mathes (Aachen) 82.

GEWINNQUOTEN

Mittwochslotto „7 aus 38": Klasse 1: 1 350 298,40, 2: 42 196,80, 3: 3516,40, 4: 73.00, 5: 6,30. (Ohne Gewähr)

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto „7 aus 38": 6, 13, 16, 25, 30, 31, 32, Zusatzzahl: 7. – Spiel 77: 0 9 5 6 7 3 8. (Ohne Gewähr).



Samstag



ARD/ZDF VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Der große Preis
11.25 Was wäre, wenn ...
noch mehr Computer kommen
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.10 Unsere kleine Farm
Die Bedrohung (1)
16.00 Tagesschau
16.05 Simon Bolivar und der südamerikanische Befreiungskrieg
Film von Leo Rast
Bolivar stand an der Spitze eines Unabhängigkeitskrieges, der Kolumbien, Venezuela, Ecuador, Peru und das nach ihm benannte Bolivien von spanischer Vorherrschaft befreite. Sein Ziel, Südamerika politisch zu einen, blieb ein Traum.!
17.05 Ein Tag mit dem Star deiner Träume
Film von Ekkes Frank, Uwe Gardein und Karl Hoche
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Eingekreist
Amerikan. Spielfilm (1978)
Mit Tuesday Weld, Ron Leibman, Alex Rocco, u. a.
Regie: Robert Butler
(Deutsche Erstaufführung)
Der kritische Film zeigt am Beispiel einer Justizaffäre, welche Folgen ein Verstoß gegen bestehende Moralvorstellungen haben kann.
21.45 Mustapha geht nach Hause
Gastarbeiter werden Unternehmer
Bericht von Peter Grubbe und Gerd Kruse.
Mustapha Vurulkan war 13 Jahre Gastarbeiter in der Bundesrepublik. Nun ist er in die Türkei zurückgekehrt.
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.00 Die Sportschau
U. a.: Tour de France: 20. Etappe: Morzine – Dijon / Fecht-WM in Wien: Finale Herren-Florett
23.25 Die Spezialisten
Lücken im System
0.10 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Captain Future
15.45 Willies Freund
16.20 Ferienkalender
16.50 Der Wunschfilm (5)
Enid Blyton: Fünf Freunde auf geheimnisvoller Spur
17.15 Enorm in Form
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Costa Cordalis
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Western von gestern
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
Themen: Polen nach der Aufhebung des Kriegsrechts – a) Was brachte das Getreideembargo? b) Reaktionen polnischer Amerikaner / El Salvador: US-Hilfe für die Regierung / Serie: Modernes China – a) Die Geburtenplanung b) Konfuzius wird rehabilitiert
Moderation: Rudolf Radke
20.15 Der Kommissar
Grauroter Morgen
Regie: Theodor Grädler
21.15 Zauberhafte Zaubereien
22.00 heute-Journal
22.20 Aspekte
Themen: Türken vor Wien – Ein Bericht über die Ausstellung in Wien / Kino-Notiz – Peter W. Jansen über das Sommerprogramm in den Kinos / Hubertus Gojowczyk – Sein Thema sind Bücher, sein Material sind Bücher, er schreibt sie nicht, er „bearbeitet" sie / Kunstsammler und Mäzene – Am Beispiel der Kunstsammler Theo Wormland und Peter Ludwig wird die Bedeutung der Mäzenaten im heutigen Museumsbetrieb geschildert.
Moderation: Hannes Keil
22.50 Agatha Christie:
Die Morde des Herrn ABC
0.15 heute



Anita Ekberg (L.) und Sheila Allen in einer Szene des englischen Spielfilms „Die Morde des Herrn ABC", um 22.50 Uhr im ZDF
FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Die Leute vom Domplatz (4)
7teiliger Film von Leonhard Reinirkens
Ausgrabungen
18.30 Achterbahn (5)
Ferien-Unterhaltungsmagazin für Kinder
19.00 Aktuelle Stunde
Mit „Blickpunkt Düsseldorf"

NORD/HESSEN

18.00 Achterbahn (5)
18.30 Songs und Geschichten mit Don Paulin (2)
19.00 Götter und Helden der Antike (5)
Athene und Poseidon
19.15 Frauengeschichten
Gabriele Hofmann
Das Orakel vom Ku'damm

WEST/NORD/HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Die Otto-Show (5)
21.00 Fallschirmspringen
Dokumentarisches rund um eine aufregende Sportart von Günther Baumhauer
21.45 NDR-Talkshow
Live-Sendung aus Hamburg
23.45 Letzte Nachrichten
Nur für WEST
23.50 Rockpalast
Mink de Ville
Nur für NORD/HESSEN
23.50 Dallas
Zukunftspläne

SÜDWEST

Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 Formel Eins
ARD-Hitparade
20.15 Wissenschaft und Forschung
heute:
Die ersten Menschen (2)
21.00 Kleines Musik-Kolleg (2)
Die Messe der alten Niederländer
21.45 Eine amerikanische Familie (22)
Harpo
22.35 Musik und Technik 1

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Ngorongoro
Schutzgebiet für wilde Tiere
19.45 Bayern-Report
20.15 Die Weissagung
Span. Fernsehfilm nach einer Novelle von Pedro Antonio de Alarcon
Regie: Francisco Rovira Beleta
21.05 Besuch im Wadi Ram
21.15 Puppenspiel in der Weltliteratur
Ramayana (1)
22.00 Rundschau
22.15 Sport heute
22.30 Z. E. N.
22.35 Familiengrab
Amerikan. Spielfilm (1975)
Mit Karen Black, Bruce Dern u. a.
Regie: Alfred Hitchcock
00.30 Rundschau

Weinberger und Wörner einig über Waffenmix

■ Fortsetzung von Seite 1

aus amerikanischer Entwicklung und in diesem Zusammenhang um die Möglichkeiten einer „Zweibahnstraße" im Rüstungsgeschäft. Bonn sieht in der geplanten Verbesserung der konventionellen Verteidigung eine Gelegenheit, die immer wieder bekräftigten Absichten zu realisieren, daß sich die Amerikaner auch auf dem europäischen Markt mit Rüstungsgütern versorgen, wie es ihre europäischen NATO-Partner umgekehrt seit Jahren schon auf dem amerikanischen Markt tun.

Von deutscher Seite wird vorgeschlagen, daß die USA die „Patriot"-Raketen von der US-Industrie kaufen und den deutschen Verbänden zur Verfügung stellen, sie der Bundeswehr gewissermaßen leihen sollen. Im Gegenzug will Bonn das deutsch-französische Raketen-System „Roland", das zur Luftverteidigung von Flugplätzen vorgesehen ist, nicht nur zum Schutz der deutschen Flugbasen anschaffen, sondern auch für die US-Fliegerhorste in der Budesrepublik Deutschland. Die für den Schutz der amerikanischen Basen notwendigen zwei „Roland"-Bataillone will die Bundeswehr auch mit Personal bemannen und diese Luftwaffen-Einheiten mit dem Auftrag „Luftverteidigung von US-Einrichtungen" abstellen.

Für das Konzept hat die politische Führung der US-Streitkräfte Sympathie erkennen lassen. In der Finanzplanung der Bundeswehr sind dafür in den nächsten zwölf Jahren fast sechs Milliarden Mark vorgesehen, der bisher größte Betrag für ein solches Vorhaben. Aber noch ist offen, ob sich Verteidigungsminister Weinberger gegenüber den mächtigen Interessen des US-Heeres durchsetzen kann, das bereits über die „Patriot"-Luftverteidigung verfügt. Deshalb zeigte sich Wörner nach seinem Gespräch mit Weinberger über den Ausgang des Gegengeschäfts noch skeptisch. Denn es ist bekannt, daß das amerikanische Heer über Möglichkeiten verfügt, im Kongreß starken Widerstand gegen dieses Projekt zu erzeugen.

Im Zusammenhang mit diesem Thema sprachen die beiden Verteidigungsminister auch über die sogenannte Spezial-Metallklausel, die zur Zeit die deutschen Waffenexporte in die USA behindert. Wörner erklärte, er gehe mit Weinberger davon aus, daß diese Klausel vom Tisch komme.

Kadar betonte während seines Aufenthaltes im Kreml die Eigenständigkeit Budapests

Begrüßung ohne Bruderkuß

F. H. NEUMANN, **Moskau**

Janos Kadar ist der zweite Parteiführer des Ostblocks, den Generalsekretär Andropow nach Moskau einlud. Wie Erich Honecker, dem Anfang Mai als erstem die Ehre zuteil wurde, erhielt Kadar aus der Hand des Kreml-Chefs einen Lenin-Orden, seinen dritten. Im Unterschied zum Spitzengenossen aus Ost-Berlin wurde er aber nicht zusätzlich als „Held der Sowjetunion" ausgezeichnet.

Trotz aller Versicherungen gegenseitiger Freundschaft und Wertschätzung hat es Kadar verstanden, die Rolle des braven Musterschülers zu vermeiden, die Honecker gegenüber Moskau zu spielen pflegt. Würdevoll verzichtete er auf den Bruderkuß. Seine Tischrede im Kreml sprach offen an, daß sich die beiden Länder nicht nur nach äußeren Maßstäben, sondern „in vieler Hinsicht auch nach den (inneren) Bedingungen unterscheiden". In den „Grundfragen" des sozialistischen Aufbaus herrsche zwischen den beiden Parteien volle Übereinstimmung, sagte Kadar. Die Praxis zeige, „daß bestimmte Unterschiede im Stil der Arbeit, die sich aus objektiv nicht übereinstimmenden Bedingungen unserer Länder ergeben", die gemeinsamen Erfahrungen in der sozialistischen Entwicklung aber bereicherten. Der ungarische Parteichef hielt seinen sowjetischen Genossen auch ziemlich unverblümt vor: „In unseren Tagen leistet jedes sozialistische Land seinen Beitrag zur Bereicherung von Theorie und Praxis des sozialistischen Aufbaues."

Die veröffentlichte Fassung der Tischrede Andropows läßt nicht erkennen, ob auch der sowjetische Parteichef die Unterschiede angesprochen hat, die Kadar erwähnte, und wie er sie einschätzt. Sie wurde offensichtlich gekürzt wiedergegeben und beschäftigt sich in den zugänglichen Teilen fast ausschließlich mit dem Verhältnis zu den USA und ihren NATO-Verbündeten. Einer Andeutung von Kadar ist allerdings zu entnehmen, daß Andropow über die „Politik der ungarischen Partei und die Arbeit unseres Volkes" gesprochen haben muß.

In den Tass-Berichten über die verschiedenen Sitzungen während des Kadar-Besuches, an denen auf beiden Seiten Partei- und Regierungsvertreter beteiligt waren, ist mehrfach von einem gegenseitigen Erfahrungsaustausch die Rede.

Nirgends taucht jedoch eine freundliche Bemerkung der sowjetischen Seite über die inzwischen weit entwickelten Besonderheiten des ungarischen „Weges zum Sozialismus" auf, statt dessen wird mehrmals unterstrichen, daß beide Länder, ihre Parteien und gesellschaftlichen Organisationen noch enger, noch aktiver zusammenarbeiten müßten. Darüber hinaus hat vor allem Andropow die Geschlossenheit und Einheit des Ostblocks hervorgehoben. Diese und eine verstärkte ideologische Zusammenarbeit, also mehr ideologische Prinzipientreue im Sinne Moskaus, seien angesichts der außenpolitischen Lage gegenwärtig besonders wichtig.

Dem hat Kadar natürlich zugestimmt, aber er versah sein Versprechen, für die Zusammenarbeit im Warschauer Pakt und im Comecon einzutreten, mit der relativierenden Bemerkung, dies werde im Rahmen der Kräfte und Möglichkeiten seines Landes geschehen.

Ungarn soll sowjetische Maisernte verbessern

CARL G. STRÖHM, **Budapest**

Die Sowjetunion, die unter chronisch schlechten Ernteergebnissen leidet, will die von Ungarn mit großem Erfolg praktizierte Madudvar- und Babolna-Methode beim Anbau von Mais in der Ukraine experimentell übernehmen. Dabei werden die Ungarn ihr Know-how, das zum großen Teil aus Amerika stammt, zur Verfügung stellen. Das wurde während des Besuchs einer ungarischen Partei- und Regierungsdelegation unter Führung von Janos Kadar in Moskau vereinbart.

Zunächst soll in der Ukraine eine Fläche von 2000 Hektar mit der Madudvar- und Babolna-Methode bewirtschaftet werden. Das ungarische Staatsgut Babolna hatte seine Produktionsmethoden aus den USA übernommen und arbeitet zum großen Teil auch mit amerikanischen Maschinen. Die Weitergabe der Methode, die sich auf modernste agrobiologische Erkenntnisse stützt, versetzt die Ungarn indirekt in die Rolle eines Vermittlers zwischen den USA und der UdSSR. Ungarn leistet damit den Sowjets eine Art Entwicklungshilfe bei der Überwindung der konstanten Agrarkrise. Falls das Babolna-Experiment Erfolg haben sollte, wollen die Sowjets ungarische landwirtschaftliche Methoden in größerem Maßstab übernehmen.

Die Übernahme ungarischer Methoden durch die Sowjets hat für Budapest nicht nur ökonomische, sondern auch politische Bedeutung. Die ungarische Wirtschaftsreform, manchen Politikern im Ostblock gelegentlich suspekt, hat damit eine Sanktionierung und Rechtfertigung durch die sowjetische Führungsmacht erfahren.

Moskau hat offensichtlich erkannt, daß Ungarn – unter Kadar wurde der private Bereich in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe ausgeweitet und Ansätze zur Entwicklung eines Kapitalmarkts geschaffen – nicht nur als „Schaufenster" zum Westen, sondern auch als „Laboratorium" für neue wirtschaftliche Methoden nicht zu ersetzen ist.

Seite 2: Mais drüber

Nachrüstung: Rechtsausschuß angerufen

dpa, **Bonn**

Die SPD-Opposition hat gestern beantragt, im Rechtsausschuß des Bundestages die Frage zu erörtern, ob der Stationierung von nuklear ausgerüsteten Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles in der Bundesrepublik Deutschland die Zustimmung des Parlaments in Form eines Gesetzes vorausgehen müsse. Nach Angaben der SPD-Fraktion soll dabei auch erörtert werden, ob für die Stationierung ein neuer Vertrag mit den USA erforderlich wäre, weil die bisherigen Abkommen, darunter der NATO-Vertrag, keine ausreichende Rechtsgrundlage darstellten. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionschef Volker Rühe warf dem SPD-Präsidium gestern vor, es habe sich dem vom SPD-Politiker Egon Bahr vorgezeichneten Kurs der sicherheitspolitischen Isolation im westlichen Bündnis angeschlossen.

SPD und CDU in NRW gleich stark

AP, **Düsseldorf**

Die alleinregierende SPD und die oppositionelle CDU im Bundesland Nordrhein-Westfalen liegen in der Wählergunst mit je 45,5 Prozent gleichauf. Wie eine gestern veröffentlichte Umfrage des Infas-Instituts weiter ergab, entfielen auf die nicht mehr im Landtag vertretene FDP 3,5 Prozent. Die Grünen könnten dagegen mit fünf Prozent rechnen, wenn am kommenden Sonntag an Rhein und Ruhr gewählt würde. Nächster Wahltermin ist 1985.

Vorbereitung zu EG-Stahlquoten

HEINZ HECK, **Bonn**

Noch bevor der EG-Ministerrat in Brüssel über die Stahlquoten verhandelt, will Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff am Sonntag in Bonn mit Vertretern der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl sowie der großen Montanunternehmen zur Vorbereitung der Sitzung zusammentreffen.

Staatssekretär Otto Schlecht hat gestern erneut die Bonner Position verdeutlicht. Bonn setze sich bei den EG-Verhandlungen für eine Beibehaltung des Quotensystems für die Dauer von zweieinhalb Jahren, also bis Ende 1985, ein. Schwierigkeiten werden von den Forderungen Frankreichs und Italiens nach Bewilligung größerer Quoten erwartet.

Über Genf sind Genscher und Rowny einer Meinung

BERNT CONRAD, **Bonn**

Washington hält gegenwärtig Diskussionen über eine Zusammenführung der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Mittelstreckenraketen (INF) und über eine Verringerung der strategischen Rüstungen (START) nicht für sinnvoll: Später könne man darüber vielleicht reden. Jetzt aber würde der Westen durch eine Zusammenlegung nach amerikanischer Ansicht nichts gewinnen, sondern die Verhandlungen nur komplizieren. Dieser Eindruck herrscht in Bonn nach Konsultationen des amerikanischen Chefunterhändlers bei den START-Verhandlungen, Botschafter Edward Rowny, mit der Bundesregierung.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher lag ganz auf der amerikanischen Linie, als er im Anschluß an ein Gespräch mit Rowny zu einer möglichen Zusammenlegung sagte: „Das wäre ganz falsch, denn eine Ausweitung der Verhandlungsmaterie würde unser Ziel, konkrete Verhandlungsergebnisse bis spätestens November zu erreichen, erschweren und nicht erleichtern."

Befürworter einer Zusammenführung beider Verhandlungsebenen ist z. B. die SPD, die schon im letzten Bundestagswahlkampf diese Richtung eingeschlagen hatte, um damit das Problem der Anrechnung der britischen und französischen Atomwaffen bei den INF-Verhandlungen aus dem Weg zu räumen. Bundeskanzler Helmut Kohl ist nach seinem Moskau-Besuch zwar nicht so weit gegangen, hat es aber in einem WELT-Interview vom 9. Juli 1983 immerhin als richtig bezeichnet, „daß über diese (britischen und französischen) Systeme zum Beispiel in den START-Verhandlungen gesprochen werden könnte".

Allerdings hat Kohl hinzugefügt: „Nach Auffassung unserer britischen und französischen Freunde kommt das nur dann in Betracht, wenn die beiden Supermächte die Zahl ihrer strategischen Waffen erheblich vermindern." Genau dies ist in den letzten Tagen in Paris und London noch einmal bekräftigt worden.

Demnach würde eine Berücksichtigung der britischen und französischen Systeme bei den START-Verhandlungen unter den gegenwärtigen Umständen schon am Widerstand der beiden betroffenen Staaten scheitern. Aber auch die USA halten diese Waffen derzeit nicht für ein START-Thema. Im übrigen wird in Washington darauf verwiesen, daß den 162 in den beiden Ländern vorhandenen atomaren Gefechtsköpfe mindestens 10 000 sowjetischen Gefechtsköpfe gegenüberstehen, die Frankreich und Großbritannien treffen können. Das heißt, Briten und Franzosen verfügen über zwei

DIE ● ANALYSE

Prozent des sowjetischen Bedrohungspotentials. Dies fällt weder bei den Mittelstreckenwaffen noch bei der strategischen Rüstung ins Gewicht. Darauf haben Kohl und Genscher die Sowjets in Moskau hingewiesen, und das betont auch INF-Unterhändler Paul Nitze gegenüber seinem Verhandlungspartner Kwizinski.

Grundsätzlich sieht man den Genfer Konferenzverlauf in Washington so: START und INF sind zwei verschiedene Verhandlungen, aber die US-Unterhändler Rowny und Nitze kooperieren eng und sprechen miteinander. Die Atmosphäre beider Verhandlungsebenen ist geschäftsmäßig. Im Unterschied zu den INF-Verhandlungen hat der sowjetische START-Unterhändler Viktor Karpow aber anscheinend in letzter Zeit eine gewisse Flexibilität an den Tag gelegt.

Dies war unverkennbar eine Reaktion auf die vor Beginn der neuen START-Runde am 9. Juni von Präsident Ronald Reagan festgelegte flexiblere Verhandlungsstrategie der Amerikaner. Ihr Hauptgewicht liegt auf der Zählung der Sprengköpfe, nicht mehr der Trägersysteme. Generell strebt Washington eine Reduktion der beiden Arsenale an, von jetzt rund 7500 strategischen Sprengköpfen auf 5000 im „ersten Anlauf". In mancherlei Hinsicht ist Washington bereit, jetzt stärker auf sowjetische Bedürfnisse einzugehen.

Das Moskauer Parteiorgan „Prawda" hat die neuen amerikanischen Vorschläge mit der Behauptung abgelehnt, sie dienten nur dazu, die amerikanische Überlegenheit zu bewahren. Auch der sowjetische Unterhändler Karpow hat dazu in einem Interview „nein" gesagt. Dennoch scheint er am Verhandlungstisch etwas mehr Flexibilität als bisher, wenn auch noch nicht genug, gezeigt zu haben. Seine eigenen Vorschläge haben den Mangel, daß sie Moskau erlauben würden, sämtliche großen SS-18- und SS-19-Raketen zu behalten. Gerade auf ihre Reduzierung aber kommt es den Amerikanern an.

Ebenso wie die Bundesregierung hält auch die Reagan-Administration vertrauensbildende Maßnahmen für sehr wichtig. Dazu gehört der Austausch von Informationen. Nach amerikanischer Ansicht könnte das in einem vorgezogenen Abkommen geregelt werden. Moskau aber besteht auf der Einbindung in ein Gesamtpaket.

Immerhin läßt sich sagen: Bei START wird seriös verhandelt. Niemand ist übertrieben optimistisch. Aber es gibt Hoffnung.







Ungleiche Besteuerung

Ha. (Brüssel) – Der EG-Ministerrat erweist sich zunehmend als unfähig, dem Gemeinsamen Markt neue Impulse zu geben. Da ist es erfreulich, daß wenigstens der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Mitgliedsregierungen immer wieder an ihre Verpflichtungen aus den Römischen Verträgen erinnert. Jüngstes Beispiel ist ein Urteil über die ungleiche Besteuerung von Wein und Bier in Großbritannien. Darin haben die Luxemburger Richter klargestellt, daß die geltende britische Verbrauchssteuerregelung eine unzulässige Diskriminierung von (zumeist importierten) Tafelweinen bedeutet.

Selbst minderwertiger Rebensaft ist im Vereinigten Königreich bekanntlich mit drastischen Abgaben belastet. Bezogen auf den Alkoholgehalt ist die Steuer auf Wein doppelt so hoch wie die auf Bier, bezogen aufs Volumen macht sie sogar 200 Prozent der vergleichbaren Abgabe für Bier aus.

Nach dem EWG-Vertrag dürfen keine Abgaben auf Waren aus der Gemeinschaft erhoben werden, „die geeignet sind, andere Produktionen mittelbar zu schützen". Genau dies erreicht die britische Regierung, obwohl sie nicht zwischen importierten und „nationalen" Getränken unterscheidet.

Bier und Wein – so der Tenor des Urteils – seien zwar keine gleichartigen Erzeugnisse, stünden aber durchaus im Wettbewerb miteinander, da sie dieselben Bedürfnisse befriedigten. Zumindest für billige und alkoholschwache Weine bestehe „ein gewisser Grad von Substitution". Der britische Verbraucher freilich wird aus dem Spruch kaum großen Nutzen ziehen; vermutlich wird London nämlich eher die Biersteuer anheben als die Abgabe auf Wein senken.

Undurchsichtig

Wb. – Daß sich die saarländische Einzelhandelsgruppe Asko in wenigen Jahren und aus eigener Kraft aus der Misere ihres Genossenschaftserbes befreien konnte, daß sie inzwischen Schlagkraft sogar in ausgesprochen schlechten Zeiten der Branche beweist und so manche Konkurrenten das Fürchten lehrt, ist zweifellos bemerkenswert. Auch daß nun wieder „echtes" Geld verdient wird, freut vor allem die Aktionäre. Noch schöner wäre das Bild allerdings, wenn alle Außenstehenden, die sich gerne mitfreuen möchten, den Aufschwung auch selbst nachvollziehen könnten. Da aber hapert es. Denn, ob Absicht oder nicht, eine komplizierte Organisation der Gruppe macht das Zahlenwerk völlig undurchsichtig. So sind wesentliche Teile des Konzerns, wie die Bau- und Bekleidungsmärkte, nicht konsolidiert, ihre tatsächlichen Gewinn- (oder Verlust-)Beiträge damit überhaupt nicht erfaßbar. Der Beobachter ist mehr oder weniger auf die nicht immer sehr erschöpfenden Auskünfte des Vorstands angewiesen. An ihrer Richtigkeit soll hier zwar kein Zweifel geäußert werden, aber auch bei Bilanzen gilt immer noch: Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Völliges Chaos bei den Haushaltsberatungen

Nicht einmal für das laufende Etatjahr reichen die Einnahmen aus

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG steuert immer schneller auf einen finanziellen Kollaps zu; noch in diesem Jahr werden die Ausgaben voraussichtlich die „Schallmauer" ihrer Eigeneinnahmen durchbrechen. In endlosen Verhandlungen haben die Fachminister versucht, die Entwicklung der Ausgaben besser in den Griff zu bekommen. Sitzungsteilnehmer bezeichneten die Atmosphäre der Brüsseler Etatberatungen gestern als „völlig chaotisch".

Zunächst einmal ging es um einen „zweiten Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplan" für 1983. Mit ihm will die EG-Kommission die bei der Verabschiedung des diesjährigen Etats nicht voraussehbaren Ausgaben abdecken. Ein erster Zusatzetat war bereits durch den Beitragsausgleich für Großbritannien im Jahre 1983 nötig geworden, der zunächst vom Europa-Parlament blockiert worden war. Jetzt verlangt die EG-Behörde zusätzlich 2,38 Milliarden Ecu (ein Ecu = 2,27 Mark) an Zahlungsermächtigungen, um Mehranforderungen für die Agrarpolitik und für das mit London vereinbarte „Risk Sharing" gerecht werden zu können.

Den Briten war 1982 für den Fall ein zusätzlicher Beitragsrabatt in Aussicht gestellt worden, daß sich ihr Nettobeitrag als höher erweisen sollte als vorausgesehen. Diese Situation ist tatsächlich eingetreten. Hinzu kommt, daß sich die Weltagrarmärkte für die EG ungünstig entwickelt haben und die Rekordernte des vergangenen Sommers sowie die Agrarpreis-Beschlüsse Mehrkosten von etwa 1,8 Milliarden Ecu bedingen. Diese zusätzlichen Haushaltsansätze werden schon für das laufende Etatjahr eine Ausschöpfung der Mehrwertsteuermittel (ein Prozent) in der EG bewirken.

In Wahrheit sieht die Lage sogar noch schlechter aus, denn auch der zweite Nachtragshaushalt ist im Grunde bereits überholt. Neueste Schätzungen lassen nämlich auch bei den Einnahmen falsche Ansätze erkennen. Offenbar muß die EG damit rechnen, daß ihre Zuflüsse aus dem Mehrwertsteueraufkommen um knapp eine Milliarde Ecu zurückgehen.

Im Rat gab es vor allem ein Tauziehen um realistischere Einnahmeschätzungen, wobei die Bundesregierung zugleich auf entsprechende Kürzungen auf der Einnahmenseite drang. *Die Briten* kämpften dagegen verbissen um ihren Haushaltsausgleich, andere EG-Regierungen für die Verabschiedung der geplanten Agrarmittel.

Erschwert wurde die Diskussion dadurch, daß sich das EG-Parlament erneut eine Kampfansage an den Ministerrat vorbehält. Ohne seine Zustimmung kann der Ergänzungshaushalt nicht angenommen werden. Die Straßburger Abgeordneten machten bei der üblichen „Konzertierung" mit dem Ministerrat deutlich, daß sie über ihr Haushaltsrecht eine Mitbestimmung über die künftigen EG-Reformen beanspruchen.

So wollen sie über den künftigen britischen Finanzausgleich erst nach dem Athener EG-Gipfel Anfang Dezember befinden. Auch der „Risikoausgleich" für die Briten soll nach ihrer Meinung erst in dem ohnehin fälligen dritten Ergänzungshaushalt eingestellt werden.

Ob das Parlament wirklich hart bleibt, ist vorläufig schwer abzusehen. Eine Rolle wird dabei zweifellos spielen, daß im nächsten Jahr Neuwahlen anstehen.

Der Etatentwurf für 1984 kann ebenfalls nur durch massive Streichungen im Rahmen der voraussehbaren Einnahmen gehalten werden. Dabei müssen vermutlich sogar solche Positionen angetastet werden, die – wie die Agrarausgaben – auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen. Die Kommission hat Zahlungsermächtigungen von insgesamt 25,53 Milliarden Ecu verlangt, und die Eigenmittel der Gemeinschaft auf 26,2 Milliarden Ecu veranschlagt. Die meisten Mitgliedsstaaten halten diese Zahl für zu optimistisch. Die neuesten Schätzungen geben ihnen dabei recht.

Obwohl über den Umfang der Streichungen noch nicht entschieden war, zeichnete sich im Rat bereits gestern ab, daß die EG keinerlei Spielraum mehr für neue Ausgaben im Haushaltsjahr 1984 besitzen wird; sogar einige schon beschlossene Vorhaben im Energie- und Forschungsbereich werden voraussichtlich auf der Strecke bleiben. Im Haushaltskapitel Energie werden sich vornehmlich Sonderprojekte im Rahmen des britischen und deutschen Finanzausgleichs verstecken.

BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT

Vermittlungsmonopol wird zunehmend in Frage gestellt

GISELA REINERS, Bonn

Der Bundesverband Junger Unternehmer (BJU) hat gestern in Bonn eine „wesentliche Auflockerung des Monopols zur Arbeitsvermittlung durch die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg gefordert. Der BJU-Vorsitzende Thomas Selter setzte sich dafür ein, eine private, aber nicht gewinnorientierte Arbeitsvermittlung zuzulassen, der es gestattet sei, zur Kostendeckung Gebühren zu erheben. Zwar wäre Selter nicht dagegen, auch Vermittlertätigkeiten gegen Gewinn zu erlauben, doch hält er das für politisch nicht durchsetzbar.

Die Jungen Unternehmer stehen mit ihrer Forderung zur Zeit ziemlich allein, denn selbst die Vertreter der Arbeitgeber in der Selbstverwaltung der Nürnberger Bundesanstalt haben gegen eine Aufweichung des Monopols gestimmt. Gewerkschaften und Arbeitsministerium lehnen sie ebenfalls ab, befürworten gleichwohl eine größere Flexibilität der Arbeitsverwaltung in der Zusammenarbeit mit Verbänden, karitativen Organisationen und privaten Initiativen. Allerdings wartet man im Arbeitsministerium noch bis Ende September die Vorlage der Ausbildungsstellen-Bilanz ab. Bleibt ein Defizit an Lehrplätzen, wird erwogen, „etwas mehr Spielraum" auch für private Vermittler zu schaffen.

Mit dem Hinweis auf Bußgelder für private Vermittlung durch kenntnisreiche, ortsansässige Private schlug Selter vor, durch „vermehrte und geregelte Ausnahmen" das Monopol aufzulockern, im übrigen aber unangetastet zu lassen. Er legte dazu einen Gesetzentwurf seiner Organisation vor, der sich „auf ein politisch durchsetzbares Minimum" beschränke.

Danach soll die Bundesanstalt private, unentgeltliche Arbeitsvermittlung gestatten, wenn sich die Betriebe als geeignet erweisen. Die Erlaubnis soll jeweils nach einem Jahr verlängert werden. Daneben soll Nürnberg jedoch auch private entgeltliche, aber nicht gewinnorientierte Vermittlung genehmigen. Der Arbeitsminister soll die Gebührenordnung kontrollieren, nach der die Auslagen ersetzt werden, und festlegen, wer die Gebühren zu tragen hat.

Ausbeutung durch dieses System sei, so Selter, nicht möglich. Die Argumentation der Gewerkschaften gehe an der Sache vorbei. „Im übrigen glauben wir, daß gewinnorientiertes Tätigsein eine ehrenhafte, sozial meist sehr nützliche Tätigkeit ist und sich häufig als effizienter und sozialer erweist als das Verwalten von Monopol-Besitzstandsrechten."

Die Leiterin der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand, Ursula Engelen-Kefer, hatte in einem Papier die unveränderte Beibehaltung des Monopols für Nürnberg gefordert. Sonst sei Mißbrauch, Ausbeutung und Gefährdung des tariflichen, arbeits- und sozialrechtlichen Qualifikationsschutzes die Folge: „Wer will es verantworten, daß wieder das Einkommen der Eltern entscheidet ob und welche Lehrstelle jemand erhält? ... Wer garantiert, daß nicht jemand unter Tarif vermittelt wird und ein Privater sich die Provision in die Tasche steckt?"

Zahlenakrobatik

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Mit gemischten Gefühlen ist an den amerikanischen Finanzmärkten der künftige Geldkurs des Federal Reserve Board aufgenommen worden, der in der Praxis die bisherige kräftige Ausweitung der monetären Aggregate zementiert. In Erwartung billigerer Kredite schossen die Aktienkurse zwar nach oben, während der Dollar an Boden verlor. Zugleich wächst jedoch die Furcht, daß sich die inflationären Erwartungen dramatisch verschlechtern. Das Aufatmen kann durchaus sehr kurzlebig sein.

Folgt man ernst zu nehmenden Wall-Street-Analysten, dann begeht die US-Notenbank die gleichen Fehler wie in der Vergangen*heit*: Um ihren Kritikern zu gefallen und den politischen Druck zu erleichtern, pumpt sie zur Unzeit zuviel Geld in die Wirtschaft. Wie es heißt, wäre es besser, schon in dieser Konjunkturphase, die sich durch eine unerwartet kräftige Zunahme der wirtschaftlichen Aktivitäten auszeichnet, mögliche Überhitzungen abzufangen.

Irritiert ist man in Manhattan Downtown auch darüber, daß die Gouverneure des „Fed" unter Vorsitz von Paul Volcker kaum Vertrauen schaffen, wenn sie sich in Verwirrspielen üben. So machte Volcker in der vergangenen Woche noch geltend, es sei nicht angebracht, das konjunkturelle Wachstumstempo durch üppige Geldmengen „zu akkommodieren". Im Kongreß hat er jetzt auch bestätigt, daß das „Fed" im Mai und Juni auf die Geldbremse trat. Der Erfolg: Kurz- und langfristige Zinsen erhöhten sich um 0,75 bis ein Prozent.

Vorziehen würde man an der Wall Street eine größere Kalkulierbarkeit der Zinsentwicklung. Man fragt sich also, was die monetären Zielkorridore überhaupt wert sind. Vor dem Bankenausschuß teilte Volcker die Anhebung des Geldaggregats M1 (Bargeld und Sichteinlagen) von vier bis acht auf fünf bis neun Prozent in diesem Jahr sowie eine Rückführung um ein Prozent 1984 mit. Die weiter definierten Geldmengen M2 und M3 dürfen, wie im Frühjahr festgelegt, um sieben bis zehn sowie um 6,5 bis 9,5 Prozent wachsen; beide Rahmen werden dann im nächsten Jahr um jeweils 0,5 Prozent eingeengt.

Wie fragwürdig eine solche Zahlenakrobatik ist, zeigt die kalte Wirklichkeit: Nach Angaben des „Fed" ist in den vergangenen zwölf Monaten kein Zielkorridor eingehalten worden; in der obigen Reihenfolge stiegen die Geldmengen von Juni 1982 bis Juni 1983 um 12,9, 13,4 und 10,6 Prozent. Wenig Sinn macht überdies die Absicht, die Geldversorgung 1984 gerade dann zu drosseln, wenn wegen der enormen Defizitfinanzierung der Treasury und des zunehmenden privaten Kreditbedarfs die Zinsen ohnehin schon stärker anziehen. Das große Problem bleibt, daß in den USA nach der weitreichenden Deregulierung im Finanzbereich gar keine verläßliche Geldpolitik betrieben werden kann.

Volcker hat dem Weißen Haus und dem Kongreß einen großen Gefallen erwiesen: Beide wollen keine höheren Zinsen zum jetzigen Zeitpunkt. Aber das dicke Ende kommt später, zumal ein fiskalpolitischer Flankenschutz nicht in Sicht ist. *Es kann sogar noch* schlimmer werden. Die Reagan-Administration geht bereits davon aus, daß Amerikas Haushaltsdefizit 1983 auf 225, 1986 auf 284 und 1988 auf 315 Milliarden Dollar steigt, wenn die derzeitigen Bedingungen nicht geändert werden. Danach sieht es aber nicht aus, weil die Kluft zwischen der Legislative und der Exekutive immer schwerer zu überbrücken ist. Die US-Notenbank wird mithin noch lange einen einsamen Kampf gegen die Inflation führen müssen.

Hinzu kommt, daß der Anteil des US-Budgetdefizits am Bruttosozialprodukt laut Volcker inzwischen auf 6,5 Prozent gestiegen ist, während die Netto-Ersparnisse der Vereinigten Staaten fünf Prozent ausmachen. Das heißt aber, daß für die riesige amerikanische Wirtschaft nur kümmerliche 1,5 Prozent zur Verfügung stehen.

Gemessen an der gesamten Wertschöpfung der USA nimmt überdies der Anteil der Bundesschuld bis Ende September auf 34 Prozent zu. Nur um ihn auf dieser Höhe zu stabilisieren, müßte das Defizit von 1984 bis 1988 auf durchschnittlich 122 Milliarden Dollar jährlich gedrückt werden. Eine Herabsetzung des Anteils auf 30 Prozent würde sogar eine Kürzung des Defizits in jedem der kommenden vier Finanzjahre um 74 Milliarden Dollar erfordern. Das ist völlig unrealistisch; lange Schatten liegen denn auch auf der Kapitalbildung und den Investitionen in den USA.

Volcker hat zweifellos auch auf *die internationale* Verschuldungskrise, besonders in Brasilien, Rücksicht genommen. Aber das Rezept ist ja bekannt, für das alle Länder, die USA voran, eines Tages einen hohen Preis zahlen müssen.

AUF EIN WORT

„Üblicherweise liefert der Markt den Unternehmen Entscheidungskriterien. Der Stahlmarkt aber wird von behördlichen Mengen-, Preis- und Subventionsentscheidungen bestimmt, deren Auswirkungen nicht berechenbar und noch weniger vorhersehbar sind. Das alles ist schon längst keine Marktwirtschaft mehr wie sie unser Wirtschaftssystem unterstellt."

Dr. Wilhelm Scheider, Vorstandsvorsitzender der Fried. Krupp GmbH, Essen

FOTO: JUPP DARCHINGER

Neue Umschuldung für Polen?

dpa/VWD, Frankfurt

Westliche Gläubigerbanken gehen davon aus, daß mit der Beendigung des Kriegsrechtes die westlichen Regierungen mit Warschau wieder über eine Umschuldung der von ihnen verbürgten Kredite sprechen werden. Am Frankfurter Bankenplatz wird erwartet, daß in Kürze eine positive Antwort aus Warschau auf das Angebot der insgesamt 500 Westbanken Polens kommt, die 1983 fälligen Kreditraten in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar auf zehn Jahre zu stunden. Von den 1983 fälligen Zinsen soll Polen etwa 40 Prozent zahlen und für die restlichen 60 Prozent einen neuen Handelskredit bekommen.

HWWA

Institut kritisiert die Steuerpolitik der Regierung

HEINZ HECK, Bonn

„Die Bundesregierung ist dabei, auf dem Gebiet der Steuerpolitik Vertrauenskapital zu verspielen." Mit diesem Hinweis hat das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, die jüngsten Bonner Steuerentlastungspläne kritisiert. Da die Bundesregierung die benötigten Mittel nicht durch Subventionsabbau, sondern durch die Mehrwertsteuererhöhung beschafft habe, leiste sie dem weitverbreiteten Mißverständnis Vorschub, „*daß eine wachstumsorientierte* Steuerpolitik gleichbedeutend sei mit der Verteilung von Steuergeschenken an die Unternehmen".

So drohe das ganze Unternehmen trotz guter Absichten und einiger positiver Elemente „zu einem Fehlschlag zu werden". Die vorgesehenen 3,5 Milliarden Mark hätte man nach HWWA-Meinung besser auf die Beseitigung der Doppelbesteuerung des Vermögens von Kapitalgesellschaften oder auf eine generelle Senkung der Vermögen- oder der Gewerbesteuersätze konzentriert.

Das Fazit des Beitrags in der Juli-Ausgabe des „Wirtschaftsdienst" lautet: „Wenn steuerpolitische Reformprogramme nicht zu mehr Gleichbehandlung und zu mehr Einfachheit führen, sondern nur zu mehr Bürokratie und Interventionismus, sollte man besser auf sie verzichten und die eingesparten Beträge zur Konsolidie*rung der Staatsfinanzen verwenden*."

Damit gewinne man Spielraum für eine allgemeine Steuerentlastung zur Korrektur der inflationsbedingt steigenden Steuerbelastung. Ein solches Steuerentlastungsgesetz brauchte nur aus dem Paragraphen zu bestehen, der bestimme, „daß alle Sätze des Einkommen- und Körperschaftssteuertarifs um einen einheitlichen Prozentsatz gesenkt werden".

TEXTILKONJUNKTUR

Zuverlässige Zeichen für Erholung stehen noch aus

HANNA GIESKES, Bonn

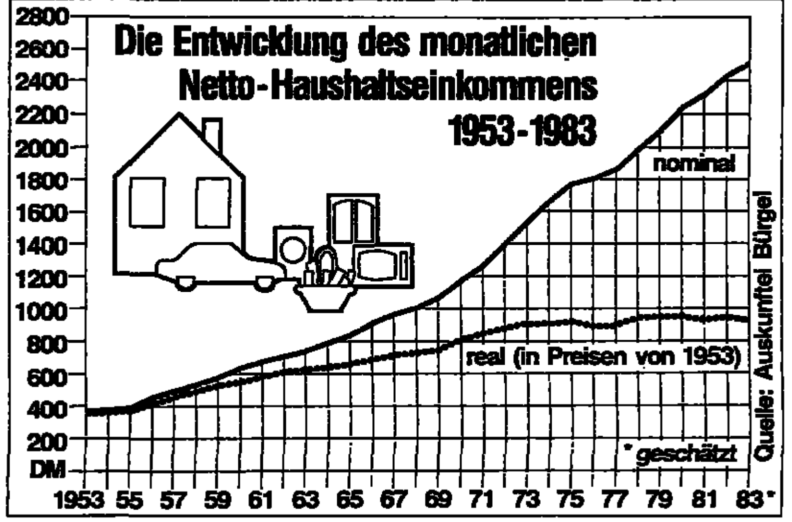
„Die Textilkonjunktur hat sich gefangen." Diese Feststellung trifft der Spitzenverband der Branche in seinem jetzt veröffentlichten Jahresbericht. Allerdings heißt es gleich einschränkend, daß „zuverlässige Zeichen für einen Aufschwung noch ausstehen", weil die Nachfrage nach Verbrauchsgütern einstweilen nur „verhalten" sei. Möglicherweise habe die Bundesrepublik inzwischen jedoch in der Verbrauchskonjunktur einen Vorsprung vor ihren europäischen Nachbarn erreicht, heißt es weiter.

„Jedenfalls haben zur Jahreswende die Zugpferde gewechselt", berichtet der Gesamtverband der Textilindustrie, denn die inländischen Kunden bestellten seither, anders als in den Jahren zuvor, relativ mehr als die ausländischen. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres seien die Inlandsaufträge um 1,8 Prozent gestiegen, während die Auslandsaufträge um 4,5 Prozent zurückgegangen sind.

Im Jahr 1982 sank der Umsatz der Textilindustrie wie im Vorjahr um ein Prozent auf 32,5 Milliarden Mark. Dabei ging das Inlandsgeschäft um drei Prozent auf 24,9 Milliarden Mark zurück, der Auslandsumsatz erhöhte sich um sechs Prozent auf 7,6 Milliarden Mark.

Die Investitionen stiegen 1982 auf 1,1 Milliarden Mark. Nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln, liegt der Wert des in der Textilindustrie investierten Bruttoanlagevermögens bei rund 27,3 Milliarden Mark. In den letzten zehn Jahren habe die Branche zur Modernisierung ihrer Produktionsanlagen und zur Stärkung ihrer internationalen Wettbe*werbsfähigkeit über elf Milliarden* Mark aufgewendet, teilt Gesamttextil mit. Im vergangenen Jahr stieg die Produktivität je Mitarbeiter um sieben Prozent; insgesamt beschäftigte die Branche 260 000 Arbeitnehmer.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Das durchschnittliche Netto-Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik hat sich seit 1953 mehr als versechsfacht. Es stieg von monatlich 369 Mark in 1953 auf 2416 Mark in 1982. In Preisen von 1953 gerechnet wuchs das Einkommen allerdings nur um das Zweieinhalbfache, wobei nominale und reale Entwicklung besonders in den letzten zehn Jahren stark auseinanderklafften. QUELLE: AUSKUNFTEI BÜRGEL

Kuwait steigt bei Privatbank ein

Frankfurt (rtr) – Eine kuwaitische Investmentgesellschaft hat 15 Prozent des Grundkapitals des Privatbankhauses Georg Hauck und Sohn KGaA erworben. Wie die Frankfurter Privatbank am Donnerstag mitteilte, verkaufte eine Gruppe privater Aktionäre ihre Anteile an die Crestwood B. V. Holland, einer 100prozentigen Tochter der kuwaitischen Investmentfirma Al-Futtooh. Die Geschäftspolitik des Kreditinstitutes werde durch die Veränderung im Aktionärskreis nicht berührt. Die Bank hat ein Grundkapital von 18,4 Millionen Mark und Ende 1982 eine Bilanzsumme von 656 Millionen Mark. Der nächsten Hauptversammlung werde vorgeschlagen, einen Vertreter der Crestwood B. V. in den Aktionärsausschuß des Kreditinstitutes zu wählen. An dem Institut waren bislang neben vier persönlich haftenden Gesellschaftern die Allianz-Lebensversicherungs-AG mit 25 und die Wüstenrot-Lebensversicherungs-AG mit rund elf Prozent beteiligt.

Mehr Kraftfahrzeuge

Flensburg (rtr) – Der Bestand an Kraftfahrzeugen mit amtlichem Kennzeichen hat sich im ersten Halbjahr 1983 in der Bundesrepublik Deutschland um 2,5 Prozent auf 29,122 Millionen erhöht. Wie das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg mitteilte, waren am 1. Juli allein 24,580 Millionen Personenwagen registriert. Zusammen mit den 1,6 Millionen zulassungsfreien Kraftfahrzeugen ergebe sich ein Gesamtbestand von 30,7 Millionen motorisierten Fahrzeugen.

Auftragszuwachs am Bau

Wiesbaden (rtr) – Die Auftragslage der deutschen Bauwirtschaft hat sich im Mai dieses Jahres gebessert. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes meldete das Bauhauptgewerbe 14,9 Prozent höhere Auftragseingänge als im Mai 1982. Dabei stand allerdings einem Zuwachs von 23,9 Prozent im Hochbau ein Plus von nur 1,1 Prozent im Tiefbau gegenüber. Seit Jahresbeginn ergab sich insgesamt ein um 15,1 Prozent höherer Auftragseingang als im Vorjahreszeitraum. Die Beschäftigtenzahl lag im Mai mit 1,115 Millionen um 4,7 Prozent unter dem Vorjahresstand.

Mut zur Selbständigkeit

Bonn (HH.) – Der Mut zur Selbständigkeit nimmt nach Meinung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) wieder zu. 1982 hätten die Industrie- und Handelskammern knapp 37 000 Existenzgründer beraten, rund ein Drittel mehr als 1981. Aus einer DIHT-Umfrage geht ferner hervor, daß sich die Zahl der Beratungen innovativer Existenzgründer gegenüber dem Vorjahr sogar fast verdoppelt habe (knapp 600 auf 1100).

USA: Steigende Gewinne

New York (VWD) – Die Gewinne der US-Unternehmen sind im zweiten Kalenderquartal 1983 erstmals wieder seit 1981 gestiegen, wie vorliegende Quartalsausweise der Unternehmen zeigen. Im ersten Quartal waren die Gewinne nach Steuern von 569 großen US-Gesellschaften um acht Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Im Berichtsquartal haben die Gewinne nach Steuern gegenüber dem Vorjahr um 8,2 Prozent angezogen, schätzt Data Resources Inc.

Handelsbilanz verbessert

Paris (AP) – Das französische Außenhandelsdefizit hat sich im Juni im Vergleich zum Vormonat fast halbiert. Außenhandelsministerin Edith Cresson teilte in Paris mit, im Juni seien für 3,7 Milliarden Franc (rund 1,2 Milliarden Mark) mehr Waren importiert als exportiert worden. *Im Mai lag das Defizit* noch bei 7,7 Milliarden Franc. Damit ergibt sich ein Außenhandelsdefizit für die erste Jahreshälfte in Höhe von 36,6 Milliarden Franc (rund 12,2 Milliarden Mark). Der Vergleichswert für 1982 ist 43,3 Milliarden Franc.

Stahlproduktion gestiegen

Brüssel (AP) – Die Stahlproduktion der westlichen Industrieländer ist gegenüber dem Vorjahr wieder leicht angestiegen. Nach Angaben des Eisen- und Stahlinstituts in Brüssel betrug die Stahlproduktion in 29 nichtkommunistischen Ländern im Juni 33,35 Millionen Tonnen und lag damit um ein Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres, jedoch um 2,5 Prozent niedriger als im Mai 1983. Die stärkste Zunahme der Stahlfertigung zwischen Juni 1982 und Juni 1983 verzeichneten mit 17,5 Prozent die USA. In der EG hingegen ging die Stahlerzeugung im gleichen Zeitraum um 4,1 Prozent auf 9,42 Millionen Tonnen zurück.

Wochenausweis

	15.7.	7.7.	15.6.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	68,2	68,8	68,4
Kredite an Banken	64,0	66,1	58,4
Wertpapiere	7,4	7,3	7,3
Bargeldumlauf	101,6	102,2	98,4
Einl. v. Banken	44,3	46,3	43,0
Einl. v. öffentl. Haushalten	2,7	1,3	3,8

ENERGIE

Verbrauch ging im ersten Halbjahr 1983 weiter zurück

LEO FISCHER, Bonn

Der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland ist im ersten Halbjahr 1983 um rund drei Prozent gegenüber den ersten sechs Monaten 1982 auf 182,5 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) zurückgegangen. Vom Verbrauchsrückgang waren fast alle Energieträger betroffen.

Der Mineralölverbrauch ermäßigte sich um 3,8 Prozent. Dafür war nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen der geringe Einsatz von schwerem Heizöl ausschlaggebend. Bei leichtem Heizöl und den Kraftstoffen ist eine Stabilisierung des Verbrauchs eingetreten.

Mit 78,0 Millionen Tonnen SKE stellte das Mineralöl weiterhin den stärksten Anteil am gesamten Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik. Sein prozentualer Anteil ist aber vom ersten Halbjahr 1982 zum ersten Halbjahr 1983 leicht von 43,2 auf 42,7 Prozent zurückgegangen.

Allgemein läßt sich sagen, daß bei den Anteilen, die auf die einzelnen Energieträger entfallen, nur geringfügige Verschiebungen stattgefunden haben. Der Anteil der Steinkohle blieb unverändert bei 21,7 Prozent, Erdgas steigerte seinen Anteil unwesentlich von 10,2 auf 10,4, der Kernenergieanteil ermäßigte sich leicht von 5,5 auf 5,3 Prozent.

Am stärksten hat sich die Stromerzeugung aus Kernenergie zurückgebildet, auch wenn die Kernkraft ihren Anteil am Energieverbrauch fast behaupten konnte. Vor allem auf Grund planmäßiger und außerplanmäßiger Abschaltungen von Kernkraftwerken ist die Stromerzeugung aus Kernenergie um 7,1 Prozent auf 9,6 Millionen Tonnen SKE gesunken.

MITTELSTAND / Industrie- und Handelskammer Koblenz legt Untersuchung vor

Den Großen im Wettbewerb gewachsen

HANNA GIESKES, Bonn

Die mittelständische Wirtschaft leidet weniger unter der Konkurrenz durch die Großen, als allgemein befürchtet wird. Das ist das Fazit einer Umfrage, die die Industrie- und Handelskammer Koblenz jetzt in ihrem Kammerbezirk vorgenommen hat. Die Verallgemeinerung ist zuläsig, denn der Koblenzer Kammerbezirk entspricht in seiner Struktur ziemlich genau der wirtschaftlichen Struktur der Budesrepublik Deutschland.

Ziel der Untersuchung war es, so die Experten der Koblenzer Kammer, „Hinweise über das Produktionsprogramm, die Struktur der Absatzmärkte, die Wettbewerbsstellung zu Großunternehmen sowie eine mögliche Abhängigkeit von Lieferanten und Abnehmern zu erhalten". Sie werteten die Antworten von rund 1600 befragten Mittelständlern aus.

Nahezu der Hälfte von ihnen ist es demnach gelungen, sich dem direkten Wettbewerb mit den Großen durch gezielte Spezialisierung zu entziehen. Besonders erfolgreich waren dabei die Hersteller von Investitionsgütern: Fast 60 Prozent von ihnen berichteten, daß sie sich in ihren Marktnischen mit den Großen nicht treffen, während bei den Nahrungs- und Genußmittelherstellern dieser Anteil bei 30 Prozent liegt.

Rund 36 Prozent der befragten Unternehmen registrieren für die letzten Jahre eine Verbesserung ihrer Stellung im Wettbewerb; im Investitionsgüterbereich waren es sogar 45 Prozent. Diejenigen, die eine Verschlechterung ihrer Konkurrenzsituation beklagen, führen das im wesentlichen auf gestiegene Lohn- und Lohnnebenkosten zurück, und zwar um so mehr, je kleiner das betroffene Unternehmen ist.

Wichtigstes Instrument im Kampf um Kunden ist nach wie vor der Preis, bestätigte die Befragung. Für rund 68 Prozent der Unternehmen ist er die entscheidende Wettbewerbskomponente; lediglich 23 Prozent nannten die Produktqualität, für den Rest waren es bestimmte Konditionen oder sonstige Gründe.

Den Statistikern in der Koblenzer Kammer ist dabei aufgefallen, daß die Bedeutung des Preis- und Konditionenwettbewerbs mit der Größe des Unternehmens wächst. Bei industriellen Kleinstunternehmen stehe dagegen die Qualität der Produkte im Vordergrund.

Jeder dritte mittelständische Betrieb wickelt mehr als die Hälfte seines Gesamtumsatzes mit nur einem Kunden ab. Hier befürchtet die Kammer Abhängigkeit durch „starke Nachfragemacht".

Alles in allem „werden die Gefahren durch Konkurrenz und Nachfragemacht von Großunternehmen überschätzt", heißt es weiter; die Kleinen können sich durch individuelle, spezialisierte und flexible Marktversorgung oftmals besser behaupten als die Großen.

WELTBANK

Verhandlungen in der Sackgasse

dpa/VWD/rtr, **Tokio**

Die Verhandlungen um ein neues Hilfsprogramm der Internationalen Entwicklungsorganisation IDA für die ärmsten Länder der Dritten Welt stecken in der Sackgasse. Wie nach den dreitägigen Beratungen der 33 Geberländer der Weltbank-Tochter IDA (International Development Association) in Tokio bekannt wurde, gehen die Vorstellungen über das finanzielle Volumen des neuen Dreijahresprogramms, das 1985 anlaufen soll, nach wie vor weit auseinander.

Nach Einschätzung der Weltbank sind die Aussichten für das Zustandekommen eines wirksamen Hilfsprogramms vor allem wegen des Widerstands der USA, die ihren Kapitalanteil von bisher 27 Prozent auf 25 Prozent begrenzen wollen, „noch nicht ermutigend". Während IDA eine Erhöhung des Ausleihekapitals für 1985 bis 1987 um vier Milliarden Dollar auf insgesamt 16 Milliarden angesichts der wirtschaftlichen Krise in den ärmsten Entwicklungsländern für das „absolut notwendige Minimum" hält, will Washington das Gesamtvolumen auf neun Milliarden Dollar reduzieren.

Die USA planen eine Kürzung ihres Beitrags an die IDA um 330 Millionen Dollar pro Jahr, erklärte der Unterhändler der Weltbank bei der siebten Aufstockungsrunde für IDA-Mittel, André de Lattre. Die USA seien nach Aussage ihrer Vertreter bei den Aufstockungsgesprächen nur zur Leistung von 750 Millionen Dollar jährlich bereit. Im Zeitraum 1981 bis 1983 beliefen sich die Zuwendungen der USA an die IDA auf jährlich 1,08 Milliarden Dollar.

Die Bundesrepublik und Großbritannien nehmen demgegenüber einen mittleren Kurs ein und wollen das Kapitalniveau auf dem bisherigen Stand von zwölf Milliarden Dollar halten.

TCHIBO / Außerordentliche Einflüsse prägten das Ergebnis – Marktposition gefestigt – Grundsolide Kapitalstruktur

Auf die drohende Schlechtwetterfront vorbereitet

J. BRECH, **Hamburg**

Bei der Tchibo Frisch-Röst-Kaffee AG, Hamburg, die zusammen mit dem Abpacker Jacobs den deutschen Kaffeemarkt anführt, sieht man eine Schlechtwetterfront aufziehen. Der Kaffeeverbrauch, so erklärt Vorstandsmitglied Horst Pastuszek, stagniere, und bei anhaltendem Angebotsdruck werde der Wettbewerb zunehmend schärfer. Röstkaffee sei in vielen Geschäften „loss-leader" geworden und werde in aggressiven Vertriebsformen des Handels unter Einstandspreis oder zu Spannen unter 5 Prozent angeboten.

In der Zusammenballung der Probleme, so räumt Pastuszek ein, sei das Jahr 1982 für Tchibo nicht leicht gewesen. Gemessen an der Aufgabenstellung habe man aber erfolgreich gearbeitet. Durch ein Bündel gezielter Maßnahmen im Kosten-Management, in Marketing und Vertrieb sei das Unternehmen auf stürmische Auseinandersetzungen im Markt vorbereitet. Die konsequente Fortsetzung der sehr konservativen Bilanzpolitik habe zudem die finanzielle Basis noch weiter verstärkt.

Auf der Kostenseite, so erklärt Pastuszek, habe sich Tchibo von allem „Schönwetteraufwand" getrennt. Im Marketingbereich seien zusätzliche Akzente vor allem im Gebrauchsgütergeschäft gesetzt worden. In dieser Sparte, die 400 bis 450 Mill. DM Umsatz beisteuert, sollen die qualitativen und technischen Standards weiter gehoben und das Angebot in den Preislagen breiter gefächert werden. Tchibo prüfe zudem, wie das vorhandene Organisationswissen eines Filialisten und Versenders für die Erweiterung dieses Geschäfts etwa über Bestellkarten und Direktinkasso genutzt werden könnte, erklärt Pastuszek.

Neue Aktivitäten in der Vertriebspolitik betreffen vor allem die mehr als 8000 Frisch-Depots, in denen Tchibo mehr als die Hälfte seines Nettoumsatzes erzielt. Die auf die geänderte Wettbewerbslage abzielenden gestaffelten Konditionensysteme, die bei den Bäckereien zum Teil erheblichen Ärger verursacht haben, bezeichnet Pastuszek als unumgänglich, räumt aber ein, daß vielleicht eine langfristigere Vorbereitung auf die neuen Verträge notwendig gewesen wäre.

Die innere Sammlungsbewegung bei Tchibo wird am deutlichsten in der Finanz- und Bilanzpolitik. Im Rechenwerk für 1982, so merkt Pastuszek an, habe es selbst für Tchibo beachtliche Vorgänge gegeben. Neben einem außerordentlichen Nettoertrag aus der Auflösung von Preissteigerungsrücklagen und einem ao. Bruttoaufwand von 57 Mill. DM in Zusammenhang mit neuen Versorgungszusagen fallen vor allem erhebliche Steuerrückstellungen ins Gewicht. Sie beziehen sich zum überwiegenden Teil auf die im Vorjahr vorgenommene Abschreibung von 90 Mill. DM auf die Beteiligung an dem Tabakkonzern Reemtsma. Die Korrektur des Reemtsma-Wertansatzes hält Pastuszek zwar nach wie vor für zwingend geboten, doch steht die Anerkennung durch die Finanzverwaltung noch aus.

Nimmt man die außerordentlichen Faktoren und die „normalen" EEV-Steuern zusammen, ist das Tchibo-Ergebnis 1982 mit einem Steueraufwand von 140 Mill. DM (das sind 100 Mill. DM mehr als im Vorjahr) belastet. Der um fast 50 Prozent höhere Jahresüberschuß von 21,6 Mill. DM, der in Form von 10 Prozent Dividende voll an die Aktionäre (Familie Herz) ausgeschüttet wird, sagt angesichts dieser außerordentlichen Einflüsse nicht viel über die Ertragsentwicklung bei Tchibo aus. Das ordentliche Betriebsergebnis, so Pastuszek, liege ziemlich genau auf Vorjahreshöhe. Legt man die hohen Maßstäbe an, die für die Ertragsstärke bei Tchibo stets gegolten haben, ist der Kafferöster von seiner Bestform damit unverändert weit entfernt.

Nicht verloren hat Tchibo dagegen Marktanteile, die, so bedauert Pastuszek, „in der G+V aber leider nicht unterzubringen" seien. Bei stagnierendem Kaffeemarkt festigte Tchibo seinen Anteil von etwa 23 bis 25 Prozent. Der Umsatz überschritt bei einem Plus von 4 Prozent zum ersten Mal die 2-Mrd.-DM-Grenze (70 Prozent davon Röstkaffee).

Ausnahmecharakter unter deutschen Unternehmen billigt Pastuszek der Finanz- und Bilanzstruktur von Tchibo zu. Das mit 469 Mill. DM zu Buch stehende Anlagevermögen ist zu 90 Prozent durch Eigenkapital gedeckt, eine angesichts des hohen Anteils der Beteiligungswerte (die Beteiligung an Reemtsma und der lukrativen Beiersdorf AG sind zusammen mit 419 Mill. DM bilanziert) grundsolide Relation. Glänzend ist ferner die Liquidität.

NAMEN

Prof. **Dr. Rolf Geiger**, Leiter der Arbeitsgruppe Peptichemie der Hoechst AG, Frankfurt, wird heute 60 Jahre.

Josef Hüchtebrock (46) übernahm zum 1. Juli den Geschäftsbereich Marketing Kommunikation bei Commodore Büromaschinen GmbH, Frankfurt.

Rechtsanwalt **Dr. Winfried Helms**, Geschäftsführer der Deutschen MTM-Vereinigung wurde zum Präsidenten der Europäischen Föderation für Produktivitätsdienste (EFPS), Stockholm, gewählt.

Dr. Horst Bermig, geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums des Deutschen Gießereiverbandes und Hauptgeschäftsführer des Vereins zur Förderung der Gießerei-Industrie, Düsseldorf, vollendet am 23. Juli das 60. Lebensjahr.

Peer Scheitza wurde zum Vorsitzenden der Vereinigung der Versicherungs-Betriebswirte e. V., Köln, gewählt. Er ist Nachfolger von Wilfried Figge.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Deggendorf: Georg Branea, Kaufmann, Inh. d. B-Kauf Beratungs-Kauf; **Düren:** Reformhaus Thyssen GmbH, **Düsseldorf:** Buchdruckerei Franz Jockwer GmbH; **Einbeck:** Hans-Joachim Nachtweihe, Kaufmann; **Eschwege:** Gebr. Hempfing; **Hamm:** Dieter Hellmich; **Kaiserslautern:** IBEK – Ingenieurbüro Echtler Kaiserslautern GmbH; **Kleve:** Nachl. d. Franciscus Frederik Mevissen, Immobilienkaufmann, Kerken-Nieukerk; **Köln:** Verein Kinderladen Volksgartenstraße; **Lampertheim:** Nachl. d. Friedrich Manfred Hagen, Bürstadt-Riedrode; **Landshut:** F + R Einrichtungs-GmbH, Wallersdorf, OT Haidlfing; **Remscheid:** Altex Textil- u. Lederwaren Handels-GmbH, Solingen; **Wesel:** Kaiser u. Sohn Möbelhandelsges. mbH; Knoth GmbH; **Wuppertal:** Helmut Thiemann.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Rottweil: Ernst Schanz Tief- u. Kabelbau, Sulz-Mühlheim.

Vergleich beantragt: Berlin-Charlottenburg: Fritz Schmidt, Inh. d. Lonny Brandner Getränkegroßfabrik; **Groß-Gerau:** Marion van der Wolk, Mörfelden-Walldorf; **Reutlingen:** Fischer & Lohr KG, Fabrik f. Kinderbekleidung, Metzingen; **Wolfratshausen:** Leonhard Maier, Schliersee; Anneliese Maier, Schliersee.

WÜSTENROT / Bauspargeschäft stabilisiert sich

Hohe Baugeldauszahlungen

W. NEITZEL, **Ludwigsburg**

„Das Bausparschiff gewinnt an Fahrt." Mit dieser Formel charakterisiert Walter Englert, Geschäftsführer der Bausparkasse Wüstenrot, Ludwigsburg, den Tatbestand, daß nach zweijähriger Flaute am Bausparmarkt der Zustrom neuer Bausparer wieder anschwillt. Es spreche nach seiner Meinung fast alles dafür, daß sich das Bauspargeschäft zumindest stabilisiert habe und nach oben tendiere.

Für den wieder ansteigenden Trend in der Branche nennt Englert mehrere Gründe:

- Das Vertrauen der Bürger in die künftige wirtschaftliche Entwicklung ist gewachsen.
- Der selbstversorgerische Wohnungsbau hat durch das Sofortprogramm der Bundesregierung, günstige Zinsen und relative Preisruhe am Baumarkt Auftrieb erhalten.
- Die Baugenehmigungen nehmen wieder deutlich zu.
- Sinkende Zinsen bei anderen Anlageformen haben das Bausparen begünstigt.

Überhaupt sei – so Englert – der Wunsch, in eigenen vier Wänden zu wohnen, nach wie vor ungebrochen. Im bisherigen Verlauf dieses Jahres – bis Mitte Juli – holte Wüstenrot 145 000 Verträge (plus 5 Prozent) über eine Bausparsumme von 4,74 Milliarden DM (plus 6 Prozent) neu herein.

Bei den Baugeldauszahlungen legt Wüstenrot ein bemerkenswert flottes Tempo vor. Die Auszahlungen aus Zuteilungen stiegen in der ersten Jahreshälfte um 14,1 Prozent, die aus Zwischenkrediten sogar um 152 Prozent. Unter Berücksichtigung der Ablösungen von Zwischenkrediten wurden mit 3,5 Milliarden DM um 42,7 Prozent mehr ausgezahlt. Ermöglicht wurde der Kraftakt durch die um 6,2 Prozent auf 3,1 Milliarden DM gestiegenen Zuflüsse zur Zuteilungsmasse, wobei Tilgungen um 13,7 Prozent und Sparleistungen um 2 Prozent anwuchsen.

Um eine neue Krise im Wohnungsbau zu verhindern, müßte nach Englerts Meinung eine Reihe von Problemen angepackt werden, nämlich Maßnahmen zur Senkung der Baukosten, die leidige Bodenfrage und die Beseitigung der den Familienheim-Sektor diskriminierenden steuerlichen Vorschriften. Auch macht Wüstenrot Front gegen den vorliegenden Gesetzentwurf zur Novellierung des Dritten Vermögensbildungsgesetzes, das in unangemessener Weise Beteiligung am Produktivvermögen begünstigen solle. Plädiert wird für Wahlfreiheit, auch indirekt.

In 1982 war das eingelöste Neugeschäft von Wüstenrot der Bausparsumme nach um 21,1 Prozent und damit scheinbar stärker als der Branchenschnitt (minus 17,6 Prozent), zurückgegangen. Der Vergleich hinkt aber, da Wüstenrot einen Tarif eingeführt hat, bei dem die Einlösung in vier Jahresraten zeitversetzt erfolgt. Die neuen Tarife zogen stark nach vorn. Während die herkömmlichen Tarife vor zwei Jahren noch insgesamt knapp 90 Prozent des Neugeschäfts ausmachten, ging ihr Anteil inzwischen auf knapp 50 Prozent zurück.

Als besonders gravierend bezeichnet Wüstenrot den Rückgang des Neugeschäfts in einigen nördlichen Regionen sowie im Saarland; dagegen verstärkte sich das Gewicht der Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg mit einem Anteil von insgesamt deutlich über 40 Prozent.

Der als „angemessen" bewertete Jahresüberschuß beläuft sich auf wenig veränderte 56 Mill. DM. Rund 15,5 Mill. DM davon werden an die Mutter Wohnungswirtschaft Wüstenrot ausgeschüttet. Die ausgewiesenen Eigenmittel betragen nunmehr 920 Mill. DM, das sind 4,[illegible] Prozent der Bilanzsumme.

Bausparkasse Wüstenrot	1982	± [illegible]
Neugeschäft (brutto)		
Verträge	297 886	– 15,[illegible]
Bausparsumme (Mill. DM)	9 987	– 17,[illegible]
Vertragsbestand		
Verträge	3 326 714	– 1,[illegible]
Summen (Mill. DM)	118 677	– 0,[illegible]
Geldeingang		
Sparleistungen	4 139	– 4,[illegible]
Wohn.prämien	262	– 2,[illegible]
Tilgungen	2 518	+ 15,[illegible]
Baugeldauszahlungen	6 108	– 17,[illegible]

DG Hyp registriert Nachfragerückgang

JB. **Hamburg**

Die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg-Berlin, (DG Hyp) ist im ersten Halbjahr 1983 stark gewachsen. Zunächst haben die Entwicklung am Rentenmarkt und die damit verbesserten Darlehenskonditionen das Geschäft beflügelt, für einen weiteren Schub sorgte dann der überraschend einsetzende Wiederanstieg der Zinsen. Viele potentielle Darlehensnehmer hatten offensichtlich den Eindruck gewonnen, daß die Finanzierungskosten im laufenden Jahr kaum günstiger werden könnten.

In den ersten Juliwochen registriert die DG Hyp dagegen eine deutlich abgeschwächte Hypothekennachfrage. Hier spielen nach Meinung der Bank saisonale Einflüsse, aber auch zunehmende Unsicherheiten in der Einschätzung des Zinstrends eine Rolle.

Das starke Neugeschäft schlägt sich bei der DG Hyp in einer Ausweitung der Bilanzsumme um 5 Prozent auf 25,8 Mrd. DM nieder. Die Darlehenszusagen stiegen um 28 Prozent auf 3,2 Mrd. DM, wovon 2,1 (plus 61 Prozent) auf Hypotheken entfielen. An Darlehen ausgezahlt wurden 2,4 (i. V. 2) Mrd. DM. Der Bestand wuchs um 4,5 Prozent auf 24,6 Mrd. DM.

Weiter verbessert hat sich die Ertragslage. Obwohl der Zinsüberschuß leicht zurückging, führte der um ein Mehrfaches gestiegene positive Saldo aus einmaligen Aufwendungen und Erträgen zu einem um 20,5 Prozent höheren Rohertrag von 90,5 Mill. DM. Das ordentliche Betriebsergebnis lag mit 54,7 Mill. DM um 19,3 Prozent höher als in der vergleichbaren Zeit des Vorjahres.

Peugeot baut 7500 Arbeitsplätze ab

AFP, **Paris**

Trotz eines Streiks der 17 000 Arbeiter des Automobilwerks Talbot in Poissy bei Paris hat die Firmenleitung am Donnerstag vor dem Betriebsrat offiziell die Entlassung von 2861 Arbeitern angekündigt. 127 weitere Arbeiter werden vorzeitig in Rente geschickt. Gleichzeitig kündigte Peugeot 3231 vorzeitige Pensionierungen an. Damit gehen im Peugeot-Konzern, der als einziges privates Automobilunternehmen in Frankreich auch die Marken Talbot und Citroën umfaßt, rund 7500 der 81 000 Arbeitsplätze verloren.

Im Talbot-Werk von Poissy hatten die Gewerkschaften aller politischen Richtungen zu einem 24stündigen Streik aufgerufen, der am Donnerstag das Werk völlig lahmlegte. Die Sozialistische Partei und die Kommunisten unterstützten den Streikaufruf. Die pro-kommunistische CGT-Gewerkschaft erklärte nach der Betriebsratssitzung die Massenentlassungen für illegal.

Von den Kündigungen sind vor allem Gastarbeiter aus Nord- und Schwarzafrika betroffen. In den von den vorzeitigen Altersrenten betroffenen Peugeot-Werken in Sochaux, Lille und Mulhouse wurde am Donnerstag normal gearbeitet.

Der Peugeot-Konzern hatte den radikalen Abbau von Arbeitsplätzen beschlossen, nachdem die Firmengruppe im vergangenen Jahr einen Bilanzverlust von 2,1 Milliarden Franc hatte hinnehmen müssen. Die langfristige Verschuldung des Konzerns beträgt 13,8 Milliarden Franc. Die französische Regierung hat bislang keine Hilfe für Peugeot angeboten. Aus Gewerkschaftskreisen ist unterdessen mitgeteilt worden, auch bei Citroën sollten zahlreiche Arbeitsplätze abgebaut werden.

WELTBÖRSEN / Hohe Gewinne in New York

Neue Kursrekorde in Tokio

New York (AP) – An der New Yorker Börse gab es am Mittwoch einen kräftigen Aufschwung. Der Dow-Jones-Index für 30 ausgesuchte Industriewerte machte einen Sprung von 30,74 Punkten und schloß auf 1227,86 (Vorwoche 1197,82). Das ist der höchste Tagesgewinn seit über sieben Monaten. Der umfassende amtliche NYSE-Index stieg um 2,36 Punkte auf 97,84. In der Liste kamen auf jeden schwächeren mehr als vier festere Titel. Umgesetzt wurden 109,31 (Vortag 74,03) Millionen Stücke. Zentralbankpräsident Paul Volcker hat offenbar die Befürchtung, die restriktive Geldmengenpolitik des Federal Reserve Board werde die Zinsen stark in die Höhe treiben, beschwichtigt. Am Vormittag hatte Volcker vor dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses erklärt, die Geldverknappung bleibe in Grenzen und könne wohl vorübergehend etwas höhere Zinsen verursachen. Am Ende aber werde das rechtzeitige Verhindern eines Aufblähens der Geldmenge und damit der Gefahr einer neuen Inflation die Aussichten auf niedrigere Zinsen und damit auf eine weitere Gesundung der Wirtschaft eher fördern als schwächen.

Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto gibt die WELT jede Woche, in der Freitagsausgabe, einen Überblick über den Kurstrend an den wichtigsten internationalen Börsen.

Toronto (VWD) – An der Effektenbörse in Toronto kam es am Mittwoch im Einklang mit Wall Street zu einer Hausse auf breiter Front. An der Spitze standen dabei Metall- und Bergbauwerte sowie Industrieaktien. Bei den Finanztiteln sowie Aktien von Öl- und Gasunternehmen fielen die Gewinne kaum weniger deutlich aus. Der TSE-300-Composite-Index stieg auf 2493,69 Punkte (Vorwoche 2453,10).

Tokio (dlt) – Die Kurse in Tokio durchbrachen erneut die „Schallmauer" der 9000-Marke und stiegen auf eine neue Rekordhöhe. Der Dow-Jones-Index schnellte im Wochenvergleich um 134,7 Punkte auf 9019,7 empor. Die Tagesumsätze bewegten sich zwischen 232 und 480 Millionen Aktien. Der Auftrieb wurde vor allem von der Hausse an der Wall Street ausgelöst. Eine Rolle spielte auch der festere Yen gegenüber dem Dollar und das Vorhaben der Börsenverwaltung, die Zulassung von mittleren und kleinen Unternehmen an den Markt zu erleichtern. Demgegenüber trat die Unsicherheit über die Entwicklung der amerikanischen Zinsen und die hohen Ausstände aus Kreditkäufen wieder in den Hintergrund.

BURDA / Für Verlage und Druckereien hat sich die Wettbewerbssituation verschärft

Erstmals wieder reales Wachstum

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Nach mäßigem Jahresauftakt können Verlage und Druckereien in der Budesrepublik Deutschland nunmehr aufgrund antizyklischer Werbung der Wirtschaft eine Geschäftsbelebung feststellen. Allerdings verschärfe sich nach Einschätzung der Burda GmbH, Offenburg, die Wettbewerbssituation. Die Verlage sähen sich mit neuen Medien konfrontiert, die Druckereien bekämen Überkapazitäten und staatlich subventionierte ausländische Konkurrenz zu spüren.

Im Hinblick auf die geschäftliche Entwicklung von Burda in 1983 prognostiziert die Geschäftsführung, *daß man sich „im Rahmen des Branchentrends" bewegen werde.* Für den Verlag wird im Anzeigen- und Betriebssektor ein leichtes Umsatzplus vorausgesagt. Das Fremdgeschäft in der Druckereisparte unterliege den negativen Einflüssen, unter denen die ganze grafische Industrie leide. Die Ertragssituation des Unternehmens werde sich nicht wesentlich verändern. *Auch im laufenden Jahr will* Burda rund 50 Mill. DM investieren. Verfahrenstechnischen Verbesserungen wird dabei Vorrang eingeräumt. Das neue Verlagszentrum im Arabellapark in München soll im Herbst dieses Jahres fertiggestellt sein und dann auch die Redaktion der „Bunte" aufnehmen.

Mit dem Verlauf des Geschäftsjahres 1982 zeigt man sich bei Burda zufrieden. Erstmals seit mehreren Jahren erzielte das Offenburger Unternehmen trotz gesamtwirtschaftlicher Stagnation und branchenspezifischen Problemen wieder ein – wenn auch geringes – reales Wachstum. Der Konzernumsatz stieg um 6,2 Prozent auf 858 Mill. DM, wobei der Exportumsatz sogar um 11,5 Prozent zunahm.

Der Auslastung der Druckereien in Offenburg und Darmstadt kamen die höheren Aufträge aus dem eigenen Verlag zugute. Überdies wurde in der Drucksparte im Fremdgeschäft der Umsatz um 4,8 Prozent gesteigert. Mit der breiten Zeitschriften-Palette gelang es, den Anzeigenumsatz um 6,5 Prozent zu verbessern. Bei den Vertriebserlösen kam Burda auf ein Plus von 7,5 Prozent. Hier gaben Auflagensteigerungen einiger Objekte den Ausschlag, vor allem der *„Freizeit Revue"*, deren verkaufte Auflage von nunmehr 1,51 Mill. Exemplaren (1. Quartal '83) um 7,4 Prozent über dem Vorjahr liegt. Auflagenstärkstes Objekt ist nach wie vor „Das Haus" mit 2,70 Mill. Exemplaren (minus 0,1 Prozent), an dritter Stelle folgt die „Bunte" mit 1,30 Mill. Exemplaren (plus 0,9 Prozent).

Aufgrund der unterproportionalen Kostenentwicklung, in der auch Rationalisierungseffekte zum Ausdruck kommen, verbesserte sich der in voller Höhe an den Organträger, die Burda Verwaltungs-KG, abgeführte Gewinn um gut ein Fünftel auf 15,4 Mill. DM.

Solide Relationen kennzeichnen die Bilanz: Die Eigenkapitalquote hat sich nur unwesentlich auf 42,1 (42,8) Prozent ermäßigt. Das Anlagevermögen wird durch die eigenen Mittel zu 71,1 (74,7) Prozent gedeckt.

Burda	1982	± %
Konzernumsatz (Mill. DM)	858	+ 6,2
dav. Druckerei	300	– 4,8
Anzeigen	285	+ 6,5
Vertrieb	271	+ 7,5
Exportquote (%)	14,6	(13,9)
Beschäftigte	4 547	– 1,9
Investitionen (Mill. DM)	50	– 24,6
Abschreibungen	32	+ 9,5
Cash-flow*)	55	+ 4,0
Gewinn	15,4	+ 22,2
in % vom Umsatz	1,8	(1,6)

*) Gewinn plus Abschreibungen plus Zuf. zu Pensionsrückstellungen

FORD / Investitionsvolumen erheblich ausgeweitet – Produktentwicklung und Rationalisierung im Vordergrund

Optimistische Aussichten auf der ganzen Linie

HARALD POSNY, Köln

Die Ford-Werke AG, Köln, wird in den kommenden Jahren ihr Investitionstempo beschleunigen. Vorstandsvorsitzender Daniel Goeudevert bezifferte das für die Jahre 1983 bis 1987 geplante Investitionsvolumen auf 4,4 Mrd. DM, das sind nicht nur 10 Prozent mehr als die im letzten Jahr genannte 5-Jahres-Summe, sondern auch gut 80 Prozent mehr als in den letzten 5 Jahren aufgewendet wurden. Von dieser Summe werden 1983 rund 1 Mrd. DM ausgegeben, von der 5-Jahres-Summe werden 3 Mrd. DM in Köln bleiben, 750 Mill. DM im belgischen Genk und 500 Mill. DM in Saarlouis.

Etwa Dreiviertel des Gesamtaufwands werden in Produktentwicklung fließen, 10 Prozent in Rationalisierungsmaßnahmen. Dazu zählen schließlich 300 Roboter, von denen die Hälfte bereits in Genk arbeitet. Für Köln sind ab Ende dieses Jahres 150 vorgesehen. Nach den Worten von Arbeitsdirektor Hans-Joachim Lehmann wird es durch deren Einführung nicht zu Entlassungen oder Lohnabstufungen kommen. Bis Ende 1987 werde die Arbeitssituation bei Ford keine „dramatischen Änderungen" erfahren.

Die Investitionsfreudigkeit der Kölner stützt sich auf einen ausgesprochenen Produktions-, Absatz- und Umsatzoptimismus. Ford hat sich im 1. Halbjahr 1983, so Goeudevert, in einem nur langsam Tritt fassenden Inlandsmarkt überdurchschnittlich gut entwickelt. Die Neuzulassungen stiegen mit 26,2 Prozent auf 168 000 weit stärker als der Branchendurchschnitt (plus 11,4 Prozent).

Auch im Export hat man in Köln noch 4 Prozent zulegen können, wo die Branche schon ihren Absatz um 5 Prozent reduzieren mußte. Dieser Erfolg hat nicht zuletzt dazu beigetragen, daß das Unternehmen europaweit mit einem Marktanteil von *fast 13* Prozent jetzt Platz I belegt – ein bislang unerreichtes Ergebnis.

Ford erwartet für 1983 eine Produktion von 830 000 Einheiten (plus 4 Prozent), einen bei etwa 560 000 Stück (plus 4,5 Prozent) liegenden Export sowie einem Inlandsabsatz von 270 000 (237 000) Fahrzeugen. Damit werde – dank Sierra, des kommenden Orion und drei weiterer Modell-Neuheiten – der Marktanteil auf 12,5 (11,3) Prozent steigen. Allein im Juni lag er bei knapp 14 Prozent, einem vor Jahren schon angepeilten, aber nie erreichten Ziel. Goeudevert machte aber deutlich, daß sich Ford – abgesehen von aktiverer Verkaufsförderung im ruhigeren 2. Halbjahr – nicht in eine Spirale von Verkäufen zu Sonderkonditionen begeben werde, es sei denn, der Wettbewerb zwinge dazu. Eine vernünftige Rendite sei viel wichtiger als das Denken in Marktanteilen.

Im letzten Jahr sind die Marktanteile freilich wegen des auslaufenden Taunus auf 11,3 (11,8) Prozent zurückgefallen. Dagegen war der Fiesta das meistverkaufte Modell seiner Klasse, der Escort – wie schon 1981 – das meistgefertigte Auto der Welt. Insgesamt hat sich durch den Sierra das Pkw-Mix zugunsten höherwertiger Fahrzeuge verbessert. Die gestiegenen Erlöse im Export gingen zu 75 Prozent auf gesteigerte Stückzahlen zurück, jedoch zu Lasten des Pkw-Mix.

Nach Meinung von Ford-Finanzchef Gerd Toepfer täuscht das erfreuliche Ergebnis 1982 nicht darüber hinweg, daß die Umsatzrendite längerfristig nicht ausreichend ist: Zum einen stünden gewaltige Investitionen an, zum anderen sei der Jahresüberschuß von 324 Mill. DM durch den Verlustvortrag von 319 Mill. DM steuerlich begünstigt gewesen und schließlich sei das eingesetzte Kapital von 1980 bis 1982 nicht verzinst worden. Für 1983 vertraut Toepfer auf ein „vernünftiges Ergebnis". Derzeit liegt die Kapazitätsauslastung bei 90 (78) Prozent, bei 75 Prozent (Toepfer: „Noch zu hoch") fallen Gewinne an.

Ford-Werke AG	1982	±%
Umsatz (Mill. DM)	11 724	+ 11,2
dav.Exp.	8 129	+ 16,5
Produktion (Stück)	795 896	+ 8,5
dav. Nutzfahrz.	46 174	+ 0,5
Absatz¹)	816 165	+ 5,4
– Export (Pkw)	533 570	+ 13,9
– Exportanteil (%)	69,5	(64,8)
– Inland-Zulass.	236 750	– 11,1
– Marktanteil (%)	11,3	(11,8)
Mitarbeiter²)	49 100	– 0,6
Personalaufwand	3 038	– 0,8
Sachanl.-Invest.	737	+ 27,2
in % v. Umsatz	6,3	(5,5)
Sachanl.-Abschreib.	510	+ 60,8
Brutto-Cash-flow³)	921	+ 58,2
in % v. Umsatz	7,9	(5,5)
Netto-Cash-flow⁴)	853	+ 54,2
in % d. Invest.	115,7	(95,3)
Jahresüberschuß	324	(+ 125,0)
in % v. Umsatz	2,8	(1,4)

[1]) Einschl. 15 571 (38 499) importierter Fahrzeuge;
[2]) Jahresende;
[3]) Jahresüberschuß + Zuführg. zu Pens.-Rückstell. + Abschr. ± a. o. Pos. (Saldo) + EEV-Steuern;
[4]) Brutto-Cash-flow – EEV-Steuern u. Dividende (1981 u.1982 ausgefallen).

WAYSS & FREYTAG / Bauleistung stieg um 28 Prozent

Auslandsmärkte schrumpfen

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Das Bauunternehmen Wayss & Freytag AG, Frankfurt, erwartet auch für 1983 wieder ein „*zufriedenstellendes*" Ergebnis. Trotz der Aussicht auf einen stabileren Markt und eine bessere Auslastung *im Inland sei hier allerdings kaum* mit einer Besserung zu rechnen: „Preisentwicklung und Ertragslage dürften auf Grund des anhaltend starken Wettbewerbs weiterhin zu wünschen übrig lassen", meint der Vorstand.

Auch das Auslandsgeschäft läuft nicht mehr auf gewohnt hohen Touren. Dort müsse man sich „für einige Zeit auf schrumpfende Märkte und verschärften internationalen Wettbewerb einstellen". Zudem dürften „begleitende Finanzierungsangebote" zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Im vergangenen Jahr war es freilich noch das Ausland, das die Bauleistung der Gesamtgruppe (7700 Mitarbeiter) um 28 Prozent auf 1,14 (0,89) Mrd. DM steigen ließ. Während das Inland mit 665 (641) Mill. DM (plus 4 Prozent) nur einen geringen Zuwachs vorzuzeigen hatte, nahm die Auslandsleistung um 90 Prozent auf 473 (249) Mill. DM zu.

Diese Relation dürfte zunächst auch noch gehalten werden – der Anteil der Auslandskunden am *fast unveränderten Auftragsbestand* von 1,5 Mrd. DM zum Jahresbeginn lag bei 55 Prozent. Allerdings hatte sich der Inlandsbestand im Jahresverlauf um 25 Prozent auf 671 Mill. DM erhöht, während der Auslandsbestand um ein Sechstel auf 806 Mill. DM gesunken war.

Auch der Ertrag wurde 1982 offensichtlich vom Ausland bestimmt. Während im Inland lediglich ein „positives" Ergebnis erwirtschaftet wurde, bekamen die Auslandsgewinne sogar das Prädikat „gut". Der unveränderte Jahresüberschuß der AG von 4 Mill. DM, der wieder eine Dividende von 5 DM je 50-DM-Aktie auf 20 Mill. DM Grundkapital erlaubt, zeigt indessen wenig von der tatsächlichen Ertragsverbesserung.

ASKO / Umsatzplus entgegen dem Branchentrend – positives Betriebsergebnis

Dividendenerhöhung in Aussicht gestellt

JOACHIM WEBER, Saarbrücken

„Wir haben tatsächlich die Absicht, für das Jahr 1983 eine wesentlich höhere Dividende zu zahlen, als wir sie 1982 gezahlt haben", kündigt Helmut Wagner, Vor*standsvorsitzender der Asko Deut*sche Kaufhaus AG, Saarbrücken, an. Für 1982 hatten die Aktionäre (Ree-Handelsgruppe mit 15 Prozent und Streubesitz) 6 DM je 50-DM-Aktie auf 14,7 Mill. DM Grundkapital erhalten.

Grundlage der optimistischen Prognose ist erstens die Umsatz- und Ertragsentwicklung im ersten *Halbjahr* 1983. *Entgegen dem* Branchentrend steigerte der Einzelhandelskonzern seinen Umsatz bis zur Jahresmitte um 15 Prozent. Spitzenreiter beim Wachstum blieben die Praktiker-Baumärkte, gefolgt von den Zebra-Verbrauchermärkten, den Adler-Bekleidungsmärkten und den Basar-Selbstbedienungskaufhäusern. Wagners zweiter Grund, nun auch den Aktionären wieder etwas mehr („mindestens 10 Mark je Aktie") zu versprechen: 1982 gelang es der Gruppe erstmals wieder, ein deutlich positives Betriebsergebnis zu erwirtschaften, nachdem noch im Vorjahr der Jahresüberschuß von 3,1 Mill. DM ausschließlich aus dem außerordentlichen Bereich stammte.

Der DVFA-Gewinn je Aktie, in diesem Jahr offenbar etwas strenger berechnet als beim letztenmal, illustriert die Entwicklung recht eindrucksvoll. Von minus 4,99 DM stieg er auf 35,02 DM einschließlich

Körperschaftssteuerguthaben. *Auch der Cash-flow zeigt mit* 40 (32) Mill. DM deutlich nach oben. Der Jahresüberschuß des Konzerns von 9,6 Mill. DM (in dem freilich nur ein Teil der Gruppe konsolidiert ist) erlaubt denn auch neben der Start-Dividende neue Rücklagen von 6 Mill. DM. Getragen wurde die spürbare Ertragserhöhung nicht nur von der Steigerung der Gruppenumsätze um gut 5 Prozent auf 1,51 (1,43) Mrd. DM (ohne die zur Jahresmitte an Rewe abgegebenen badischen Lebensmittelfilialen – einschließlich ihrer Umsätze ging das Gruppenvolumen von 1,7 auf 1,64 Mrd. DM zurück). Auch die energisch betriebene Umstrukturierung („Seit der Gründung der Asko AG 1972 haben wir die permanente Revolution") kam zum Tragen.

Dafür einige Beispiele:

- 76 Prozent des Gruppenumsatzes werden heute auf Großflächen erzielt; einst war Asko Genossenschaft der klassischen Lebensmittelhändler.
- Der Non-food-Anteil am Gruppenumsatz lag 1982 bei 46 Prozent und soll in diesem Jahr die 50-Prozent-Marke erreichen. Noch 1978 lag die Vergleichsquote bei 12 Prozent.
- Schließlich wurde die regionale Basis verbreitert: Anfangs noch ganz aufs Saarland beschränkt, erzielt die Gruppe inzwischen zwei Drittel ihres Umsatzes in anderen Bundesländern.

HYPO-BANK / Starke Nachfrage nach Darlehen

Ertrag kräftig verbessert

DANKWARD SEITZ, München

Die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, hat im ersten Halbjahr 1983 eine kräftige Ertragssteigerung erzielt. Wie es in einem Zwischenbericht heißt, überschritt der Zinsüber*schuß (ohne Einmalmarge) Ende* Juni 685 Mill. DM, das sind 15 Prozent mehr als der halbe Zinsüberschuß des Vorjahres. Der Provisionsüberschuß erhöhte sich um 26 Prozent auf 116 Mill. DM. Nach Abzug des Sach- und Personalaufwands verblieb damit ein um 28 Prozent verbessertes Teilbetriebsergebnis von 395 Mill. DM. Die Bilanzsumme blieb allerdings mit 60,1 Mrd. DM um 0,5 Prozent hinter dem Vorjahresstand zurück. Darin spiegelt sich nach Ansicht der Bank sowohl die schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung als auch die „risikobewußte und ertragsbezogene Geschäftspolitik" wider.

Die Ergebnisverbesserung wird zum einen auf die Erhöhung des kurzfristigen Kundenkreditgeschäfts zurückgeführt, das seit Ende 1982 um fast 200 Mill. auf über 12,4 Mrd. DM stieg. Dagegen wurden die langfristigen Kredite um über 300 Mill. auf 9,8 Mrd. DM abgebaut. Insgesamt erreichte das Kreditvolumen 22,3 Mrd. DM. *Auf der Passivseite stand zum anderen* einem Rückgang der Kundentermineinlagen um 685 Mill. DM ein Wachstum von Sicht- und Spareinlagen von über 400 Mill. DM gegenüber.

Im Hypotheken-Bankgeschäft verstärkte sich den Angaben zufolge die bereits Ende des Vorjahres lebhafte Darlehensnachfrage, die sich erst im Juni durch den Wiederanstieg der Zinsen verlangsamte. Zugesagt wurden mit 1,6 Mrd. DM rund 45 Prozent mehr Darlehen. Bei den Kommunaldarlehen erhöhten sich die Zusagen um 79 Prozent auf 912 Mill. DM. Ausgezahlt wurden 1,3 Mrd. DM (plus 85 Prozent) und 1,0 Mrd. DM (plus 150 Prozent). Der Darlehensbestand nahm um 5 Prozent auf 24,8 Mrd. DM zu.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1983/84

Humanmedizin
1. vorklinisches Semester

von	nach
1 FU Berlin	Bonn
2 FU Berlin	Düsseldorf
3 FU Berlin	Köln
4 Frankfurt	Tübingen
5 Gießen	Hannover
6 Heidelberg	Freiburg
7 Heidelberg	Tübingen
8 Köln	Hamburg

Humanmedizin
2. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Aachen	Hamburg
3 Aachen	Köln
4 Aachen	Münster
5 Bochum	Erlangen
6 Bochum	Heidelberg
7 Bochum	Regensburg
8 Bochum	Ulm
9 FU Berlin	Heidelberg
10 FU Berlin	Tübingen
11 FU Berlin	Ulm
12 Düsseldorf	Freiburg
13 Düsseldorf	Heidelberg
14 Düsseldorf	Münster
15 Düsseldorf	Uni München
16 Essen	Hannover
17 Essen	Hamburg
18 Essen	Kiel
19 Essen	Münster
20 Gießen	Freiburg
21 Mainz	Freiburg
22 Ulm	Uni München

Humanmedizin
3. vorklinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Tübingen
2 Bochum	Marburg
3 Erlangen	TU München
4 Erlangen	Uni München
5 Gießen	TU München
6 Gießen	Uni München
7 Köln	Hamburg
8 Saarbrücken	Bochum
9 Saarbrücken	Frankfurt
10 Saarbrücken	Mainz

Humanmedizin
4. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	TU München
2 Aachen	Uni München
3 FU Berlin	Bonn
4 FU Berlin	Freiburg
5 FU Berlin	Lübeck
6 FU Berlin	Münster
7 FU Berlin	Uni München
8 FU Berlin	Würzburg
9 Düsseldorf	Bonn
10 Essen	Münster
11 Gießen	Göttingen
12 Gießen	Hamburg
13 Gießen	Lübeck
14 Gießen	Tübingen
15 Gießen	Würzburg
16 Köln	Freiburg
17 Köln	Heidelberg
18 Köln	Uni München
19 Kiel	Erlangen
20 Kiel	Freiburg
21 Kiel	Uni München
22 Mannheim	Tübingen
23 Marburg	Göttingen
24 Marburg	Hannover
25 Marburg	Hamburg
26 Marburg	Lübeck
27 Marburg	Kiel
28 Mainz	Heidelberg
29 Mainz	Mannheim
30 Mainz	Tübingen
31 Saarbrücken	Erlangen
32 Saarbrücken	Uni München
33 Ulm	Freiburg
34 Ulm	Uni München
35 Ulm	Tübingen
36 Würzburg	Freiburg
37 Würzburg	Tübingen

Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1983

Noch Anlagezurückhaltung

Am Rentenmarkt blieb die erhoffte Geschäftsbelebung noch aus. Dennoch wurden einzelne öffentliche Emissionen um knapp einen halben Punkt heraufgesetzt. Unsicherheit bestand deshalb, weil die US-Bons am Vortag nicht im erhofften Ausmaß gestiegen waren. Darin sehen Rentenexperten einen Beweis für die nach wie vor bestehende Unsicherheit in der amerikanischen Zinsentwicklung. DM-Auslandsanleihen zogen bei meist ruhigem Geschäft überwiegend leicht an, auch ein Teil der in der Vorwoche gedrückten brasilianischen Emissionen. Pfandbriefe veränderten sich nur wenig.

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Fester schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Mittwoch an der New Yorker Comex. Höher notierten ebenfalls Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	20. 7.	19. 7.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	357,75	346,00
Sept.	370,00	365,25
Dez.	388,50	372,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	233,91	234,81
Amber Durum	237,16	236,86
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	124,50	119,50
Okt.	129,00	124,00
Dez.	133,10	128,10
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	94,80	92,60
Okt.	93,50	90,20
Dez.	94,80	91,70
Hafer Chicago (c/bush)		
Juli	163,00	153,75
Sept.	169,50	159,75
Dez.	182,75	172,75
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	338,00	335,50
Sept.	323,75	314,00
Dez.	320,50	310,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
Juli	101,70	97,80
Okt.	104,90	100,70
Dez.	108,50	104,20

Genußmittel

	20. 7.	19. 7.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Juli	127,49	127,25
Sept.	128,76	127,90
Dez.	126,75	126,20
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2245	2090
Sept.	2265	2150
Dez.	2280	2185
Umsatz	4025	4415
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	10,00	9,75
Sept.	10,33	10,15
Okt.	10,85	10,60
Jan.	11,41	11,19
März	11,70	11,46
Umsatz	12 014	11 569
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	9,58	9,44
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt Juli	1713–1715	1695–1697
Sept.	1680–1682	1651–1652
Nov.	1642–1645	1625–1628
Umsatz	4228	2674
Kakao London (£/t) Terminkontrakt Juli	1530–1531	1525–1528
Sept.	1542–1543	1536–1537
Dez.	1558–1559	1556–1557
Umsatz	3295	5641
Zucker London (£/t) Rohzucker Aug.	165,00–166,00	162,50–163,00
Okt.	170,05–170,20	166,65–166,75
Dez.	175,00–176,00	171,00–172,75
März	–	181,60–181,70
Mai	188,00–188,50	184,60–185,00
Umsatz	5111	6148
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	247,50	250,00
weißer Sarawak	360,00	360,00
weißer Muntok	365,00	365,00

	20. 7.	19. 7.
Orangensaft New York (c/lb)		
Juli	117,70	117,55
Sept.	115,15	115,10
Nov.	108,90	108,90
Jan.	108,40	108,30
März	108,20	108,20
Umsatz	150	200

Öle, Fette, Tierprodukte

	20. 7.	19. 7.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	30,25	30,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	20,00	20,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Juli	21,92	21,10
Aug.	22,13	21,16
Sept.	22,30	21,35
Okt.	22,50	21,50
Dez.	22,87	21,88
Jan.	23,07	22,08
März	23,40	22,40
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	24,00	24,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	16,00	16,00
Choise white hog 4% fr. F.	13,625	13,625
Talg New York (c/lb) top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	13,50	12,50
Schweine Chicago (c/lb) Juli	45,60	46,05
Aug.	44,30	43,05
Okt.	39,20	38,20
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Juli	53,40	52,00
Aug.	49,52	47,45
Febr.	57,30	45,35
Rinder Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	62,00	62,00
Kühe einh. schwere River Northern	51,00	51,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Juli	692,00	665,00
Aug.	697,50	668,00
Sept.	706,75	677,50
Nov.	725,50	697,00
Jan.	739,25	709,00
März	754,50	724,50
Mai	765,00	735,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Juli	199,80	191,20
Aug.	201,20	191,40
Sept.	203,40	193,20
Okt.	206,20	196,00
Dez.	211,50	202,20
Jan.	214,00	204,50
März	218,00	208,90
Leinsaat Winnip. (can. $/t) Juli	301,30	295,20
Okt.	308,50	304,20
Dez.	314,50	310,00
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	37,50	37,00

	21. 7.	20. 7.
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	645,00	635,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	457,50	445,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	440,00	410,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	125,00	121,00
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	980,00	880,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	258,00	253,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	20. 7.	19. 7.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Juli	78,80	77,95
Okt.	77,70	76,20
Dez.	79,20	77,65
März	79,90	78,45
Mai	80,25	78,95
Juni	75,90	74,75
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	58,25	58,75
Wolle Lond. (Austr. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:		
Aug.	462–464	461–462
Okt.	445–449	448–450
Dez.	446–448	443–446
Umsatz	62	70
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:		
Juli	45,00	44,90
Okt.	45,50	45,50
Dez.	45,80	45,80
März	46,10	46,10
Umsatz	0	27 000
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype		
Juli	540,0–542,0	538,0–540,0
Okt.	561,0–562,0	561,5–563,0
Dez.	577,0–577,5	577,0–580,0
Umsatz	42	38
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen		
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager		
Juli	13 889	13 889
Aug.	13 825	13 826
Kautschuk London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	80,00–81,50	79,00–81,00
Aug.	78,90–79,00	77,50–80,00
Sept.	77,70–79,50	77,00–79,80
Okt./Dez.	79,10–79,20	78,10–78,20
Tendenz: ruhig stetig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Nr. 1 RSS loco:	260,50–261,50	260,50–261,50
Aug.	264,00–265,00	264,00–264,50
Sept.	267,50–268,50	267,50–268,50
Nr. 2 RSS Aug.	260,50–261,50	260,50–261,50
Nr. 3 RSS Aug.	257,00–258,00	257,00–258,00
Nr. 4 RSS Aug.	251,00–252,00	251,00–252,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)		
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	21. 7.	20. 7.
Blei: Basis London laufend. Monat	105,21–105,60	103,46–103,56
drittfolg. Monat	109,34–109,53	107,40–107,50
Zink: Basis London laufend. Monat	197,14–191,24	194,34–194,56
drittfolg. Monat	203,14–203,34	199,85–200,29
Produz.-Preis	200,53	201,61
Reinzinn 99,9%	3646–3683	3696–3732

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	21. 7.	20. 7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	444,23–446,59	440,61–442,97
Blei in Kabeln	113,00–114,00	111,25–112,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	21. 7.	20. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	362–379	360–376
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	406–409	406–409
MS 63	414–417	411–415

Zinn-Preis Penang

	20. 7.	19. 7.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,12	29,97

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	21. 7.	20. 7.
Leg. 225	361–362	361–362
Leg. 226	364	364
Leg. 231	382–401	382–401
Leg. 233	407–412	407–412

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	21. 7.	20. 7.
Platin (DM je g)	38,75	38,50
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	35 900	35 700
Rücknahmepr.	35 100	34 900
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	35 860	35 760
Rücknahmepr.	34 780	34 690
verarbeitet	37 640	37 530
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 630	35 535
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	1052,60	1034,00
Rücknahmepr.	1015,80	997,80
Verarbeitet	1099,30	1079,80

Internationale Edelmetalle

	21. 7.	20. 7.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	429,25	426,00
15.00	429,75	428,25
Zürich mittags	430,75–431,50	426,00–426,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	106 150	106 100
Silber (p/Feinunze) London Kasse	820,40	805,65
3 Monate	840,10	824,65
6 Monate	860,90	845,65
12 Monate	904,10	887,75
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt (20. 7. / 19. 7.)	285,55	284,75
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	95,20	94,60

New Yorker Preise

	20. 7.	19. 7.
Gold H & H Ankauf	429,25	423,75
Silber H & H Ankauf	1242,00	1218,00
Platin fr. Händlerpr.	435,00–441,00	427,00–434,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr	146,00–148,00	142,00–144,00
Produz.-Preis	130,00	140,00
Silber (c/Feinunze) Juli	1246,00	1212,00
Aug.	1251,40	1219,00
Sept.	1259,00	1226,00
Dez.	1293,00	1259,00
Jan.	1306,60	1273,60
März	1327,00	1296,00
Mai	1352,20	1318,30
Umsatz	29 000	–

New Yorker Metallbörse

	20. 7.	19. 7.
Kupfer (c/lb) Juli	75,60	74,80
Aug.	75,90	75,15
Sept.	76,45	75,85
Dez.	78,60	77,90
Jan.	79,30	78,60
März	80,60	79,90
Mai	81,85	81,15
Umsatz	18 000	–

Londoner Metallbörse

	21. 7.	20. 7.
Aluminium (£/t) Kasse	1010,0–1010,5	1005,5–1006,5
3 Monate	1038,9–1038,5	1033,0–1033,5
Blei (£/t) Kasse	267,50–268,50	265,50–266,00
3 Monate	278,00–278,50	275,50–276,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1117,0–1117,5	1107,5–1108,0
3 Monate	1134,0–1134,5	1120,5–1121,5
abends Kasse	–	1109,0–1110,0
3 Monate	–	1123,5–1124,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1073,0–1074,0	1069,0–1071,0
3 Monate	1099,5–1100,0	1089,0–1091,0
Zink (£/t) Kasse	501,25–501,50	500,00–500,50
3 Monate	516,50–517,00	514,50–515,00
Zinn (£/t) Kasse	8470–8475	8400–8410
3 Monate	8535–8540	8495–8500
Quecksilber $/Fl.	–	280–295
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	79–82

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Aktien weiter freundlich

Neue Höchstkurse bei Daimler und Degussa

DW. – Die sich abzeichnenden Erleichterungen in der USA-Geldpolitik und die daraus resultierende feste Tendenz an der New Yorker Aktienbörse lösten bei den deutschen Standardaktien Meinungskäufe aus, die wegen des Materialmangels nur zu steigenden Kursen ausgeführt werden konnten. In der zweiten Börsenstunde trat aber bereits eine Ernüchterung ein, als sich zeigte, daß weder die Ausländer noch deutsche Großanleger bereit waren, auf Basis der gestiegenen Kurse größere Anschlußorder zu erteilen.

Daimler und Degussa erreichten mit 600 DM (plus 10 DM) beziehungsweise 395 DM (plus 6 DM) neue Höchstkurse. Bei Degussa regt immer noch die beabsichtigte Einführung bleifreien Benzins an, das der Gesellschaft als Hersteller von Katalysatoren zusätzliche Geschäftsmöglichkeiten eröffnen wird. Warenhausaktien setzten, wenn auch verlangsamt, ihren Anstieg fort. Selbst Horten nahmen mit einem Plus von 2,50 DM auf 146 DM nunmehr an der freundlichen Tendenz teil. Obwohl die Maschinenbauaktien nach wie vor als umstritten gelten, gab es auch hier höhere Kurse.

Düsseldorf: Rhenag erhöhten um 10 DM, Hochtief um 8 DM und Leffers um 6 DM. AEG Kabel Rheydt verbesserten sich um 4,50 DM und Hageda um 4 DM. Schubsa stockten um 3 DM auf 78 DM auf und Gerresheimer Glas um 2 DM auf 117,50 DM. Nachgeben mußten Dahlbusch VA um 10 DM und Rheintextil um 10 DM. Rheinwestkalk verloren 8 DM auf 222 DM und Heinrich 3 DM auf 280 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Allianz Leben um 40 DM auf 2400 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte konnten sich bis zu 5 DM verbessern. Darüber hinaus wurden Daimler auf 600 DM erhöht. Von Nebenwerten blieben Buderus 445 DM plus 15 DM, Stempel 139 DM plus sechs DM, Pfälzische Hypo 540 DM plus 10 DM, Rheinische Hypo 495 DM plus 13 DM.

Hamburg: Triton schwächten sich um 2,50 DM auf 135 DM ab. Versorgungspapiere lagen wenig verändert. NWK-Vorzüge wurden mit 164 DM (plus 0,90 DM) und HEW unverändert mit 101,10 DM gehandelt. Phoenix Gummi kamen auf 145,50 DM und Bremer Vulkan auf 49,50 DM. Haller Meurer stiegen wieder um 4,50 DM auf 155 DM. Holsten Brauerei wechselten zu 265 DM (plus 2 DM) den Besitzer. Beiersdorf lagen bei 349 DM (plus 1 DM) gut behauptet.

München: Dywidag erhöhten um 7,50 DM auf 318 DM und Edelstahl Witten um 4 DM auf 195 DM. Enost gaben um 10 DM auf 290 DM nach und Markt u. Kühlhallen um 5 DM auf 285 DM. Heilit + Wörner stockten um 5 DM auf und Neue Baumwolle Hof um 4,50 DM. Spinnerei Kolbermoor verminderten um 15 DM auf 900 DM und Ver. Filzfabrik erhöhten um 6 DM auf 149 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf zogen um 20 DM an. DeTeWe festigten sich um 6 DM, DUB-Schultheiss um 5,50 DM und Berliner Kindl um 3,10 DM. Engelhardt wurden um 3 DM höher taxiert. Orenstein lagen um 2 DM freundlicher. Herlitz Vorzüge büßten 4 DM ein.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

New York

	21. 7.	20. 7.		21. 7.	20. 7.		21. 7.	20. 7.
Continental Group	45,875	43,75	Nat. Semiconductor	51,25	48			
Control Data	58,25	57	National Steel	25	24			
CPC Int.	38,125	37,50	NCR	127	114,375			
Curtiss Wright	56,375	55,25	Newmont	56	54			
Deere	33,125	32,875	PanAm World	7,75	7,375			
Delta Airlines	37,75	37,75	Pfizer	47,75	40,75			
Digital Equipm.	115,875	112,875	Phibro	34,75	34			
Dow Chemical	34,5	33,375	Phillips Petroleum	36,125	35,25			
Du Pont	47,25	46,875	Philip Morris	59,625	58,375			
Eastern Gas-Fuel	21,875	22	Pittston	16,375	16			
Eastman Kodak	70,25	69,75	Polaroid	27,625	27,50			
Exxon	35,125	34,50	Prime Computer	16,25	16,75			
Fabergé	19,50	19,625	Procter & Gamble	53,25	52,25			
Firestone	18,375	17,625	RCA	29	28,50			
Fluor	20,875	20,625	Revlon	34	33,375			
Ford	58,50	57	Reynolds Ind.	51	50,75			
Foster Wheeler	16,50	15,375	Rockwell Int.	31,75	30,50			
Fruehauf	36	34,75	Rorer Group	31	30,125			
GAF Corp.	14,625	15,25	Schlumberger	57,50	55,625			
General Dynamics	54,25	52	Sears, Roebuck	42	40,375			
General Electric	53,25	50,75	Shell Oil	49,50	49			

[illegible]

Toronto

	21. 7.	20. 7.
Abitibi Paper	25,375	25,50
Alcan Alu.	42	40,50
Bk. of Montreal	28,625	28,25
Bk. of Nova Scotia	42,875	41,75
Bell Canada	26,375	26
Bluesky Oil	5,25	5,12
Bow Valley	29,625	28,375
Brenda Mines	16	16
Brunswick M. & Sm.	18,25	19
Cdn. Imperial Bk.	33,625	33,125
Cdn. Pacific Ltd.	47	46,25
Cdn. Pacif. Enterpr.	24,75	24,25
Cominco	51,625	51,125
Coseca Res.	4,35	4,35
Denison Mines	47	44,50
Dome Petroleum	6	5,875
Domtar	24,50	24,50
Falconbridge Nickel	77,625	76,75
Great Lakes Paper	82,75	82
Gulf Canada	20	19,75
Gulfstream Res.	1,36	1,37

London

	21. 7.	20. 7.
All. Breweries	141	138
Anglo Am. Corp. $	21,15	20,75
Anglo Am. Gold $	1,2	1,19
Babcock Int.	158	158
Barclays Bank	499	498
Beecham	355	353
Bowater	242	238
B. A. T. Industries	–	144
Br. Leyland	–	–
British Petroleum	400	396
Burmah Oil	158	157
Cadbury Schweppes	111	111
Charter Cons.	295	303
Cons. Gold. Fields	569	–
Cons. Murchison	450	–
Courtaulds	94	94
De Beers $	10,06	9,95
Distillers	216	217
Driefontein $	36,13	35,58
Dunlop	–	–

Mailand

	21. 7.	20. 7.
Bastogi	[illegible]	[illegible]
Fiat	[illegible]	[illegible]
Rasider A	50	48,75
Generali	130500	130000
IFI Vz.	4840	4915
Italcementi	46500	47100
Italgas	999,75	1019
Lepetit St.	25000	24800
Magneti Marelli	821	815
Mediobanca	63700	63900
Mondadori	2900	2880
Montedison	195	194
Olivetti Vz.	3046	3005
dgl. St.	3245	3260
Pirelli SpA	1725	1740
Rinascente	344,5	351
RAS	142500	142650
S. A. I.	12900	15100
SIP	1890	1819
Snia Viscosa	1095	1090
STET	1749	1750
Index	–	194,45

Amsterdam

[illegible]

Index: ANP/CBS 112,4 111,8

Wien

	21. 7.	20. 7.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	212	212
Gösser-Brauerei	329	329
Länderbank Vz.	210	210
Österr. Brau AG	275	289
Perlmooser	359	359
Reininghaus	360	358
Schwechater Br.	171	173
Semperit	107	–
Steyr-Daimler-P.	160	161
Universale Hoch/Tief	225	–
Veitscher Magnesit	215	212
Index	55,34	55,58

Tokio

	21. 7.	20. 7.
Sumitomo Bank	500	500
Sumitomo Marine	220	219
Tokedo	789	780
Teijin	325	314
Tokyo Marine	475	475
Tokyo El. Power	979	972
Toray	420	417
Toyota Motor	1240	1200
Index	665,14	659,05

Kopenhagen

	21. 7.	20. 7.
Den Danske Bank	289	284
Jyske Bank	530	500
Kopenh. Handelsbk.	268	264
Novo Industri	2880	2700
Privatbanken	265	260
Ostasiat. Komp.	128,25	125,5
Dan. Sukkerfabr.	584	572,5
For. Bryggerier St.	964	953
Kgl. Porc. Fabr.	335	338

Zürich

	21. 7.	20. 7.
Winterthur Part.	2700	2670
Zür. Vers. Inh.	16450	16350
Ind.: Schw. Kred.	289,6	287,8

Brüssel

	21. 7.	20. 7.
Arbed	Geschlossen	1190
Brux. Lambert		2280
Cockerill Ougrée		145
Ebes		2390
Gevaert		2295
Kredietbank		6400
Pétrofina		5610
Soc. Gén. d. Belg.		1890
Sofina		4840
Solvay		2940
UCB		3890
Index		128,8

Madrid

[illegible]

Hongkong

	21. 7.	20. 7.
Hutch. Whampoa	14,90	14,90
Jard. Matheson	–	–
Swire Pac. + A +	–	–
Wheelock + A +	5,70	5,70

Singapur

	21. 7.	20. 7.
Cycle + Car.	6,15	6,00
Cold Storage	5,15	5,10
Dev. Bk. of Sing.	9,45	9,50
Fraser + Neave	8,75	8,65
Kl. Kepong	2,60	2,69
Mal. Banking	9,30	9,30
Nat. Iron	7,20	7,10
OCBC	10,80	10,80
Sime Darby	2,32	2,30
Singapur Land	4,85	4,75
Ua. Overs. Bank	5,45	5,35

Sydney

	21. 7.	20. 7.
ACI	1,40	1,50
Ampol Explor.	2,80	2,50
Bk. New S. Wales	3,05	2,95
Brok. Hill. South	–	–
Brok. Hill. Prop.	10,10	9,78
Coles	3,20	3,12
CRA	6,00	5,74
CSR (Thaiss)	4,32	4,30
Metals Expl.	0,73	0,70
MIM-Holdings	4,78	4,68
Myer Emporium	1,46	1,49
North Broken Hill	3,20	3,10
Oakbridge	1,57	1,40
Peko Wallsend	7,60	7,30
Poseidon	6,00	5,36
Thomas Nat. Tr.	1,95	1,90
Walkons	0,58	0,54
Western Mining	–	4,74
Woodside Petr.	1,30	1,30
Index	471,5	465,3

Paris

[illegible]

Optionshandel

Frankfurt: 21. 7.: 774 Optionen, 41 000 (30 850) Aktien, davon 91 Verkaufsoptionen = 4850 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-70/7,30, 10-75/4,10, 10-80/2,40, 1-75/6, 1-85/3,60, Siemens 10-338,05/34, 10-350/25,60, 10-360/20, 10-370/9, 1-380/10,40, 1-400/8,40, 1-410/4,40, 4-360/40, 4-400/14, Veba 10-190/6, 1-170/20,65, 1-180/15, 1-190/9,50, 4-180/16, BASF 10-145/10,20, 10-160/3,50, 1-140/18,60, 1-155/12, 1-160/8,50, 1-170/5,40, Bayer 10-136/17,80, 10-150/7,10, 10-160/5,20, 1-136/19,70, 1-146/13,90, 1-150/12,20, 1-156/4,30, 1-160/7,80, 1-160/5, 1-170/4,15, 4-150/14,60, 4-160/10,60, Hoechst 10-144,50, 10-154,50/7,50, 10-160/5, 10-170/4,20, 1-150/15,50, 1-160/9, 1-170/6, 4-170/7, 4-180/4, BMW 10-410/12, 1-410/22, VW 180/25,80, 10-190/16, 10-200/12, 10-210/7, 1-180/13, 1-220/8,15, 4-200/24,80, 4-220/15, Conti 10-90/28,80, 10-95/20,20, 10-100/16,50, 10-120/4,90, 1-90/29,10, 1-95/25, 10-100/20,20, 1-110/13,10, 1-120/9,15, 4-110/16, 4-120/12, Lufthansa 1-127,50/12,60, Lufthansa Vorz. 10-130/9, Commerzbank 10-170/15,15, 10-180/9, 10-190/5,80, 10-200/3,95, 1-180/16, 1-190/11,85, 1-200/10, 1-210/6, Deutsche Bank 1-340/25,20, 1-380/14,60, Dresdner Bank 10-180/10, 10-190/6, 10-200/3,50, 1-200/7,60, 4-200/15, Hoesch 10-45/7,50, 10-50/3,90, 10-55/2,80, 10-60/1,50, 1-45/10, 1-50/8, 1-55/4,60, 1-60/3,10, 4-60/5, Mannesmann 10-150/4,40, 1-150/10,60, 1-160/6,65, 1-170/3,60, 4-150/13,50, 4-160/10,50, 4-180/4,20, Preussag 1-290/9,60, Thyssen 1-180/6,80, 1-85/4, 1-90/3,90, 4-80/10,70, Bay. Ver.-Bank 4-370/15, AGIV 1-330/25, Bewag 1-100/12,60, BBC 10-220/5, 1-220/9,40, Daimler 10-558,50/42, 1-590/28,20, Degussa 1-400/17, 4-400/26, GHH 10-16, Karstadt 1-290/10, Klöckner 10-40/3,50, 10-45/2,50, 1-40/6,40, 1-45/4, 1-50/3,60, 4-40/7,50, M.A.N. 1-150/9, Mercedes 1-540/13,60, Metallges. 1-240/5, 4-240/15, RWE 1-180/5,15, Schering 10-370/6, 1-380/28, 4-380/19, Varta 4-190/16, VEW 4-120/11,40, Chrysler 1-85/13, 1,90/8,15, 4,95/9,30, General Motors 10-200/7,60, Sperry Rand 10-100/13, 4-110/14, Xerox 4-120/16, Sonny 4-40/4,55, Philips 1-50/4, Royal Dutch 1-120/12, 1-130/6,90, 4-130/11,40, EM 4-55/9,60, Norsk Hydro 10-150/18,80, 10-170/8,10. **Verkaufsoptionen:** Siemens 10-350/5, 1-350/10, Hoechst 10-150/2,30, BMW 1-370/6,80, 1-390/13, 4-360/8, VW 10-200/8, 1-190/8,50, Commerzbank 10-190/7, 1-180/4,30, 1-190/11,50, Deutsche Bank 1-340/13,50, Hoesch 10-55/4, Mannesmann 10-150/4, 1-150/6,50, BHF 10-310/10, BBC 4-210/18,50, Daimler 10-590/24, 1-570/9,20, 1-590/18, Kaufhof 10-280/6, Klöckner 10-45/5, 1-50/4,10, IBM 1-320/20, Philips 10-45/3,40, 1-45/4,20, Nord Hydro 10-180/6,90. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 21. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½– 9¾	4⅝–4⅞	4⅝–4⅞
3 Monate	9⅞–10	5 –5¼	4⅝–4⅞
6 Monate	10⅛–10⅜	5½–5¾	4¾–5
12 Monate	10½–10¾	5⅞–6⅛	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 21. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1490,00	1795,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1203,00	1415,61
5 US-Dollar (Liberty)	518,00	645,21
1 £ Sovereign alt	258,00	316,92
1 £ Sovereign Elizabeth II	247,00	304,38
20 belgische Franken	190,00	250,80
10 Rubel Tscherwonez	267,00	332,88
2 südafrikanische Rand	251,00	308,94
Krüger Rand, neu	1118,00	1320,12
Maple Leaf	1118,00	1320,12
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	254,00	323,76
20 schweiz. Franken „Vreneli“	214,00	272,46
20 franz. Franken „Napoléon“	214,00	272,48
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1085,00	1248,30
20 österr. Kronen (Neuprägung)	208,00	259,92
10 österr. Kronen (Neuprägung)	109,00	141,36
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	480,00	587,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	113,00	151,62

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

21. 7. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs⁴)	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York³)	2,5629	2,5709	2,5355	2,52	2,61
London¹)	3,919	3,933	3,879	3,86	4,01
Dublin¹)	3,153	3,167	3,094	3,11	3,25
Montreal³)	2,0792	2,0872	2,0696	2,05	2,14
Amsterd.	89,305	89,525	89,285	88,50	90,50
Zürich	122,870	123,070	122,97	121,25	124,00
Brüssel	4,986	5,006	4,947	4,88	5,08
Paris	33,175	33,335	32,505	32,25	34,25
Kopenh.	27,685	27,805	27,465	26,75	28,75
Oslo	35,110	35,230	34,47	34,50	36,25
Stockh.**)	33,425	33,585	33,005	33,00	34,75
Mailand²) **)	1,684	1,694	1,641	1,66	1,75
Wien	14,214	14,234	14,317	14,13	14,38
Madrid**)	1,740	1,750	1,635	1,72	1,84
Lissabon**)	2,155	2,175	2,055	1,84	2,75
Tokio	1,0730	1,0760	—	1,03	1,09
Helsinki	46,010	46,210	45,16	45,75	47,50
Buen. Air.	-	—	—	—	33,00
Rio	-	—	—	0,10	0,75
Athen*) **)	3,018	3,072	—	2,40	3,40
Frankf.	-	—	—	—	—
Sydney*)	2,2330	2,2720	—	2,16	2,31
Johannesbg.*)	2,3370	2,3560	—	1,90	2,19

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Nachdem das Gerücht vom Vortag über die Erweiterung des Geldmengenkorridors M1 von FED-Chef Volcker bei dessen Hearing vor dem Kongreß bestätigt wurde, setzte der Dollar am 21. 7. seine nachgebende Tendenz fort, ohne jedoch den Tiefstkurs von 2,5650 an den fernöstlichen Märkten zu unterschreiten. An der Börse wurde ein Mittelkurs von 2,5669 festgestellt. Ausgeprägter als gegen D-Mark war der Dollar-Rückgang gegenüber dem Schweizer Franken, der sich um 74 Pfg auf 122,97 als einem neuen Jahreshöchstkurs befestigte, der japanische Yen schwächte sich um 0,15 Pfg auf 1,0745 ab. Unter Anführung der norwegischen Krone, die um 13 Pfg auf 35,17 nachgab, notierten die übrigen skandinavischen Währungen ebenfalls bis zu 0,3 Prozentpunkten tiefer. US-Dollar in: Amsterdam 2,8695; Brüssel 51,6725; Paris 7,7175; Mailand 1518,70; Wien 18,0330; Zürich 2,0874. Ir. Pfund/DM 3,160; Pfund/Dollar 1,5295.

Ostmarkkurs am 21. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Am Terminmarkt ergaben sich am 21. Juli keine Veränderungen der Dollar-Abschläge per Termin, da die Depots unverändert auf Vortagsniveau gehandelt wurden.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,14-1,04	3,19-3,09	6,15-5,9[illegible]
Pfund/Dollar	-0,01-+0,02	0,05-0,09	0,11-0,1[illegible]
Pfund/DM	2,30-0,90	5,30/3,90	9,60/8,2[illegible]
FF/DM	28-13	83/67	172/15[illegible]

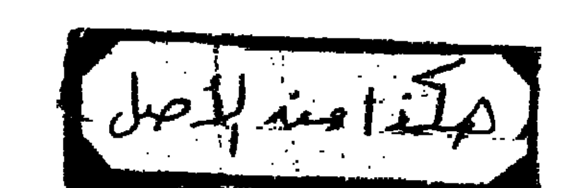
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21. 7.: Tagesgeld 5,0 Prozent; Monatsgeld 5,2–5,3 Prozent; Dreimonatsgeld 5,4–5,5 Prozent.

Privatdiskontsätze am 21. 7.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 21. 7.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/9 (Typ A) 4,00 (4,00)–6,00 (4,98)–7,50 (5,77)–8,50 (6,38)–9,00 (6,83)–9,50 (7,20). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,00 (4,00)–6,00 (5,00)–7,50 (5,83)–8,50 (6,49)–9,00 (6,96)–9,50 (7,40)–9,50 (7,70). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,97. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.



Gang zur Großmutter

ebi. – In einem Bericht über die Zentralstelle für Genealogie in Leipzig bescheinigte dieser Tage die Ostberliner „Neue Zeit" der Ahnenforschung, daß sie den Familiensinn zu fördern vermag und sogar „das Geschichtsbewußtsein insgesamt". Nun gibt es zwar seit einigen Jahren zahlreiche Belege für die unaufhaltsame Wandlung der „DDR" in ihrem Selbstverständnis – vom sozialistischen Internationalismus zum deutschen Nationalstaat –, aber hier kommt widersprüchlich Verblüffendes doch in recht geballter Ladung vor.

Denn der Bericht heizt seine Leser geradezu an, den Gang zu den Müttern anzutreten. „Möchten Sie erkunden, ob die Wurzeln Ihrer Herkunft in Thüringen, Sachsen oder Mecklenburg liegen? Dann wenden Sie sich an die Zentralstelle für Genealogie (Ahnenforschung) in Leipzig!" Sachsen, Thüringen, Mecklenburg? Sind das nicht die Namen jener alten Feudalprovinzen, die es in der heutigen „DDR" gar nicht mehr gibt, weil sie 1952 durch handliche Bezirke wie Suhl und Cottbus ersetzt wurden?

Daß sich die Ahnenforschung hüben wie drüben von ihrem Mißbrauch durch die Ahnenpaß-Archivschnüffeleien der Nazi-Zeit erholt, hat sicher sein Gutes. Wie sich aber die beschworene Förderung des Familiensinns mit jenen staatlich verordneten Erziehungsexperimenten verträgt, die nichts anderes erstreben als eben dessen Lockerung, indem man die Kinder möglichst ganztägig durch Schule und Gruppenarbeit vom Elternhaus trennt, das wird wohl die Leipziger Zentralstelle den Partei-Ideologen noch zu erklären haben.

Ohnehin dürften jüngere Leute kaum auf die Leipziger Auskünfte angewiesen sein. Wer als Arztsohn vergeblich auf einen Studienplatz wartet und ihn bloß deswegen nicht erhält, weil er kein privilegiertes Mitglied der Arbeiterklasse ist, der weiß eigentlich schon genug über Wert und Unwert der Familiengeschichte. Nicht auszudenken, wenn er nun plötzlich auch noch eine adelige Großmutter ausfindig macht.

München zeigt: „Besitzergreifung des Rasens"

Wo Wasserpieper wohnen

Kein englischer Rasen lockt, keine lauschigen Rondelle laden zum Verweilen, keine große Park-Idee macht staunen. Hier spielen Jungen Fußball, gehen Bürger gesittet spazieren, schnaufen die Jogger, liegen Sonnenanbeter, trinkfeste Stadtstreicher und kosende Liebespaare herum, Hunde, Möwen und Enten vervollständigen die chaotische Idylle. Doch im Gegensatz zum Englischen Garten, Münchens größtem Park, wird man den Begriff „Süd-Isar" vergebens in den Stadtführern suchen.

Süd-Isar, das ist das Gebiet der südlichen Isarauen, das zwischen Hellabrunn und dem Deutschen Museum liegt. In einer Ausstellung im Zuge der Reihe „Erkundungen" der Bayerischen Rückversicherung wird diese zufällige Parklandschaft mit Bildern des Fotografen Karsten de Riese präsentiert. Und die These aufgestellt, daß eine traditionelle Gartenarchitektur zumindest da falsch ansetzt, wo eine Grünanlage in erster Linie den Freizeit-Bedürfnissen der Städter entgegenkommen soll.

Eine Ausstellung, die all den zur Internationalen Gartenbau-Ausstellung anreisenden Garten-Architekten wie eine Provokation vorkommen muß, sehen sie doch, wie sich Bürger in dieser „Zufalls-Idylle" wohlfühlen. Der Titel „Besitzergreifung des Rasens" erinnert allerdings didaktisch-neudeutsch an Hausbesetzung, läßt Gewalt mitschwingen. Das Mirakel Natur wird nicht angesprochen.

Hier herrschte keine Architekturlaune. Sanfte Hügel säumen die „Isara", die „Reißende". Anders als die Londoner die Themse, die Pariser die Seine und die Frankfurter den Main, haben die Münchner ihre Isar kaum reguliert. Sie begnügten sich damit, nach und nach ein System aus schlichten Hochwasserdämmen zu errichten, deren großzügige Oberfläche Platz für eine dichte Baum- und Buschvegetation bietet. Dieser Zurückhaltung verdankt München heute die Erholungslandschaften am Isarufer, die sich völlig zwanglos an den Kernstadtbereich anschließen.

Hohe Baumkronen, die in der Glut des Sommers sich zum schattigen Dom verwandeln; blühende Wiesen mit Kräutern und Wildstauden; mehrstufige Wehre mit Kiesgeschiebe für Kinder; steile Böschungen mit wild gewachsenen Silberweiden: diese zufällige Anlage zählt heute zu den wenigen naturbelassenen Wildflußlandschaften Mitteleuropas, ist ein Paradies für Tiere vom Feuersalamander bis zur Fledermaus, von der Blaumeise bis zum Wasserpieper.

Kein Verbotsschild in diesem gewaltigen Benutzerpark, in dieser grünen Kulisse für Spiel und Erholung. Alle Vorzüge dieses „Niemandslandes" gegenüber gestalteten Parkanlagen aufgezeigt zu haben, das ist der Gewinn dieser sehenswerten Ausstellung (bis Ende des Jahres, Katalog 32 DM).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Reiterszene aus den Isarauen – Foto von Karsten de Riese aus der Münchner Ausstellung

Bilanz des Münchner Philharmonischen Sommers

Egks letzter Streich

Als vor einem Jahr die Münchner Philharmoniker mit der Ankündigung aufwarteten, während der Monate Juni und Juli das ohnehin überschwappende Konzertangebot der bayerischen Metropole um einen „Festlichen Sommer" zu bereichern, fürchteten vor allem die Veranstalter barocker Serenadenabende um ihr Publikum. Zu Unrecht. Denn die sechs Konzert-Programme der Münchner Philharmoniker, die zum Teil mehrmals wiederholt wurden, waren zwar gut besucht, aber nicht ausverkauft. Was nur bestätigt, daß Vivaldi-Fans nicht unbedingt ein Faible für Bruckner haben müssen.

Und Bruckner war im philharmonischen Sommer gleich zweimal vertreten. Sergiu Celibidache dirigierte die vierte, Eugen Jochum kaum weniger eindringlich die neunte Sinfonie. Der eine – Jochum – ganz aus dem Selbstverständnis einer katholischen Tradition heraus. Der andere aus dem Wissen um die architektonischen Zusammenhänge einer Partitur, deren Geheimnisse Intellekt und Emotion zugleich fordern. Wie Celibidache hier bei aller Noten-Analytik immer wieder zu einer Ausdrucksdichte findet, die seine Mozart- und Beethoven-Interpretationen manchmal so schmerzhaft vermissen lassen, das gehört zweifellos zu den eindringlichsten Erfahrungen dieser sommerlichen Konzerte.

Als Celibidache am dritten Abend sein Paradepferd, den Bolero von Ravel, vorführte und mit einer wunderbar klassisch ausbalancierten Haydn-Sinfonie (Nummer 104) überraschte, war das ZDF live dabei. Was den Fernsehzuschauern erspart blieb, war die Irritation, die Celibidache zwischen diesen beiden Stücken mit den Trois Nocturnes von Debussy bereitete. Da führte er uns auf höchst kapriziöse Weise sein subjektives Zeitgefühl und seine Vorstellungen von musikalischem Raum vor, den er leider nicht mit Leben zu füllen verstand.

Für die knapp zwanzig Minuten dauernde Altrhapsodie von Brahms leistete man sich den Luxus, die englische Altistin Janet Baker einzuladen. Ein überwältigender Auftritt: Wie sie die Melodiebögen rankt, wie sie den Text unter Verzicht auf opernhafte Allüre ganz in dem nachvollzieht, das ist getragen von unübertrefflichem künstlerischem Ernst.

In diesen „Festlichen Sommer" fiel auch das letzte öffentliche Auftreten von Werner Egk. Celibidache hatte Egks „Ouvertüre zu einer verschollenen Romanze" als Auftakt für ein nicht ganz geglücktes Mahler- und Schubert-Programm gewählt. Sie wurde heftig bejubelt, wofür sich der Komponist, der knapp zwei Wochen später starb, gerührt bedankte.

Im Sommer '84 will Celibidache mit Dietrich Fischer-Dieskau als Solisten die „Kreuzstab"-Kantate von Bach aufführen. Gemessen am künstlerischen Standort Celibidaches sicherlich auch ein Experiment.

VOLKER BOSER

Das Ascot für englische Musikliebhaber – Die diesjährigen Opern-Festspiele von Glyndebourne

Sieben Samurai für Mozarts Idomeneo

Der Sommer hat es mit Englands exklusivster Festspieloper bislang besonders gut gemeint. Die Damen waren beim traditionellen Picknick im Park von Glyndebourne noch luftiger gekleidet als sonst, und die Herren machten sich gleich nach der Ouvertüre im Schutz der Dunkelheit Luft und entledigten sich ungeniert der Smokingjacke. Ein Jahr vor dem 50. Geburtstag wird das Ritual von Glyndebourne zelebriert wie eh und je. Die Festspieloper ist Englands einziges Opernhaus mit obligatorischer großer Garderobe und damit so unzeitgemäß und liebenswürdig englisch wie die grauen Zylinder, ohne die man sich das Royal Ascot nicht vorstellen kann.

Die diesjährige Spielzeit zeigte die ungebrochene Kraft dieses künstlerischen Magneten in der Grafschaft Sussex. Die 64 Vorstellungen vom 26. Mai bis 10. August waren Monate zuvor trotz Preisen bis zu 140 Mark ausverkauft. Die Oper, die sich als Festspielorchester das London Philharmonic Orchestra ausborgt, erhält und braucht keine öffentlichen Subventionen. Die Sänger wissen es zu schätzen, daß hier jede Oper fünf Wochen lang geprobt wird. Glyndebourne weiß auch zu Rezessionszeiten, was es seinem elitären Ruf schuldig ist.

Fünf Opern bietet das Festspielprogramm. Der Geist des legendären Carl Ebert lebt fort mit der Pflege des Werks von Mozart und Richard Strauss. Gewiß: Glyndebourne ist primär an „kulinarischer Oper" orientiert. Das ist freilich ganz und gar nicht mit steriler Restauration identisch. Zwar bietet die Ausstattung selten gewordenen Augenschmaus, doch hat man unter der Intendanz Brian Dickies und mit Bernard Haitink als musikalischem Direktor durchaus den Mut, künstlerisch neue Wege zu gehen.

Die gespanntesten Erwartungen dieser Spielzeit waren an das Operndebüt von Trevor Nunn geknüpft, des ungemein erfolgreichen Direktors der „Royal Shakespeare Company" in Stratford und im Londoner Barbican. Ihm hatte man nun eine wahrlich harte Nuß zu knacken gegeben: Mozarts frühe heroische Oper „Idomeneo", ein Sorgenkind der Opernregisseure. Trevor Nunn konnte seinen Bühnenbildner John Napier zum Glyndebournedebüt mitbringen, mit dem er das Musical „Cats" zu einem Welterfolg machte.

Nunn hat die Geschichte des Kreterfürsten Idomeneo, der bei der Heimkehr aus dem trojanischen Krieg Neptun unwissentlich den eigenen Sohn als Opfer für guten Wind verspricht, mit Anleihen aus dem japanischen Theater in Szene gesetzt: Eine quadratische Bühne mit versetzbaren Wandschirmen, abgezirkelte Pfade, an Samurai erinnernde Krieger, der Auftritt der trojanischen Prinzessin Ilia unter einem blühenden Kirschbaumast. Diese gezielte Japanisierung entspringt dem Stilwillen nach Herausarbeitung des klassizistischen, deklamatorischen Charakters der Oper. Nunn nutzt dabei die japanische Konvention als Mittel zur Verfremdung. Er blieb dabei jedoch auf halbem Wege stehen. Sein Bühnenbildner machte die minoische Kultur präsent, so daß sich die Vision nicht rundete.

Nunn war um differenzierte Gestik und Mimik der Sänger bemüht, um Mozarts Seelensprache ins Visuelle zu übersetzen. Dabei brachte er den auf der Sprechbühne von Stratford an Shakespeare so hoch entwickelten Bühnenstil sehr glücklich ins Spiel, der Rhetorik ständig auflockert, durch Ironie kontrastiert und damit das Statische von Geschehen und Handlung differenziert, ent-feierlicht und vermenschlicht.

Unter der Stabführung des musikalischen Hausherrn bewältigte der Engländer Philip Langridge die Schwierigkeiten der Titelpartie scheinbar mühelos. Am überzeugendsten war die Amerikanerin Carol Vaness als Elektra.

Glyndebourne hatte den „Idomeneo" 1951 gleichsam wiederentdeckt. Am Pult stand damals Fritz Busch. Es sind Zweifel angezeigt, ob sich diese Neuinszenierung so lange im Repertoire halten wird, wie die Eberts und Oliver Messels, die noch in den sechziger Jahren gezeigt wurde.

John Cox, langjähriger Glyndebourne-Profi und jetzt Chef der Scottish Opera, zeichnet für Rossinis „La Cenerentola" als zweiter Neuinszenierung verantwortlich. Er hat diese scheinbar so harmlose Aschenbrödel-Version mit viel Parlando und Belcanto auf eine so hintergründige Art realisiert, daß diese Persiflage auf die gesellschaftlichen Aufsteiger ohne Herz eine gute Portion vom sozialrevolutionären Pathos von Mozarts Figaro erhält. Wenn Prinz und Diener die Rollen tauschen, weil der Prinz unerkannt seine echte Herzensprinzessin finden will, dann deckt der Diener durch Übertreiben der Aristokratenrolle im Zerrspiegel den Widerspruch von Anspruch und Wirklichkeit auf.

Der Zerrspiegel ist das dramaturgische Prinzip schlechthin. So werden Dummheit, Eitelkeit und Parvenügehabe des Don Magnifico (Claudio Desderi) und seiner ihm nachschlagenden häßlichen Töchter (Marta Taddei und Laura Zannini) zuweilen mit Groteskkomik in Szene gesetzt. Doch die Gesellschaftssatire gerät Cox nicht zum Lehrstück, denn alles bleibt von Ironie überspielt. Die Bloßstellung von Scheinwerten mit Aschenbrödel als Katalysator ist auch im Bühnenbild des New Yorkers Allen Charles Klein bewundernswert gelungen, wenn er Akteure in ein Buchsbaum-Labyrinth führt und mittels Geometrie die Märchen-Moral der Komödie veranschaulicht. Klein durfte in Glyndebourne alle Register seiner Bildphantasie ziehen. Derart opulente Ausstattungen sind auf europäischen Opernbühnen selten geworden.

Kathleen Kuhlmanns Cenerentola, ihr leuchtender Mezzo, die Intelligenz in Phrasierung und Farbgebung, rissen das Premierenpublikum zu Ovationen hin. Unter dem jungen italienischen Dirigenten Donato Renzetti knisterte es vor musikalischer Spiellaune.

Bleibt anzumerken, daß Richard Strauss' autobiographische bürgerliche Komödie „Intermezzo" in der Inszenierung von Cox, aber in weitgehend neuer Besetzung wieder aufgelegt wurde. Felicity Lott singt erstmals die launisch-zänkische Kapellmeistersfrau Christine, der Australier John Pringle das Konterfei des Komponisten. Der Österreicher Gustav Kuhn ist kein Neuling in Glyndebourne. Er brachte die vielfach gebrochene Sprache der Partitur mit viel Verve und Präzision zu Gehör. Das heitere Spiel von dem sich schlagenden und wieder vertragenden Ehepaar, in Kostümen und Interieurs der zwanziger Jahre dargeboten, muß als einer der künstlerischen Höhepunkte der Spielzeit auch als Ensembleleistung angesehen werden. Prokowjews „L'amour des trois oranges" und Mozarts „Entführung" ergänzten das Angebot der Saison.

SIEGFRIED HELM



Szenen einer Komponistenehe: John Pringle und Felicity Lott in der Glyndebourne-Aufführung von Strauss' „Intermezzo" FOTO: GUY GRAVETT

Publikationsverbot für den Ungar Sándor Csoóri

Den Bruder beleidigt

Nun wurde auch der ungarische Schriftsteller Sándor Csoóri mit einem einjährigen Publikationsverbot belegt. Sein Name steht jetzt in der „Konsultativ-Liste". Das bedeutet, daß Zeitungen oder Zeitschriften, die von Csoóri einen Beitrag veröffentlichen wollen, zuerst die Kulturabteilung des ZK der KP konsultieren müssen. Da kaum ein Chefredakteur seine Position riskieren mag, unterbleiben solche Anfragen natürlich. Der Schriftsteller wird einfach nicht gedruckt.

Es ist charakteristisch für die Lage in Ungarn, daß diese „Liste" schriftlich gar nicht existiert. Die Namen der verbotenen Dichter werden den Chefredakteuren nur mündlich oder telefonisch mitgeteilt. So kann man eigentlich nicht wissen, wer auf dieser Konsultativ-Liste steht. Doch in der Praxis wird das schnell bekannt. Nur die Redaktion der Zeitschrift „Mozgó Világ" (Welt in Bewegung) hat einmal ganz offiziell bei der Kulturabteilung des ZK nachgefragt, wer auf dieser Liste steht. Die Redaktion wartet noch immer auf den Bescheid.

Die Ursache dieser Maßnahme gegen Csoóri war wahrscheinlich das in New York erschienene Buch des in Preßburg lebenden ungarischen Geologen Miklós Duray, in dem das tragische Schicksal und die Lage der ungarischen nationalen Minderheit in der Tschechoslowakei geschildert wird. Csoóri hat in dem Vorwort zu diesem Buch „den sozialistischen Chauvinismus" für die Vorgänge verantwortlich gemacht und die Schuld dem Einparteiensystem zugewiesen.

Csoóri wurde nun vorgeworfen, daß er sich in die inneren Angelegenheiten eines sozialistischen Bruderlandes eingemischt habe.

Das jetzige Verbot ist allerdings nicht der erste Fall. Bereits früher wurde gegen Csoóri ein Publikationsverbot bei Rundfunk und Fernsehen verhängt. Und 1980 verschwand die Februar-Nummer der Zeitschrift „Forrás" (Quelle) plötzlich vom Markt. Als sie dann wieder zu kaufen war, fehlte darin der Beitrag von Csoóri.

Csoóri wurde 1930 in Transdanubien/Ungarn in einem Dorf geboren. Als nach dem Tode Stalins Imre Nagy im Juli 1953 zum Ministerpräsidenten ernannt wurde und einen wesentlich liberaleren Kurs einleitete, gehörten die Werke von Csoóri zu den ersten, aus denen etwas über die schwierige Lage, vor allem in den Dörfern Ungarns (die er als Bauernsohn gut kannte) zu erfahren war. Sie leisteten damit zum „Tauwetter" in Ungarn einen wesentlichen Beitrag. Aber das wurde Csoóri nie vergessen. Von Csoóri wurden bisher zwanzig Bücher, zehn Bände Gedichte und zehn Bände Prosa veröffentlicht. Csoóri hat sich wie sein Freund Gyula Illyés viel mit den im Ausland lebenden Ungarn, besonders den ungarischen Minoritäten in den Nachbarländern, beschäftigt. Bei einem seiner Vorträge wurde er gefragt, wieso im Westen – abgesehen von den Klassikern – sehr wenig Gedichte erschienen, während in Osteuropa Lyrik geradezu populär sei. Csoóri meinte, der Grund sei, daß das politisch-historische Klima in Osteuropa mit seinen Restriktionen die Menschen veranlaßt, sich stärker mit sich selbst zu beschäftigen. Und dazu eignet sich die Poesie besonders. Das spürt man in seinen Werken und das führte jetzt zu dem Konflikt mit der Partei.

ELEMER BALOGH

Mannheim: Marellis Erfolg mit „Cosi fan tutte"

Lust an der Versuchung

Gerade noch rechtzeitig zum Abschluß der Spielzeit entfachte Marco Arturo Marelli, Regisseur, Bühnen- und Kostümbildner in Personalunion, im Verein mit den Kräften des Mannheimer Nationaltheaters, einen wahren Mozart-Rausch. Seine Inszenierung der „Cosi fan tutte" geriet zu einer Glanznummer inspirierten Musiktheaters.

Dabei fiel der Start keineswegs vielversprechend aus. Mit legerer Unverbindlichkeit absolvierte das Nationaltheater-Orchester die Ouvertüre, und Don Alfonsos synchrones Spiel mit einem Marionettentheater en miniature schien unverbindliches Sommertheater zu signalisieren. Noch die biedere Adjustierung der geometrisch beherrschten Szene, deren variable Raumsegmente ständig in Bewegung gehalten wurden, ließ stilistische Unverbindlichkeit, ja sogar kritisches Reflektieren befürchten. Doch in den weißen, lichtdurchfluteten Räumen, die nach dem Abschied der ersten Liebhaberbesetzung einen vielversprechenden Durchblick auf das neapolitanische Refugium freigeben, wird unverzüglich die Lust an der Versuchung einer mediterranen Sommernacht mobilisiert.

Wenn Mozart und da Ponte in der „Cosi fan tutte" die Beständigkeit des schwachen Geschlechts nicht eben hoch einschätzen, wenn das von Don Alfonso als ergötzliche Maskerade in Szene gesetzte Qui pro quo durchaus auch zynische und misanthropische Perspektiven eröffnet, die beiden Schwestern Fiordiligi und Dorabella genüßlich auf dem schmalen Grat zwischen Herzensverwirrung und Selbsttäuschung lustwandeln, Marelli geht es vor allem um die Sublimierung der Opera buffa, und er kommt dabei ohne Ornament, Schnörkel und historisierendes Ästhetentum aus, ohne Frivolität und Penetranz.

Eine „Schule für Liebende", in der Kultiviertheit in jeder Situation doziert wird, die aber, wenn die Dinge erst einmal in Gang gekommen sind, auf den Effekt des schönen Augenblicks nicht verzichtete. Und im traumhaft liebenswürdigen Charme, den Marelli mitinszeniert, der Abschiedsstimmung der verhaltenen Trauer, gelingt ein szenisches Ambiente, das sich in jedem Takt bei Mozart rückversichert. Nur wenige Spannungsabfälle trüben das musikalische Bild, das im Gegensatz zur Szene mehr von außen beleuchtet war. Karl-Heinz Bloemeke empfahl sich als kompetenter Mozart-Dirigent, blieb aber oft im Vorfeld eigentlicher Interpretation stecken und demonstrierte mehr Nerv und Gemüt als Feuer und Esprit.

Monica Pick-Hieronimi charakterisierte die Gefühlsschwankungen der Fiordiligi mit heroischen Aufschwüngen und wechselhaftem Intonationsglück. Mit Gabriele Schnaut kontrastierte eine resolute Dorabella, die anfangs ihr leidenschaftliches Espressivo so großkalibrig gen Walhall gerichtet hatte, daß sie darüber den Treueschwur und die Prinzipien des Mozart-Gesangs aus dem Sinn verlor. John Dickie, ein Tenor mit Zukunft, der seinem Herzen in schwerelos ausgesungenen Höhen Luft machte, und Johannes R. Kösters, ein Guglielmo von jugendlicher Stimmkraft, fügen sich in allen Ausdrucksformen der Überredung, des Schmachtens und des bittersüßen Erfolgs in die Gefühlswelt ihrer Erwählten, die sie so hinnehmen müssen, wie sie es zu tolerieren gelernt haben.

HEINZ LUDWIG

Fotos von Chargesheimer und H. M. Flach im Kölner Museum Ludwig

Zum Lokaltermin um fünf Uhr früh

Mit seinem Adenauerporträt gewann er 1956 Popularität auch über Köln hinaus. Der indianerhafte Kopf, der aus dunklem Hintergrund hervorwuchs, machte Chargesheimer weithin bekannt. Aber er war und blieb ein Kölner Fotograf. Das macht die Ausstellung deutlich, die ihm das Kölner Museum Ludwig eingerichtet hat. Chargesheimer war in dieser Stadt verwurzelt. Er war selbst da, wo er über diesen Rahmen hinauswuchs, Regionalist.

Aufsehen erregte auch 1970 der Band „Köln 5 Uhr 30", der eine menschenleere Stadt in trister Helligkeit vorführte. Die jungen „Dokumentaristen", die heute dem Genre von der Trostlosigkeit unserer Städte in extenso huldigen, können ihre Herkunft – wenn nicht gar Abhängigkeit – von diesem Chargesheimer kaum leugnen.

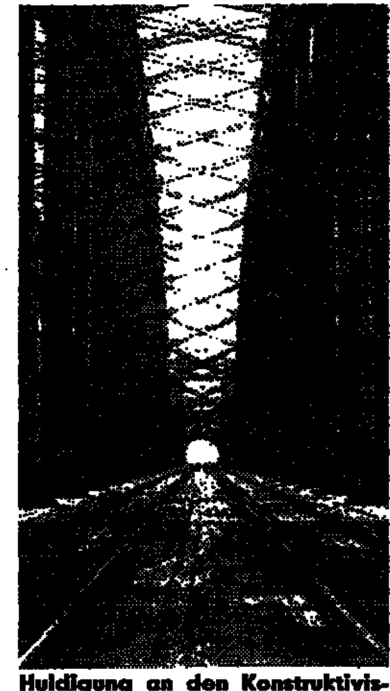
Aber Chargesheimer blieb nie bei dem stehen, was er erreicht hatte. Er wechselte die Themen und die Arbeitsgebiete. Er fotografierte 1958 die Sozialreportage „Im Ruhrgebiet" und ein Jahr später „Romantik am Rhein". Er war ein interessanter Theaterfotograf und ein begeisterter Theatermensch, der Bühnenbilder entwarf und gelegentlich selbst Regie führte.

Chargesheimer war ein vielseitiger Mann, ein Fotograf, der das Lebensgefühl Kölns, wo er 1924 geboren wurde und 1972 starb, wie kaum einer sonst in seinen Serien festgehalten hat. Immerhin finden sich in der Ausstellung auch ein paar Einzelbilder, die sich einprägen. Das Adenauer-Porträt und das von Fritz Kortner oder auch die schwarz leuchtende Porta Nigra gehören dazu.

Das Spiel mit Nebel und Unschärfe, die Weichheit der Bromöldrucke, liebte anfangs auch Hannes Maria Flach; ein über Köln hinaus kaum bekannt gewordener Fotograf, der von 1901 bis 1936 lebte. An ihn erinnert das Kölner Museum Ludwig gleichzeitig mit einer kleinen Ausstellung. Flach entdeckte in den zwanziger Jahren jedoch die Foto-Avantgarde, vor allem jene Art des Fotografierens, die die Bauhäusler kultivierten. Da wurden ungewöhnliche Perspektiven gesucht, probierte man extreme Unter- oder Aufsichten aus, huldigte dem Konstruktivismus gebauter Formen durch strenge symmetrische Bilder. Das schmale Hochformat der Kölner Hohenzollernbrücke von Flach ist dafür ein Beispiel unter vielen ähnlichen.

Bei soviel mechanistischer Kühle fällt ein Bild mit seiner beiläufigen Trivialität angenehm ins Auge. Es ist die „Aktpause" in einem Bildhaueratelier, während der sich das Modell an einem alten Kanonenofen aufwärmt. Dieses Beispiel verrät, daß Hannes Maria Flach Bilder auch zu sehen und nicht nur zu konstruieren verstand. (Bis 14. Aug.; Katalog Chargesheimer: 8 Mark, Flach: 16 Mark).

PETER DITTMAR



Huldigung an den Konstruktivismus gebauter Formen: H. M. Flachs „Eisen" (Hohenzollernbrücke in Köln) von 1926

JOURNAL

Slawisches Fürstengrab in Oldenburg entdeckt

dpa, Oldenburg

Bei Ausgrabungen am Slawischen Burgwall in Oldenburg haben Wissenschaftler einen sensationellen Fund gemacht. Sie stießen auf ein slawisches Fürstengrab, das aus der Mitte des zehnten Jahrhunderts stammt. Es ist das erste seiner Art, auf das Archäologen in Nordwestdeutschland stießen. Der Tote trägt noch deutlich erkennbare Überreste golddurchwirkter Kleidung. Am Fußende liegt ein Spiel mit zahlreichen Steinen. Der Tote war in einem Baumsarg bestattet worden.

Venedigs Musikpreis an Menuhin

dpa, Venedig

Der Geiger Yehudi Menuhin erhält dieses Jahr den Preis „Ein Leben für die Musik", den die Stadt Venedig seit 1979 vergibt. Die renommierte Ehrung, die aus einem wertvollen symbolischen Geschenk in Form eines gläsernen Löwen besteht, wurde Menuhin von einer aus 150 Musikkritikern zusammengesetzten internationalen Jury mit großer Mehrheit zuerkannt. Menuhin ist mit 67 Jahren der bisher jüngste Preisträger. Vor ihm wurden Arthur Rubinstein, Andres Segovia, Karl Böhm und Carlo Maria Giulini ausgezeichnet.

Briefwechsel von Hanns Eisler

AFP, Berlin

Als Welterstdruck hat die „DDR"-Zeitschrift „Film und Fernsehen" in ihrer jüngsten Ausgabe einen Briefwechsel des Komponisten Hanns Eisler während seiner Emigration in den USA veröffentlicht. Die Rockefeller Foundation gab Eisler 1940 bis 1942 die Möglichkeit, ein Forschungsprojekt zur neuartigen Verwendung von Musik im Film zu realisieren. Aus der Korrespondenz mit der Stiftung und der „New School for Social Research", wo er als Professor lehrte, geht hervor, wie sich Eisler auf die Erarbeitung des Buches „Kompositionen für den Film" (1947) vorbereitete. Die Korrespondenz Eislers befinde sich im Archiv der Rockefeller Foundation in North Tarrytown bei New York.

Zeitgenössische Musik in Aix-en-Provence

AFP, Aix-en-Provence

Der zeitgenössischen Musik ist in diesem Jahr beim Festival von Aix-en-Provence mehr Raum als bisher gewidmet. Außer den beiden „feindlichen Brüdern" der französischen Musik, Pierre Boulez und Marcel Landowski, ist auch der Italiener Luciano Berio zu Gast, der als bedeutendster lebender Komponist seines Landes gilt. Mit großem Erfolg wurde bereits am vergangenen Sonntag Landowskis „La Prison" für Sopran, Violoncello und Orchester aufgeführt. Solisten waren Galina Wischnewskaia und Mstislaw Rostropowitsch. Das während des Festivals veranstaltete Einführungsseminar von Berio geht am 30. Juli mit einem Berio-Monteverdi-Abend zu Ende. Berio stellt hier sein eigenes Werk dem seines großen Vorläufers aus dem 17. Jahrhundert gegenüber. Beide Komponisten geben der menschlichen Stimme eine herausragende Rolle.

Weniger Abiturienten wollen studieren

dpa, Düsseldorf

Der bundesweite Trend bei Schülerinnen und Schülern, nicht unmittelbar nach dem Abitur ein Studium aufzunehmen, ist auch in Nordrhein-Westfalen zu beobachten. Während 1982 noch 67 Prozent der Abiturienten und Fachabiturienten studieren wollten, sind es in diesem Jahr nur noch 64 Prozent. 22 Prozent sind noch unentschlossen; 14 Prozent wollen zunächst nicht studieren. Noch stärker ist der Rückgang bei den Mädchen. Nur 55 Prozent der befragten Abiturientinnen wollen ein Studium aufnehmen, 1982 waren es noch 60 Prozent. Die ungünstigen Berufsaussichten für Lehrer haben außerdem dazu geführt, daß immer weniger Abiturienten ein Lehrerstudium anstreben. Nur noch 5,3 Prozent der Studienwilligen nannten als Studienziel das Lehramtsexamen, 1982 waren es 8,7 Prozent.

Licia Albanese 70

Beim tränenreichen Abschied von der alten Metropolitan in New York fand sie die schönste Geste: Licia Albanese küßte ihre Primadonnen-Fingerspitzen und streichelte mit ihnen den (auch von ihrer Stimme) geheiligten Boden. Sie schwor, nie in der neuen Met im Lincoln Center aufzutreten.

Sie hat ihren Schwur gehalten. Wie so mancher in den Künsten war er freilich ebenso großherzig wie überflüssig. Er richtete sich gegen die Sängerin selbst, gegen ihre Kunst, gegen das Publikum. Er machte die Welt nicht reicher. Im Gegenteil.

1940 hatte sich die Siebenundzwanzigjährige aus dem Kriegseuropa an die Metropolitan hinübergerettet, eine Sängerin mit überaus reichem Repertoire, das sich nicht auf ein paar Paradepartien beschränkte. Es schloß 47 Rollen ein. In ihnen ist die Albanese über 1000 mal aufgetreten: die stimmliche Verläßlichkeit in Person.

Toscanini, mäkelfreudig wie kaum ein anderer, was Sänger betraf, wählte sie sich als Mimi, als Violetta. So gegensätzliche Komponisten wie Strawinsky und Luigi Nono lauschten ihrer Schallplatten-Traviata wie Süchtige. Die Albanese hat sich allein schon durch diese Aufnahmen unsterblich gemacht.

Gtl

Autotelefon vor technischer Revolution

GISELA REINERS, Bonn

Stolze Besitzer von Auto-Telefonen können ein trauriges Lied davon singen: Verläßt der Wagen das Gebiet, in dem er angerufen wurde, wird die Verbindung immer schlechter und hört schließlich auf. Eine neue Verbindung muß her. Genervte Sekretärinnen, die ihren Boß erreichen müssen, sind manchmal ratlos: Wo kann der wichtige Mensch nur stecken? Welchen Funkverkehrsbereich soll sie anwählen, um ihm das Neueste zukommen zu lassen? Ganz schlimm wird es, wenn der Wagen mit dem teuren Telefon das Bundesgebiet verläßt – dann ist es ganz aus.

Das soll sich ändern – von 1986 an. Soeben haben Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland vereinbart, von '86 an in einer ersten Ausbaustufe das zellulare Telefon zu erproben. Mit ihm soll es möglich sein, jemanden über sein Telefon neben dem Lenkrad zu erreichen – gleichgültig, in welchem Funkverkehrsbereich er sich auch aufhält, ob man diesen kennt oder nicht, ob in Deutschland oder in Frankreich und ob das Gespräch viele Kilometer lang dauert. Die Qualität soll gleichbleibend gut sein.

Einheitliche Normen

Die Umstellung auf dieses neue, bessere System wird notwendig, weil sich die Funkkapazitäten dem Ende nähern. Von der Zusammenarbeit mit Frankreich verspricht man sich eine Vereinheitlichung europäischer Normen für weitere Patente und hofft, daß sich andere EG-Partner anschließen werden, die dann auf die schon entwickelten Systeme zurückgreifen können, ohne nochmals in Forschung und Entwicklung investieren zu müssen. Deutsche und französische Firmen können sich hier Wirtschaftsvorteile ausrechnen.

Interessenten für diese relativ teuren Kommunikationsmittel sind nach Angaben des Postministeriums genug vorhanden: Personen, die ständig erreichbar sein müssen. Der Computer, der künftig die Gespräche in die Automobile leiten soll, wird einen zentralen Standort bekommen und die Bewegungsfreiheit der VIPs (very important person) beträchtlich ausdehnen.

Ab 1986 billiger?

Zur Zeit gibt es etwa 20 000 Nutzer, unter ihnen Minister und Staatssekretäre; den Privatleuten ist die „Strippe" im Auto rund 13 000 bis 15 000 Mark wert. Da sich die Elektronik jedoch rasch weiterentwickelt, kann sich das Gerät bis '86 möglicherweise um die Hälfte verbilligen. Billiger werden oder sogar wegfallen dürfte dann vielleicht auch ein Funkanlagenzuschlag, der bei jedem Gespräch zusätzlich zu den Selbstwählgebühren erhoben wird. An den übrigen Zahlungen, wie die 100 Mark für die Abnahme-Prüfung und den monatlichen Grundgebühren von 180 beziehungsweise 270 Mark – je nachdem, ob 38 oder 75 Kanäle zur Funkanlage gehören –, wird sich dagegen voraussichtlich nicht viel ändern.

Wasser, das es scheinbar im Überfluß gibt, wird nun zum kostbarsten Gut der Menschheit / Experten rechnen mit Kriegen darum

Vier Jahre ohne Regen ist dieser Landstrich im Westen der Iberischen Halbinsel – ein Aquaedukt, das seinen Sinn verloren hat. FOTO: DPA

Spanien – Land ohne Regen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Das Szenarium erinnert an vergessene Requisiten einer makabren Filmgroteske: An den spärlich bewachsenen Hängen rund um ein Tal stehen Wochenendhäuser, manche zwischen verdorrten Obstbäumen. Unter ihnen beginnt ein Stufensystem, das sich rund um das Tal zieht. An Bretterstiegen, die eine brennende Sonne buchstäblich verzehrt, liegen – die Masten durcheinander – Segelboote und Motorflitzer an Ankern, die niemand aus dem harten Boden bricht. Wie tote Fische, die nicht stinken. Überall das Geröll der Steine, Bäume ohne Laub und Rinde. Hier und da die Mauerreste eines versunkenen Dorfes, dessen Straßen man noch erkennt; dazwischen weite Flächen aufgerissener Lehmerde, hart wie Fels. Und ganz unten im Tal ein grüner Schimmer, der von den Rändern her langsam vergilbt.

Das Ganze Teil eines der zwölf Stauseen, die die 4,7 Millionen Menschen Madrids mit Wasser versorgen sollen. Der weitaus größte See unter ihnen mit einem Fassungsvermögen von nicht ganz einer halben Million Kubikmetern ist zu drei Viertel leer. Zusammengenommen enthalten die Wasserreserven der spanischen Metropole knapp ein Drittel ihres Fassungsvermögens.

In merkwürdiger Gelassenheit mahnt der „alte Professor", Madrids Bürgermeister Tierno Galván: „Verschwendet nicht das Wasser!" Mehr nicht. Doch die Madrider füllen weiter ihre Schwimmbäder, waschen ihre Autos, duschen sich und gießen ihre Grünflächen. Die spanische Hauptstadt und ihre Sommerdörfer in der Umgebung tun so, als herrsche nicht in weiten Teilen des Landes Trockenheit und Dürre. In Spanien gibt es ausgedehnte Zonen, in denen es seit vier Jahren so gut wie nicht geregnet hat. „Roter Alarm", die höchste von drei Notstufen, gilt bereits für 135 Städte und Dörfer mit zusammen 300 000 Einwohnern. In 37 dieser Orte bilden sich täglich lange Schlangen an den Verteilern, vor dem Rathaus, vor Schulen oder Kirchen. Dort hält der Wasserwagen, der jedem das nun wahrhaftig kostbare Naß zumißt.

Auch die Dörfler verbrauchen für mehr Lebensqualität mehr Wasser. Aber die Errungenschaften moderner Viehzucht verstauben wie der einstige Glanz auf dem Fell der letzten Milchkühe. Sie werden verkauft, mager geschlachtet. In ihre Ställe kehren die genügsamen Schafe und Ziegen zurück. Herdenweise ziehen sie über das trockene Land und rupfen die Triebe der wenigen Baumsprößlinge ab, die den Schatten liefern sollten.

Besonders betroffen sind die heißen Provinzen im Westen des Landes. Aber auch in Katalonien und Aragón sowie in Cordoba und Sevilla, wo für mehrere Stunden am Tag die Wasserhähne zugedreht werden, verschlimmert sich die Lage täglich. Während vielerorts der Grundwasserspiegel sinkt, brennen darüber jene Wälder ab, die allein geeignet sind, langfristig eine Änderung zu schaffen. Mehr Wohlstand, mehr Freiheit, mehr Feuer. Unfaßbar, aber 60 Prozent der Waldbrände gehen auf das Konto von Ausflüglern. Überall stehen Warnschilder, aber überall dieselbe Wurstigkeit. Nur vier Prozent der Feuersbrünste werden „politisch", also als Brandstiftung erklärt. Die Zahl stimmt nicht. Niemand will zugeben, daß Zehntausende von Hektar Wald „planvoll" eingeäschert werden.

Dabei ist die derzeitige Dürre nicht einmal die schlimmste. Trokkenheiten dieses Ausmaßes hat es schon oft gegeben. Nur die Auswirkungen werden spürbarer. Die Menschen verlangen mehr Wasser, ihre Landwirtschaft ebenso. Den Ausgleich schaffen Gottvertrauen und Mariano Medina, der Wettermann vom Fernsehen. In Toledo zog der Kardinalerzbischof schon vor zwei Jahren im vollen Ornat aus zu einem Regenbittgottesdienst. Umsonst. Jetzt prophezeit Medina Regen für die zweite Hälfte dieses Jahres. Bleibt nur zu hoffen, daß er nicht in solchen Massen kommt, daß die Rinnsale zu Strömen werden, die Dörfer und Felder vernichten ...

Trockenplätze der Welt

AP, New York

Es klingt eigentlich paradox: Was auf der Erde im Überfluß vorhanden ist – nämlich Wasser – wird immer mehr zum kostbarsten Gut für die Menschheit. So kostbar, daß erst kürzlich eine halbe Million Chinesen ein 800 Kilometer langes Kanalsystem ausgehoben hat, um das Naß in die von der Trockenheit heimgesuchte Industriestadt Tientsin zu leiten. So kostbar, daß möglicherweise schon bald Supertanker um den halben Erdball fahren, um das Wasser in den trockenen Nahen Osten zu transportieren. So kostbar, daß es im US-Staat Arizona bei Strafe verboten ist, ohne eine behördliche Genehmigung nach Wasser zu bohren.

Auf der ganzen Welt ist der Durst nach Wasser so groß geworden, daß die Wassersuche allmählich gefährliche Ausmaße anzunehmen droht. Sie nähert sich einem Punkt, an dem der Mensch sogar eine Klimaveränderung auf der Erde riskieren müßte, nur um die eigene Wasserversorgung sicherzustellen. „Ich denke, wir steuern auf eine Katastrophe zu", sagt Peter Bourne, Leiter einer Studiengruppe in Washington, die sich mit dem globalen Wasserhaushalt befaßt.

Zwar besteht die Erdoberfläche zu 71 Prozent aus Wasser, doch 99 Prozent davon sind Salzwasser. Durch Verschmutzung der Grundwasservorräte droht bis zum Ende dieses Jahrhunderts in den Industriestaaten die Unbewohnbarkeit der Großstädte. In der Dritten Welt werden Millionen von Menschen infolge verunreinigten Trinkwassers sterben. Anderen droht durch langanhaltende Dürreperioden der Hungertod.

Auch die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen um die Verteilung des Wassers ist nicht auszuschließen. Der Streit zwischen Israelis und Arabern sowie die Feindschaft zwischen Irak und Syrien liegt zumindest teilweise im Kampf um das lebensnotwendige Wasser begründet. Der Nahe Osten gehört zu den trockensten Gebieten der Welt. Zwar bauten die arabischen Staaten am Persischen Golf riesige Entsalzungsanlagen, um Trinkwasser aus dem Meer zu gewinnen, doch nach wie vor müssen die Bewohner der Region sparsam mit dem Wasser sein.

Der Wassermangel kann nach Darstellung von Fachleuten nur noch schlimmer werden. Zwar kehrt das Wasser nach der Nutzung immer wieder in den globalen Wasserkreislauf zurück. Wenn es dem Kreislauf aber zu schnell und in zu großen Mengen entzogen wird, gerät der Wasserhaushalt der Erde durcheinander. Zum Leben benötigt der Mensch etwa zwei Liter Wasser täglich. In den USA erreicht der Pro-Kopf-Verbrauch jedoch mehr als das 4000fache dieser Menge.

CHARLES HANLEY

Viehdiebe auf NRW-Weiden

dpa, Münster

Viehdiebe wie im Wilden Westen sorgen derzeit für Unruhe auf nordrhein-westfälischen Weiden. Wie die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe gestern in Münster berichtete, sind besonders Sauerland, Bergisches Land und Münsterland betroffen. Die „professionell arbeitenden Banden" benutzen meist kleine Lastwagen, mit denen sie im Morgengrauen verkehrsgünstig gelegene Weiden anfahren. Dabei stehlen sie Zuchttiere, Schafe, Rinder und Pferde und schrecken auch nicht davor zurück, Tiere an Ort und Stelle auf „bestialische Weise" zu schlachten. Häufig genug ist das Vieh nicht tot, dem sie die wertvollsten Fleischstücke herausgeschnitten haben.

Erdbeben auf Sizilien

AFP, Catania

Ein Erdstoß in einer Stärke von fünf auf der zwölfteiligen Mercalli-Skala hat in der Nacht zu gestern in der sizilianischen Stadt Catania Panik ausgelöst. Eine 75 Jahre alte Frau erlitt einen tödlichen Herzanfall, 20 weitere Personen wurden mit einem Schock in ein Krankenhaus eingeliefert. Rund 200 000 Menschen verbrachten die Nacht im Freien.

Erdbeben auf Sizilien

AFP, Catania

Ein Erdstoß in einer Stärke von fünf auf der zwölfteiligen Mercalli-Skala hat in der Nacht zu gestern in der sizilianischen Stadt Catania Panik ausgelöst. Eine 75 Jahre alte Frau erlitt einen tödlichen Herzanfall, 20 weitere Personen wurden mit einem Schock in ein Krankenhaus eingeliefert.

AIDS-Opfer in Linz

AP, Linz

In Linz ist ein 39jähriger Mann an den Folgen einer AIDS-Erkrankung – eines Immundefekts unbekannter Ursache – gestorben. Ein weiterer AIDS-Patient aus Wien wird in einem Krankenhaus in der Nähe von Linz behandelt.

Doch nicht der Schütze?

dpa, Berlin

Der 38jährige Berliner Gastwirt Gerd H., der in Verdacht steht, Mittwoch kurz vor einem arbeitsgerichtlichen Termin seinen Gegner am hellichten Tag auf einem Parkplatz erschossen zu haben, ist offenbar nicht der Schütze. Gleichwohl bleibt der Haftbefehl bestehen. Die Polizei vermutet, daß der Mann doch etwas mit der Tat zu tun hat.

Herstatt-Bank: Milde Urteile für „Goldjungs"

Bewährungsstrafen für vier ehemalige Devisenhändler

dpa, Köln

Zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafen zwischen anderthalb und zwei Jahren wegen Beihilfe zur Untreue hat die 6. Große Strafkammer des Landgerichts Köln am späten Mittwochabend gegen vier ehemalige Devisenhändler der Kölner Herstatt-Bank verhängt. Damit wurde nach einjähriger Prozeßdauer der Schlußstrich unter das 3. Verfahren im Zusammenhang mit der Milliardenpleite der Privat-Bank gezogen. Die Angeklagten, die Geldbußen zwischen 10 000 und 20 000 Mark zahlen müssen, nahmen das Urteil an.

Die Wirtschaftsstrafkammer sah es als erwiesen an, daß die 31 bis 36 Jahre alten Angeklagten, die sich den Spitznamen „Goldjungs" erworben hatten, vor knapp zehn Jahren illegale Devisengeschäfte im „großen Stil" betrieben haben. Dabei ist nach der Rechnung der Richter der Bank ein Schaden in Höhe von 8,3 Millionen Mark entstanden, während die Angeklagten jeweils Gewinne von mehreren hunderttausend Mark eingestrichen hatten.

In der Urteilsbegründung betonten die Richter, daß sich der frühere Herstatt-Chefdevisenhändler Dany Dattel, dessen Verfahren aus Krankheitsgründen eingestellt worden war, „einmal mehr als Schlüsselfigur der Spekulationsgeschäfte" erwiesen habe. Seinem Geschick beim Devisenhandel und „der Verlockung, schnell und risikolos Geld zu verdienen", seien die Angeklagten erlegen. Daher müsse lediglich von Beihilfe zur Untreue ausgegangen werden. Die Angeklagten hätten Dattel nur gewähren lassen und keinen eigenen Tatwillen gehabt.

Nachdem auch dieser Komplex abgeschlossen ist, stehen nur noch die Urteile gegen die früheren Bankmanager Bernhard Graf von der Goltz und Heinz Hedderich aus. Ihr Prozeß vor der 16. Großen Strafkammer des Landgerichts Köln schleppt sich nach vierjähriger Verhandlungsdauer immer noch hin, ohne daß ein Ende abzusehen ist.

LEUTE HEUTE

Urschrei

Tennisspieler, die glauben, durch lautes Stöhnen oder Grunzen die Wirkung ihres eigenen Aufschlages verbessern zu können, müssen umdenken. Ein britischer Wissenschaftler hat jetzt am Beispiel von Wimbledon-Sieger **John McEnroe** (USA) nachgewiesen, daß „schweigsame Aufschläge" erheblich erfolgreicher sind. Der Tier-Verhaltensforscher **Dennis Lendrem** von der Universität Nottingham in Nordengland analysierte McEnroes Spiele gegen **Sandy Mayer**, **Ivan Lendl** und **Chris Lewis** und fand dabei heraus, daß die Aufschläge des New Yorkers, die er ohne Gestöhn abfeuerte, gemessen an der Zahl der gewonnenen Punkte im Schnitt doppelt so erfolgreich waren wie die „gegrunzten".

Späte Vollstreckung

Der in der vergangenen Woche verhaftete 81jährige Holländer **Pieter Koster** muß trotz seines Alters eine achtjährige Gefängnisstrafe absitzen. Zu ihr war er 1949 in Leeuwarden wegen Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht im Kriege verurteilt worden. Als Hilfspolizist hatte Koster deutschen Instanzen beim Aufspüren von Widerstandskämpfern geholfen.

Samantha enttäuscht

Das elfjährige amerikanische Schulmädchen **Samantha Smith** hat gestern einen zweiwöchigen UdSSR-Urlaub beendet, den sie einer persönlichen Einladung des sowjetischen Staats- und Parteichefs Jurij Andropow verdankte. Bevor sie souvenirbepackt zurückflog, lobte sie die „wirklich nette" Behandlung und strich als Höhepunkt des Aufenthaltes ein Bad im Schwarzen Meer heraus. Enttäuscht zeigte sich das Mädchen darüber, daß es nicht zu einer Begegnung mit Jurij Andropow gekommen ist.

In jeder fünften Familie lebt ein Suchtkranker

Zunehmendes Versagen von Staat und Familie diagnostiziert

JOCHEN AUMILLER, München

Das „Deutsche Ärzteblatt", offizielles Organ der Mediziner, schlägt Alarm: die Suchtproblematik unter Kindern und Jugendlichen nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Henning Kehrberg vom Kinderkrankenhaus der Stadt Köln resümiert: „Der ansteigende Anteil von Kindern und Jugendlichen unter den Drogenabhängigen weist auf ein zunehmendes Versagen von Familie, Gesellschaft und Staat hin."

Präzise Daten über das Ausmaß des Unheils gibt es freilich nicht, alle Angaben beruhen auf Schätzungen, meistens sogar sehr groben. Danach nahmen etwa sechs Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 20 Jahren regelmäßig Schlaf-, Schmerz- oder Anregungsmittel.

Von den knapp zehn Millionen Jugendlichen bis 25 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland haben eine Million zumindest einmal illegale Drogen probiert, in etwa 90 Prozent davon Haschisch. Etwa 100 000 werden als abhängig bezeichnet, davon rund 60 000 heroinabhängig. Nach Kehrberg ist zweierlei erkennbar: der Trend zum immer früheren Einstieg und zu immer härteren Drogen.

Ein Kardinalproblem ist nach wie vor der Alkoholismus. Zehn Prozent der in Deutschland bekannten Alkoholiker, so Kehrberg, sind Jugendliche. Regionale Erhebungen ergaben, daß in der Gruppe der 15- bis 17jährigen schon 28 Prozent, bei den 21- bis 24jährigen bereits 49 Prozent regelmäßig Alkohol konsumieren. „Für die Bundesrepublik kann angenommen werden, daß die Zahl derer steil ansteigt, die erstmals mit 12 bis 14 Jahren mit Alkohol in Berührung kommen."

Tragisch wird es meist vom 17. Lebensjahr an: „Verstärkend zum Gruppenverhalten kommen Schwierigkeiten der Kontaktaufnahme und Konflikte mit dem anderen Geschlecht. Durch Verlust des Arbeitsplatzes und den dadurch bedingten Geldmangel resultiert ein Abgleiten bis in die Asozialität."

Alkohol ist billig, so Kehrberg, und trotz bestehender Gesetze für jedes Kind zu haben. Eine Testaktion der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren hat kürzlich wieder bestätigt: In 40 von insgesamt 69 besuchten Verkaufsstellen erhielten die Kinder anstandslos auch „harte Sachen". In den meisten Fällen wurde verkauft, ohne daß nach Alter und Verwendungszweck auch nur gefragt wurde.

Anders, wenngleich nicht prinzipiell besser, die Situation in England. Dort ist Alkohol teuer und nicht so leicht zu haben. Die Teenager greifen statt dessen nach Barbiturattabletten als Stimmungsmacher. Kehrberg beklagt, daß in allen Bereichen unseres täglichen Lebens, in Literatur, Publizistik und Theater, bewußt oder unterschwellig der Umgang mit Alkohol vermittelt wird. „Selbst in Kinderbüchern, wie z. B. in dem beliebten ‚Räuber Hotzenplotz' werden Anwendungsmöglichkeiten aufgezeigt, etwa um den ‚Ärger hinunterzuspülen'."

Die Suchtproblematik spitzt sich dramatisch zu. Mindestens 1,8 Millionen Bürger sollen alkohol-, medikamenten- oder drogenabhängig sein. Danach lebt in jeder fünften Familie ein Suchtkranker. Die Behandlungsergebnisse sind häufig unbefriedigend, die Rückfallquote ist noch immer hoch.

WETTER: Heiter bis wolkig

Wetterlage: Ein Hoch über Mitteleuropa schwächt sich allmählich ab, ist aber noch wetterbestimmend.

Deutscher Wetterdienst 21. Juli 1983, nachm.

Vorhersage für Freitag:

Heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Anstieg der Temperaturen auf 26 Grad, im höheren Bergland auf 22 Grad. Kommende Nacht gering bewölkt und Abkühlung auf 15 bis 11 Grad. Schwacher Wind, vorwiegend aus Südwest.

Weitere Aussichten:

Schwül-warm und nachmittags aufkommende Gewitter.

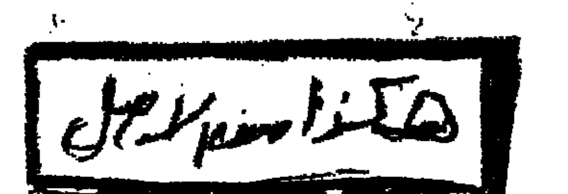
Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	31°
Bonn	16°	Kopenh.	15°
Dresden	13°	Las Palmas	23°
Essen	16°	London	20°
Frankfurt	16°	Madrid	27°
Hamburg	17°	Mailand	31°
List/Sylt	14°	Mallorca	36°
München	18°	Moskau	20°
Stuttgart	18°	Nizza	28°
Algier	33°	Oslo	16°
Amsterdam	18°	Paris	21°
Athen	31°	Prag	14°
Barcelona	29°	Rom	33°
Brüssel	17°	Stockholm	14°
Budapest	19°	Tel Aviv	30°
Bukarest	27°	Tunis	32°
Helsinki	14°	Wien	18°
Istanbul	26°	Zürich	22°

Sonnenaufgang* am Samstag: 5.32 Uhr, Untergang: 21.24 Uhr, **Mondaufgang:** 20.53 Uhr, Untergang: 3.41 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

Ansprechpartner für Gehörlose bei Behörden. Überschrift bei dpa.



Magazin für die Freizeit
Freitag, 22. Juli 1983 - Nr. 168 - DIE WELT

REISE WELT mit Auto · Hobby · Sport · Spiel





DER KOMMENTAR

Grünes über Tourismus

„Grüne" Gedanken zum Tourismus machte sich der fremdenverkehrspolitische Sprecher der jüngsten Bundestagsfraktion in einem Gespräch mit der Hamburger Fachzeitschrift „Touristik Report". Dieter Drabiniok, selbst Rucksackreisender, sprach sich dabei gegen den organisierten Ferntourismus aus: „Er hat in der Dritten Welt so viel Schaden angerichtet, daß er schleunigst gestoppt werden sollte."

Schon lange beklagen nicht nur betroffene Länder, sondern auch hierzulande zum Beispiel kirchliche Arbeitsgruppen die negativen Auswirkungen des Fremdenverkehrs in Asien und Afrika. Regionen, die arm an Bodenschätzen, aber reich an landschaftlichen Reizen sind, verkaufen den Touristen oft nicht nur die Schönheit, sondern auch die Schönheiten des Landes. So gab ein Touristik-Minister in Afrika zu, daß auch der mit Prostitution verdiente Hundertmarkschein benötigte Devisen bringe.

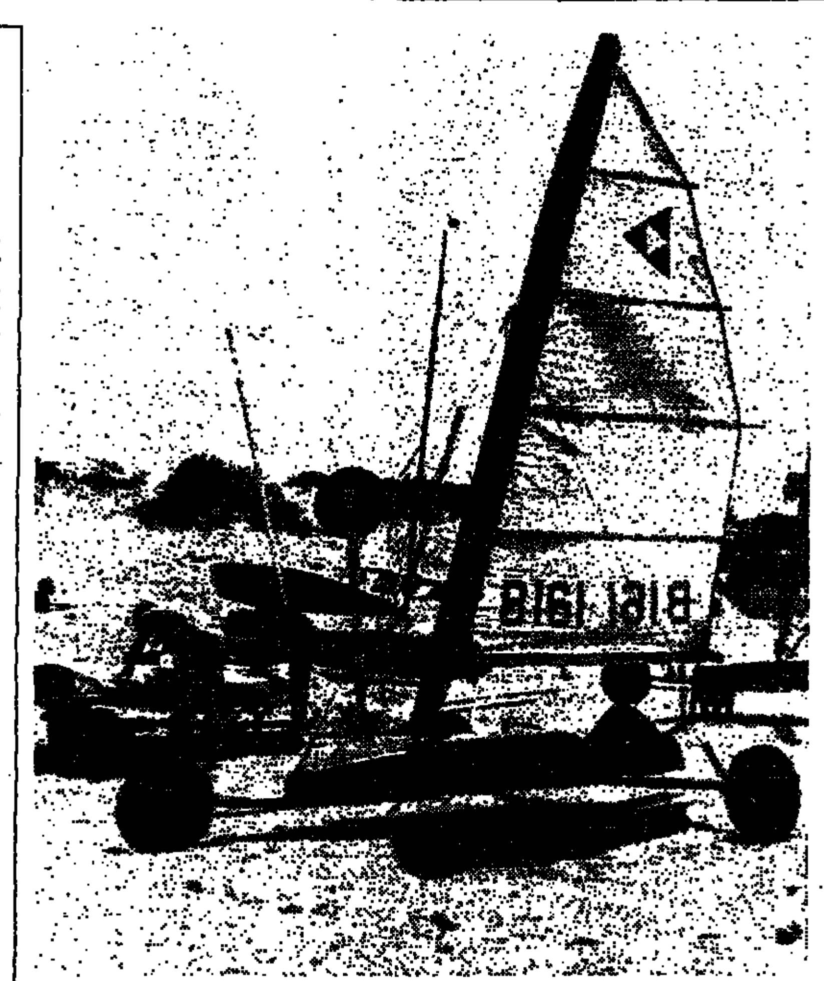
So beklagenswert diese Tatsachen sind, so darf man doch fragen, ob eine Abschaffung des Pauschaltourismus in Ländern der Dritten Welt eine geeignete Lösung des Problems wäre. Was würde aus all den Schuhputzern, Liftboys, Zimmermädchen, Barkeepern und Buchhaltern, wenn die Touristenhotels leer wären in jenen Ländern, wo es kein Arbeitslosengeld und keine Sozialfürsorge gibt? Dagegen wird von den Tourismus-Kritikern meist argumentiert, daß doch immer die internationalen Gesellschaften und wenige einflußreiche Familien den Rahm abschöpfen und für die Bevölkerung nur wenig zu verdienen bleibt. Doch wenn auch das wenige fehlt?

Was an dieser pauschalen Pauschal-Touristenschelte verärgert, ist, daß einmal mehr undifferenziert von einem Rucksackurlauber der Pauschaltourismus verdammt wird. Als ob der Rucksacktourismus der gute Tourist und der Pauschaltourist der böse Tourist sei. Als ob der Hippie, der die Gastfreundschaft irgendeines malaiischen Bauern strapaziert, oder die individuelle Besatzung eines umgebauten VW-Transporters, die wild an Stränden campend ihren Unrat hinterläßt, moralisch wertvoller seien als der Neckermann-Tourist, der seine Bettenburg auf Ceylon nur verläßt, um auf einem begleiteten Ausflug zu Sehenswürdigkeiten oder beim Einkauf von Souvenirs ein wenig Geld unter die Einheimischen zu bringen. Es ist anders, wenn auch ebenso einfach: Der aufgeklärte Tourist ist es, der am wenigsten Schaden anrichtet und möglicherweise mit seinen Devisen etwas für die Bevölkerung tut. Das kann der pauschal Buchende ebenso sein wie der trampende Student.

Pauschalreisende haben in den vergangenen Jahren Wasserbüffel für *philippinische Reisbauern* gekauft, einen Tempel in Nepal restauriert und Kinderdörfer in Kenia und Korea gebaut – mit ihren Spenden. Sie haben die Not in der Dritten Welt mit eigenen Augen gesehen und geholfen – mit Hilfe zur Selbsthilfe, zur Erhaltung der kulturellen Identität, mit Investitionen in die Zukunft ...

„Unsere Positionen zu Urlaub und Tourismus müssen wir erst noch entwickeln", hat der fremdenverkehrspolitische Sprecher der Grünen erklärt und sich vorerst seine privaten Gedanken gemacht. Es bleibt zu wünschen, daß die offiziellen Äußerungen weniger grün ausfallen.

BIRGIT CREMERS



Für kräftige Brisen sind Strandsegler dankbar

Gute alte Sommerfrische: Belgiens 15 Badeorte verbinden Charme von gestern mit Komfort von heute. Auf 67 Kilometern feinem hellem Sandstrand wird Spiel, Spaß und viel Sport in würziger Nordseeluft geboten. Strandkarren wie zu Großvaters Zeiten wechseln ab mit praktischen Strandhäuschen, verwitterte Villen stehen neben Appartementhochhäusern, fröhlicher Rummel erfreut Aktivurlauber, stille Strände, Dünen und Wälder die Romantiker. Die belgische Küste ist ein Ferien-Evergreen für Familien. Auch Feinschmecker kommen auf ihre Kosten.



Krabbenfischer – eine aussterbende Zunft

FOTOS: S. WEIDEMANN

Mit Pferd und Krabbennetz der Flut entgegen

Knokke

Möwen, die auf den meernahen fetten grünen Weiden des Polderlandes herumtrippeln, kündigen die See an. Und dann können wir das Meer schmecken, wenn wir nur tief genug einatmen. Am tiefblauen Himmel begleiten uns Schäfchenwolken mit einem Grauschleier, und dann sehen wir in der Sonne die schimmernde Nordsee.

Wir sind an der Badeküste, die *sich von Knokke bis De Panne*, von der niederländischen bis zur französischen Grenze auf 67 Kilometern Länge erstreckt und wo das Meer bei Ebbe einen 500 Meter breiten Sandstreifen freigibt. In den Prospekten der 15 Badeorte mit insgesamt 270 000 Betten verwandelt sich dieser belgische Küstenstreifen in ein einziges großes Freizeitparadies für Familien und Tanten, Maler und Lebenskünstler, Musikanten und Studenten, Segler, Surfer, Bootsfahrer, für Golf- und Tennisspieler, für Strandsegler, *Angler, Wanderer, Reiter* – Aktivität ist angesagt.

Wir erreichen das Meer in Oostduinkerke, einem Ort, der verstreut zwischen den Dünen liegt. Gleich werden wir einbezogen in einen anderen, gelasseneren Lebensrhythmus. Wir setzen uns in einen der bequemen Strandstühle, durch bunte Paravents vor einem leichten Wind geschützt, und schauen aufs Meer oder den Kindern zu, wie sie in ihren Tretrollern über die Promenade sausen.

Wir klettern über die Sanddünen zum Wasser. Es ist Ebbe, das Meer hat sich zurückgezogen, und wir werden Zeuge eines Schauspiels, wie man es nur noch hier, in Oostduinkerke, erlebt: Krabbenfischer reiten der beginnenden Flut entgegen. Stolz sitzen die Männer in dem gelben Ölzeug auf ihren schweren Pferden und reiten in das ansteigende Wasser. Die Pferde gehen hinein und ziehen die Netze, mit denen Garnelen gefangen werden, hinter sich her. Doch ihre Beute ist gering. Die Nordsee *ist ziemlich leergefischt*. Es gibt auch nur noch neun Fischer, die auf diese fotogene Weise ihren Beruf hier ausüben.

Wir wandern über den Strand. Von deutschen Bädern an Kurtaxen gewöhnt, sind wir angenehm überrascht, daß hier nichts dergleichen verlangt wird. Im Verkehrsamt sagt man uns: „Kurtaxen und Strandbenutzungsgebühren verärgern doch nur die Gäste, kosten erhöhten Verwaltungsaufwand und bringen letztlich den Gemeinden kaum etwas ein."

Hier, wo der Strand für alle da ist, kann man stundenlang über den Sand wandern ohne von Zäunen, Gebots- oder Verbotsschildern aufgehalten zu werden. Man muß nur bei De Panne aufpassen, daß man nicht versehentlich auf französisches Strandgebiet gerät. Aber das macht eigentlich auch nichts. Und in den französischen Strandcafés wird auch der belgische Franc akzeptiert – ebenso umgekehrt. Ein kleines Stück vereinigtes Europa.

Auf dem Strand rasen Strand- oder Sandsegler, typischer Sport dieser Küste. Das Meer hat Dutzende von Segeln wie weiße Flaggen aufgezogen. Wir besteigen ein Boot, denn vom Wasser her gesehen, gewinnt die Küste eine andere Dimension. Ein breiter feiner *Sandstreifen, mit Grün durchzogen*, altmodische Strandkarren, so wie sie unsere Großeltern noch benutzten, bunte Sonnenschirme. Motive für Maler und Fotografen. Dahinter dann eine einzige Kette von Häusern: Alte, verwitterte Villen, die, teils vernagelt, zum Kauf angeboten werden, dazwischen in Beton und Aluminium gegossene Hochhäuser, in deren Fenstern großformatige Plakate die Räume zur Miete anpreisen.

Der Attraktivität dieser Küstenlandschaft tut das aber keinen Abbruch. So werden etwa im mondänen Kurort Knokke mit seinen luxuriösen Pensionen, Villen und Hotels mehr als 200 000 Besucher zur Sommersaison gezählt, im großstädtischen Seebad Ostende sind es beinahe zwei Millionen Übernachtungen. *Den Großteil der* Urlauber, die hier ihre Ferien verleben, stellen die Belgier selbst, erst dann Franzosen, Deutsche und Engländer – trotz guter Hotellerie, maßvoller Preise (vergleichbar denen deutscher Seebäder) und vorzüglicher Gastronomie.

Eine Spezialität in den Restaurants an der Küste sind Garnelengerichte mit Zwiebeln und Pilzen. Und für den kleinen Appetit gibt es überall leckere Patisserien, belegte Brote, ja selbst die „Fritten" schmecken hier knuspriger, als wir *sie von daheim kennen*. Wer einmal keine Lust hat, am Strand zu liegen, der kann Ausflüge in den Naturpark „Het Zwin", einer verlandeten Meeresbucht, unternehmen. Durch diese Meeresbucht kamen früher die Schiffe nach Brügge.

Brügge selbst, diese wie ein Freilichtmuseum erhaltene mittelalterliche Stadt, sollte man an einem Samstagmorgen besuchen, wenn Markttag ist, sich die Frühaufsteher um die Stände drängeln und man den Reichtum aus Meer, Weide, Gärten und aus den Ställen der Polderhöfe bewundern kann: Riesengarnelen, Seezungen, getrocknete Flundern, Schnecken, Enten und Gänse, Hühner und Hasen. Es gibt Poularden am Spieß, Fischsuppe aus dem Kessel, duftende Bauernbrote.

Dann eine Fahrt mit den kleinen Grachtenbooten, die sich immer wieder unter Brücken und Stege ducken, wo sich die gotischen und barocken Fassaden der Bürgerhäuser selbstverliebt in den Grachten *spiegeln. Dann noch vom Belfried*, dem Stadtturm, ein Blick über das weite flache Polderland. Man erkennt Zeebrügge, Ostende. Vor der gleißenden Küste kreuzen Fährboote nach England, vielleicht reicht die Zeit noch zum Shopping-Trip nach London ...

SIGGI WEIDEMANN

*

Unterkunft: Von einfachen Pensionen bis zu komfortablen Hotels – zwischen 600 bfr und 2500 bfr für Doppelzimmer. Spezielle Angebote für Appartements, günstige Wochenendpreise.

Restaurants: In vielen der 1200 Eßlokalen an der Küste wird ein „Touristisches Menü" für 295–395 bfr angeboten.

Sportmöglichkeiten: Sandsegeln an der gesamten Küste, Preis etwa 300 bfr pro Stunde. Bootsfahrten können von Niewpoort, De Panne, Ostende, Westende unternommen werden.

Auskunft: Belgisches Verkehrsamt, 4000 Düsseldorf, Berliner Allee 47.

Flandern für Feinschmecker – „Club der 12" bürgt für Qualität

Das Autobahnband, auf dem unser Bus sich vorwärtsbewegt, durchschneidet schnurgerade eine weite Ebene von Wiesen und Koppeln mit Kühen, Pferden und Schafen. Es regnet. Die Weiden und Erlen am Rand der Gräben *und Kanäle*, die *das* Tiefland durchziehen, sind saftig grün.

Nach der ausgedehnten Völlerei, die wir soeben hinter uns haben, sind meine Reisegefährten nicht sehr gesprächig. Nur ein Engländer äußert sich und macht auf den englischen Text der Broschüre über den Kemmelberg aufmerksam, wo wir gespeist haben: „Viele, viele Völker schlugen einst hier ihre furchtbarsten Schlachten, die die Geschichte je gekannt hat." – Im deutschen Text heißt es dagegen: „Von hoch auf dem Kemmelberg, dem sogenannten Auge Flanderns, schaut man nieder auf Felder und Weiden in einem unvergeßlichen Panorama."

Wird hier das stärkere Geschichtsbewußtsein der Engländer *angesprochen*, oder will *man den* Deutschen die Mahnung an die blutige Vergangenheit ersparen, die durch Hunderte von Friedhöfen gefallener Soldaten gegenwärtig ist? In kaum einem europäischen Land werden die Deutschen so herzlich und vorurteilsfrei empfangen wie in Belgien. Das einzige Problem deutscher Touristen ist die eingebildete Sprachbarriere, obwohl Deutsch dritte Landessprache ist und von allen verstanden wird, wie wir bei unseren Streifzügen durch die Städte Brügge, *Gent und Antwerpen mit ihren* vielgerühmten Kunstschätzen und Restaurants feststellen konnten.

Gerade wer Frankreichs kulinarische Tempel bislang zur Wallfahrt erkoren, wird in Flandern eine Küche entdecken, die die *französische weitergeführt und abgewandelt* hat. Schließlich haben Flanderns Spitzenköche in den besten Pariser Restaurants gelernt. So finden wir gelegentlich auch Anleihen bei der „Nouvelle cuisine", die inzwischen in Frankreich oft zur geschmacklosen Originalität um jeden Preis pervertierte, in Belgien jedoch die Tradition der eigenen Küche verfeinerte. Gerichte wie Seeteufel auf Gemüsepüree in einer mit belgischem Bier gewürzten Sauce, Flußkrebse mit Blumenkohl oder karamelisierte Äpfel *mit Cidre-Sabayon* erfreuen jeden Genießer.

Hauptbestandteil des Mahles an der flämischen Küste sind nicht nur der Fisch und die Meeresfrüchte, sondern seine Eigenart besteht in der Mischung von Fleisch und Seetieren. Wesentlich dabei ist, daß der Fisch bei der Zubereitung seinen eigenen Geschmack bewahrt.

Das Verhältnis von Preis und Qualität erscheint bemerkenswert. Aber das Streben der jungen Restaurateure geht dahin, durch Rationalisierung dieses Verhältnis noch zu bessern. So hat sich ein Dutzend von ihnen zum „Club der Zwölf" zusammengeschlossen, hat eine Werbebroschüre „Gut leben in Flandern" herausgegeben und werden gemeinsam ihre Preise kal*kulieren. Ihr Ziel ist dabei nicht* Monopolisierung, sondern Hebung der Qualität durch gesteigerte Konkurrenzfähigkeit.

Der hohe Maßstab, den die Restaurants sich gesetzt haben, entspricht nicht immer dem der flandrischen Hotels. Überall findet man zwar gute Betten und ein gutes Frühstück, aber auch in den besten Hotels hapert es immer wieder mal an diesem, mal an jenem. Doch was man bei höchstem Anspruch an Komfort vermissen mag, wird aufgewogen durch die Hilfs*willigkeit und das unprätentiöse* Wesen der Menschen.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

*

Auskunft: Die Broschüre „Gut leben in Flandern" kann über das Belgische Verkehrsamt, Berliner Allee 47, 4000 Düsseldorf 1, bezogen werden.

NACHRICHTEN

Boot-Erlaß für Gardasee

Motorbootfahrer und Eigner von Segelbooten mit einer Länge von mehr als sechs Metern brauchen nach den neuesten Vorschriften für eine Tour auf dem Gardasee keine Rettungsinseln oder Rettungsflöße mehr mitzuführen, sofern sie sich mit ihrem Boot nicht mehr als drei Seemeilen vom Ufer des Gardasees entfernen. Eine entsprechende Erklärung können die Eigner, die im Besitz des Internationalen Verbandszertifikats für Wassersportfahrzeuge des Deutschen Motoryachtverbandes (DMYV) sind, bei ihren Liegeplatzvermietern oder DMYV-Stützpunkt in Peschiera di Garda (Piazza Marina 1) abgeben. Der Deutsche Touring Automobil Club weist darauf hin, daß die italienische Wasserschutzpolizei streng auf die Einhaltung dieser Erklärung achtet.

Touristenmenüs

Mehr als 400 Restaurants in über 100 Städten Schwedens bieten *Touristen zum günstigen Preis* von umgerechnet elf Mark spezielle Menüs. Für den Preis erhält der Gast Brot, Butter, ein warmes Hauptgericht und Getränke. Die Restaurants erkennt man an Plaketten mit der Aufschrift „*Turistmenu*", *die an den Eingängen der* Lokale angebracht sind (Auskunft: Schwedische Touristik-Information, Glockengießerwall 2–4, 2000 Hamburg).

Häuser frei in Dänemark

An der West- und Nordküste Jütlands und auf den Inseln Fünen, Falster und Lolland sind ab Anfang August wieder Ferienhäuser frei. Die Reiseorganisation „Dantourist" zu einem Preisnachlaß von 15 bis 25 *Prozent gegenüber dem* Hochsaisonpreis an. So kostet beispielsweise ein Haus für sechs Personen für eine Woche zwischen 450 und 500 Mark (Auskunft: Dantourist, Hulgade 31, DK-5700 Svendborg).

London-Hongkong direkt

Die Fluggesellschaft Cathay Pacific Airways hat erstmals in der Geschichte der Luftfahrt eine direkte Flugverbindung von London nach Hongkong eingerichtet. *Der Start ist jeweils samstags um* 22.00 Uhr am Flughafen Gatwick; Ankunft sonntags in Hongkong um 18.00 Uhr. Der Abflug der Gegenmaschine erfolgt am Sonntagmorgen um 9.00 Uhr; Ankunft um 17.50 Uhr (Auskunft: Cathay Pacific Airways, Wiesenhüttenplatz 26, 6000 Frankfurt/Main).

WÄHRUNGEN

Land	Einheit	Kurs
Ägypten	*1 Pfund*	2,55
Belgien	100 Franc	5,09
Dänemark	100 Kronen	28,75
Finnland	100 Fmk	47,25
Frankreich	100 Franc	34,25
Griechenland	100 Drachmen	3,50
Großbritannien	1 Pfund	4,03
Irland	1 Pfund	3,25
Israel	1 Schekel	0,09
Italien	1000 Lire	1,75
Jugoslawien	100 Dinare	3,50
Luxemburg	100 Franc	5,09
Malta	1 Pfund	6,35
Marokko	100 Dirham	40,00
Niederlande	100 Gulden	90,50
Norwegen	100 Kronen	36,25
Österreich	100 öS	14,33
Portugal	100 Escudos	2,75
Rumänien	100 Lei	5,75
Schweden	100 Kronen	34,50
Schweiz	100 Franken	123,50
Spanien	100 Peseten	1,84
Türkei	*100 Pfund*	*1,50*
Tunesien	1 Dinar	4,05
USA	1 Dollar	2,64
Kanada	1 Dollar	2,16

Stand vom 19. Juli – mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

ÄRZTLICH GELEITETE SANATORIEN UND KLINIKEN

HOTELS MIT EIGENEM SCHWIMMBAD

SERVICE

Haustiere fliegen per Linie in den Urlaub

Frankfurt

Es sind schon vielfältige Fragen, mit denen sich Frauchen und Herrchen auseinandersetzen, wenn beschlossen wird, daß Waldi mit in den Urlaub fliegen soll. Den Freunden will man es nicht zumuten, Waldi einige Wochen in Pflege zu nehmen, und ob er sich da überhaupt wohl fühlt, weiß man nicht, und außerdem – Waldi gehört zur Familie, also fliegt er mit. Ist die Entscheidung zugunsten Waldis gefällt, beginnt für Frauchen und Herrchen die Informationsphase. Was ist zu tun, damit Waldi pudelmunter am Reiseziel aus dem Flugzeug springen kann?

Bei der Buchung der Urlaubsreise sollte im Reisebüro oder bei der Fluggesellschaft schon geklärt werden, unter welchen Bedingungen Hunde beziehungsweise Haustiere befördert werden. Wichtig ist, daß der vierbeinige Freund mit der gleichen Maschine das Urlaubsziel erreicht wie Frauchen und Herrchen. Bei der Reservierung sollte man, handelt es sich um einen Hund, Rasse, Gewicht und Größe angeben. Wer keinen den Bestimmungen entsprechenden Käfig besitzt, kann solche Käfige bei einigen Fluggesellschaften käuflich erwerben. (Auskünfte, welche Fluggesellschaften diese Käfige anbieten, geben Reisebüros oder die Deutsche Lufthansa).

Im richtigen Käfig fühlt Waldi sich wohl

Den Bestimmungen entsprechend müssen die Käfige einen wasserdichten Boden, eine gute Lüftung und eine entsprechende Vorrichtung zur problemlosen Fütterung haben. Damit Waldi sich wohl fühlt, sollte der Behälter groß genug sein, damit das Tier aufrecht stehen, sich drehen und hinlegen kann. Die Tiere reisen in vollklimatisierten und druckregulierten Laderäumen. Um Waldi nicht unnötig zu beunruhigen, sollte man seine Leine außen am Käfig befestigen und eines seiner Spielzeuge sowie einen Gegenstand mit der persönlichen Duftnote von Frauchen oder Herrchen in den Käfig legen. Vor dem Flug sollte Waldi noch einmal Gassi gehen und außerdem eine leichte Mahlzeit und etwas zu trinken erhalten.

„Reisepaß" auch für Vierbeiner

Die Transportkosten richten sich nach dem Gesamtgewicht von Tier und Transportbehälter oder nach dem Volumen des Käfigs. In Ausnahmefällen kann ein kleines Tier auch in der Passagierkabine mitfliegen. Dies muß jedoch vor der Reise von der Fluggesellschaft genehmigt und bestätigt werden.

Sind all diese Reisevorbereitungen für Waldi erledigt, fehlt nur noch der Reisepaß oder, wie es korrekt heißt, die Einfuhrgenehmigung. Die meisten Länder verlangen zusätzlich zur Einfuhrgenehmigung ein von einem zugelassenen Tierarzt ausgestelltes Gesundheitsattest und eine Bescheinigung über eine Tollwut-Schutzimpfung. Über die genauen Bestimmungen des Reiseziellandes erkundigt man sich bei den entsprechenden Institutionen (Fremdenverkehrsamt, Botschaften, Konsulate) oder bei der Fluggesellschaft. Sind auch diese Formalitäten erledigt, steht dem Urlaub mit Waldi nichts mehr entgegen.

Ein Ratgeber „Lufthansa-Service Tiere auf Reisen" für alle Passagiere, die ein Haustier auf eine Flugreise mitnehmen wollen, gibt es kostenlos in jedem Lufthansa-Büro und in den IATA-Reisebüros.

W. W. KÖHNEN



Avila - Impressionen aus „Traumstraßen Europas"

Europa erleben in einem Bildband – von Trondheim in Norwegen bis Kap Sounion in Griechenland, von Klosterneuburg nahe Wien bis zum Kap São Vicente in Portugal. Der Band „Die Traumstraßen Europas", herausgegeben vom Süddeutschen Verlag in München, mag zwar kein angenehmer Reisebegleiter für Rucksacktouristen sein – das gewichtige Buch drückte einfach zu sehr auf die Schultern –, doch als Orientierungshilfe vor Antritt des Urlaubs eignet er sich vorzüglich. Mit einer bestechenden Vielfalt farbenprächtiger Fotos – ob der Gletscherriese in Jotunheimen, -oder der Königssee in Bayern, ob der Stephansdom in Wien oder der Schiefe Turm zu Pisa – illustriert der Band insgesamt 22 der schönsten Routen in Europa. So beschreibt Autor Hubert Neuwirth unter anderem die Heide in Norddeutschland, die norwegische Fjordlandschaft, die Provence und die Côte d'Azur, Paris und das Tal der Loire, Graubünden und den Engadin, Madrid und Altkastilien und – last but not least – Korfu und Athen.

Jedes Kapitel umfaßt ein informatives Reise-Lexikon, in der stichwortartig alle Sehenswürdigkeiten einer „Traumstraße" festgehalten sind. Außerdem weisen Straßenkarten den Weg, der – wenn eben möglich – weder über Autobahnen noch über Schnellstraßen führt. Dem Band, der noch für 59,80 Mark zu haben ist (ab 1. Oktober für 56 Mark), wurde eine Europa-Straßenkarte beigelegt, auf deren Rückseite alle Routen noch einmal aufgeführt worden sind. Die Karte, die bequem im Rucksack verstaut werden kann, erleichtert es den Urlaubern, die Routen abzufahren oder zu erwandern.

geo

ANGEBOTE

Wandern auf Korsika

Durch die wildromantische Landschaft Korsikas führt eine Wandertour vom 27. August bis zum 9. September. Die Tagesetappen liegen zwischen fünf und zehn Stunden Gehzeit und führen zum Beispiel auch zu den Bergen Renoso (2352 Meter) und Mt. d'Oro (2389 Meter). Bei bis zu 20 Teilnehmern kostet diese Busreise von und bis München inklusive Halbpension 1945 Mark. (Auskunft: Hauser Exkursionen, Neuhauser Straße 1, 8000 München 2).

Schlemmen in Spanien

Das „kulinarische Spanien" kombiniert mit den Sehenswürdigkeiten von Barcelona bis Malaga sind zu erleben vom 15. bis 23. Oktober. Mit Flug ab Frankfurt, Luxusbusreise in Spanien, Übernachtung und fünfzehn „Schlemmer-Mahlzeiten" kostet diese neuntägige Tour 3245 Mark pro Person. (Auskunft: Kahn-Tours, Steinweg 40, 3300 Braunschweig).

Warburger Wochenende

Als westfälisches Rothenburg wird Warburg oft bezeichnet, das seinen mittelalterlichen Charakter mit alten Kirchen, Türmen und Fachwerkhäusern weitgehend erhalten hat. Günstige Wochenendpauschalen locken zum Kurzurlaub in die Stadt am Rande des Teutoburger Waldes: Zwei Übernachtungen mit Halbpension kosten 149,50 Mark. Planwagenfahrten, ein Waldhüttenfest sowie Kegelmeisterschaften sorgen für Aktion. (Auskunft: Fremdenverkehrsamt, Sternstraße 35, 3530 Warburg 1).

Berühmtes Vorbild

Auf den Spuren des legendären Orientexpreß fährt der TUI-Ferien-Expreß vom 7. bis 16. Oktober nach Istanbul. Stationen sind Wien, Budapest, Belgrad und Sofia, wo außer Quartier auch jeweils ein Programm inklusive Stadtbesichtigung vorgesehen ist. Von Istanbul geht es per Flugzeug zurück nach Frankfurt oder Hamburg. Diese kombinierte Flug-/Bahnreise startet in umgekehrter Reihenfolge nochmals am 16. Oktober. Die Teilnehmer fliegen von Frankfurt oder Düsseldorf nach Istanbul, wo am 13. Oktober die Rückfahrt nach Deutschland beginnt. Der Preis für diese einmalige Fahrt beträgt ab/bis Frankfurt pro Person im Doppelzimmer 2450 Mark. Auskunft in allen TUI-Reisebüros.

Festbankett in USA

Dreihundert Jahre Deutsche Einwanderer in Nordamerika – wer in den USA bei den Feierlichkeiten dabei sein will, kann dies als Teilnehmer einer Sonderreise vom 1. bis 9. Oktober. Außer dem Besuch von New York, Philadelphia und Washington stehen das Festbankett am 6. Oktober – zu dem auch US-Präsident Reagan und Bundespräsident Karl Carstens kommen – auf dem Programm. Preis: ab 2490 Mark. Ein Anschlußaufenthalt in Miami Beach kann vom 9. bis 14. Oktober ab 695 Mark gebucht werden. (Auskunft: Wirtschaftsdienst Studienreisen der Hapag-Lloyd Reisebüro GmbH, Kaiserstraße 20, 6000 Frankfurt).

Weltraumstart live

Raumfahrt-Fans können beim Start des deutschen Astronauten Dr. Merbold dabei sein: Besichtigungen des Space Centers und des Nasa-Geländes in Huntsville sowie des Weltraumbahnhofs Cape Kennedy in Kalifornien mit dem Start des Space Shuttle und dem ersten bundesdeutschen Astronauten an Bord sind Schwerpunkte dieser Studienreise vom 25. September bis zum 2. Oktober. Inklusive Flüge, Übernachtungen und Besichtigungen kostet die Teilnahme 2750 Mark. (Auskunft: Reisebüro am Kaiserdamm, Kaiserdamm 25 a, 1000 Berlin 19).

Luzern à la carte

Mit einer günstigen Wochenendpauschale läßt sich „Luzern a la carte" kennenlernen. Hotelunterkunft für zwei Nächte mit Frühstück, Eintritt in den Gletschergarten, das Picasso-Kabinett sowie freie Fahrt mit den Verkehrsbetrieben sind im Preis von 78 Franken eingeschlossen. (Auskunft: Verkehrsverein Luzern, Pilatusstraße 14, CH-6002 Luzern).

TOURISTIK

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Urlaubstips für Schnellentschlossene

ÖSTERREICH

Kurzentschlossen nach ... Ein Urlaubs-ABC

STUDIENREISEN

SCIACCAMARE

FRANKREICH

ÄGYPTEN

MALTA

ISLAND

MITTELMEERKREUZFAHRT

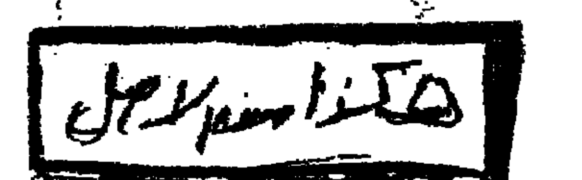
DONAUREISEN

YACHTURLAUB

MEXIKO

SCHWEDEN

RIO DE JANEIRO



SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMAN

Im Turnier „American-Summer" war (wie auch sonst üblich) die Sizilianische Verteidigung die häufigste Antwort auf 1.e4. Folgende zwei Miniaturen, aber auch meine eigene Erfahrung aus der Partie gegen den jungen Italiener Micheli bringen mich zu der Überlegung, ob es wirklich eine gute Eröffnung für ein zeitlich beschleunigtes Spiel in offenen Turnieren ist. In meiner Partie habe ich in der Zeitnot eine unnötige Niederlage erlitten, in dem ersten der folgenden beiden Spiele hat Weiß nur 50 Minuten, Schwarz volle zwei Stunden und 20 Minuten verbraucht: Die strategisch komplizierte Verteidigung ist immer recht zeitraubend!

Sizilianisch.
Sigurjonsson – Ghitescu

1.e4 c5 2.Sf3 e6 3.d4 cd4: 4.Sd4: Sf6 5.Sc3 d6 6.f4 (Neben der ruhigen Entwicklung 6.Le2 und dem von Keres stammenden Vorstoß 6.g4 hat Weiß diese „halbscharfe" Alternative.) **Sc6** (Einen anderen Charakter bekommt das Spiel nach a6 7.Ld3 Sbd7 8.Df3! Dc7 – weniger gut ist hier 8.Le3 b5 9.Df3 Lb7 10.a3 Sbd7 11.0-0 Tc8, Schwarz droht hier mit dem Qualitätsopfer Tc3:! nebst Sc5.) **7.Le3 Le7 8.Df3 e5 9.Sc6: bc6: 10.f5!?** (Laut Theorie sollen 10.fe de 11.Lc4 0-0 12.h3 besser sein, aber hier erreicht Weiß nach Le6! nicht viel.) **Da5 11.Lc4!** (Stärker als 11.0-0-0 Tb8 12.g4? d5! 13.ed cd 14.g5 La3! oder 14.Sd5: Lb7 15.Lc4 e4 usw.) **Tb8 12.0-0-0 0-0?** (Danach kommt Schwarz zu keinem ausreichenden Gegenspiel mehr. Interessante Verwicklungen entstünden im Falle von d5!? 13.ed La3! 14.Lb3 Dc3: 15.ba usw.) **13.Lb3 Lb7 14.Lg5! Tfd8 15.g4 d5** (Das einzige Gegenspiel, sonst folgt wie in der Partie h4, Lf6: nebst g5.) **16.Lf6: Lf6: 17.h4!** (Die einfachste und stärkste Erwiderung. Zu großen Verwicklungen hätte 17.ed cd · geführt, z. B. 18.Ld5:? e4! oder 18.Sd5: Td5:! 19.Td5: – 19.Ld5: e4! – e4! 20.Ta5: ef 21.Ta7: f2 usw.) **d4 18.g5 dc3:** (Oder Le7 19.f6 gf 20.gf Lf8 21.Dh5! und gew.) **19.gf6: cb2:+ 20.Kb2: gf6: 21.Dh5 Kh8 22.Dh6** aufgegeben.

Sizilianisch.
Budde – Gutman

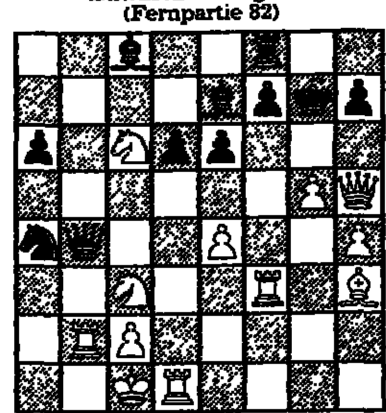
1.e4 c5 2.Sf3 d6 3.d4 cd4: 4.Sd4: Sf6 5.Sc3 a6 6.f4 (Also ein analoger Aufbau wie in der vorigen Partie. Bei dieser Zugfolge ist e5 eine gute Antwort.) **Dc7 7.Ld3 Sc6** (Immer noch geht e5 8.Sf3 Le7 usw.) **8.Sf3 e6 9.0-0 Le7 10.De1 b5 11.Kh1 Lb7 12.Ld2 0-0 13.Dg3** (Mit der positionellen Drohung 14.e5 – deshalb muß Schwarz den gefährlichen Ld3 beseitigen.) **Sb4 14.a3 Sd3: 15.cd3: Dd7 16.Sd4 g6?** (Eine unnötige Schwächung mit schlimmen Folgen!) **17.f5 Kh8 18.Lh6 Tg8 19.fe6: fe6: 20.Dh3 Lc8** (Nach e5 verliert Schwarz wie folgt einen Bauern: 21.Dd7: Sd7: 22.Se6 Sf6 23.Sg5! Tge8 oder c8 24.Sf7+ Kg8 25.Sd6:! usw.) **21.e5! Sh5** (Oder de 22.Sf3 – und Dd3: verliert sofort wegen 23.Se5:) **22.Tf7 Ta7 23.De3** (Drohend 24.Te7: De7: 25.Sc6.) **Tc7 24.Taf1 Dd8 25.Sf3 Lf8** (Gegen die Drohung 26.ed oder 26.Sg5 gab es keine ausreichende Verteidigung mehr!) **26.Lg5 Le7 27.ed6: Dd6: 28.Se4 Dd8 29.Le7: Te7: 30.Se5 g5** (Sonst 31.Dh6) **31.Dh3** aufgegeben.

Lösung vom 15. Juli

(Kh2, Dg4, Td3, e1, Ld4, Sf2, Bc2, e4, f4, g2, h3; Kh7, Db7, Ta2, d8, Lf8, Sb5, Bb4, d6, e6, f7, g7, h6):

1.Lf6! Te8 (gf 2.Tg3) **2.Tg3! Ta3** (g6 3.f5 g5 4.Lg5:!) **3.Dg7:+! Lg7: 4.Tg7:+** aufgegeben.

Edwards – Langhein
(Fernpartie 82)



Schwarz am Zug gewann

In der Partie vom 15. Juli „Sieiro-Vera" mußte Weiß im 28. Zug den Bg 2 decken. Deshalb geschah 28. Tg 1 und nicht Kg 1!

BRIDGE

Problem Nr. 16/83

North: ♠ A 10 4 2 ♡ A K 5 4 ◇ 6 2 ♣ A 9 6

West: ♠ B 9 5 3 ♡ D B 9 ◇ 8 7 ♣ K 8 7 4

East: ♠ K 8 7 ♡ 10 8 7 6 3 ◇ 10 ♣ B 10 5 2

South: ♠ D 6 ♡ 2 ◇ A K D B 9 5 4 3 ♣ D 3

Süd spielt „7 Karo". Bei Atout-Ausspiel könnte er leicht gewinnen (wie?); West greift jedoch unangenehmerweise mit Coeur-Dame an. Ist jetzt noch an Gewinn zu denken?

Lösung Nr. 15/83

Folgendes Gegenspiel schlägt: West greift Karo an, der Tisch bleibt klein, Ost nimmt und setzt Karo fort. Der Tisch wechselt auf Cœur-Zwei. Ost bleibt klein. Süd spielt Pik-As und Klein-Cœur. Ost nimmt und bringt Karo. Süd schnappt hoch, doch West untertrumpft! Es folgt Treff-As. West gibt die Dame. Süd muß jetzt noch zwei Treffs abgeben. Bei anderem Gegenspiel hätte Süd West mit Atout (oder Treff) ans Spiel bringen können. West hätte den „toten Tisch" zum Leben erwecken müssen. – Legt Ost im dritten Stich Cœur-As, gewinnt Süd! Er sticht Karo-Rückspiel hoch und kann später (nach Abzug von Pik-As, eines hohn Atouts und der Treffs). West ans Spiel springen. Gibt West zunächst Cœur-Neun und untertrumpft dann mit dem Buben, kommt Süd mit Cœur-Sechs zum Tisch. U.A.

DENKSPIELE

Paßwort gesucht!

Die An- ist graziös, die Ar-furchtbar bös. Die Un- ist voller Grimm, der Hoch- ist auch schlimm. Die Groß- ziert den Herrn, die Lang- sieht man gern. Es gilt ein einziges Wort zu finden und es den andern zu verbinden!

Wüst durcheinander

In diesem Rechteck scheinen die Zahlen auf den ersten Blick ziemlich wahllos verteilt zu sein. Es ist

10	35	11	13	14
23	9	50	11	37
22	41	29	43	9
7	3	19	4	6

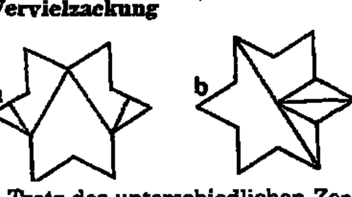
aber möglich, das Rechteck so in vier (spiegelbildlich) gleiche Teilstücke zu zerschneiden, daß die enthaltene Augensumme immer 99 beträgt. Aber wie?

Hin und her

Ein Wanderer bricht zu einem 1 km entfernten Ziel auf, und er hält die ganze Zeit über ein gleichmäßiges Tempo ein. Gleichzeitig startet eine Fliege, die in Zielrichtung doppelt so schnell wie der Wanderer fliegt. Angekommen, kehrt sie um, fliegt bis zum Wanderer, kehrt wieder um, usw. In der anderen Richtung kommt sie aber wegen des Gegenwindes nur halb so schnell voran. Können Sie schätzen, wieviele km die Fliege bis zur Ankunft des Wanderers zurückgelegt hat?

Auflösungen vom 15. Juli

Vervielzackung



Trotz des unterschiedlichen Zerschneidens lassen sich beide Dreiecke zu Sternen umgruppieren!

Logogriph
*Gasse-Sasse-Masse-Passe-Rasse-*Tasse.

Verzwickter Altersunterschied
Heiner ist heute 36; und Moni 24.

Magie verkehrt
Ein magisch verkehrtes Quadrat, bei dem alle Summen unterschiedlich sind, ist z. B.:
1 3 5
2 4 6
7 8 9.

Scharade
Fort+Schritt=Fortschritt

REISE ● WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Horrmann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann,
Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

Das große Kreuzworträtsel

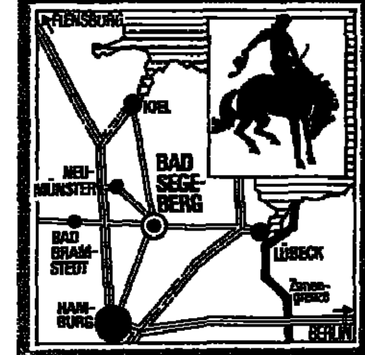
AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

WAAGERECHT: 2. REIHE Gloucester – Zigarette 3. REIHE Eiche – Elend 4. REIHE Tross – Pirna – Anni 5. REIHE Argus – Tenedos 6. REIHE Doelle – human – To 7. REIHE aer – Reger – Arber 8. REIHE Namur – Hirse 9. REIHE Akelei – Weser – Ali 10. REIHE L.R. – eitel – Bremen 11. REIHE Aare – in – Meer – Ried 12. REIHE Abner – Albanien 13. REIHE Asyl – Gna – Unna 14. REIHE USA – Lette – belesen 15. REIHE Te – Ise – Mosel – Be 16. REIHE Reis – antik – Leger 17. REIHE Derna – Angel 18. REIHE Meter – Niete – Ehe 19. REIHE Tal – Totem – Etalon 20. REIHE Ettal – Rumaene – erg. 21. REIHE Nora – Salamis – Ariane

SENKRECHT: 2. SPALTE Florida – Klabautermann 3. SPALTE Oederan – Seidel 4. SPALTE Ruester – Rega – er 5. SPALTE cis – Neger – Delta 6. SPALTE EC – Altai – Alster 7. SPALTE share – Eibsee – Tas 8. SPALTE Ute – Rubin – Angola 9. SPALTE Puter – Altona 10. SPALTE Preis – Werl – Nera 11. SPALTE Hegel – Minimum 12. SPALTE Zensur – Maniok – mi 13. SPALTE lila – Helena – Atlas 14. SPALTE Tapir – Beine 15. SPALTE Anden – Brezel – Ena 16. SPALTE Urd – Asir – Leiter 17. SPALTE Aehre – Uebel 18. SPALTE Tand – Amiens – Elea 19. SPALTE Note – Lee – Nebelhorn 20. SPALTE Revisor – Indianer – Enge = ZYPRESSENWALD.

AUSFLUGS-TIP

Anreise: Von Hamburg aus über die Autobahn E 3 Richtung Kiel bis zur Abfahrt Bad Bramstedt, dann Wechsel auf die Bundesstraße 206 bis Bad Segeberg.
Kartenverkauf: Sperrsitz für Erwachsene 16 und für Kinder/Schüler 13 Mark; Platzgruppe eins: für Erwachsene zwölf und für Kinder/Schüler neun Mark; Platzgruppe zwei: für Erwachsene neun und für Kinder sieben Mark.
Auskunft: Karl-May-Spiele Bad Segeberg, Am Kalkberg 18a, 2360 Bad Segeberg.



Karl May in Bad Segeberg

Gleich hinter Hamburg fängt einem Schlager zufolge der wilde, wilde Westen an. Zumindest vom Monat Juli bis zum 28. August stimmt das. Dann reiten Winnetou und sein Freund Old Shatterhand über den Segeberger Kalkberg, schnuppern hingerissene Zuschauer in einem Freilichttheater mit rund 10 000 Plätzen Prärieatmosphäre, bangen um den Sieg der Guten und Gerechten und bestätigen immer wieder, daß bei solchen Erlebnissen weder Film noch Fernsehen mithalten können.

Erwähnte man Bad Segeberg nur dieser Spiele wegen, täte man der Stadt allerdings unrecht. Schon die im romanischen Stil im Jahre 1160 erbaute Marienkirche stammt aus einer Zeit, zu der Amerika noch lange nicht entdeckt war, Augustinermönche den Norden Deutschlands aber schon kultiviert hatten. Zeugen dieser Kultur sind ein Heimatmuseum im ältesten Haus der Stadt, im Bürgerhaus, oder – für Liebhaber der Malerei und für Holzbildhauer – die Kunsthalle Flath. Die Marienkirche selbst führt mit dem Bronzebecken aus dem Jahr 1447, einer Arbeit der Handwerkerfamilie Klinghe, und Schnitzarbeiten aus dem Jahre 1515 in jene Zeit zurück, in der Kolumbus den Weg zum Kontinent der Apachen fand.

Die Stadt selbst liegt am Südrand der Holsteiner Seen, einer Gegend, von der manche behaupten, sie sei die schönste in ganz Deutschland. Der Segeberger Wald ist das zweitgrößte zusammenhängende Forstgebiet in ganz Holstein, drei „Haus-Seen" liegen vor der Tür – der Segeberger See, der Klüthsee und der Ihlsee. Um ihn herum haben Wanderfreunde einen Wanderweg angelegt mit Forstlehrpfad, Restaurant, Fahrrad- und Reitwegen, mit Kinderspielplatz, Schutzhütte, von der aus man auf die Trave hinunterschaut, die hier noch nach Süden fließt, ehe sie in der Gegend von Reinfeld nach links in Richtung Lübeck und Travemünde zur Ostsee abbiegt.

Zwei besondere Ziele finden Ausflügler im Wildpark Eekholt – mit seinem Rot- und Damwild in angestammter Umgebung, mit Seeadlern und einer Behandlungsstation für verletzte Greifvögel, und dann natürlich in den Kalkberghöhlen in Bad Segeberg selbst. Noch 1644 thronte auf dem 110 Meter hohen Kalkberg die Siegesburg. Jetzt hat man sich tief in den ehemaligen Berg gewühlt, unter dem 800 Meter lange Gänge zur Barbarossahalle, zur Drachenschlucht und zu Schneewittchen führen.

Der schaurigen Unterwelt wieder entkommen, sollte man erst mal das seelische Gleichgewicht durch die Holsteiner Küche festigen. Reich an Fisch und Wild, wird sie den unterschiedlichsten Wünschen der Liebhaber einer guten, wenn auch nicht ausgefallenen Küche gerecht.

JOHANN J. STEMPFLE



Winnetou (Th. Schüler) im Kampf mit dem Bösewicht
FOTO: SVEN SIMON

Gratis-Quartier im Zelt

Florenz

Es klingt wie ein Märchen, ist aber wahr: In Florenz, neben Venedig das teuerste Pflaster Italiens, kann man umsonst übernachten. Vorausgesetzt, daß man ein Dokument, einen Schlafsack oder eine Decke besitzt und nicht im Mercedes vor der Villa Favard am Stadtrand neben dem alten Dorf Sant Andrea vorfährt. Denn drei städtische Busse transportieren die wenig bemittelten Globetrotter zu dem Park der Villa, in dem die Stadt zehn große Zelte aufstellen ließ, die Plaz für je hundert „saccapelisti" haben. So heißen die Wanderer mit dem Schlafsack auf dem Buckel, die bisher irgendwo in der Stadt übernachteten und damit öffentliches Ärgernis erregten. Die Florentiner haben bei ihrer Initiative auch an Wasch- und Duschräume gedacht.

Das Gratiszeltlager entstand nicht aus reiner Nächstenliebe. Auch ein „Schuß Selbstverteidigung ist dabei im Spiel. Denn die Heere von Rucksacktouristen, die beim besten Willen keine Waschmöglichkeit und auch keinen Platz auf den vier Campingplätzen von Florenz fanden, kontrastierten immer mehr mit der vornehmen Geburtsstadt der Renaissance. Sie könnten jetzt wie das hübsche blonde Mädchen aussehen, das mit seinem Rucksack auf bunten Plakaten von allen Mauern lächelt: „Florence ist smiling around you. Please smile at Florence".

MONIKA VON ZITZEWITZ

Golf – in Deutschland gilt es als Spiel der oberen Zehntausend. Daß der geruhsame Sport mit dem Schläger und der fast 50 Gramm schweren, weißen Kugel auch ohne einen gutgefüllten Geldbeutel betrieben werden kann, beweist zum Beispiel die Golfanlage „Köhlerhof" bei Ahrweiler. Unter Leitung eines Trainers können Anfänger hier die Kunst der Stockführung ebenso erlernen wie geübte Golfer zu einem verhältnismäßig niedrigen Preis ihre Kenntnisse auf der Driving Range auffrischen können. Und um den Fuß auf die Grasfläche in Ahrweiler setzen zu können, muß man nicht, wie sonst in deutschen Landen üblich, Mitglied eines der 160 deutschen Golfclubs sein.



Ein gutes Auge, Konzentration und Körperbeherrschung sind Voraussetzungen fürs Golfen FOTO: H. JÜRGEN FROMMHOLZ

„So, wie man das Frühstücksei hält . . ."

Bad Neuenahr

Weiß der Himmel, ob die Geschichten alle stimmen, die sich die Golfer am „19. Loch" so erzählen. Zumindest sind sie gut erfunden. Von schottischen Schäfern ist da die Rede, die vor rund 600 Jahren bereits mit ihren gekrümmten Stöcken kleine Steinchen schlugen und versuchten, sie möglichst schnell in die Löcher der Kaninchenbauten zu bringen. Diese Schafhirten – so wird berichtet – sollen die ersten Golfer gewesen sein.

Unglaublich klingt der Bericht über den golfenden Förster, dessen abgerichteter Hund verunglückte Bälle in Gebüsch und hohem Gras auftat und sie mit dem Maul stets glänzend plazierte.

Ein Mensch-Tier-Teamerfolg, der erst aufflog – so der Augenzeuge mit ernster Miene –, als Teckel Waldi es mit der Fürsorge übertrieb und einen Ball direkt aufs Grün schleppte.

Schon die Bezeichnung „Loch 19" ist nicht ernst zu nehmen. Ein vollwertiger Golfplatz hat 18 Löcher. Mit dem 19. wird nur der Ort bezeichnet, wo hinterher Siege gefeiert, Niederlagen vergessen und Spielzüge noch einmal durchlebt werden.

Doch bevor der vom Golfbazillus Infizierte überhaupt auf die heiligen Bahnen darf, muß er hohe Hürden überwinden. Außer dem Nachweis der Platzreife muß er normalerweise Mitglied eines der 160 deutschen Golfclubs sein. Auf dem „Köhlerhof" in Bad Neuenahr ist es allerdings möglich, den Sport der gekrönten Häupter auch als Anfänger zu erleben, probeweise oder als kurzen Aktivurlaub. Das Dorint-Hotel und Steigenberger bieten fünf Tage Golf einschließlich Trainerstunden in der Gruppe für knapp 1000 Mark an.

Wer in der Nähe wohnt, zahlt im Club für den Lehrgang 454 Mark die Woche.

Ich hab's probiert, mit sieben anderen Anfängern in einer Gruppe und Profi Werner Rappenecker, einem der besten deutschen Trainer, als Lehrer auf der Driving Range, dem Übungsplatz.

„Richtig stehen ist wichtiger als schlagen", doziert der Trainer. „Stativhaltung" heißt das Schlagwort, nach dem wir uns ausrichten. Die Beine leicht gespreizt, das Gewicht auf die Fußballen gelegt und der Schläger in der Mitte davor, eben wie die Stützelemente eines Stativs angeordnet sind. „Die richtige Vorbereitung, die saubere Stellung, macht etwa 70 Prozent des Golferfolgs aus", sagt der Lehrer mit der Silberlocke. Auf Anhieb glaubt das keiner. Mut machen will er uns, denken alle.

Nach den folgenden Anweisungen umfaßt die linke Hand (bei Rechtshändern) den Griff oben. „Wie man das Frühstücksei hält, nicht zu locker, nicht zu verkrampft", kommt der Hinweis. Die rechte Hand übernimmt nur Hilfsfunktion und wird unter der Linken angeordnet. Die Augen fixieren den Ball. Mit gestreckten Armen folgt nun der Schwung. Ein eleganter Knick in der Hüfte, Gewichtsverlagerung von rechts nach links. Ohne besondere Kraftanstrengung soll das Eisen, das im Wettkampf später einmal für die langen Schläge vom Holz abgelöst wird, den Ball treffen und mit gleichzeitigem Durchschwingen nach vorne katapultieren.

aktiv-urlaub golf

Leichter gesagt als getan. Ein Filialdirektor aus Aachen nimmt Schwung, trifft nicht, sondern stolpert über die eigenen Beine. Die Dame neben ihm mit dem bunten Kopftuch schaut höchst erstaunt auf ein fliegendes Grasbüschel. Der kleine weiße Ball von 4,12 Zentimeter Durchmesser liegt ruhig und unberührt vor ihren Füßen.

Wenn man's richtig kann, soll die kleine weiße Kugel mit dem harten Kern und der genarbten Schale auf 250 Stundenkilometer beschleunigt werden. Für Kursusteilnehmer in der ersten Woche ebenso unverständlich wie ein Koppelmanöver im Weltall. Dabei gibt es in der Tat Talente, die in kürzester Zeit Fußstellung, Treffpunkt und was sonst noch alles dazu gehört, beherrschen. Die Kölnerin Christa Seidel ist Rappeneckers Paradebeispiel: In knapp neun Monaten erreichte sie das Handicap 14. Das Handicap (Vorgabe) bezeichnet den Leistungsstand. Je höher die Vorgabe, desto schlechter der Spieler, je niedriger sein Handicap, desto stärker ist er. Das läßt sich am einfachsten an einem Beispiel vorrechnen: Wenn einer durchschnittlich zwei Schläge pro Bahn und Loch mehr braucht, als das Paar (die vorgegebene Anzahl der Schläge) angibt, errechnet sich daraus das Handicap: 18 x 2 = 36.

Mit dieser Vorgabe geht der Golfer in den Wettkampf und kann damit auch gegen Bessere gewinnen. Eine Rechnung freilich, die uns am ersten Tag im Grundkursus fremder ist als Einsteins Relativitätstheorie.

Das erste Erfolgserlebnis stellt sich bei mir nach drei hilflosen, wilden Schwingern ein. Der 45,9 Gramm schwere Ball wird sauber getroffen und fliegt wie ein Vogel durch die Luft. Der Pro relativiert: „Das jetzt noch dreimal, damit wir sehen, daß der Schlag kein Zufall war."

Nach fünf Tagen Üben (mit jeweils vier Trainerstunden), wenn die Bälle mehrheitlich schon in die richtige Richtung gezwungen werden, gibt es auch die ersten Spielchen auf dem kleinen sogenannten Pitch-und-Putt-Platz mit sechs Löchern. Da wird dann erstmals richtig gezählt, der Spieltrieb gepflegt.

Wer öfter zum Köhlerhof kommt, darf nach der Lehrzeit auf dem wunderschönen Platz mit Tümpeln, herrlichem altem Baumbestand und samtweichem Gras Bälle schlagen. Bedingung: Er muß neun Löcher mit 70 Schlägen schaffen. Für eine Platzrunde (man braucht dafür vier bis fünf Stunden) werden 25 Mark verlangt, am Wochenende 35 Mark.

Der Sport, der oft als Statussymbol angesehen wird, ist an der Ahr noch ländlich preiswert, obwohl die 57-Hektar-Anlage 5,5 Millionen Mark gekostet hat. 450 000 Mark stehen für die jährliche Pflege im Etat.

Gemessen an den renommierten deutschen Großclubs wirken die 650 Mark Aufnahme- und 700 Mark Jahresbeitrag für Clubmitglieder wie ein Trinkgeld. Natürlich hofft man auch hier – daraus macht der Präsident kein Hehl – auf finanzkräftige Golfer mit großzügigen Spenden. Wer nur hin und wieder im Köhlerhof mal Bälle schlagen will, kommt billiger weg als beim Tennis.

Fünf Mark kostet die Stunde auf der Driving Range, für vier Mark kann man sich 72 Leihbälle am Automaten ziehen. Zwei Mark kostet der Leihschläger, 20 Mark der ganze Satz (14 Stück). Weil Kurgäste, Touristen und Gelegenheitsspieler willkommen sind, wurde auf die Einrichtung des Übungsgeländes besonders viel Wert gelegt. 50 Golfer können hier nebeneinander Bälle schlagen, und zehn große überdachte Boxen machen es sogar möglich, den Hüftschwung und den Treffpunkt auch bei schlechtem Wetter zu verbessern.

Wer nach einer oder mehreren „Schnupperwochen" erkannt hat, daß der Fanatismus geweckt wurde, kauft sich eigene Geräte. Bälle kosten zwischen zwei und sechs Mark, einen halben Satz Schläger gibt es ab 450 Mark, ein Paar Schuhe mit 12 eingeschweißten Stahlspikes kostet zwischen 180 und 250 Mark und der Handschuh 15 bis 30 Mark. Wer sich das alles angeschafft hat, ist vom Golffieber bereits so gepackt, daß er die Urlaubsziele der Familie von der Beschaffenheit der dortigen Golfplätze abhängig macht. Und dann dauert es auch nicht mehr lange, bis er sich einer „Pilgergruppe" nach St. Andrews zum Royal and Ancient Club anschließt, dem Mekka dieser Sportart. Welche unbeschreibliche Bedeutung hier Golf hat, wird am Beispiel der Mondlandung deutlich. Astronaut Shepard hatte einen Golfschläger zum Mond mitgenommen, um vor der Fernsehkamera den ersten Schlag außerhalb der Erde auszuführen. In einem Telegramm rügten die Golfspieler, daß Shepard mit dem Schläger die Mondoberfläche berührt hat, ehe der Ball geschlagen war. Dies sei laut Absatz IX Regel 33 untersagt, weil es sich bei der Mondoberfläche um sandigen Untergrund handele. Das ist keine Story von „Loch 19" . . .

HEINZ HORRMANN



Golf-Vorbild: der Deutsche Bernhard Langer FOTO: SVEN SIMON

HINWEISE

Anreise: Autobahn Köln–Koblenz (A 61), Abfahrt Bad Neuenahr, durch den Ort, Richtung Ahrweiler.

Angebote: Golfwochen für Anfänger mit Intensivtraining 10x 90 Minuten, Übernachtung und Halbpension im Dorinthotel Bad Neuenahr ab 978 Mark. – Golfwochen für Anfänger ohne Übernachtung 454 Mark. Eine Platzrunde kostet 25 Mark (montags bis freitags) und am Wochenende 35 Mark.

Bekleidung: nicht vorgeschrieben. Empfohlen sind Spikesschuhe, grobstolliges Schuhwerk tut's für den Anfang auch. Leihgebühr für einen Schlägersatz mit Tasche: zwanzig Mark.

Turniere: An jedem ersten Mittwoch im Monat wird für Spieler mit Platzreife der Köhlerhof-Cup ausgespielt. Im September/Oktober gibt es zusätzlich Wettbewerbe der ansässigen Hotels.

Informationen: Siegfrid Udelhoven, Golfclub Köhlerhof, Bad Neuenahr/Ahrweiler.

